



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Marshall-Plan und österreichischer Wiederaufbau

Eine Betrachtung vor dem
Hintergrund des Kalten Krieges

Verfasser

Roman Fried

angestrebter akademischer Grad
Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuerin:

A 312
Diplomstudium Geschichte
ao. Univ. Prof. Dr. Andrea Komlosy

Inhaltsverzeichnis:

Einleitung	Seite 5
Politische Grundlagen in Österreich	Seite 13
<i>a. Situation der ersten Nachkriegszeit</i>	<i>Seite 13</i>
<i>b. Grundlegende Entwicklung</i>	<i>Seite 14</i>
<i>c. Verstaatlichungsgesetze</i>	<i>Seite 19</i>
<i>d. Weitere politische Entwicklung</i>	<i>Seite 30</i>
Frühere Hilfsprojekte für Österreich	Seite 41
<u>Der Marshall-Plan</u>	Seite 49
Ausgangssituation	Seite 50
US-amerikanische Gründe für den Marshall-Plan	Seite 54
<i>a. Transatlantische Beziehungen</i>	<i>Seite 54</i>
<i>b. Dollarlücke</i>	<i>Seite 55</i>
<i>c. US-Wirtschaftsförderung</i>	<i>Seite 57</i>
<i>d. Containment-Politik</i>	<i>Seite 58</i>
Erste Schritte der US-Regierung	Seite 61
Die europäischen Bemühungen	Seite 63
<i>a. Pariser Konferenz</i>	<i>Seite 63</i>
<i>b. “Committee of European Economic Cooperation” (CEEC)</i>	<i>Seite 67</i>
<i>c. Österreichische Teilnahme am CEEC</i>	<i>Seite 70</i>
Struktur des Marshall-Plans	Seite 72
<i>a. „European Cooperation Administration“ (ECA)</i>	<i>Seite 72</i>
<i>b. “Organization for European Economic Cooperation” (OEEC)</i>	<i>Seite 74</i>
<i>c. Europäisches Zahlungsabkommen</i>	<i>Seite 76</i>
Ablauf in den USA	Seite 79
<i>a. Bildung von Kommissionen</i>	<i>Seite 79</i>
<i>b. Zustimmung des US-Kongresses</i>	<i>Seite 81</i>
<i>c. Jahresprogramme des Marshall-Plans</i>	<i>Seite 84</i>
<i>d. Weitere Voraussetzungen des Marshall-Plans</i>	<i>Seite 88</i>
Die strukturellen Veränderungen des Marshall-Plans	Seite 90
<i>a. „European Cooperation Administration“</i>	<i>Seite 90</i>
<i>b. „Organization for European Economic Cooperation“</i>	<i>Seite 91</i>
<i>c. Weitere Entwicklung</i>	<i>Seite 92</i>

<u>Marshall-Plan in Österreich</u>	Seite 94
Situation vor dem Einsetzen des Marshall-Plans	Seite 95
<i>a. Betrachtung des Status Österreichs durch die USA</i>	<i>Seite 95</i>
<i>b. Öffentliche Meinung in Österreich</i>	<i>Seite 99</i>
<i>c. Erste Planungen seitens der USA</i>	<i>Seite 103</i>
<i>d. Einsetzende Entwicklung in Ostösterreich</i>	<i>Seite 106</i>
Anforderungen und Zuteilungen	Seite 109
Weitere Voraussetzungen	Seite 114
<i>a. Drei Arten der Hilfe</i>	<i>Seite 114</i>
<i>b. Weitere Entwicklung des ERP-Fonds</i>	<i>Seite 116</i>
<i>c. Bilaterales Abkommen</i>	<i>Seite 118</i>
<i>d. Österreichische Marshall-Plan-Struktur</i>	<i>Seite 123</i>
Österreichische Marshall-Plan-Bilanz	Seite 127
<i>a. Ziele des Marshall-Plans in Österreich</i>	<i>Seite 127</i>
<i>b. Counterpart-Programme</i>	<i>Seite 129</i>
<i>c. Weitere Auswirkungen des Marshall-Plans</i>	<i>Seite 134</i>
<i>d. Ausbau der Grundstoffindustrie</i>	<i>Seite 141</i>
<i>e. Auswirkungen auf den Osthandel</i>	<i>Seite 145</i>
<i>f. Wirtschaftliche Leistung des ERP</i>	<i>Seite 149</i>
<i>g. Resümee</i>	<i>Seite 154</i>
„Anfang vom Ende“ des Marshall-Plans	Seite 156
<i>a. Wirtschaftliche Gründe</i>	<i>Seite 156</i>
<i>b. Politische Gründe</i>	<i>Seite 157</i>
Schlussbetrachtung	Seite 161
Abstracts	Seite 170
<i>a. Deutsche Fassung</i>	<i>Seite 170</i>
<i>b. Englische Fassung</i>	<i>Seite 172</i>
Anhang	Seite 174
<i>a. Gegenüberstellung der Hilfsprogramme</i>	<i>Seite 174</i>
<i>b. An Österreich ergangene Auslandshilfe</i>	<i>Seite 174</i>
Tabellenverzeichnis	Seite 175
Verwendete Literatur	Seite 176
<i>a. Monographien</i>	<i>Seite 176</i>
<i>b. Aufsätze</i>	<i>Seite 177</i>

Einleitung

Am 5. Juni 1947 eröffnete der US-amerikanische Außenminister George Catlett Marshall anlässlich einer Rede an der Harvard University die Idee für ein US-amerikanisches, wirtschaftspolitisches Nachkriegsprogramm, welches letztlich zumindest die Jahre bis zum Ausbruch des Korea-Konflikts 1950 maßgeblich dominieren und während seiner Laufzeit neben der US-amerikanischen auch die Außen- und Wirtschaftspolitik der europäischen Staaten tiefgreifend beeinflussen und prägen sollte. Die unwiderruflichen Auswirkungen oder vielmehr Konsequenzen aus einem einsetzenden politischen Wechselspiel, vorrangig zwischen den USA und der Sowjetunion – nämlich dem Kalten Krieg – sollten dabei noch Jahrzehnte danach das gesamte Weltgeschehen bestimmen.

Das sich aus dieser Rede entwickelnde „European Recovery Program“ (ERP) – oder nach seinem öffentlichkeitswirksam angepriesenen Initiator auch Marshall-Plan genannt – bildete ein Konstrukt, welches im Gedächtnis der Menschen bis heute vorherrscht und – wenn auch aus durchwegs unterschiedlichen Gründen und mit differenten Auffassungen – mit großem Interesse aufgenommen wird.

War die Beurteilung dabei in der ersten Zeit nach der Realisierung dieses Programms besonders positiv, so wandelte sich diese Sichtweise auf den Marshall-Plan innerhalb der Jahrzehnte deutlich und führt heute zu einer Relativierung des Ruhmes.¹ Dabei werden vor allem drei verschiedene Theorien beziehungsweise Interpretationsmuster zur Beurteilung des Marshall-Plans eingenommen², wobei in diesen das US-ökonomische Interesse am Marshall-Plan einerseits und der Einfluss auf die europäischen Länder andererseits eine unterschiedliche Bewertung erfahren.³

Die erste These, welche in der Literatur als Konsens-Konzept oder auch traditionalistisch bezeichnet wird, kam bereits mit der Initiierung des Programms auf und sah dieses als überwiegend positiv an. Der Marshall-Plan wurde darin als Interesse sowohl der USA, aber vorrangig auch der europäischen Teilnehmerländer dargestellt, wobei dem Programm

¹ Siehe: Lutz Niethammer, Arbeiterbewegung im Kalten Krieg. In: Othmar N. Haberl, Lutz Niethammer (Hg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke (Frankfurt/Main 1986) 575-600, hier: 576f.

² Siehe: Rainer Brähler, Der Marshallplan. Zur Strategie weltmarktorientierter Krisenvermeidung in der amerikanischen Westeuropapolitik 1933 bis 1952 (Köln 1983) 5.

³ Siehe: Hannes Hofbauer, Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau (Wien 1992) 136. Siehe auch: Brähler, Der Marshallplan. 17f.

letztlich eine integrierende Stellung zugemessen wurde, welche eine gleichberechtigte ökonomische Kooperation bedingte. Diese These wurde vor allem von Ernst-Otto Czempel, Ernst van der Beugel und John Gimbel sowie Harry Bayard Price, welcher in den 1950er Jahren dahingehend eine Evaluation des ERP angefertigt hatte, vertreten.⁴ Es kam also zu einem Muster, welches zwar von einer dominierenden USA bestimmt wurde, jedoch stets den Charakter gemeinsamer Ziele in den Vordergrund rückte und den teilnehmenden Staaten somit die letztgültige Entscheidungsbefugnis einräumte. Etwaige Überlegungen zu möglicher absoluter Dominanz eines Partners oder auch Fragen die Konkurrenz oder Interessenverschiedenheit betreffend, wurden innerhalb dieser These hingegen kaum angestellt oder deutlich herabgestuft.⁵

Als die zweite – ebenfalls zeitgenössische – These, welche als Weltherrschafts- und Kolonialisierungsthese oder revisionistisch bezeichnet wurde, muss jene angesehen werden, welche den Marshall-Plan schlichtweg als Motor des Kalten Krieges und somit als ein politisches Instrument darstellte. Diese, als kritische Gegenposition des Marshall-Plans gebildete Ansicht, wurde von Autoren wie Walter Ulbricht, Henri Claude, Jürgen Kuczinski sowie Jochen Dankert, Wilhelm Ersil und Karl-Heinz Werner vertreten.⁶ So stand bei diesen auch die Auffassung einer Kolonisierung Westeuropas im Fokus der Betrachtung, wobei festgehalten wurde, dass die USA ein ökonomisch eigenständig agierendes Europa verhindern wollten und letzten Endes die auferlegten Bedingungen, die mit dem Programm – nicht zuletzt durch die als Voraussetzung abgeschlossenen bilateralen Abkommen – einhergingen, mit Auflagen für koloniale oder halbkoloniale Staaten verglichen werden können.⁷

Wenn diese These bereits deutliche Kritik am Marshall-Plan verlauten ließ und folglich auch der Position der Kommunisten – sowohl jener in der Sowjetunion an sich, als auch der Vertreter der kommunistischen Parteien in Europa – entsprach, bildete sich letztlich noch eine dritte These aus, welche die nachdrücklichste Kritik äußerte. Diese erst ein Jahrzehnt nach dem Bestehen des Programms aufgekommene revisionistische Interpretation, welche auch als Open-Door-Ansatz bezeichnet wird, ist mit der zweiten

⁴ Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 5-9.

⁵ Siehe: Alan S. Milward, The reconstruction of Western Europe 1945-51 (London 1984) 90. Siehe auch: Hofbauer, Westwärts. 136. Weiters: Brähler, Der Marshallplan. 5-9.

⁶ Siehe: Ebenda. 10-13.

⁷ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 136f. Siehe auch: Milward, The reconstruction of Western Europe 1945-51. 90f. Weiters: Brähler, Der Marshallplan. 10-13.

These gleichsam eng verknüpft. Ein solcher Zugang wurde vor allem von Autoren wie Denna F. Fleming und Lloyd C. Gardner, sowie Joyce und Gabriel Kolko in den 1960er und 1970er Jahren aufgezeigt, welchen 1949 bereits Warren L. Hickman vorausgegangen war.⁸

Diese sahen das Eindringen der USA in die westeuropäischen Ökonomien als das prinzipielle Interesse des ERP, wobei die Formierung eines weltweiten Marktes nur unter gleichzeitiger Dominanz der USA erfolgte. Dieser deutlich wirtschaftsorientierten Auslegung des Programms wurden die anti-kommunistischen Erklärungsmuster untergeordnet und zu einer Art der ideologischen Rechtfertigung des Marshall-Plans degradiert, um so die Interessen der USA, nämlich eine langfristige Expansion von US-amerikanischem Kapital, sowie die Etablierung eines Absatzmarktes für deren Wirtschaft, zu rechtfertigen, wobei die Mobilisierung einer anti-sowjetischen und anti-kommunistischen Grundstimmung ein notwendiges Mittel zur Erreichung der gesetzten Ziele darstellte.⁹

Gleichzeitig können, oder vielmehr müssen diese Thesen, den Marshall-Plan betreffend, auch mit den Deutungsmustern des Kalten Krieges in Verbindung gebracht werden; dabei lassen sich in erster Linie zwei skizzieren.

Zunächst die traditionelle Auffassung des Kalten Krieges, in welcher die Politik der Sowjetunion als gegenüber den kapitalistischen Staaten feindliche dargestellt wird und sich letztlich der Kalte Krieg selbst auf die Weigerung der Sowjetunion, auf Angebote der USA einzugehen – beispielsweise jene der Potsdamer Konferenz zur Vier-Mächte-Verantwortlichkeit oder auch der Einbeziehung in das ERP – zurückführen lässt. Auch hätte erst ebendiese Haltung zur Spaltung Europas und Bildung zweier Machtblöcke geführt und es erscheint die von den USA eingenommene Position schlicht als Reaktion auf das zuvor gesetzte Verhalten der Sowjetunion.¹⁰

Daneben entwickelte sich allerdings eine zweite, von der ersten abweichende, nämlich revisionistische Auffassung heraus; wurde die erste beispielsweise stark durch George F.

⁸ Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 13-21.

⁹ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 137f. Siehe auch: Brähler, Der Marshallplan. 13-17. Weiters: Charles S. Maier, Introduction: ‚Issue then is Germany and with it Future of Europe‘. In: Charles S. Maier (ed.), Günter Bischof (ass.), The Marshall Plan and Germany. West German Development within the Framework of the European Recovery Program (New York/Oxford 1991) 1-39, hier: 1f.

¹⁰ Siehe: Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955 (München 2000) 13-17.

Kennan geprägt, so entstand die zweite in erster Linie durch inneramerikanische Gegner der zuvor genannten Überlegungen wie etwa Henry Wallace. In diesem Muster wird nun die Sowjetunion als den USA nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges deutlich unterlegen dargestellt, welche daran Interesse hatte, die sowjetisch gesinnte Staaten als Sicherheitszone zu installieren und gleichzeitig in Westeuropa eine konservativ kommunistische Position einzunehmen, um einen potentiellen, nämlich US-amerikanischen Konkurrenten nicht zu provozieren. Die USA allerdings wären stets darauf bedacht gewesen, neue Märkte zu erschließen und sahen dies einzig durch die Ausweitung des politischen Einflussbereiches als realisierbar an; diese Dominanz der USA, gepaart mit anti-sowjetischer Überzeugung, war es daher, gegen die sich die Politik der Sowjetunion richtete. Dementsprechend lässt sich der Marshall-Plan als ein Konstrukt ansehen, welches die Vorherrschaft der USA auch in Osteuropa sichern und gleichsam den Einfluss der Sowjetunion in ebendiesen Ländern zurückdrängen sollte – damit war das Programm letztlich gegen den sowjetischen Standpunkt selbst gerichtet.¹¹

Gleichsam bestanden für Europa nach dem Zweiten Weltkrieg – vor allem im Hinblick auf den Wiederaufbau beziehungsweise dessen Förderung – mehrere Varianten; so war die Westintegration, wie sie durch den Marshall-Plan zweifellos vorgeschrieben wurde, respektive welche mit diesem einherging, keinesfalls als einziger Weg vorgezeichnet.

Dementsprechend lassen sich vor allem drei Parameter anführen; zunächst jener der wirtschaftlichen Struktur, welcher von Faktoren wie Förderung von Branchen, Beeinflussung der Betriebsgröße oder auch der Frage nach technologischer Ausrichtung gekennzeichnet wird. Wurden dabei, um den Export ebenso wie ein westeuropäisches Grundkonzept zu unterstützen, einzelne Branchen bevorzugt und kleinere Unternehmungen zurückgedrängt, so wurde auch ein gegenläufiges Vorgehen angedacht, jedoch letztlich nicht umgesetzt.

Als zweiter Parameter lässt sich die geopolitische Ausrichtung beziehungsweise die Einbindung der einzelnen europäischen Staaten bezeichnen und somit letztlich die Auswirkungen deren Handelskooperationen. Auch hier wäre – entgegen der strikten Westorientierung – eine Ausrichtung nach Osten oder zumindest eine gleichmäßige Orientierung in beide Richtungen möglich gewesen, wobei diese Variante von der

¹¹ Siehe: Loth, Die Teilung der Welt. 17-22.

Sowjetunion auch durchaus unterstützt worden wäre, wie diese durch das Angebot eines Drei-Jahres-Programms zum Ausdruck brachte.

Wirtschaftspolitische Konzepte oder Ansatzpunkte lassen sich als dritter Parameter anführen. Vor allem Faktoren wie die Stärkung der Kaufkraft respektive des Konsums und die Ermöglichung von Investitionen beziehungsweise Formierung der Produktion finden darin Bedeutung. Führte der Marshall-Plan auch in seiner grundsätzlichen Intention zu letzterem – nämlich dem Ausbau der Produktion – und entspricht diese Vorgehensweise auch jener, die den meisten Wiederaufbauphasen in einem ersten Verfahrensschritt anhaftet, so wäre ein ausgewogenes Handeln durchaus möglich gewesen und hätte ebenfalls die entstandene Einseitigkeit verhindert respektive zumindest deutlich abgeschwächt.

Der Marshall-Plan kann aus diesen Überlegungen heraus daher nicht separat betrachtet werden, sondern bildet einen durchaus bedeutenden Teilaspekt des Kalten Krieges – nicht zuletzt, da die Konsequenzen aus den oben angeführten Parametern erst aufgrund dieses getroffen wurden und dementsprechend Bedeutung erlangen konnten. Wenn der Kalte Krieg in der Folge auch nicht im Fokus der Betrachtung stehen soll und kann, so seien die sich daraus ergebenden Kontinuitäten keinesfalls isoliert; hingegen werden in dieser Forschungsarbeit vorrangig die wirtschaftspolitischen Argumente und Konsequenzen der einzelnen Phasen des Marshall-Plans – sowohl was den Werdegang in den USA betrifft, als auch letztlich die Aufnahme des Programms in Europa und Österreich selbst – dargelegt, wobei die sich ergebenden Fragestellungen vor dem Hintergrund des Kalten Krieges angestrengt werden.

Zunächst wird ein kurzer Abriss über die politische sowie wirtschaftliche Situation in Österreich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Einsetzen des Marshall-Plans selbst gegeben, wobei die Bedeutung der ersten Schritte der österreichischen Regierung ebenso Erwähnung findet, wie die dem ERP vorangegangenen Hilfsprojekte.

Im Anschluss daran wird die Entwicklung des Marshall-Plans dargestellt und dabei hinterfragt, welchen Stellenwert das Wechselspiel zwischen den USA, der Sowjetunion und den Auswirkungen des Kalten Krieges einnehmen konnte – bedingte letzten Endes die Konfrontation zwischen den beiden Mächten das Entstehen des Programms oder führte dieses erst zu einer Verschärfung der Auseinandersetzung und einer Teilung – nicht nur

Europas – in zwei Blöcke? Dabei wird auch hinterfragt, inwieweit das Angebot Außenminister Marshalls, auch die Sowjetunion in das ERP einzubinden – und somit auch die dieser nahestehenden Staaten –, als aufrichtig oder Taktik in den Überlegungen des Kalten Krieges angesehen werden muss und daher letzten Endes, ob deren Teilnahme somit erwartet oder ein negativer Bescheid gar forciert wurde.

Es wird in dieser Arbeit weiters auch nachzuweisen sein, dass zwar die Ankündigung des Programms eine Initiative der europäischen Staaten vorsah, es jedoch schließlich die USA selbst waren, die nicht nur die Bildung der zuständigen Institutionen vorantrieben, sondern daneben auch die Vergabepolitik beeinflussten und – nicht zuletzt durch die bilateralen Abkommen – die Haltung der westeuropäischen Staaten gegenüber der Sowjetunion maßgeblich mitbestimmten.

Günter Bischof meinte anlässlich des 50. Jahrestags der Harvard-Rede Marshalls in einer Radiosendung: „Hierzulande täte man also gut daran, sich in Erinnerung zu rufen, dass es ohne Marshallplan kein österreichisches Wirtschaftswunder gegeben hätte, zumindest nicht in den 1950er Jahren. Die Amerikaner verlangen keine ewige Dankbarkeit. Ein wenig Anerkennung und Erinnerungsarbeit in der österreichischen Öffentlichkeitsarbeit aber verdienen sie für ihren Beitrag zum österreichischen Nachkriegswohlstand allemal. Denn solche Großzügigkeit einer Sieger- und Großmacht kommt in den Annalen der Geschichte selten vor!“¹²

Dabei ist jedoch zu hinterfragen, inwieweit der Marshall-Plan Österreichs Entwicklung prägen konnte; gleichzeitig muss dabei die Überlegung angestellt werden, ob dieser nicht vielmehr zwar Österreichs – politische wie auch wirtschaftliche – Entfaltung forcieren konnte, es allerdings gleichzeitig verstand, diese in eine Richtung zu drängen und somit eine andere – nämlich letztlich die Ausrichtung nach Osten – zu verhindern. Dahingehend wird in dieser Arbeit dargestellt, dass in ökonomischer Hinsicht die einseitige Hinwendung und einsetzende Westorientierung Österreichs, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, keinesfalls vorgezeichnet war. Vielmehr bestand ein reger und vor allem wiederaufblühender Handel mit den Nachfolgestaaten der Monarchie – allen voran mit der Tschechoslowakei – welcher erst mit Einsetzen des Marshall-Plans nachhaltig verringert

¹² Entnommen aus: Günter Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. In: Helmut Lackner, Österreich baut auf. Wieder-Aufbau und Marshallplan (Wien 2005) 12-67, hier: 65.

werden konnte und Österreich zu einer einseitigen Ausrichtung seiner Wirtschaft gedrängt wurde. Erst mit dieser Entwicklung wurde Österreich daher aus dem Zentrum Europas an den Rand – nämlich an jenen des Eisernen Vorhanges – gedrängt.

Neben dieser gesamtstaatlichen Betrachtung muss allerdings auch auf die innerösterreichische Entwicklung eingegangen werden, welche sich in einer signifikanten, ökonomischen Begünstigung Westösterreichs niederschlug. War diese Entwicklung zwar auch deutlich durch die Haltung der Sowjetunion in Ostösterreich, deren Besatzungszone – betreffend der Fragen des Deutschen Eigentums, Beschlagnahmungen und Führung einer autonomen Wirtschaftspolitik – geprägt, so war es letztlich der Marshall-Plan, respektive dessen zuständige Stellen beziehungsweise die US-Administration selbst, welche eine Ungleichbehandlung Österreichs bedingte und zu einem Ungleichgewicht in der Entwicklung zwischen Ost- und Westösterreich in den bedeutenden Jahren des Wiederaufbaus führte.

Auch wird in dieser Arbeit dargelegt, dass nicht nur eine starke Beeinflussung erfolgte, welche zum einen die Aufgabe von Handelsbeziehungen mit sich brachte und zum anderen eine Ungleichbehandlung innerhalb Österreichs, sondern darüber hinaus innerösterreichisch auch eine deutlich verzerrte Wirtschaftspolitik betrieben wurde, welche – konzentriert auf Grundstoffindustrie und exportorientierte Branchen – eine nachteilige Entwicklung mit sich brachte. Allerdings finden ebenso jene Branchen Erwähnung, in denen erst durch den Einsatz von nicht unerheblichen ERP-Mitteln ein Aufschwung erzielt werden und welcher sich letzten Endes in durchaus beeindruckenden Bilanzen niederschlagen konnte, wie beispielsweise im Ausbau der Energiegewinnung durch Wasserkraft.

In all diesen Darstellungen wird im Zuge der Arbeit auf die Position der einzelnen Parteien und Gruppierungen, sowohl ihre Zustimmung betreffend, als auch ihre Kritik daran, eingegangen. Es wird dargelegt, aus welchen – teilweise durchaus ideologischen – Überlegungen heraus der Marshall-Plan Befürworter oder auch Gegner innerhalb der österreichischen Struktur und Politik fand; sowohl in Darstellungen zur Einladung und Teilnahme Österreichs am „Committee of European Economic Cooperation“ (CEEC), als auch in den weiteren Entwicklungsphasen des Marshall-Plans und dessen Administration in Österreich.

Diese Arbeit untersucht dementsprechend, welche Schritte und vor allem Überlegungen für das Entstehen des ERP, sowohl vonseiten der USA als auch von jener Europas, gesetzt wurden und in welcher Situation sich Österreich befand, bevor auf den Einfluss des Marshall-Plans auf Österreich – respektive vorrangig auf die österreichische Wirtschaft, aber letztlich aufgrund der einhergehenden Aspekte auch auf die politische Entwicklung – eingegangen wird. Der Schwerpunkt, der daher eindeutig auf Österreich lastet, kann dabei aber keinesfalls isoliert abgehandelt werden; vielmehr wird im Verlauf der Arbeit zwar der Kontext des Marshall-Plans im Fokus der Betrachtung stehen und zu hinterfragen sein, dabei allerdings in keiner Phase die umschließende Klammer des Bezuges auf Österreich verlassen.

Politische Grundlagen in Österreich

a. Situation der ersten Nachkriegszeit

Die ersten Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren durch das schwere Erbe, welches der Nationalsozialismus dem Land aufgebürdet hatte, geprägt und brachten eine verzweifelte Situation, in der für die Bevölkerung Entbehrungen jedweder Art vorherrschend waren.¹³

Zum einen waren viele Österreicher dem Krieg zum Opfer gefallen. Die dementsprechenden Zahlen des Zweiten Weltkrieges betragen alleine in Österreich etwa 247.000 Militärtote sowie 25.000-30.000 Ziviltote¹⁴; etwa 75.000 Menschen waren in den Konzentrationslagern umgekommen. Weiters wurden etwa 76.000 Menschen vermisst¹⁵; darüber hinaus befanden sich nach Kriegsende etwa 480.000 in Kriegsgefangenschaft – nach Schätzungen etwa 200.000-230.000 alleine in sowjetischer – und weitere Zigtausend in der Emigration, davon etwa 125.000 österreichische Juden.¹⁶

Neben diesen humanbezogenen Schäden waren auch die materiellen von größter Bedeutung – der Wert dieser wurde auf Preisbasis von 1960 auf etwa 160 Milliarden Schilling geschätzt.¹⁷

Es waren Wohnhäuser beschädigt, sodass eine regelrechte Wohnungsnot hereinbrach (etwa 100.000 Wohnungen waren zerstört worden¹⁸), landwirtschaftliche Kulturflächen (etwa 200.000 Hektar¹⁹) zerstört, daneben kam das Eisenbahnnetz ob etwa 50%iger Zerstörung

¹³ Siehe: Rudolf Neck, Von der Befreiung zur Freiheit (1945-1955). Innenpolitische Entwicklung. In: Erika Weinzierl, Kurt Skalnik (Hg.), Österreich. Die zweite Republik. Band I (Graz/Wien/Köln 1972) 149-168, hier: 149.

¹⁴ Siehe: Ernst Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. In: Ernst Bruckmüller (Hg.), Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? (Wien 2006) 10-26, hier: 12.

¹⁵ Siehe: Alois Brusatti, Wirtschaft. Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. In: Erika Weinzierl, Kurt Skalnik (Hg.), Österreich. Die zweite Republik. Band I (Graz/Wien/Köln 1972) 417-494, hier: 421.

¹⁶ Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 12. Nach anderen Angaben flohen 130.000 österreichische Juden ins Exil; daneben waren 65.000 in Gaskammern umgekommen. Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 18.

¹⁷ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 421. Siehe auch: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 12. Auf Wertbasis von 1947 betragen die baulichen Kriegsschäden etwa 19,8 Milliarden Schilling und auf Wertbasis von 1954 etwa 43 Milliarden. Siehe dazu: Franz Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955 (Wien 1955) 40.

¹⁸ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 422.

¹⁹ Siehe: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 7.

zum Erliegen und Kultur- und Produktionsstätten waren in Mitleidenschaft gezogen oder teilweise gar vernichtet worden.²⁰

Diese Zerstörungen hatten sowohl die Kriegshandlungen und das –geschehen selbst, als auch die Rückzugsgefechte über die bedeutendsten Einrichtungen gebracht.²¹ Damit war das wirtschaftliche Gefüge des Landes vollkommen zerrüttet worden und eine rasche Rückkehr zur Normalität schien in weiter Ferne zu liegen.²²

Dennoch brachten die Erfahrungen des Krieges einen neuen Aspekt zu Tage, der es ermöglichte, mit einem bislang wenig bekannten einheitlichen Nationalgefühl an diese schwierige Zeit heranzutreten. Dieser Zusammenhalt gestattete es schließlich, dass demokratische Toleranz und ein Wille zur Nivellierung parteipolitischer Interessen vorherrschte.²³

b. Grundlegende politische Entwicklung

Durch das Erste Kontrollabkommen der Alliierten vom 4. Juli 1945 wurde zwar der „Alliierte Rat“ als oberste politische Instanz in Österreich eingesetzt²⁴; dennoch wurde von sowjetischer Seite die Initiative für eine eigene Staatsregierung angestrebt.²⁵ Die vorerst

²⁰ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 421. Siehe auch: Hofbauer, Westwärts. 21-24.

²¹ Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 18. Dieses Agieren der abziehenden deutschen Truppen wird als Nero-Befehl bezeichnet. Siehe: Dieter Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns: Die ökonomische Benachteiligung der sowjetischen Besatzungszone. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 111-132, hier: 112.

²² Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 149. Österreich hatte durch den Zweiten Weltkrieg, wirtschaftlich gesehen, höhere Rückschläge zu erleiden als durch den Ersten – so lag das reale Brutto-Nationalprodukt niedriger und die Produktionseinbußen fielen im Vergleichszeitraum höher aus. Siehe: Anton Kausel, Österreichs Wirtschaft 1918-1968 (Die Wirtschaft geht jeden an. 79. Wien 1968) 8.

²³ Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 150. Siehe auch: Anton Pelinka, Der Marshall-Plan und die österreichische politische Kultur. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 249-260, hier: 250-252. Diese Zusammenarbeit der Eliten am Beispiel Niederösterreichs knüpfte an die Erfahrungen, an die gemeinsame Lagerhaft und an die drückende Not an. Siehe: Ernst Bezemek, Landesregierungen und Landtag in den Jahren 1945 bis 1995. In: Michael Dippelreiter (Hg.), Niederösterreich. Land im Herzen – Land an der Grenze (Wien/Köln/Weimar 2000) 7-40, hier: 8.

²⁴ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 422.

²⁵ Allgemein lässt sich feststellen, dass die sowjetische Besatzungsmacht an der Wiedererrichtung der politischen Struktur interessiert war; so wurden Bürgermeister eingesetzt und die Sowjetunion war auch aktiv an der Entstehung von Landesregierungen – neben einer Staatsregierung – beteiligt. Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 11. Siehe auch: Wolfgang Mueller, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1945-2005. In: Stefan Eminger, Ernst Langthaler (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1: Politik (Wien/Köln/Weimar 2008) 103-131, hier: 105f. Dass die traditionellen Machteliten der einzelnen österreichischen Länder respektiert werden sollten, wurde bereits

provisorische Regierung²⁶ – sie bestand zu je drei Staatsämtern aus ÖVP und SPÖ, zwei Staatsämter wurden der KPÖ zugeteilt²⁷ – wurde zunächst nur von der Sowjetunion anerkannt²⁸ und sah sich vor mannigfaltige Probleme gestellt. So war die Lage in den einzelnen Bundesländern oder vielmehr noch in den einzelnen Besatzungsbereichen Österreichs äußerst unterschiedlich und die Gebiete unter sowjetischer Besatzung standen vor signifikant anderen Bedrohungen als jene unter den übrigen Mächten; auch war der Osten Österreichs durch den Krieg schwer in Mitleidenschaft gezogen worden und der Aufbau der territorialen Verwaltungen gelang nur schleppend.²⁹

Jedenfalls konnten – teilweise unter widrigen Bedingungen – in allen Bundesländern im Laufe des Jahres 1945 Landesregierungen gebildet werden, welche sich alsbald – im September und Oktober des Jahres – zu so genannten Länderkonferenzen zusammenfanden.³⁰

zu einem frühen Zeitpunkt der Planung seitens der Sowjetunion festgelegt. Siehe: Loth, Die Teilung der Welt. 63. Die Verwaltung sollte gemäß den Anweisungen der Truppenkommandanten rasch in zivile Hände gelegt werden – Voraussetzung war jedoch, dass diesen provisorischen Ausschüssen zumindest ein kommunistischer Vertreter angehörte. Siehe: Bezemek, Landesregierungen und Landtag in den Jahren 1945 bis 1995. 8.

²⁶ Mit der Bildung wurde Dr. Karl Renner betraut – ein ausgewiesener Vertreter des eher rechten Flügels des Austromarxismus. Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 150f. Siehe auch: Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005 (Wien 2005) 161. So war es auch dieser selbst gewesen, der anlässlich des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich ein „freudiges Ja“ äußerte. Siehe dazu: Hofbauer, Westwärts. 12. Weiters: Mueller, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1945-2005. 106.

²⁷ Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 13. Nur drei Parteien bestanden nicht zuletzt infolgedessen, da die alliierten Mächte in Österreich vorerst nicht mehr zuließen; erst nach dem Beschluss eines Wahlgesetzes im Mai 1949 wurden andere Parteien rechtlich anerkannt. Siehe: Gertrude Enderle-Burcel, Josef Dobretsberger – ein politischer Grenzgänger im Ost-West-Handel. In: Gertrude Enderle-Burcel, Dieter Stiefel, Alice Teichova (Hg.), „Zarte Bande“ Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder (Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs. 9. Wien 2006) 131-151, hier: 131f.

²⁸ Siehe: Oliver Rathkolb, Internationalisierung Österreichs seit 1945 (Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive. 15. Wien/Innsbruck/Bozen 2006) 25f. So hatten beispielsweise die Briten ein anderes Ziel verfolgt und der Aufbau einer eigenen Staatsregierung hätte erst relativ spät, nämlich nach der Säuberung vom nationalsozialistischen Gedankengut, durch eine Art der Militärregierung erfolgen sollen. Nun sahen sie die neue Regierung mit Argwohn und befürchteten, diese wäre ein Instrument der Sowjetunion. Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 11. Auch die Pläne der USA sahen anders aus; so wäre hier die Bildung kleinerer lokaler Verwaltungen auf Grundlage militärischer Bestellungen verfolgt worden. Siehe: Rathkolb, Die paradoxe Republik. 161. Zum Ansehen der provisorischen Regierung respektive ihrer Mitglieder bei den westlichen Alliierten siehe auch: Manfred Jochum, Die Zweite Republik in Dokumenten und Bildern (Wien 1982) 19.

²⁹ Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 153f.

³⁰ Siehe dazu: Jochum, Die Zweite Republik in Dokumenten und Bildern. 22-26.

Bei diesen wurde auch ein Wahltermin, nämlich der 25. November, festgelegt. Auf einen kurzen und eher ruhigen Wahlkampf³¹ folgte ein beinahe erstaunliches, allenfalls aber unerwartetes Ergebnis – die Österreichische Volkspartei (ÖVP) errang die absolute Mehrheit und erreichte 49,8% der Stimmen (85 Mandate), die Sozialistische Partei (SPÖ) 44,6% (76 Mandate) und die Kommunistische Partei (KPÖ) lediglich 5,4% (4 Mandate); das Ergebnis wurde jedoch von allen Gruppen³² anerkannt und die Arbeit für Österreich unter der Führung von Leopold Figl aufgenommen³³; dadurch kam es nun auch zur Legalisierung der bisher getätigten Arbeit.³⁴

Trotz dieses Wahlergebnisses, jedoch Bezug nehmend auf das während des Krieges erlangte Gemeinschaftsgefühl, welches Toleranz und Demokratie zu vermitteln vermochte, wurde eine Konzentrationsregierung gebildet³⁵; dementsprechend erhielt auch die Kommunistische Partei ein Ressort übertragen.³⁶ Tatsächlich wandelte sich die Haltung der KPÖ aber und muss in den ersten Nachkriegsjahren als zunehmend isolationistisch bezeichnet werden.³⁷

³¹ Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 155. Siehe auch: Jochum, Die Zweite Republik in Dokumenten und Bildern. 28. So sprachen sich beispielsweise alle drei kandidierenden Parteien gleichermaßen gegen Krieg und Kapitalismus aus. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 14.

³² Auch wurde das Ergebnis von den alliierten Mächten anerkannt, wodurch es nun zu einer gesamtösterreichischen Regierung kam. Siehe: Dieter Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. Der Marshallplan in Österreich 1948-1952. In: Ernst Bruckmüller (Hg.), Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? (Wien 2006) 90-101, hier: 94. Die sowjetische Führungselite war von dem Ausgang der Wahlen keinesfalls überrascht worden, sodass auch von dieser Seite das Ergebnis rasch akzeptiert werden konnte. Siehe: Rathkolb, Internationalisierung Österreichs seit 1945. 26f.

³³ Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 156. Siehe auch: Mueller, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1945-2005. 109. Weiters: Jochum, Die Zweite Republik in Dokumenten und Bildern. 31.

³⁴ Siehe: Franz Heissenberger, Grundlagen der weltpolitischen und europäischen Neuordnung. In: Norbert Grell, Österreich und der Marshall-Plan. Eine Zusammenstellung der wichtigsten Dokumente des europäischen Wiederaufbauprogrammes. Mit einer Gesamtdarstellung der Marshall-Plan-Hilfe in Österreich (Wien 1950) 67-94, hier: 87. Hatte die Sowjetunion die rasche Formung einer provisorischen Regierung auch forciert gehabt, waren es nun die Westmächte, welche die Bildung der neuen Regierung begrüßten. Siehe: Patricia Blythe Eggleston, The Marshall Plan in Austria: A study in american containment of the Soviet Union in the cold war (Diss. Alabama 1980) 30.

³⁵ Siehe: Michael Gehler, Vom Marshall-Plan bis zur EU. Österreich und die europäische Integration von 1945 bis zur Gegenwart (Innsbruck/Wien/Bozen 2006) 18. Dieses Vorgehen lässt sich auch mit dem Schlagwort der Konkordanzdemokratie umschreiben; diese beschreibt ein System des Ausgleichs zwischen dem christlich-konservativem und dem sozialistischen Lager – daher zwischen ÖVP und SPÖ. Siehe: Pelinka, Der Marshall-Plan und die österreichische politische Kultur. 251. Zwischen diesen beiden Parteien war auch bereits vor der Wahl ein geheimes anti-kommunistisches Abkommen geschlossen worden. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 14. Siehe auch: Fritz Weber, Die österreichische Sozialdemokratie zu Beginn des Kalten Krieges. In: Othmar N. Haberl, Lutz Niethammer (Hg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke (Frankfurt/Main 1986) 169-193, hier: 171.

³⁶ Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 156. Selbstverständlich spielte auch die Situation der Besatzung durch die Sowjetunion eine Rolle bei der Einbindung der KPÖ in die neue Regierung. Siehe: Weber, Die österreichische Sozialdemokratie zu Beginn des Kalten Krieges. 171.

³⁷ Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 159. Allerdings wurde die KPÖ schrittweise in die Rolle der Opposition hineingedrängt. Siehe: Weber, Die österreichische Sozialdemokratie zu Beginn des Kalten Krieges. 185.

Zum ersten Staatsoberhaupt wurde am 20. Dezember 1945 Dr. Karl Renner, mit 204 von 205 Stimmen der einberufenen Bundesversammlung, gewählt³⁸ – nicht zuletzt dieser Schritt ermöglichte eine Entspannung innerpolitischer Differenzen.³⁹

Wenn die Moskauer Erklärung vom 1. November 1943 Österreich zwar prinzipiell die Stellung als erstes Opfer des nationalsozialistischen Deutschlands zusprach⁴⁰, kam es dennoch zur Auferlegung einer Mitverantwortung für den Krieg⁴¹, womit neben politischen auch wirtschaftliche Verpflichtungen einhergingen.⁴² Somit musste die neue Regierung neben dem Auf- und Ausbau der Regierungssouveränität gegenüber den Alliierten Mächten alleine aus dieser Überlegung bereits vor allem wirtschaftspolitische Entscheidungen treffen⁴³.

Daneben ergingen bereits 1945 seitens der Regierung Gesetze, um den Nationalsozialismus endgültig zu überwinden⁴⁴ – zum einen das Verbotsgesetz⁴⁵ und zum

³⁸ Siehe: Heissenberger, Grundlagen der weltpolitischen und europäischen Neuordnung. 87.

³⁹ Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 156f.

⁴⁰ Siehe: Hans Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg (Wien 2005) 343.

⁴¹ Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 9f.

⁴² Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 421f. Siehe auch: Karl Bachinger, Herbert Matis, Der österreichische Schilling. Geschichte einer Währung (Graz/Wien/Köln 1974) 169. Wenn die westalliierten Mächte die volle Mitverantwortung Österreichs für den Krieg auch ablehnten, wurde auf Betreiben der Sowjetunion jedoch die Kriegsmitschuld Klausel verschärft und in die Beschlüsse aufgenommen. Mittels dieser Vorgehensweise konnten die späteren wirtschaftlichen Beeinträchtigungen Österreichs durch die Sowjetunion gerechtfertigt werden. Siehe: Wolfgang Mueller, Sowjetische Österreich-Planungen 1938-1945. In: Ernst Bruckmüller (Hg.), Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? (Wien 2006) 27-54, hier: 49. Es wurde dabei allerdings bereits 1943 die Mitverantwortung Österreichs in dem Maße beschränkt, wie es Anstrengungen zu seiner eigenen Befreiung setzen würde. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 343.

⁴³ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 422. Die neu auferstandene Republik hatte dabei vier Problembereiche lösen; zunächst musste eine eigenständige Währung, die als Basis dienen konnte, geschaffen werden; zum zweiten mussten, um einen dementsprechenden Überhang zu vermeiden, der Notenumlauf und die Spareinlagen stark dezimiert werden; drittens beispielsweise durch Anspruchsverkürzungen die insolventen Banken und Versicherungen abgesichert und viertens durch einen Lastenausgleich die Verluste der Geldbesitzer effektiv eingedämmt werden. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 111. Das Problem der Nachkriegsinflation, welche einerseits durch einen Nachfrageüberschuss und andererseits durch eine Produktionslücke erzeugt wurde, galt es ebenso zu lösen. Siehe: Ebenda. 224.

⁴⁴ Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 24.

⁴⁵ Mittels des Verbotsgesetzes sollte es zu einer Einteilung der Staatsbürger kommen, um derart die Problematik der Mittäterschaft in der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP) aufzuarbeiten. Siehe: Ebenda. 24. Es war somit vorgesehen, dass es zu einer differenzierten Abstufung der Belasteten kommen sollte, sowie zu dementsprechenden Sühnefolgen, womit letztlich eine Generalisierung verhindert werden sollte. Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 158f. Dabei musste jedoch zum einen auf die Empörung der Bevölkerung und zum anderen auf die Vorgaben der Alliierten geachtet werden; dies bedingte letztlich eine Novellierung des Verbotsgesetzes, wobei es zu einer deutlichen Verschärfung kam. Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 25.

anderen das Kriegsverbrechergesetz⁴⁶. Diese Schritte waren umso erforderlicher, als die ungeklärte Frage über die Stellung der Nationalsozialisten die künftigen Wahlen belastete. Mittels dieser Gesetze wurde der Zweck der „Unschädlichmachung des nationalsozialistischen, rassistischen Gedankengutes, das die geistige Grundlage dieser Verbrechen gebildet hatte“⁴⁷ verfolgt, womit den dementsprechenden Beschlüssen der Potsdamer Konferenz⁴⁸, sowie dem Befehl Nr.1 des sowjetischen Militärkommandanten in Wien, Folge geleistet wurde.⁴⁹

Weiters kam es noch im August 1945 zu ersten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, nämlich einem Staatseigentumsgesetz, welches das Territorialprinzip verdeutlichte⁵⁰ und womit das Aktivvermögen des Deutschen Reichs auf dem Gebiet der österreichischen Republik gesichert werde sollte; am 5. September 1945 folgte ein erster Versuch eines Verstaatlichungsgesetzes durch die provisorische Staatsregierung.⁵¹ Beide Maßnahmen scheiterten allerdings am Veto der Sowjetunion, wie auch ein späteres Rahmengesetz,

⁴⁶ Das Kriegsverbrechergesetz zielte zum Unterschied zum Verbotsgesetz auf die Bestrafung von Einzelpersonen und die strafrechtliche Aufarbeitung deren nationalsozialistischen Verbrechen ab. Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 24.

⁴⁷ Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 157.

⁴⁸ Die Konferenz von Potsdam, welche vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 stattfand, stellte eine Zusammenkunft der alliierten Staatsmänner Harry S. Truman (USA), Jossif W. Stalin (Sowjetunion) und Clement R. Attlee (Großbritannien) dar, bei welcher über die gemeinsame Vorgehensweise nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges beraten wurde. Wenn auch die Frage bezüglich der Kontrolle in Deutschland im Vordergrund stand, enthielt das abschließende Kommuniqué auch weitere Richtlinien, die sich ebenso auf Österreich bezogen; beispielsweise betrafen diese den Umgang mit nationalsozialistischem Gedankengut, Reparationszahlungen und anderen Verpflichtungen. Siehe: George F. Kennan, Memoiren eines Diplomaten (2 Bände München 1971) 264-267.

Die Frage, wie mit einem besiegten Deutschland zu verfahren sei, war bereits während des Krieges aufgekommen – US-Präsident Roosevelt äußerte sich im Januar 1943 dahingehend, dass erst „nach vollständiger Vernichtung der deutschen [...] Kriegsmacht“ Frieden möglich sei; dahingehend präziserte er im August 1944 dass nicht nur die Nationalsozialisten gemeint seien, sondern vielmehr „das deutsche Volk“. Dieses massive Vorgehen, welches durch ein Memorandum des US-Finanzministers Henry M. Morgenthau angeregt worden war, welcher die Bannung der deutschen Aggression einzig durch eine Teilung und wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands verwirklichter sah, wurde allerdings bald revidiert und Roosevelt stellte fest, dass „[n]iemand beabsichtigt, Deutschland wieder zu einer vollkommen agrarischen Nation zu machen.“ Für die USA ergab sich damit nun das Problem, dass es zwar eigene machtpolitische Überlegungen in Deutschland verwirklichen wollte, diese gleichsam allerdings nur in Kooperation mit der Sowjetunion zu erreichen waren. Wenn darüber hinaus der Morgenthau-Plan auch keinesfalls realisiert werden konnte, stellte er dennoch einen Wendepunkt dar und den Beginn eines harten Kurses gegenüber Deutschland; dieser gipfelte letztlich in einer Teilung, welche den Wiederaufbau Westdeutschlands nach US-amerikanischen Vorstellungen ermöglichte. Siehe: Loth, Die Teilung der Welt. 28-31. Siehe auch: Gerd Hardach, Der Marshall-Plan. Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948-1952 (München 1994) 17-19.

⁴⁹ Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 157.

⁵⁰ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 405.

⁵¹ Siehe: Felix Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert (2^{Wien} 1985) 78.

welches ähnliche Interessen verfolgen sollte; dennoch besaß dieses Vorgehen Signalwirkung.⁵²

Der Weg für die weitere Entwicklung Österreichs wurde allerdings erst mit dem Zweiten Kontrollabkommen der Alliierten vom 28. Juni 1946 geebnet. So wurde darin festgehalten, dass das generelle Einspruchrecht der Besatzungsmächte aufgehoben wurde und nur mehr Verfassungsgesetze der Zustimmung des Alliierten Rates bedurften.⁵³ So konnten nun zum einen bilaterale Verträge ohne Genehmigung durch den Rat abgeschlossen werden (was alsbald amerikanische Hilfen betraf und letztlich auch den Marshall-Plan), zum anderen konnten nun diplomatische Beziehungen zu den meisten Ländern der Vereinten Nationen – Ausnahmen bildeten Deutschland und Japan – aufgebaut werden. Darüber hinaus war es nun möglich, einige der dringend notwendigen Gesetze zu erlassen, wie beispielsweise das Verstaatlichungsgesetz.⁵⁴

c. Verstaatlichungsgesetze

Dem Schritt hin zu einer Verstaatlichung von Betrieben lagen mehrere Überlegungen zugrunde. Zum einen konnten auf diese Weise bestehende oder drohende Gefahren wie der Zugriff durch die Besatzungsmächte abgewandt werden⁵⁵; war dieses Vorgehen durch die Potsdamer Beschlüsse auch ermöglicht worden, war die österreichische Regierung bemüht, den Geltungsbereich einzuschränken.⁵⁶ Zum anderen trug auch ein gewisser Solidarisierungsgedanke zu den Überlegungen bei, wobei dieser zwar hauptsächlich auf

⁵² Hatte das Veto vorläufig auch nur aufschiebende Wirkung, so schlug die Sowjetunion nun vor, diese Gesetze in den Verfassungsrang zu heben, da schließlich derart Eigentum geschützt werden sollte; damit sollte erreicht werden, dass – wie bei Verfassungsgesetzen vorgesehen war – alle Besatzungsmächte zustimmen hätten müssen; dies wurde von den westlichen Alliierten abgelehnt, woraufhin die Sowjetunion auf Grundlage des Zweiten Kontrollabkommens die Gesetze der Regierung als in ihrer Zone nicht anwendbar deklarierte. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 406.

⁵³ Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 16. Siehe auch: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 34. Es war nun vorgesehen, dass Gesetze nur mehr durch Einstimmigkeit des Alliierten Rates blockiert werden konnten – im Gegensatz dazu reichte bereits die Zustimmung einer Besatzungsmacht, um die Annahme des Gesetzes zu gewährleisten. Österreich erhielt damit bedeutend mehr Handlungsspielraum und Autorität zugesichert. Siehe: Arno Einwitschlager, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949 (Wien/Köln/Graz/Böhlau 1986) 40f.

⁵⁴ Siehe Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 16.

⁵⁵ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 430.

⁵⁶ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 404.

sozialistischen Prinzipien beruhte, gleichsam aber ebenso von katholisch-sozialen Politikern aufgenommen und letztlich mitgetragen wurde.⁵⁷

Das erste Verstaatlichungsgesetz, welches sich auf 71 Unternehmungen erstrecken sollte⁵⁸, wurde am 26. Juli 1946 beschlossen, wobei eine spätere Entschädigung⁵⁹ und die Beibehaltung der bisherigen Rechtsform vorgesehen waren – auch wurden weiterhin Sozialabgaben und Steuern entrichtet und die Kammernmitgliedschaft beibehalten.⁶⁰

Getragen wurde dies mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ⁶¹ gegen jene der KPÖ, welche dies damit begründeten, dass die Verstaatlichungen vorrangig bei jenen Betrieben stattfinden würden, die ansonsten durch sowjetische Beschlagnahmungen gefährdet wären – darüber hinaus könne dieses Gesetz als „feindseliger Akt verstanden werden“.⁶² Auch wenn nun die Sowjetunion selbst abermals Einspruch gegen dieses Gesetz erhob, kamen diesem die Westmächte nicht nach und kippten so auf Grundlage des Zweiten Kontrollabkommens das Gesetz nicht; es trat folglich in Kraft.⁶³

⁵⁷ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 430f. Siehe auch: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 77.

⁵⁸ Dies betraf sowohl die Sparten Industrie und Gewerbe als auch das Bankenwesen, da die drei großen Kreditinstitute, Creditanstalt-Bankverein, Länderbank und Österreichisches Credit-Institut, ebenfalls verstaatlicht wurden. Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 431. Im Bereich der Industrie betraf dies die Montan-, Stahl-, Öl-, Schiffbau- und andere Schwerindustrie, darüber hinaus die Eisenbahnen und das Postwesen. Siehe: Anton Pelinka, Von der Befreiung zur Freiheit (1945-1955). Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. In: Erika Weinzierl, Kurt Skalnik (Hg.), Österreich. Die zweite Republik. Band I (Graz/Wien/Köln 1972) 169-202, hier: 185. Siehe auch: Richard Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt (Wien 1954) 138.

⁵⁹ Diese sollte allerdings durch Anteile an einem Fonds anstelle von Naturalrestitution erfolgen. Siehe: Rathkolb, Die paradoxe Republik. 111.

⁶⁰ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 431.

⁶¹ Die SPÖ brachte den diesbezüglichen Gesetzesentwurf ein. Siehe: Jochum, Die Zweite Republik in Dokumenten und Bildern. 35. Für die ÖVP standen die Fragen „Deutsches Eigentum“ und zu geringe freie Unternehmerinitiative nach dem Ende des Krieges im Vordergrund. Siehe: Weber, Die österreichische Sozialdemokratie zu Beginn des Kalten Krieges. 175.

⁶² Siehe: Pelinka, Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. 185. Wenn sich die KPÖ auch gegen dieses Gesetz aussprach, so erging die Beschlussfassung allerdings dennoch einstimmig – inklusive der Stimmen der vier kommunistischen Abgeordneten. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 31.

⁶³ Siehe: Pelinka, Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. 185f. Tatsächlich kam es aber im Vorfeld der Verhandlungen zu einer Absprache der Westalliierten mit Österreich – so würden diese gegen das Gesetz keinen Einspruch erheben und es somit zulassen, jedoch dürfe es nicht auf Firmen angewandt werden, welche im Eigentum Angehöriger dieser Länder stünden; im Gegenzug dazu, wurde das so genannte Deutsche Eigentum zur treuhändigen Verwaltung an Österreich übertragen. Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 17. Gleichzeitig wurde von der US-amerikanischen Administration der österreichischen Regierung aber nahegelegt, die derart in ihren Bereich gelangenden Betriebe sukzessive durch die Ausgabe von Aktien einer Privatisierung zu unterziehen. Siehe: Kurt Tweraser, Der Marshall-Plan und die österreichische Eisen- und Stahlindustrie: Fallbeispiel VÖEST. Deutsches Eigentum, Verstaatlichung, Wirtschaftsplanung und -lenkung 1945-1950. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 217-248, hier: 220f. Damit wollte die USA hauptsächlich eine Eindämmung der sowjetischen Expansionsmöglichkeiten erreichen. Siehe: Ebenda. 241.

Tatsächlich erwies sich die Rolle der Sowjetunion als größter Unsicherheitsfaktor, wobei bezüglich der sowjetisch besetzten Gebiete Überlegungen zur wirtschaftlichen Gefährdung besondere Bedeutung erlangten, da es in diesen zu tatsächlichen Beschlagnahmungen von Wirtschaftsbetrieben und weiterem Kapital kam.⁶⁴ Waren zu diesem Vorgehen auch alle Besatzungsmächte berechtigt gewesen und waren solche Beschlagnahmungen prinzipiell auch durchaus durchgeführt worden⁶⁵, so kam es zu einem systematischen Vorgehen und ebenso zu einem bedeutenden Umfang dieser allerdings nur in der sowjetischen Zone.⁶⁶ Die Grundlage bildete dabei das Erste Kontrollabkommen, da im Zuge dessen festgelegt worden war, dass ehemaliges „Deutsches Eigentum“ von den Besatzungsmächten in deren jeweiliger Zone als Ersatz für Reparationen betrachtet werden dürfe⁶⁷ – auch wurde dies im Zweiten Kontrollabkommen nicht abgeändert.⁶⁸

Besondere Bedeutung erhielt dabei aber die Tatsache, dass keine einheitliche Regelung getroffen wurde, was unter Deutschem Eigentum zu verstehen sei; derart konnten die vier

⁶⁴ Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 21. Die Beschlagnahmungen konnten unter drei unterschiedlichen Titeln erfolgen: Erstens, da Güter während der Zeit deutscher Annexion unabhängig davon, von wem und unter Aufwendung welcher Mittel, angeschafft worden waren. Zweitens, weil diese Güter einem Vermögensbestand zugeordnet wurden, der als Deutsches Eigentum klassifiziert wurde. Drittens, weil diese Güter das Herkunftszeichen eines vom Deutschen Reich besetzten Landes trugen. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 390. Siehe dazu auch: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 62f. Vereinfacht betrachtete die Sowjetunion alles als Deutsches Eigentum, was zu Kriegsende deutsch war und nicht kostenlos von deutschen Eigentümern erworben worden war – beispielsweise das Bundesvermögen. Siehe dazu: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 402. Dieses Vorgehen – gleich unter welchem Rechtstitel – dem eine überaus großzügige Definition des Deutschen Eigentums vorausgegangen war, besaß für die Sowjetunion daher größte Priorität. Siehe dazu: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 115-117.

⁶⁵ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 393. Beispielweise kam es durch die USA im ersten Jahr der Besatzung zur Erklärung von etwa 90.000 Objekten als Kriegsbeute. Allerdings erkannten die US-Administration rasch, dass die Öffentlichkeit ein solches Vorgehen zum einen ablehnte und damit die Vorteile, die sich aus der Behandlung Deutschen Eigentums ergaben, ausgelöscht werden würden und zum anderen ein Einsatz solcherart erbeuteter Maschinen in den USA unrentabel wäre. Siehe: Einwitschläger, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 52f.

⁶⁶ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 393. Siehe auch: Andrea Komlosy, Die niederösterreichische Wirtschaft in der Zweiten Republik. In: Michael Dippelreiter (Hg.), Niederösterreich. Land im Herzen – Land an der Grenze (Wien/Köln/Weimar 2000) 271-428, hier: 329. Weiters: Andrea Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 261-296, hier: 283. Sowie: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 61f. Im Gegensatz dazu nahmen die Demontagen im Westen Österreichs einen wesentlich geringeren Stellenwert ein. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 22.

⁶⁷ Siehe: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 4. Siehe auch: Franz Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958 (Wien 1958) 83. Diese Übereinkunft bildete somit die legale Basis für die in der Folge durchgeführten Beschlagnahmungen. Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 22.

⁶⁸ Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 22. Siehe auch: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 114. Dementsprechend waren die Siegermächte dazu berechtigt, alle Vermögenswerte des Deutschen Eigentums in der jeweiligen Zone zu beanspruchen. Siehe: Tweraser, Der Marshall-Plan und die österreichische Eisen- und Stahlindustrie: Fallbeispiel VÖEST. 219.

Besatzungsmächte eigene Definitionen ausbilden und anwenden. Aufgrund dessen war es vor allem der Sowjetunion möglich, diesen Begriff beliebig auszulegen und so Beschlagnahmungen am profitabelsten auszugestalten.⁶⁹ Tatsächlich befanden sich 1945 etwa 57% des Kapitals österreichischer Aktiengesellschaften im Eigentum deutscher Anleger oder Unternehmer.⁷⁰

	Eigenkapital	Davon deutsch	
	Mio. RM	Mio. RM	Anteil in %
1938	1.157,64	105,57	9,12
1945	1.970,03	1.118,21	56,74
1945*	1.095,16	998,17	91,14

* Anmerkung: Grundkapital von Firmen mit dominant deutscher Beteiligung
Tabelle 1: Deutsches Kapital in Aktiengesellschaften⁷¹

Darüber hinaus befanden sich, von insgesamt 3.600 Millionen Dollar des deutschen Auslandsvermögens, etwa 1.500 Millionen oder 42% des Gesamtvermögens in Österreich.⁷²

Versuchte Österreich nun diesen Beschlagnahmungen auch mit einer Verstaatlichung entgegenzutreten⁷³, so wurde am 27. Juni 1946 von der Sowjetunion, durch Generaloberst

⁶⁹ Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 68.

⁷⁰ Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 22. Das gesamte Volumen des Deutschen Eigentums kann nur geschätzt werden – anzunehmen ist aber, dass der Prozentsatz bei Klein- und Mittelbetrieben ein wesentlich geringerer war; so wurde in der gewerblichen Wirtschaft das deutsche Kapital seitens des Ministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung auf etwa 1,7 Milliarden Reichsmark geschätzt, inklusive Reserven auf 2,0 Milliarden (dies entsprach auf einer Kursbasis von 1945 etwa 600 Millionen US-Dollar). Dies ergibt bei einem Gesamteigenkapital von etwa zehn Milliarden Reichsmark (in den Aktiengesellschaften) einen deutschen Anteil von 20% – 57% davon in diesen selbst und 11% in den übrigen Firmen. Hingegen schätzen deutsche Quellen das Volumen (einschließlich des Fremdkapitals) auf etwa 5,0 Milliarden Reichsmark. Siehe dazu: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 369. Zum Vergleich dazu: Befanden sich daher nach Kriegsende etwa 60-70% der österreichischen Industrie in deutschem Eigentum, betrug diese Proportion 1938 nur etwa 10%. Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 283. Es war der deutsche Einfluss auf die österreichische Industrie in der Zwischenkriegszeit – mit Ausnahme der Alpine-Montangesellschaft, welche einen deutschen Hauptaktionär besaß – daher nur in sehr geringem Maße vorhanden; erst nach dem Anschluss „verdeutschte“ die österreichische Industrie. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 28. Dabei wurden die wichtigsten österreichischen Unternehmen übernommen und es kam zu Ausbau und Investitionen in strategische Bereiche. Siehe dazu: Andrea Komlosy, Zeiten und Reichweiten. Wirtschaft in Niederösterreich im 20. Jahrhundert. In: Peter Melichar, Ernst Langthaler, Stefan Eminger (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 2: Wirtschaft (Wien/Köln/Weimar 2008) 733-771, hier: 755.

⁷¹ Entnommen aus: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 369.

⁷² Damit lagen gleichzeitig etwa 62% des deutschen Vermögens (in ganz Europa) in Österreich. Siehe: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 114. Siehe auch: Komlosy, Zeiten und Reichweiten. 758.

⁷³ Siehe: Tweraser, Der Marshall-Plan und die österreichische Eisen- und Stahlindustrie: Fallbeispiel VÖEST. 219. Wie zuvor bereits angeführt, sprachen sich die Gruppierungen in Österreich sowohl für, als auch gegen die Verstaatlichung aus – der Beschluss für das Verstaatlichungsgesetz erging allerdings einstimmig. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 31. Dies geschah wohl auch deshalb, da sich die

Vladimir Kurassow, der Befehl Nr. 17 erlassen, aufgrund dessen diese durchgeführt wurden.⁷⁴ Damit konnten nun 29 Betriebe – von den 71 die verstaatlicht werden sollten – beschlagnahmt und bis 1955 planwirtschaftlich verwaltet werden.⁷⁵

Das Vorgehen der Sowjetunion lässt sich zeitlich dabei grob in zwei Abschnitte einteilen⁷⁶ – zunächst bis zur Festlegung der Zonengrenzen, wobei es zu umfangreichen Demontagen kam⁷⁷ – diese Phase wird auch mit den Schlagworten „Kriegsbeute und Trophäenaktion“⁷⁸ umschrieben⁷⁹ – und anschließend zu Beschlagnahmungen von Betrieben in der eingerichteten sowjetischen Zone⁸⁰, wobei die Ausnützung der laufenden Produktion im

Eigentumsverhältnisse dieser „herrenlosen“ Betriebe anders nicht klären ließen und keine Alternativen zu diesem Schritt bestanden hatten. Siehe: Volkmar Lauber, Dieter Pesendorfer, Wirtschafts- und Finanzpolitik. In: Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis, Helmut Kramer, Volkmar Lauber, Wolfgang C. Müller, Emmerich Tálos (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch (Wien 2006) 607-623, hier: 610. Jedoch äußerten die Kommunisten den Vorwurf, dass die Verstaatlichungen nur jene Betriebe betreffen würden, welche im sowjetischen Einflussbereich gelegen waren und somit deren Beschlagnahmungen zum Opfer fallen könnten. Siehe: Pelinka, Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. 185 Tatsächlich lässt sich eine solche anti-kommunistische Ausrichtung feststellen, da Unternehmen mit westlicher Kapitalbeteiligung nicht betroffen waren. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 32f.

⁷⁴ Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 23. Siehe auch: Andrea Komlosy, Österreichs Brückenfunktion und die Durchlässigkeit des „Eisernen Vorhangs“. In: Gertrude Enderle-Burcel, Dieter Stiefel, Alice Teichova (Hg.), „Zarte Bande“ Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder (Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs. 9. Wien 2006) 73-105, hier: 81f. Die Demontagen von Industrieanlagen durch die Sowjetunion setzten, teils hastig und einigermaßen unüberlegt, sofort nach dem Ende der Kriegshandlungen ein. Teilweise erst nachträglich wurde dafür die rechtliche Grundlage durch die Potsdamer Konferenz – genauer an ihrem letzten Tag, dem 1. August 1945 – gebildet. Siehe: Mueller, Sowjetische Österreich-Planungen 1938-1945. 51. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 394. Befehl Nr. 17 lässt sich damit nicht nur als selbstständiges Vorgehen, sondern auch als Reaktion auf das Handeln der österreichischen Regierung verstehen. Siehe: Einwitschläger, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 43. Auch das schlechte Ergebnis der KPÖ bei den Novemberwahlen von 1945 stärkte dieses Vorgehen der Sowjetunion, da diese nun erkannte, dass die KPÖ auch hinkünftig keine signifikante Rolle innerhalb der österreichischen Politik spielen würde; die Österreicher hatten dem Kommunismus daher als Regierungsform eine Absage erteilt. Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 26f.

⁷⁵ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 32.

⁷⁶ Siehe: Ingrid Fraberger, Dieter Stiefel, „Enemy Images“: The Meaning of „Anti-Communism“ and its Importance for the Political and Economic Reconstruction in Austria after 1945. In: Günter Bischof, Anton Pelinka, Dieter Stiefel (ed.), The Marshall Plan in Austria (New Brunswick/New Jersey 2000) 56-97, hier: 74f. Auch eine Einteilung in drei Abschnitte kann erwogen werden – der dritte Abschnitt wird diesfalls beispielsweise in der gezielten Ausbeutung durch die USIA-Betriebe gesehen. Siehe: Barbara Stelzl-Marx, Marshall Plan Dead Ends and Anti-USIA Campaigns: The Soviet Economic Propaganda Campaign in Austria. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (ed.), Images of the Marshall Plan in Europe. Films, Photographs, Exhibits, Posters (Innsbruck/Wien/Bozen 2009) 117-128, hier: 117f.

⁷⁷ Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 18f. Zu solchen Beschlagnahmungen kam es auch in der späteren sowjetischen Besatzungszone selbst. Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 394-396.

⁷⁸ Siehe: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 116. Siehe auch: Stelzl-Marx, Marshall Plan Dead Ends and Anti-USIA Campaigns. 118.

⁷⁹ Es handelte sich daher um ein offensives Vorgehen seitens der Roten Armee. Siehe: Loth, Die Teilung der Welt. 62.

⁸⁰ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 401. Siehe auch: Stelzl-Marx, Marshall Plan Dead Ends and Anti-USIA Campaigns. 118. Beiden Abschnitten haftete eine, für

Vordergrund stand und wozu es durch die „Abteilung zur Erforschung des deutschen Eigentums“ zu Besichtigungen und letzten Endes der Organisation der Beschlagnahmungen kam.⁸¹

Die betroffenen Betriebe wurden dabei in so genannte USIA-Betriebe („Uprawlenije Sowjetskowo Imuschtschestwa Awstrii“ – „Verwaltung sowjetischer Güter in Österreich“ oder auch „Administration des sowjetischen Eigentums in Österreich“⁸²), in die SMV („sowjetische Mineralölverwaltung“) oder die DDSG („Donau Dampfschiffahrtsgesellschaft“ [sic!]) eingegliedert; weiters zählten dazu die Wien-Film und die Sowjetische Militärbank.⁸³ Insgesamt handelte es sich dabei um 252 Industrie- und 140 landwirtschaftliche Betriebe mit insgesamt 55.000 Beschäftigten.⁸⁴ In die Führung dieses Apparates waren elf Moskauer Ministerien und Zentralstellen – die Moskauer Fach- und Branchenministerien⁸⁵ – eingebunden, außerdem das Büro des Hochkommissars in Österreich und militärische Dienststellen, wodurch die Zweigleisigkeit der Kompetenzen gesichert werden konnte.⁸⁶

Zu diesem Vorgehen der Sowjetunion gegenüber Österreich kam es, da es sich bei der Sowjetunion – ganz im Gegensatz zu den übrigen Besatzungsmächten und im besonders erheblichem Maße im Gegensatz zur USA⁸⁷, der eigentlichen Siegermacht des Krieges –

die österreichische Bevölkerung wie Regierung, Unberechenbarkeit seitens der Sowjetunion in ihrem Vorgehen an. Siehe dazu: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 115f.

⁸¹ Siehe: Ebenda. 116. Am Beispiel der „österreichischen Ölfelder“ lässt sich ebenso ein Vorgehen in zwei Phasen erkennen, zunächst geprägt von Demontagen und später von Beschlagnahmungen. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 433

⁸² Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 283. Zunächst kam es zur Gründung der USIWA/USIVA, der „Administration des sowjetischen Eigentums im östlichen Österreich“ – erst später wurde diese in USIA umbenannt. Siehe: Fraberger, Stiefel, „Enemy Images“. 75.

⁸³ Siehe: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 116.

⁸⁴ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 428. Tatsächlich aber schwankte die Zahl der eingegliederten Betriebe je nach Schätzung zwischen 160 (laut österreichischem Endbericht) und bis zu etwa 450. Siehe: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 116f. Auch die Zahl der Beschäftigten wird uneinheitlich angegeben – gemäß einem Bericht des Finanzministeriums aus dem Jahre 1955 betrug diese 53.200 Personen, wovon 29.593 auf Niederösterreich entfielen. Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 283. Dies entspricht etwa 55% der Beschäftigten – gleichermaßen war aber ein Viertel aller in Niederösterreich Beschäftigten in sowjetischen Diensten. Siehe dazu: Komlosy, Zeiten und Reichweiten. 759. Siehe auch: Komlosy, Die niederösterreichische Wirtschaft in der Zweiten Republik. 330. Weiters: Mueller, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1945-2005. 111.

⁸⁵ Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 283.

⁸⁶ Siehe: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 120.

⁸⁷ Die USA besaßen nach Kriegsende eine durchaus beeindruckende ökonomische Stärke und Macht, die es ihnen ermöglichte, eine Hegemonialstellung einzunehmen. Dazu kam, dass es nur zu einer relativ schwach ausgeprägten Beteiligung am Zweiten Weltkrieg gekommen war – insbesondere in Bezugnahme auf erlittene Kriegsschäden (wenn man vom Zwischenfall in Pearl Harbor absieht). Auch konnte es während des Krieges zu einer produktionsmäßigen Kapazitätsausweitung kommen, die lediglich in gesteigerter Staatsverschuldung

um ein armes Land handelte, welches durch den Weltkrieg gelitten hatte⁸⁸ und auch an den eigenen Wiederaufbau denken und somit durch die Besatzung profitieren musste oder zumindest nicht weitere Einbußen hinnehmen konnte.⁸⁹ Der Wiederaufbau der Sowjetunion selbst lässt sich daher nicht nur als wichtigstes innenpolitisches Ziel deren Nachkriegspolitik definieren, sondern auch als ebensolches der Außenpolitik.⁹⁰ So lässt sich feststellen, dass spätestens ab 1943 die Absicht verfolgt wurde, „Österreich wirtschaftlich auszubeuten“⁹¹ und dass auch der Zonenplan für Österreich seitens der Sowjetunion von den Standorten der bedeutendsten Industrien maßgeblich beeinflusst wurde.⁹² Die einzelnen Betriebssparten hingegen waren mit Generaldirektoren und deren drei Stellvertretern – für politische, personelle und kommerzielle Angelegenheiten – organisiert.⁹³

(1940 lag diese bei 42,9 Milliarden Dollar und stieg bis Kriegsende auf 258,7 Milliarden Dollar an) gipfelte. Der Marshall-Plan als Mittel zur Gesundung der USA musste daher auch lediglich die erwähnten wirtschaftlichen Belange betreffen. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 129.

⁸⁸ Siehe: Rathkolb, Die paradoxe Republik. 121. Siehe dazu auch: Loth, Die Teilung der Welt. 47f. So hatte die Sowjetunion durch den Krieg etwa 25% ihres Kapitalstocks verloren – nicht zuletzt, da die von den deutschen Truppen besetzten und zerstörten Gebiete zu den am stärksten entwickelten Regionen gezählt hatten. Siehe: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 115. Siehe auch: Fraberger, Stiefel, „Enemy Images“. 73.

⁸⁹ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 101. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 345. Weiters: Stelzl-Marx, Marshall Plan Dead Ends and Anti-USIA Campaigns. 117. Schätzungen aus dem September 1944 zufolge, betrug die direkten und indirekten Kriegsschäden der Sowjetunion, bedingt durch Zerstörungen, Demontagen, Produktionsausfällen und Plünderungen, 3.047 Milliarden Rubel auf der Kursbasis von 1941. Vergleiche: Mueller, Sowjetische Österreich-Planungen 1938-1945. 48.

⁹⁰ Siehe: Othmar Nikola Haberl, Die sowjetische Außenpolitik im Umbruchsjahr 1947. In: Othmar N. Haberl, Lutz Niethammer (Hg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke (Frankfurt/Main 1986) 75-96, hier: 75.

⁹¹ Siehe: Mueller, Sowjetische Österreich-Planungen 1938-1945. 49. Siehe dazu auch: Rathkolb, Internationalisierung Österreichs seit 1945. 19f. Ähnlich formuliert auch der österreichische Endbericht über die sowjetische Besatzungswirtschaft in Österreich, in dem von „Ausbeutungswirtschaft kolonialen Stils inmitten eines hochentwickelten europäischen Wirtschaftslandes, deren Ausmaße und deren wirtschaftliche Erfolge eigentlich erstaunlich sind“ gesprochen wird. Und weiters handle es sich um eine „möglichst ergiebige und planmäßige Ausbeutung österreichischer Rohstoff- und Menschenreserven.“ Siehe dazu: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 117f.

Im Gegensatz dazu sah ein US-Memorandum vom 2. Jänner 1945 vor, dass Österreich zwar die Administrationskosten für die Besatzung zu tragen hätte, nicht jedoch mit den übrigen Kosten belastet werden sollte; Österreich solle als freier und unabhängiger Staat gemäß Moskauer Deklaration wiedererstehen, wobei dies nur mit externer Unterstützung vonstatten gehen könne. Siehe: Einwitschläger, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 30f.

⁹² Siehe: Mueller, Sowjetische Österreich-Planungen 1938-1945. 50. So sollte beispielsweise nachträglich der Zonenplan abgeändert werden, nachdem die Sowjetunion in den Besitz einer Karte gekommen war, welche vermehrt Fabriken und Kraftwerke in der Steiermark und Kärnten aufzeigte. Siehe: Rathkolb, Die paradoxe Republik. 120. Bei den Beschlagnahmungen wurden Spezialkommandos der Roten Armee eingesetzt und das System diente der Schließung von Lücken im Produktionsapparat der Sowjetunion. Siehe dazu: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 393.

⁹³ Siehe: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 121.

Zu den derart beschlagnahmten Betrieben zählten solche der Glas- (zu 60% am gesamtösterreichischen Kapital), Hütten- (32%) und Bergwerksindustrie, der Lederverarbeitung und -erzeugung (zu 43%), sowie der Gießereifabrikation⁹⁴; namentlich beispielsweise Siemens-Halske, Siemens-Schuckert, Mannesmann, Berndorfer Metallwarenfabrik, AEG-Union, Österreichische Unilever, sowie Werke von Brown-Boveri, Simmering-Graz-Pauker und andere.⁹⁵ Darüber hinaus zählten zur SMV 17 Ölfelder, wobei insgesamt 21 Millionen Tonnen Öl mit einem Gewinn von 5,7 Milliarden Schilling gefördert wurden.⁹⁶

Dabei hatte allerdings zu Beginn der Besetzung – im Sommer 1945 – seitens der Sowjetunion zur Frage des Erdöls ein grundsätzlich anderer Plan bestanden. So hätte eine österreichisch-sowjetische Gesellschaft gegründet werden, welcher Förderung und Verwertung obliegen hätte sollen; dabei hätte Österreich die diesbezüglichen Konzessionen für Schürfrechte und Sachwerte einbringen sollen und die Sowjetunion eine Kapitaleinlage in Höhe von 27 Millionen US-Dollar, wobei die Hälfte Österreich in Darlehensform übernehmen hätte sollen. In weiterer Folge wären die Gewinne zu je 50% an Österreich und die Sowjetunion geflossen und Österreich hätte aus diesen die bestehenden Schulden begleichen können – genannt wurde dieses Projekt „Sanaphta“.

Seitens Österreich wurde dieser Vorschlag der Regierung durch den Bundespräsidenten Dr. Karl Renner unterbreitet, wobei dieser selbst einerseits, aber andererseits auch Leopold Figl von der ÖVP und Johann Koplenig von der KPÖ, dem Vorschlag äußerst positiv gegenüberstanden; allerdings verlangte Adolf Schärf von der SPÖ die Zustimmung seitens des Alliierten Rates. Diese verwehrt allerdings die USA eindeutig und drohten gar mit Sanktionen, falls Österreich dieses Vorhaben durchsetzen würde; erst in weiterer Folge kam es zur analogen Bildung des genannten USIA-Apparates im Erdölsektor.⁹⁷

Das Verhalten der USA lässt sich dabei als politisches Kalkül werten – eine Kooperation Österreichs mit der Sowjetunion hätte schließlich eine derart negative Grundstimmung gegenüber der UdSSR, wie sie die USA anstrebten, verhindert und in deren Überlegung deren Zielerreichung, nämlich eine Trennung in Ost und West bei erfolgreicher

⁹⁴ Siehe: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 117.

⁹⁵ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 429. Siehe auch: Hofbauer, Westwärts. 32. Beispielsweise wurde die größte Panzerproduktionsstätte des Deutschen Reichs, die am Ostufer der Enns gelegenen Nibelungenwerke, nachdem noch einige Panzer fertig gestellt worden waren, zur Gänze demontiert. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 394.

⁹⁶ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 429.

⁹⁷ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 189. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 433f.

Westintegration Österreichs, gefährdet. Letztlich stellte das durchaus von außen herbeigeführte Verhalten Österreichs einen der ersten Schritte hin zu einer Westorientierung des Landes – bei gleichzeitiger Stellungnahme gegen den Osten – dar.⁹⁸

In weiterer Folge kam es daher zu dem oben beschriebenen Vorgehen der Sowjetunion und der anderen Besatzungsmächte – eindeutig resultierte daraus ein nachteiliges Verhalten für Österreich, dem somit eine machtpolitische Taktik der USA vorausging, welche ohne nennenswerte Bedachtnahme auf Österreich selbst eingegangen und vertreten wurde.

	Millionen Reichsmark	
<i>Sowjetunion</i>		
In (später) beschlagnahmten Betrieben	410,41	
In sonstigen Betrieben:		
Wien-Ost	128,35	
Wien-West	185,94	
Niederösterreich	82,36	
Burgenland	7,65	
Steiermark	270,64	
Oberösterreich	65,42	
<i>Sowjetunion – insgesamt</i>		1.150,77
<i>Frankreich</i>		33,26
<i>USA</i>		13,49
<i>Großbritannien</i>		8,83
Insgesamt		1.206,35

Tabelle 2: Demontagen von Anlagen und Beschlagnahme von Vorräten⁹⁹

Österreich musste daher in weiterer Folge durch die Beschlagnahmen große Verluste hinnehmen – bezieht man weiters die Mineralölwirtschaft in obige Aufstellung mit ein, so errechnet sich eine Schadenssumme von etwa 1,5 Milliarden Reichsmark.¹⁰⁰

Durch die Einrichtung des USIA-Apparates, eines exterritorialen Konstrukts¹⁰¹, konnte die Sowjetunion, wenn schon nicht maßgeblichen politischen Einfluss, nun doch zumindest

⁹⁸ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 60.

⁹⁹ Entnommen aus: Ebenda. 395. Es handelt sich dabei um Buchwerte des Jahres 1945 zuzüglich Sonderabschreibungen. Es entfielen dabei von 1,2 Milliarden Reichsmark 1945 etwa 400 Millionen auf Vorräte, der Rest auf Anlagegüter.

¹⁰⁰ Zu Kaufkraftparitäten ergibt sich zu den Preisen von 1946 ein Zeitwert der Güter von 400 Millionen und ein Neuwert von etwa 600 Millionen US-Dollar. Siehe dazu: Ebenda. 395.

¹⁰¹ Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 73. Siehe auch: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 74. Weiters: Komlosy, Die niederösterreichische Wirtschaft in der Zweiten Republik. 294.

wirtschaftliche Geltung auf ein eng umrissenes System nehmen¹⁰² und gleichzeitig durch ein solches von Import und Export deren eigenen Wiederaufbau vorantreiben¹⁰³ – dabei entstand ein so genanntes „Loch im Osten“, durch welches in Österreich produzierte Waren, an den zuständigen Behörden vorbei, ins östliche Ausland exportiert wurden und gleichzeitig auch solche, die im Osten gefertigt wurden, nach Österreich importiert werden konnten.¹⁰⁴ Darüber hinaus wurde in den USIA-Betrieben ein bewaffneter Werkschutz initiiert, der ideologische Aufgaben zu erfüllen hatte und etwa 2.000 Personen umfasste.¹⁰⁵

Derart wurden durch die Sowjetunion weder Bewirtschaftungs- oder Außenhandelsverkehrsvorschriften, noch Devisen- oder Produktionslenkungsvorschriften eingehalten. Weiters wurde in den eigens eingerichteten USIA-Verkaufsläden ab 1949 ein Jahresumsatz von etwa 700 Millionen Schilling erwirtschaftet, wobei weder Steuern noch Sozialversicherung entrichtet wurden¹⁰⁶ – damit kam es zu einer weiteren Schädigung Österreichs.¹⁰⁷ Darüber hinaus wurden während dieses Zeitraums der sowjetischen Beschlagnahme nur – wenn überhaupt – geringe Investitionen¹⁰⁸ und Reparaturen durchgeführt¹⁰⁹; auch wurden 57.597 Fabrikanlagen in die Sowjetunion verbracht.¹¹⁰ Ebenso kam es aufgrund der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zu Beginn der 1950er Jahre und der dadurch einsetzenden Umsatz- und Gewinnrückgänge im USIA-Apparat, zu immer stärker zu Tage tretenden Krisenerscheinungen, welche letztlich die Liquidierung oder Zusammenlegung von Betrieben nach sich zogen – diese Stilllegungen

¹⁰² So weist dementsprechend die Umsatzstatistik der USIA-Betriebe für die Jahre von 1946 bis 1955 auf, dass in etwa 42% der Umsätze auf andere österreichische Unternehmen entfielen, weitere 38% auf den Austausch mit sowjetischen Staaten, ebenso 20% auf konzerninternen Handel und hingegen nur etwa 1% auf den Export in den Westen; somit konnte letztlich auch ein politisches Ziel verfolgt werden. Siehe: Komlosy, Österreichs Brückenfunktion und die Durchlässigkeit des „Eisernen Vorhangs“. 83.

¹⁰³ Siehe: Pelinka, Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. 186f.

¹⁰⁴ Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 85f. Siehe auch: Komlosy, Österreichs Brückenfunktion und die Durchlässigkeit des „Eisernen Vorhangs“. 84.

¹⁰⁵ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 429. Diese Zahl schwankt aber beträchtlich und wird auf zwischen 1.600 und 12.000 geschätzt. Siehe dazu: Jill Lewis, Auf einem Seile tanzen: Die Anfänge des Marshall-Planes und des Kalten Krieges in Österreich. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 297-314, hier: 306.

¹⁰⁶ Siehe: Pelinka, Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. 186f. Siehe auch: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 119. Darüber hinaus wurde auch der Schwarzmarkt beliefert oder für Inlandslieferungen wurden seitens der Sowjetunion Devisenzahlungen verlangt. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 408.

¹⁰⁷ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 429. Siehe auch: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 85f.

¹⁰⁸ Die Netto-Investitionen lassen sich mit etwa 1,7% des Umsatzes festlegen – bedeutendere Investitionen fanden hingegen nur im Erdölsektor statt. Siehe: Komlosy, Die niederösterreichische Wirtschaft in der Zweiten Republik. 332.

¹⁰⁹ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 429.

¹¹⁰ Siehe: Mueller, Sowjetische Österreich-Planungen 1938-1945. 52.

oder Fusionierungen, die letzten Endes etwa 100 USIA-Betriebe betrafen, führten zu einem weiteren Verlust für Österreich.¹¹¹

Durch all diese Faktoren, dürfte Österreich während der gesamten Zeit etwa vier bis fünf Milliarden Schilling an Produktionswert entgangen sein – bei weiteren entgangenen Steuerleistungen von 800 bis 1.000 Millionen Schilling.¹¹² Auch wurde berechnet, dass Österreich aufgrund dieser unfreiwilligen Zahlungen etwa 2-2,5 Milliarden Dollar als Reparationen an die Sowjetunion leistete.¹¹³

Trotz des nur bedingten Erfolges des ersten Verstaatlichungsgesetzes, kam es bereits am 26. März 1947 zu einem weiteren – dieses betraf nun die Elektrizitätswirtschaft¹¹⁴; ausgenommen waren dabei nur kleine Stromlieferungsunternehmen mit einer Kapazität von bis zu 200 Kilowatt und industriellbedingte Anlagen zur Eigenversorgung.¹¹⁵

¹¹¹ Siehe: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 124.

¹¹² Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 430. Tatsächlich lag der Produktionswert der sowjetischen Betriebe in Österreich zwischen 1946 und 1955 auf einer Wertbasis von 1955 bei gar 27 bis 36 Milliarden Schilling – die Gesamtproduktion dürfte bei 36,15 bis 45,15 Milliarden liegen (bei Einrechnung des Ölsektors). Der Gewinn, den die Sowjetunion erwirtschaften konnte, wird mit 21,43 Milliarden Schilling angegeben. Die Reparationen dürften zwischen 1,5 Milliarden und 2,6 Milliarden Schilling liegen und damit in etwa die zweifache Summe der gesamten Marshall-Plan-Hilfe betragen haben. Siehe dazu: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 125f. Siehe auch: Fraberger, Stiefel, „Enemy Images“. 84f. Weiters: Rathkolb, Die paradoxe Republik. 123.

¹¹³ Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 23. Während die Belastungen also die Ostzone betrafen, ergingen Gelder aus der ERP-Hilfe vorrangig nach Westösterreich; damit kam es zu einer signifikant ungleichen Verteilung von Starthilfen und Handicaps. Siehe dazu: Komlosy, Die niederösterreichische Wirtschaft in der Zweiten Republik. 344.

¹¹⁴ In diesem Fall kam es zu weitaus geringerem Widerstand als gegen das erste Verstaatlichungsgesetz; dies lässt sich damit erklären, dass diese Sparte der Industrie traditionellerweise als Angelegenheit der öffentlichen Hand beziehungsweise des Staates angesehen wurde. Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 78. Siehe dazu auch: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 65f. Die Bundesländer wurden nun dazu verpflichtet, eine Landesversorgung sicherzustellen – „die Allgemeinversorgung mit elektrischer Energie [...] durchzuführen [...]“. Siehe dazu: Christian Stadelmann, Überall Strom. Elektrifizierung und Technisierung in Niederösterreichs Landgemeinden. In: Peter Melichar, Ernst Langthaler, Stefan Eminger (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 2: Wirtschaft (Wien/Köln/Weimar 2008) 375-403, hier: 393.

¹¹⁵ Damit verbunden konnten die Länder Landesgesellschaften gründen, in welche die Unternehmungen eingegliedert wurden und es wurde eine Dachorganisation auf Bundesebene – die Verbundgesellschaft – eingerichtet. Bau und Weiterführung der Großbetriebe wurde an Sondergesellschaften ausgegliedert – beispielsweise die Tauern-, Donau- oder Draukraftwerke; 50% der Gesellschaften mussten im Bundesbesitz verbleiben. Letztlich unterstand die Verwaltung dem neu geschaffenen Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wiederaufbau, welches auch die weiteren Konzepte in diesem Bereich ausarbeitete. Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 431. Siehe auch: Georg Rigele, Strom – Erdgas – Atom. Drei Schwerpunkte zur Energiegeschichte Niederösterreichs im 20. Jahrhundert. In: Peter Melichar, Ernst Langthaler, Stefan Eminger (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 2: Wirtschaft (Wien/Köln/Weimar 2008) 405-447, hier: 413.

d. Weitere politische Entwicklung

In weiterer Folge bauten sich zusehendes Spannungen zu den Vertretern der Kommunistischen Partei auf – sowohl aufgrund der Haltung Österreichs in weltpolitischen Fragen, wenn diese Position nach außen auch möglichst neutral ausfallen sollte, als auch aufgrund der politischen Entscheidungen der ersten Nachkriegsjahre. So lehnten die Kommunisten die Wirtschaftspolitik ab und trugen auch das erste Lohn- und Preisabkommen nicht mit.¹¹⁶

Allerdings waren solche Maßnahmen von Nöten, da es in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg zu rapider und vor allem aber unkontrollierbarer Inflation kam¹¹⁷ – gekoppelt war diese an die Tatsache, dass der Staat 1945 zum einen über keine eigene Währung verfügte und zum anderen die Banken über keine nennenswerten Geldreserven mehr¹¹⁸; Österreich gehörte vielmehr noch zum deutschen Währungsgebiet.¹¹⁹ Dazu kam, dass es Reichsbanknoten gab, die vor allem aus der Tschechoslowakei und Ungarn stammten, wo man diese als wertlos ansah¹²⁰, von den Besatzungsmächten eigenes Geld gedruckt wurde im Gegenwert von letztlich etwa einer Milliarde Schilling¹²¹ und die Bargeldreserven – soweit in deren Einflussbereich gelegen und es möglich gewesen war – von der sowjetischen Armee fortgeschafft worden waren.¹²²

Derart kam es dazu, dass jene Organisationen, die mit Geld handeln oder dieses schöpfen sollten, über kein Bargeld verfügten und die übrigen – auch Privatpersonen – über deutlich

¹¹⁶ Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 164.

¹¹⁷ Zwar stellen Inflationsschübe gerade in Krisenzeiten nichts Außergewöhnliches dar – so beruhte diese Inflation auf der Kriegsfinanzierung, die darauf aufbaute, dass sowohl Preise als auch Löhne eingefroren worden waren und es so zu Einkommensüberhängen kommen konnte, was als erzwungenes Sparen oder rückgestaute Inflation bezeichnet wird – jedoch war die sich einstellende Inflationsrate in Österreich enorm. So nahmen die Verbraucherpreise zwischen 1937 und 1951 um etwa 85% zu – dieser Wert lag damit höher als in den übrigen westeuropäischen Industrieländern. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 109f. Siehe auch: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 86.

¹¹⁸ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 179.

¹¹⁹ Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 75.

¹²⁰ Ende Juni 1945 verloren die Reichsmarknoten in der Tschechoslowakei ihre Gültigkeit. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 132. Siehe dazu auch: Hofbauer, Westwärts. 163.

¹²¹ Siehe: Franz Heissenberger, Der Wiederaufbau in Österreich. Die finanzielle Kulisse (Frankfurt/Main 1961) 14.

¹²² Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 179. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 133f. Man kann annehmen, dass durch derartige Vorgänge seitens der Sowjetunion etwa 520 Millionen Reichsmark beschlagnahmt wurden. Siehe: Ebenda. 112. Als in Österreich letztlich die Alliierten-Militär-Schillinge ihre Gültigkeit verloren, befanden sich Noten im Wert von etwa 6,8 Milliarden Schilling auf Depots der Nationalbank. Siehe dazu: Ebenda. 122.

zu hohe Ansprüche¹²³; dies brachte letztlich den Wirtschaftskreislauf ins Stocken, da keine Barhebungen mehr möglich waren oder Giroverpflichtungen eingelöst werden konnten.¹²⁴

Um der Situation entgegenzuwirken, waren bereits am 3. Juli 1945 drei Gesetze erlassen worden – das Kreditlenkungs-, das Notenbanküberleitungs- und das Schaltergesetz; damit sollten die allgemeinen Instrumente des Geld- und Kapitalmarktes wieder instand gesetzt werden.¹²⁵

Mit dem Kreditlenkungsgesetz sollten staatliche Garantien für Kredite ermöglicht werden.¹²⁶ Eine eingesetzte Kommission, welche als neungliedriger Beirat der Bundesregierung fungierte¹²⁷, sollte sicherstellen, dass es zu Investitionen durch Lenkung der öffentlichen und Überwachung der privaten Kredite kommen sollte.¹²⁸ Dieses Gesetz erhielt letztlich allerdings kaum praktische Bedeutung, da vorerst noch zu geringe Investitionsmittel vorlagen.¹²⁹

¹²³ Da aus verschiedenen Gründen neue Noten nicht hergestellt werden konnten, entschied man sich dazu, zunächst Geld von der Sowjetunion zu leihen – 200 Millionen Reichsmark – um damit den Haushalt zu versorgen. Da man damit jedoch alsbald kein Auslangen mehr fand, wurden weitere 400 Millionen Reichsmark aufgenommen. Bis Mitte 1945 wurde das Geld für die Versorgung von Graz (50 Millionen Reichsmark), einen Vorschuss für die Gemeinde Wien (15 Mio.), sowie für Budgetausgaben (50 Mio.) aufgewandt; daneben wurde der Budgetbedarf für die kommenden Monate (85 Mio.) sowie die Banknotenausgabe (100 Mio.) eingeplant – die übrigen 300 Millionen Reichsmark wurden als Reserve für die Banknotenabstempelung zurückgehalten. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 112-117.

¹²⁴ Übrig blieben nur mehr wertlose deutsche Staatspapiere und Forderungen gegenüber der Reichsbank, welche für den Staat und aufgrund des Nationalbanküberleitungsgesetzes vom 3. Juli 1945 für die wieder eingerichtete Nationalbank bestanden; auch konnte der Staat selbst bald keine Löhne mehr ausbezahlen, was zu größeren Problemen, wie beispielsweise steigender Arbeitsunlust der Bevölkerung, führte. Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 180. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 112. Weiters: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 423.

¹²⁵ Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 76.

¹²⁶ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 119.

¹²⁷ Siehe: Heissenberger, Der Wiederaufbau in Österreich. 21.

¹²⁸ Siehe: Heissenberger, Grundlagen der weltpolitischen und europäischen Neuordnung. 89. Siehe auch: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 76. Für die Vergabe von Krediten wurde dabei aber eine Reihenfolge festgelegt. So stand an erster Stelle die Vergabe zur Nahrungsmittelbeschaffung, an zweiter Stelle jene zur Verbesserung des Transportwesens und an dritter jene für den Wohnungsbau. Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 422. Siehe auch: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 76.

¹²⁹ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 119.

Das Notenbanküberleitungsgesetz hingegen legalisierte die Tätigkeit der Nationalbank¹³⁰ und diente als Vorbereitung für ein neues Notenbankstatut – unmittelbare Probleme, wie sie allerdings konkret bestanden, konnten aber auch hiermit nicht gelöst werden; auch ließ ein neues Statut letztlich ein Jahrzehnt auf sich warten.¹³¹

Als dritte Maßnahme folgte das Schaltergesetz; wenn der Geltungsbereich auch vorerst auf jenen der provisorischen Staatsregierung begrenzt war¹³², konnten nun allerdings die Abhebungen von den Banken respektive den -konten reguliert werden¹³³, womit man einen ersten Schritt dahingehend leistete, den Geldüberhang zu beseitigen¹³⁴ und der Gefahr einer möglichen Vergrößerung des Bargeldumlaufs durch Abhebungen entgegenzutreten.¹³⁵

Da die auszugebenden neuen Schillingnoten allerdings nicht durch auch nur ansatzweise genügend Gold gedeckt waren¹³⁶, rief man die Bevölkerung dazu auf, ihre Geldbeträge einzulegen¹³⁷ und bot Anreize wie Steueramnestie, volle Behebbarkeit der Guthaben sowie eine hinkünftige bevorzugte Behandlung bei weiteren währungspolitischen Schritten.¹³⁸

¹³⁰ Siehe: Bachinger, Matis, Der österreichische Schilling. 174. Die Notenbank selbst wurde hingegen durch eine Auslegungsart der provisorischen Staatsregierung wiedereingerichtet da man befürchtete, dass die desolate Situation um das Geldwesen und die ideologischen Differenzen eine Neugründung erschweren würden – so trat die Notenbank wieder ins Leben und konnte die Aufgabe der Devisenbewirtschaftung wahrnehmen. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 120. Siehe auch: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 76. Weiters: Bachinger, Matis, Der österreichische Schilling. 175.

¹³¹ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 119f.

¹³² Siehe: Bachinger, Matis, Der österreichische Schilling. 176.

¹³³ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 180.

¹³⁴ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 425.

¹³⁵ Siehe: Heissenberger, Grundlagen der weltpolitischen und europäischen Neuordnung. 88. So konnten am 5. Juli 1945 die Schalter wieder geöffnet werden und der Zahlungsverkehr setzte ein; auch erhielten Kreditunternehmungen 94 Millionen Reichsmark auf Girokonten gutgeschrieben. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 119.

¹³⁶ Eine Ausgabe von etwa 2,5 Milliarden neuer Schilling war durch nur 45.000 Schilling in Gold gedeckt. Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 425.

¹³⁷ Die Guthaben, die somit entstanden, wurden – um etwaigen Gefahren der zu geringen Deckung mit Gold entgegenzuwirken – folgendermaßen eingeteilt; jene, die vor dem Stichtag des 5. Juli angelegt worden waren oder bestanden hatten, wurden als Altkonten, jene danach als Neukonten bezeichnet. Von den ersteren wurden 60% gesperrt, über 40% konnte unter besonderen Bedingungen verfügt werden und 150 Mark konnten pro Haushalt im Monat sowohl von den gesperrten als auch nichtgesperrten Anteilen erhoben werden – dies allerdings nur dann, wenn ein Nachweis des Bedarfes erbracht werden konnte; beispielsweise für die Bestreitung des Unterhaltes. Letzter Anteil hingegen stand zur freien Disposition. Siehe: Ebenda. 425. Siehe auch: Bachinger, Matis, Der österreichische Schilling. 175. Weiters: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 180.

¹³⁸ Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 76. Siehe auch: Bachinger, Matis, Der österreichische Schilling. 175.

Das Schaltergesetz konnte seine Wirkung jedoch nur einige Monate lang vollends entfalten und verlor in weiterer Folge an Effektivität.¹³⁹ Dies vor allem deshalb, da die Geldmenge laufend erhöht werden musste; geschah dies zum einen aufgrund dessen, dass es zu stets ansteigenden Freigaben privater Behebungen kam, so allerdings zum anderen aufgrund der Aufwendungen für die Besatzungskosten¹⁴⁰, welche innerhalb dieses kurzen Zeitraumes bereits etwa 1,5 Milliarden Schilling betrug.¹⁴¹

	Erstausstattung mit Schillingnoten	Anforderungen Mai bis Dezember 1946	Anforderungen für 1947	Ende 1945 bis Ende 1947
	Millionen Schilling			
USA	255,00	122,50	30,33	407,83
Großbritannien	255,00	122,50	114,83	492,33
Frankreich	255,00	122,50	114,83	492,33
Sowjetunion	1.215,00	444,50	147,50	1.807,00
Alliierte insgesamt	1.980,00	812,00	407,50	3.199,50

Tabelle 3: Militärische Besatzungskosten 1945-1947¹⁴²

Als es im Oktober 1945 zur Anerkennung der bislang provisorischen Staatsregierung durch die übrigen Besatzungsmächte kam, konnte nun nach den erfolgten Novemberwahlen der Schritt hin zu einer eigenen Währung getätigt werden¹⁴³; nicht zuletzt, da zuvor Verhandlungen über eine Zwischenlösung am Veto der Sowjetunion gescheitert waren.¹⁴⁴

Als einer der ersten Schritte kam es am 30. November 1945 – noch vor der Kabinettsbildung – zur Beschlussfassung des Schillinggesetzes, welches am 1. Dezember

¹³⁹ Siehe: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 66.

¹⁴⁰ Die Besatzungskosten errechneten sich aus den Aufwendungen für Unterbringung, Verpflegung und anderer Mittel, die für Militär als auch Zivilpersonen anfielen. Diese wurden erst mit 10. Mai 1946 endgültig geregelt, wobei festgelegt wurde, dass die gesamten Kosten nicht mehr als 35% des österreichischen Budgets ausmachen durften, wovon die Hälfte an die Sowjetunion (bei etwa 200.000 stationierten Mann) und der übrige Teil gleichermaßen an die drei anderen Besatzungsmächte (gemeinsam etwa 100.000-150.000 Mann) gehen sollte. Bereits mit 21. Juni 1947 verzichteten dann die USA auf diese Beitragsleistungen, am 1. August 1953 folgte die Sowjetunion nach und letztlich mit 1. Jänner 1954 Frankreich und Großbritannien. Dennoch hatten die Aufwendungen für Österreich bis dahin etwa 2.792 Millionen Schilling betragen und waren im Budget damit zeitweise über den Zivilausgaben gelegen. Entnommen aus: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 427.

Dabei hatten die alliierten Mächte durch die Ausgabe der Besatzungsschillinge die Kosten zu Beginn noch selbst finanziert – nach Durchführung des Schillinggesetzes musste diese Finanzierung jedoch von der Regierung übernommen werden, welche die Besatzungskosten allerdings nicht aus Steuereinnahmen sondern durch Geldschöpfung aufbrachte. Siehe dazu: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 77.

¹⁴¹ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 426. In der Zeit der Besatzung von 1945 bis 1955 dürften die -kosten insgesamt etwa 7,68 Milliarden Schilling betragen haben. Alleine 1946 betrug diese etwa 16% des Bruttoinlandsprodukts, 1947 immerhin noch etwa 6%. Siehe dazu: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 469.

¹⁴² Entnommen aus: Ebenda. 130.

¹⁴³ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 181.

¹⁴⁴ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 124.

verabschiedet werden konnte¹⁴⁵, der Weg zur Währungssouveränität war damit geebnet worden.¹⁴⁶

Mit diesem Vorgehen, konnte die Währung bis zum März 1946 nun im Verhältnis 1:1 in österreichische Schilling und Groschen konvertiert werden¹⁴⁷, wobei 150 Schilling pro Person in bar ausgezahlt und der Rest einem Konto gutgeschrieben wurde.¹⁴⁸ Gleichzeitig kam es zu einer Ausweitung des bestehenden Schaltergesetzes unter Beibehaltung der Regelung 60%:40% als gesperrte und nichtgesperrte Geldmengen. Lediglich Guthaben, die nach dem 22. Dezember 1945 entstanden waren, blieben nun frei verfügbar.¹⁴⁹

Ein weiterer Schritt der Währungspolitik folgte am 19. November 1947 durch das Währungsschutzgesetz, welches über das Schicksal der bislang 60%-Sperrung der Konten entscheiden sollte und den inflationären Tendenzen entgegenzutreten hatte.¹⁵⁰ Um dabei die junge Währung zu stabilisieren und ein neuerliches Ansteigen der Preise zu verhindern¹⁵¹, wurden nun jene Konten, die bereits 1945 eingefroren worden waren, gestrichen¹⁵²; man ging von der Kontensperre zur Kontenabschöpfung über.¹⁵³

¹⁴⁵ Diesem waren aber heftige Kontroversen zwischen der Regierung und den alliierten Mächten vorausgegangen und erst nach Kapitulation der Staatsregierung war dieser Schritt überhaupt möglich gewesen. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 125-128.

¹⁴⁶ Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 77.

¹⁴⁷ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 181. Siehe auch: Hofbauer, Westwärts. 163.

¹⁴⁸ Siehe: Bachinger, Matis, Der österreichische Schilling. 178.

¹⁴⁹ Zwar empfanden vor allem Bewohner der sowjetisch besetzten Zone Unzufriedenheit darüber, dass nun auch jene Guthaben, die zwischen 5. Juli und 21. Dezember 1945 entstanden waren, der Regelung des Schaltergesetzes unterworfen wurden, jedoch brachte dieses Schillinggesetz mehr als lediglich einen eigene, neue Währung – mit diesem erlangte Österreich nun seine finanzielle Unabhängigkeit zurück. Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 182. Tatsächlich aber handelte es sich um ein kompliziertes Konstrukt, in welchem beispielsweise sechs Arten von Konten bestanden – Alt- und Altsperrkonten, Konversions- und Konversionssperrkonten sowie Neu- und Neusperrkonten. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 128f. Dennoch brachte die neue Währung auch Erleichterung mit sich, so kam es beispielsweise zu einer Anregung des Handels oder auch zu einer Absenkung des Schwarzmarktpreisniveaus. Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 183.

¹⁵⁰ Siehe: Heissenberger, Der Wiederaufbau in Österreich. 15. Siehe auch: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 183. Auch war es bis zum November 1947 zu einem starken Anstieg des Banknotenumlaufs gekommen – waren nach dem Schillinggesetz 3,5 Milliarden Schilling als Noten im Umlauf, betrug der Wert nun etwa 6,3 Milliarden – die Quellen der Notenvermehrung lassen sich dabei jedoch nicht abschließend bestimmen. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 141. Nach anderen Angaben betrug der Gesamtumlauf etwas mehr als neun Milliarden Schilling. Siehe: Heissenberger, Der Wiederaufbau in Österreich. 15. Zum Vergleich: 1937 hatte der Notenumlauf etwa eine Milliarde Schilling betragen; während der Beratungen über das Schillinggesetz hatten die Besatzungsmächte alleine etwa zwei Milliarden für ihre eigenen Zwecke gefordert. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 144.

¹⁵¹ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 183.

¹⁵² Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 434.

¹⁵³ Darüber hinaus sollten mit diesem Gesetz nun keine fiskalischen Zwecke, sondern vielmehr ein Lastenausgleich zwischen Besitzern von Geld- und Realvermögen bedingt werden; des weiteren mussten die

Es wurden darüber hinaus nun drei alte Schillinge gegen einen neuen eingetauscht¹⁵⁴; zusätzlich verfielen die gesperrten Beträge, nichtgesperrte Anteile wurden in 2%ige Bundesschuldverschreibungen umgewandelt.¹⁵⁵ Guthaben, die nach dem 23. Dezember 1945 entstanden waren, blieben zwar bestehen, wurden aber ab einer Höhe von 1.000 Schilling anteilig gesperrt – diese Sperre betrug zur Hälfte des Betrages sechs Monate und zu einem Viertel drei Monate.¹⁵⁶ Auch Guthaben der öffentlichen Kassen wurden gekürzt – nämlich um 25%, wobei weitere 25% auf drei Monate gesperrt wurden.¹⁵⁷

Da allerdings aufgrund gesetzlicher Vorgaben – vor allem ausgelöst durch eine Verzögerung seitens der Sowjetunion¹⁵⁸ – die Durchführung dieses Gesetzes erst einige Wochen nach den ersten öffentlichen Meldungen möglich war, kam es in dieser Zwischenzeit zu Umgehungshandlungen.¹⁵⁹ Weiters kam es auch zu einer ungerechten sozialen Verteilung der Last, da Bedürftige trotz der Sonderregelung weniger profitieren

Besatzungskosten als nicht inflatorisch finanzierbare Komponente verringert werden. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 137-139. Mittels dieses Vorgehens fielen den Banken etwa sieben Milliarden Schilling zu. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 164. Tatsächlich lässt sich feststellen, dass ein 1945 angelegtes Sparbuch mit 100 Reichsmark Einlage nach der Währungsstabilisierung 1951 nur mehr einen Einlagewert von etwa sechs Reichsmark aufwies. Dieser Verlust entstand allerdings je zur Hälfte durch Kontenabschöpfung und Inflation. Siehe dazu: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 162.

¹⁵⁴ Siehe: Ebenda. 156.

¹⁵⁵ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 183.

¹⁵⁶ Bei diesen Maßnahmen wurde allerdings auf die Zahlungsfähigkeit Rücksicht genommen, was dazu führte, dass Bedürftige Guthaben bis zu 3.500 Schillinge behalten konnten, welche in gewissen Monatsraten ausbezahlt wurden – dies betraf etwa 300.000 Menschen und umfasste ein Gesamtvolumen von etwa 500 Millionen Schilling. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 156. Siehe auch: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 184.

¹⁵⁷ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 434. Nach anderen Angaben wurden von den Konten der öffentlichen Hand (mit Ausnahme der Sozialversicherungen) 25% gestrichen und weitere 25% wurden auf ein Jahr gebunden. Siehe dazu: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 156.

¹⁵⁸ Siehe: Ebenda. 157. Tatsächlich kam es aber in einem ersten Schritt aufgrund politischer Überlegungen gleichzeitig auch zu keiner Zustimmung seitens der USA, da diese befürchteten, die Gelder der sowjetischen Verwaltung (USIA) würden 1:1 umgetauscht werden und es würde somit zu Konzessionen seitens der österreichischen Regierung an die Sowjetunion kommen. Erst durch Klärung des Sachverhalts und darüber hinausgehende propagandistische Überlegungen der USA zogen diese ihr Veto zurück. Es wurde aber – dadurch ausgelöst – beschlossen, der österreichischen Regierung künftig mit mehr Zurückhaltung und Zwang zu begegnen, um die Interessen der Bevölkerung schützen zu können. Siehe dazu: Einwitschläger, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 96f.

¹⁵⁹ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 184f. Siehe auch: Bachinger, Matis, Der österreichische Schilling. 192. Da bekannt wurde, dass Bargeld ein weiteres Mal benachteiligt und reduziert werden sollte, wurden nun Schulden beglichen, Steuern nachgezahlt (und teilweise auch für ein Jahr im voraus entrichtet), Bargeld auf Konten eingezahlt, Geschäfte abgeschlossen und wenn irgendwie möglich verfügbare Mittel investiert. Es lässt sich abschätzen, dass durch diese Aktionen der Erfolg des Gesetzes um etwa eine Milliarde Schilling verringert wurde. Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 185. Auch wurde der Notenumlauf zwischen 7. November und 9. Dezember 1947 derart von 6,2 Milliarden auf 2,86 Milliarden abgesenkt. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 158.

konnten und Eigentümer von Grundbesitz oder Unternehmer aufgrund deren Warenlager relativ einfach Vermögen er- und behalten konnten.¹⁶⁰ Mittels dieses Vorgehens wurden daher abermals kleine Sparer und Geldwertbesitzer benachteiligt, wobei hingegen der vermögende Teil der Bevölkerung, welcher sich schon längst in Sachwerte geflüchtet hatte, kaum Einbußen erfuhr.¹⁶¹

Wenn dieses Gesetz es letztlich dennoch verstand, einigermaßen Vertrauen in die Währung zu erzeugen, die Schwarzmarktpreise zu drücken und damit einen Beitrag zur Wirtschaftsbelebung darzustellen¹⁶², so stellte sich die KPÖ energisch gegen diese Maßnahmen und verließ letztlich Ende 1947 die Konzentrationsregierung, um damit ihrem Protest gegenüber der Währungsreform größtmöglichen äußeren Nachdruck zu verleihen.¹⁶³

Im März 1948 folgte weiters das Warenverkehrsgesetz, mit welchem die staatlichen Bewirtschaftungen aufgehoben werden sollten – es handelte sich daher um ein System der indirekten Lenkung. Daneben sollte das anfällige und nur ungenügend effektive System der Bezugscheine gelockert werden; alleine aus dieser Maßnahme sanken die Schwarzmarktpreise um teilweise bis zu 80% ab und es kam, damit verbunden, zu einer Senkung der offiziellen Preise und einer Verbesserung der Situation für die Bevölkerung.¹⁶⁴

¹⁶⁰ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 186f. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 161. Hingegen unterlagen Steuerleistungen der 25%igen Abschöpfung, da sich diese auch auf die Interimskonten des Finanzministeriums niederschlug; dies betraf auch Zahlungen, die erst nach einer Überprüfung auf die Steuerschuld angerechnet wurden. Siehe: Ebenda. 159.

¹⁶¹ Auch blieb wiederum die Einführung einer bedeutenden Vermögensabgabe aus. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 164. So kam es zu einem letztlich nur ungenügenden Versuch eines Lastenausgleichs zwischen Geld- und Sachwertbesitzern; zur Initiierung eines Vermögens- und Vermögenszuwachsabgabengesetzes per 7. Juli 1948. Siehe: Bachinger, Matis, Der österreichische Schilling. 194.

¹⁶² Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 186.

¹⁶³ Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 164. Siehe auch: Hofbauer, Westwärts. 165. Dieses Verhalten wurde indirekt durch die sich abzeichnenden Schritte der USA ausgelöst, da die Kommunisten vor allem die Orientierung Österreichs nach Westen bei gleichzeitigem Zurückdrängen der Interessen der Sowjetunion nicht mittragen konnten – erst damit allerdings konnte sich Österreichs politisches System den ähnlichen Entwicklungen in den übrigen westeuropäischen Ländern angleichen. Siehe dazu: Pelinka, Der Marshall-Plan und die österreichische politische Kultur. 253-259.

¹⁶⁴ Wenn im August des Jahres die Sowjetunion auch ihre Zustimmung zu diesem Gesetz verweigerte, konnten nun beispielsweise Fahrzeuge, Chemikalien, Baustoffe, Porzellan oder Glas und zum Teil sogar Bekleidung und Schuhe ohne solche Scheine erworben werden – dies galt in vollem Umfang auch für Gemüse und Genussmittel. Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 434.

Durch all diese Maßnahmen konnten zwar geringe Erfolge erzielt¹⁶⁵, hingegen die Inflation nicht gestoppt werden und es kam so zu einem massiven Anstieg der Lebenskosten.¹⁶⁶

Um diesem Trend nun entgegenzuwirken, begann man ab 1947 Löhne und Preise einer Harmonisierung zu unterwerfen und sie so von der Geldseite her abzusichern.¹⁶⁷ Dabei wurden die wichtigsten Preiserhöhungen und die damit einhergehenden Teuerungen zusammengefasst und in einem umfassenden Schritt gleichermaßen abgegolten; es kam somit zu simultanen Preis- und Lohnerhöhungen¹⁶⁸, womit eine realistischere Preisstruktur und Relation erreicht werden sollte.¹⁶⁹

Dies sollte zu einer gleichmäßigen Verteilung der Inflation und einer vermeintlichen Lösung der drückenden Lohnfrage führen; bedurfte aber einer Kooperation von Regierung, Gewerkschaften und der Kammern¹⁷⁰ – diese Zusammenarbeit stellt letztlich auch die hohe Bedeutung der Maßnahmen dar¹⁷¹; tatsächlich ergriffen dabei die Sozialpartner die Initiative zu den Abkommen, mit welchen die Preis-Lohn-Relation gewahrt werden sollte.¹⁷²

In der Folge kam es daher zu fünf Lohn-Preis-Abkommen, welche so konzipiert waren, dass die Löhne mit den amtlich geregelten Preisen mithalten¹⁷³ und so die inflationären

¹⁶⁵ Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 100.

¹⁶⁶ Betrug der Index der Lebenskosten im April 1945 100,0 Punkte, so stieg dieser im Jahr 1946 auf 125,7, 1947 auf 248,1, 1948 auf 378,0, 1949 auf 484,3, 1950 auf 547,7 und letztlich 1951 auf 700,1 Punkte an. Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 187.

¹⁶⁷ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 227. Siehe auch: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 187f.

¹⁶⁸ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 264.

¹⁶⁹ Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 101. Siehe auch: Heissenberger, Der Wiederaufbau in Österreich. 15. Weiters: Jochum, Die Zweite Republik in Dokumenten und Bildern. 44.

¹⁷⁰ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 188. Siehe auch: Bachinger, Matis, Der österreichische Schilling. 208f. Diese Zusammenarbeit erfolgte ebenfalls unter der bereits erwähnten Intention der Konkordanzdemokratie, wobei hier die Zusammenarbeit der Sozialpartner aufeinander abgestimmt wurde. So waren die wichtigsten Organe von ÖGB und Arbeiterkammern stets durch Sozialisten und jene der Handels- und Landwirtschaftskammern durch Politiker der Volkspartei besetzt. Siehe: Pelinka, Der Marshall-Plan und die österreichische politische Kultur. 251f.

¹⁷¹ Diese erfolgreiche Zusammenarbeit wurde letztlich zur Grundlage der politischen Stabilität sowie des wirtschaftlichen Aufschwungs im Nachkriegs-Österreich. Siehe: Lewis, Auf einem Seile tanzen. 309f.

¹⁷² Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 264f. Die Sozialpartner erarbeiteten dabei unter der Patronage der Regierung gleichermaßen Vorschläge und Abkommen, welche letztlich durch das Parlament Gesetzesform erhielten. Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 188. Siehe auch: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 70. Weiters: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 101.

Die hohe Einbindung der Sozialpartner wurde durch die USA häufig mit dem Argument abgelehnt, dass das kooperative österreichische Modell den Wettbewerb zu wenig fördere. Siehe: Hans Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 63-102, hier: 93.

¹⁷³ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 229.

Tendenzen gedämpft werden konnten.¹⁷⁴ Gemein war diesen Abkommen darüber hinaus auch, dass es zu Nivellierungsmaßnahmen kam, da niedrigere Löhne stärker anstiegen als ohnedies höhere – dies wurde auch durch absolute Höchst- und Mindestbeträge erreicht.¹⁷⁵ Ebenso kam es im Zuge dieser Abkommen zur Einführung einer Ernährungszulage für Arbeitnehmer und der Kinderbeihilfe; anfänglich betrug diese pro Kind 23 Schilling im Monat¹⁷⁶ und wurde letztlich auf 105 Schilling angehoben.¹⁷⁷ Daneben wurden auch die Renten schrittweise verbessert und eine Altersversorgung wurde eingeführt.¹⁷⁸

Diese Harmonisierungsschritte wurden aber auch notwendig, da die USA zunächst aus dem ERP keine Subventionierung heimischer Agrargüter duldete¹⁷⁹, wodurch jegliche Erhöhungen in diesem Sektor laufend ausgeglichen werden mussten und letztlich die „Economic Cooperation Administration“ (ECA) strengere Auflagen durchsetzte¹⁸⁰, um so dem Auslaufen des Marshall-Plans entgegenzuwirken.

Die zwischenzeitlich am 9. Oktober 1949 abgehaltene Wahl brachte zwar für die beiden Großparteien Stimmenverluste, ließ jedoch eine Große Koalition unter der Führung von Leopold Figl zu, welche ihr Hauptaugenmerk auf wirtschaftliche Belange richtete.¹⁸¹ Letztlich führte diese Wahl jedoch zu keinem grundlegenden Kurswechsel innerhalb der Wirtschaftspolitik¹⁸².

Die durchgeführten Abkommen brachten selbstverständlich Vor- wie Nachteile mit sich. Kam es auf der einen Seite zur Sicherstellung der Versorgung niedrigerer Einkommensschichten, sowie zu allgemeiner Erhöhung von Löhnen, Renten und Beihilfen, so stiegen auf der anderen Seite aber auch die Preise stetig an, sodass die einzelnen Abkommen jeweils nur für kurze Zeit einen positiven Effekt mit sich brachten.

Wenn es auch 1950 durch diese unentwegten Steigerungen zum ersten umfassenden Streik der Nachkriegszeit kam und dadurch die Abkommen ihre bedeutendste

¹⁷⁴ Siehe: Lewis, Auf einem Seile tanzen. 309.

¹⁷⁵ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 265.

¹⁷⁶ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 191. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 267.

¹⁷⁷ Siehe: Ebenda. 272.

¹⁷⁸ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 191.

¹⁷⁹ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 267.

¹⁸⁰ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 192-194. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 269-274.

¹⁸¹ Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 165-167.

¹⁸² Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 437.

gesellschaftspolitische Funktion, nämlich die nachhaltige Wahrung des sozialen Friedens, verloren hatten¹⁸³, so war das gemeinschaftliche, kooperierende Vorgehen der Interessenverbände und der Regierung während dieser Zeit von höchster Bedeutung, da offen demonstriert wurde, dass – insbesondere nach den früheren Erfahrungen – diese Gruppierungen zusammenarbeiten konnten und so ein demokratisches Prinzip in Österreich gefestigt werden konnte.¹⁸⁴

Als negative Folge der Maßnahmen kam es jedoch in einer Phase stabiler Weltmarktpreise in Österreich bis November 1951 erneut zu signifikanten Preissteigerungen. Der Lebensmittelindex stieg dabei in Österreich um etwa 50% an, in den USA in ebendiesem Zeitraum lediglich um 9% und in der Schweiz um 7%.¹⁸⁵ Auch lässt sich als größter Verlierer dieser Abkommen der Bundeshaushalt ausmachen, da die jeweiligen Steuer- und Tarifierhöhungen die Mehrbelastungen nicht abdecken konnten – späteres Konfliktpotential wurde folgendermaßen bereits geschaffen. Nicht zuletzt aufgrund dieser Vorzeichen wurde auch auf die Initiierung weiterer Abkommen verzichtet, selbst wenn dies bedeuten sollte, vorerst kaum finanzierbare Subventionierungen vorzunehmen¹⁸⁶; auch, da man erkannt hatte, dass einigermaßen geringe Effekte nur mit relativ großen Steigerungen des allgemeinen Preis-Lohn-Niveaus erreicht werden konnten.¹⁸⁷

Da die Handelsbilanz auch 1951 passiv ausfiel¹⁸⁸ und der Außenhandel weiter zurückzugehen drohte, wurden schließlich die Gesetze zur Marktlenkung deutlich verschärft – dies betraf vor allem Novellen zum Preisregelungs-, zum Rohstofflenkungs-

¹⁸³ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 270. Bei dieser Streikaktion beteiligten sich etwa 200.000 Arbeiter; wenn der Vorwurf des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) auch lautete, es würde sich um “nützliche Idioten” der KPÖ handeln, demonstrierten die Streikenden vielmehr aufgrund ihres Unmuts über die Haltung des SPÖ-dominierten Bundes und nutzten so die KPÖ als Mittel. Dennoch wurde die KPÖ in der Folge von den wichtigsten Posten innerhalb des ÖGB entfernt und viele kommunistische Arbeiter und Betriebsräte wurden entlassen. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 173.

¹⁸⁴ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 196f.

¹⁸⁵ Siehe: Ebenda. 195.

¹⁸⁶ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 272f. Beispielsweise wurde von der Industriellenvereinigung Ende 1951 nicht nur gefordert, keine weiteren Preiserhöhungen mehr durchzuführen, sondern darüber hinaus auch, die Preise zu senken; die Gewerkschaften sagten gleichzeitig zu, Lohnforderungen zurückzustellen. Mit Anfang 1952 begann daraufhin der Lebenshaltungskostenindex zu fallen. Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 109.

¹⁸⁷ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 273.

¹⁸⁸ Die gesamten Einfuhren betragen etwa fünf Milliarden (davon 2,7 Milliarden als ERP-Mittel) bei einer Summe der Ausfuhren von nur drei Milliarden. Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 441.

sowie zum Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz, sowie die Neufassung des Außenhandels- und Preistreibereigesetzes.¹⁸⁹ Die Schaffung eines Wirtschaftsdirektoriums im Februar des Jahres¹⁹⁰ sollte die schärfere Kontrolle der getroffenen Maßnahmen herbeiführen und gewährleisten¹⁹¹; von besonderer Bedeutung war dabei ein Stillhalteabkommen zwischen den Kammern und dem Gewerkschaftsbund.¹⁹²

Ende des Jahres 1952 wurden vorzeitige Neuwahlen abgehalten¹⁹³, welche nun einen Sieg der SPÖ mit sich brachten – dennoch behielt die ÖVP mit einem Mandat die größte Abgeordnetenfraktion; ebenso kam es abermals zu einer Großen Koalition – diesmal unter der Führung von Julius Raab.¹⁹⁴

Als größter beeinflussender Faktor der folgenden Jahre erwies sich weiterhin die Furcht vor Währungsinstabilität und Budgetschwierigkeiten.¹⁹⁵ Die Regierung ergriff daraufhin neuerlich Maßnahmen – Erhöhung von Tarifen, Zöllen und Steuern bei gleichzeitiger massiver Ausgabenreduktion; auch wurde nun die Sozialpolitik nivelliert, Renten aufgebessert und Vorarbeit für ein Allgemeines Sozialversicherungsgesetz geleistet.¹⁹⁶ Es kam so zwar zu einer Stabilisierung der Binnenwirtschaft, jedoch gleichzeitig auch zu einer Stagnation.¹⁹⁷

¹⁸⁹ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 441.

¹⁹⁰ Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 165.

¹⁹¹ Die Lenkungsmaßnahmen des Wirtschaftsdirektoriums erstreckten sich beispielsweise auf Marktzwang, Koppelung von Fleischlieferungen mit dem Bezug von Futtermitteln oder auf die Beschränkung des Verkaufs von Schweine- und Kalbfleisch auf Samstage. Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 441.

¹⁹² Siehe: Ebenda. 441. Die hohe Bedeutung der Sozialpartnerschaft wurde in der so genannten Stabilisierungsperiode ab 1952 etwas geschmälert; erst ab 1957 erlangte diese durch die Bildung einer Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen ihre anfängliche hohe Geltung zurück. Siehe dazu: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 274.

¹⁹³ Der Rücktritt der Regierung Figl II wurde durch gescheiterte Budgetverhandlungen für das Jahr 1953 ausgelöst; dieses Scheitern kann dabei allerdings auch auf die durch die ECA ab 1952 vertretene Stabilisierungspolitik zurückgeführt werden. Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 54.

¹⁹⁴ Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 167. Eine Große Koalition folgte, da Bundespräsident Theodor Körner eine Beteiligung der „dritten Kraft“, des „Verbandes der Unabhängigen“, der „VdU“, an einer Regierung kategorisch ablehnte. Siehe: Bachinger, Matis, Der österreichische Schilling. 232. Siehe auch: Rathkolb, Die paradoxe Republik. 166-168

¹⁹⁵ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 442.

¹⁹⁶ Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 168.

¹⁹⁷ Wenn 1952 die Importe mit 13 Milliarden Schilling (wovon nur mehr 912 Millionen auf ERP-Mittel entfielen) gleich hoch den Exporten waren und somit – einmalig in Österreich – daraus letztlich (unter Einbeziehung der Einnahmen aus dem Fremdenverkehr) sogar eine aktive Zahlungsbilanz resultieren konnte, war die politische Zukunft keineswegs gewiss, da die unterschiedlichen Gruppierungen ebenso divergierende Pläne verfolgten; diese betrafen eine Politik der Stabilisierung, der Vollbeschäftigung durch Investitionen oder eine konjunkturorientierte Vorgehensweise. Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 442f.

Der eingeschlagene Kurs der Jahre ab 1953 wurde schließlich als der Raab-Kamitz-Kurs, benannt nach Bundeskanzler Julius Raab und dem neuen Finanzminister Reinhard Kamitz¹⁹⁸, bezeichnet, der bedeutsame Veränderungen mit sich brachte und letztlich prägend für Österreich wirkte.¹⁹⁹

Frühere Hilfsprojekte für Österreich

Das signifikanteste Problem nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stellte in Österreich der Mangel an Nahrungsmitteln dar.²⁰⁰ Im Mai 1945 betrug die Ration eines Normalverbrauchers in Wien tatsächlich lediglich 950 Kalorien²⁰¹ – selbst in Deutschland kamen größere Rationen an die Bevölkerung.²⁰²

Dazu kam, dass die Landwirtschaft außer Stande war, die Bevölkerung – es handelte sich um etwa 7,2 Millionen Menschen²⁰³ – mit dem Notwendigsten zu versorgen²⁰⁴; dies

¹⁹⁸ Kamitz war zuvor Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung in der Bundeshandelskammer gewesen und dadurch Mit-Initiator und -Vollzieher der Preis-Lohnabkommen; er trat dafür ein, die Bewirtschaftung langsam abzubauen, erbat sich dahingehend von der Wirtschaft Zurückhaltung und vertrat somit eine Entwicklung, die sich bereits seit Ende der 1940er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland abzeichnete. Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 110.

¹⁹⁹ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 443. Siehe auch: Bachinger, Matis, Der österreichische Schilling. 234f.

²⁰⁰ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 33.

²⁰¹ Nach anderen Angaben betrug die Normalzuteilung 1945 nur etwa 800 Kalorien – und diese wurde noch unterschritten. Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 17. So fielen die Mindestrationen im Frühjahr und Sommer 1945 auf 350 bis 800 Tages-Kalorien. Siehe: Lewis, Auf einem Seile tanzen. 302. Siehe auch: Hofbauer, Westwärts. 33. Darüber hinaus konnte das heimische Nahrungsmittelangebot nur etwa 40% der Rationen der Nicht-Selbstversorger decken; zum Vergleich deckten diese in Westdeutschland etwa 60%. Siehe dazu: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 67. Siehe auch: Rathkolb, Die paradoxe Republik. 115.

²⁰² Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 112. Aufgrund der vorherrschenden Situation starben auch Kinder und wenig widerstandsfähige Menschen in großer Zahl – so lag die Säuglingssterblichkeit im Juli 1945 bei über 40%. Siehe dazu: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 8.

²⁰³ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 425. Nach anderen Angaben summierten sich zu Kriegsende zu den etwa sechs Millionen Österreichern noch etwa 3,7 Millionen „Fremde“, welche sich zu 1,7 Millionen aus Displaced Persons, zu 1,5 Millionen aus Wehrmachtangehörigen und zu etwa einer halben Million aus alliierten Soldaten zusammensetzten. Bis Ende des Jahres 1945 befanden sich immer noch etwa zwei Millionen dieser „Fremden“ in Österreich – zusätzlich zu Hunderttausenden, welche nicht mehr repatriierbar waren; nicht zuletzt schürte diese Tatsache aber auch den Fremdenhass. Siehe dazu: Günter Bischof, Der Marshall-Plan und die Wiederbelebung des österreichischen Fremdenverkehrs nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 133-182, hier: 137f. Die Zahl der Vertriebenen sank in Österreich erst zu Beginn des Jahres 1955 unter die Marke von 200.000 Personen; in den Jahren 1946 bis 1953 hatte diese Zahl durchschnittlich zumindest das Doppelte betragen. Siehe dazu: Ebenda. 167.

²⁰⁴ Siehe: Neck, Innenpolitische Entwicklung. 149.

aufgrund der oftmals fehlenden Arbeiter, wegen zerstörter Kulturflächen²⁰⁵ oder aber auch aufgrund des Rückgangs in Ertragslage und Viehbestand.²⁰⁶

Sowohl die Situation der Besatzung, als auch der Abbruch der bisherigen Handelsbeziehungen wirkte darüber hinaus noch erschwerend hinzu.²⁰⁷

Dass die Kalorienwerte jedoch angehoben werden mussten stand außer Frage. Dabei kam es zu folgender Aufstellung, welche vorsah, die Kalorienwerte konsequent zu heben, was jedoch letztlich an verschiedenen Faktoren, wie der Missernte 1947²⁰⁸, scheiterte.²⁰⁹

Ab	Kalorien/Tag
18. März 1946	1.200
11. November 1946	1.550
Mitte August 1947	1.600
1. November 1947	1.700
21. Juli 1948	1.800
13. September 1948	2.100
3. Jänner 1949	2.150

Tabelle 4: Basisration [Kalorien pro Tag für Normalverbraucher]²¹⁰

Als erster diesbezüglicher Schritt wurden nun kurz nach Kriegsende Nahrungsmittel zur Verfügung gestellt, um zunächst dem drückenden Hunger rasch Abhilfe zu schaffen²¹¹; zu erwähnen wäre hier beispielsweise die so genannte Maispende der Roten Armee.²¹² Aus den USA erhielt Österreich bereits Hilfe durch das initiierte Programm „Government and Relief for Occupied Areas“ (GARIOA), durch welches Verantwortung für die besetzten Gebiete übernommen werden sollte – sowohl in Österreich, als auch in Deutschland, Japan

²⁰⁵ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 421.

²⁰⁶ Siehe: Ebenda. 434. Beispielsweise hatte sich der Schweinebestand von 1938 bis 1945 um zwei Drittel verringert. Letztlich betrug die Wertschöpfung der Landwirtschaft 1946 nur mehr knapp über 60% des Wertes von 1937. Siehe dazu: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 67.

²⁰⁷ Siehe: Wilfried Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich (Graz/Wien/Köln 1989) 25f.

²⁰⁸ Im Vergleich zu 1937 fiel der Weizen- und Roggenerttrag auf 44%, jener für Kartoffel auf 30,3% und für grobkörniges Getreide wie Hafer, Mais und Gerste auf 33%. Siehe: Lewis, Auf einem Seile tanzen. 303.

²⁰⁹ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 178-182.

²¹⁰ Entnommen aus: Ebenda. 178. Neben den Zuteilungen für Normalverbraucher existierten jedoch auch leistungs- und bedarfsgebundene Zusatzrationen beispielsweise für stillende Mütter, Kinder oder Schwerarbeiter. Siehe dazu: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 81.

²¹¹ Beispielsweise stand in Wien Milch nur für Kinder und stillende Mütter zur Verfügung, Obst war nicht vorhanden. Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 47f. Siehe auch: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 80.

²¹² Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 287. Dabei darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass nicht nur die abrückenden Soldaten der deutschen Wehrmacht Lebensmittel plünderten, sondern auch die anrückenden sowjetischen Truppen diese in Ostösterreich in einem ersten Schritt beschlagnahmten. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 33.

und Korea.²¹³ Dabei wurde bereits in diesem frühen Stadium der folgenden Wirtschaftshilfe-Jahre diese Hilfe als Instrumentarium zur politischen Stabilisierung angewandt.²¹⁴

Letztlich konnte die Hebung der Kalorienwerte allerdings erst durch weitere Auslandshilfe bewerkstelligt werden²¹⁵; vor allem durch ein gemeinsames Agieren der „United Nations Relief and Rehabilitation Administration“ (UNRRA), sowie der Regierungen Großbritanniens und der USA²¹⁶; dies nicht zuletzt deshalb, da die von der österreichischen Regierung durchgeführten Maßnahmen, wie erlassene Gesetze (Warenverkehrs-, Bedarfsdeckungs- und Lebensmittelförderungsgesetz) oder die Einrichtung von Ernährungsinspektoren und eines Ernährungsdirektoriums, die Lage keinesfalls entschärfen konnten.²¹⁷

Die UNRRA war dabei erst 1943 in Washington gegründet worden²¹⁸ und sah vor, der Bevölkerung jener Gebiete, die nach dem Krieg alliierter Kontrolle unterliegen würden, Hilfe zukommen zu lassen.²¹⁹ Nach Diskussionen über den Status Österreichs – ob dieses als befreites Land gelten konnte, denn nur als solches konnte es Hilfe erhalten²²⁰ – erging im Herbst 1945 seitens der österreichischen Regierung der Beschluss, sich an diese zu wenden.²²¹

²¹³ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 38. Die Verantwortung der USA lässt sich dabei auch aus dem Umstand ableiten, dass diese die einzige Macht darstellte, die aus dem Krieg gestärkt hervor gegangen war. Siehe: Komlosy, Die niederösterreichische Wirtschaft in der Zweiten Republik. 273. Zu den gelieferten Gütern gehörten in erster Linie Nahrungsmittel, aber auch Medikamente und Kleidung – das Programm sah dabei eine spätere Abgeltung durch Exporterlöse vor; dem wurde letztlich jedoch nicht nachgekommen, da in den ersten Nachkriegsjahren keine Mittel vorhanden waren und ab Einsetzen des Marshall-Plans die Forderungen ob ihrer Höhe hinfällig wurden. Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 27.

²¹⁴ Siehe: Ebenda. 26f.

²¹⁵ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 432f. Der Tageskaloriensatz konnte erstmals im Herbst 1947 auf 2.100 erhöht werden. Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 20. Allerdings erreichte die Versorgung im Schnitt nur etwa 1.200 Kalorien täglich. Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 21. So konnte tatsächlich erst mit Oktober 1948 eine durchschnittliche Versorgung von etwa 2.100 Kalorien pro Person und Tag sichergestellt werden. Siehe dazu: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 435.

²¹⁶ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 113.

²¹⁷ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 425.

²¹⁸ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 35. Siehe auch: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 31.

²¹⁹ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 28f.

²²⁰ Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 31. Siehe auch: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 28f.

²²¹ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 117. Österreich war bereits mit 22. August 1945 als befreites Land in das Hilfsprogramm einbezogen worden. Siehe dazu: Heissenberger, Grundlagen der weltpolitischen und europäischen Neuordnung. 90f.

Zu Beginn des Jahres 1946 wurde schließlich im Bundeskanzleramt ein UNRRA-Büro als Verwaltungsfonds ohne eigene Rechtspersönlichkeit eingerichtet²²² und im Laufe des Jahres wurden (allerdings später als ursprünglich angenommen oder zumindest erhofft) die Lieferungen aufgenommen²²³; so kam es Ende Februar beziehungsweise Anfang März zu ersten Notstandshilfen, um der ärgsten Not entgegenzutreten und mit 1. April des Jahres zu Hilfslieferungen.²²⁴

Weiters kam es im August 1946 zum so genannten R-Plan²²⁵, der durch einen Beamten des US-State Departments erstellt worden war und aufzeigte, dass Österreich im Jahr 1947 einen Finanzierungsbedarf von etwa 200 Millionen Dollar aufweisen würde.²²⁶ Damit entstand nicht nur ein Referenzmodell²²⁷, sondern es wurde bereits ausgedrückt, dass Österreich auch weiterhin auf Hilfe angewiesen wäre.²²⁸

Daneben herrschte allerdings ebenso Rohstoffknappheit vor²²⁹, welche sich auch im privaten Sektor auswirkte; so betrug die durchschnittliche Kohlenration pro Haushalt im Winter 1947/48 nur etwa 300kg, welche aber nicht erschöpfend geliefert werden konnte.²³⁰ Folglich war die heimische Wirtschaft in der Nachkriegszeit auf Importe von Nahrungsmitteln einerseits sowie Kohle andererseits geradezu angewiesen.²³¹ Dementsprechend begannen mit 1945 erste Maßnahmen, um die Rohstoffknappheit auszugleichen – es kam zu Einfuhren beispielsweise aus Deutschland, Übergabe deutscher

²²² Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 288f. Siehe auch: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 31.

²²³ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 118.

²²⁴ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 31. Anfänglich hatten die Besatzungsmächte die Bevölkerung zu versorgen und die UNRRA kam dafür finanziell auf; erst ab Juni konnten die ersten UNRRA-Lieferungen aufgenommen werden. Siehe: Ebenda. 35. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 288. Weiters: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 67.

Die Verteilung der Hilfsgüter war dabei an folgende Bedingungen gebunden: ein vorliegender Hilfsbedarf, Eigenanstrengung des jeweiligen Landes und Kontrolle über die widmungsgemäße Verwendung der Hilfsgüter. Darüber hinaus mussten Verkaufserlöse der Güter (in eigener Währung) auf einem Nationalbank-Sonderkonto deponiert und die Schillingerlöse anschließend im Einvernehmen mit der Organisation verwendet werden. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 288f.

²²⁵ Dieser wird auch als Dort-Plan bezeichnet – benannt nach Dallas Dort, jenem Beamten, der als Berater des Under-Secretary of State für Wirtschaftsfragen eben jenen Plan erstellte. Siehe dazu: Einwitschläger, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 114.

²²⁶ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 290.

²²⁷ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 67.

²²⁸ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 290.

²²⁹ Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 21.

²³⁰ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 114.

²³¹ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 264.

Wehrmachtsvorräte an die österreichische Regierung oder – als Ausgleichsmaßnahme – auch zu Übergaben zwischen den Besatzungszonen, da sich das Zonen-System als hemmend für die Infrastruktur herausstellte.²³²

Weiters kam es aber zu einem massiven Aufschwung des Schwarzhandels²³³ – sowohl im Bereich der Lebens-, Brenn- als auch der Genussmittel.²³⁴ Auch war das eingeführte System der Bezugscheine und Lebensmittelkarten nicht nur ungenügend, sondern darüber hinaus auch noch unbeständig²³⁵ und je nach Bundesland unterschiedlich.²³⁶ Aufgrund dieser Faktoren erreichten die Schwarzmarktpreise für Nahrungsmittel am Höhepunkt der Not im August 1945 im Schnitt das etwa 264-fache der üblichen respektive der offiziellen Preise²³⁷ und darüber hinaus das etwa 166-fache der Preise von 1938.²³⁸

Ware	Normalpreis	Schwarzmarktpreis
1 kg Mehl	RM -.64	RM 150.-
1 kg Brot	RM -.56	RM 60.-
1 kg Schmalz	RM 2.16	RM 1.400.-
1 kg Rindfleisch	RM 2.50	RM 250.-
1 kg Zucker	RM -.79	RM 300.-
1 Zigarette	RM -.06	RM 5.-
1 kg Kaffee	RM 10.-	RM 2.200.-
1 Paar Schuhe	RM 35.-	RM 1.200.-
1 m Stoff	RM 15.- bis 40.-	RM 1.500.-

Tabelle 5: Schwarzmarktpreise Ende 1945²³⁹

Erwähnung finden müssen allerdings auch Hilfen anderer europäischer Staaten, die 1946 erfolgten. Dabei handelte es sich um Hilfen für unterernährte Kinder seitens der Schweiz,

²³² Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 119. Siehe auch: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 21. Weiters: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 19. Die Einteilung Österreichs in vier Besatzungszonen erschwerte zum einen den Handel und zum anderen auch den Personenverkehr erheblich. Neben den wirtschaftlichen Beeinträchtigungen kam es aber auch zu einer psychologischen Belastung. Siehe: Fraberger, Stiefel, „Enemy Images“. 71.

²³³ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 34.

²³⁴ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 115. Während der Zeit des Deutschen Reichs hatte der Schwarzmarkt kaum eine Chance gehabt – ob der angedrohten und vollzogenen, durchaus schwerwiegenden Strafen – nun blühte diese Form des Handels jedoch gänzlich auf. Siehe dazu: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 17f. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 236. Tatsächlich bestanden jedoch auch auf Schwarzmarkttransaktionen teils hohe Strafen – es dürften aber eher kleine Verstöße geahndet worden sein und große Schleichhändler keine offizielle Bestrafung erfahren haben. Siehe dazu: Ebenda. 240.

²³⁵ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 116.

²³⁶ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 423.

²³⁷ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 116.

²³⁸ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 237. Siehe auch: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 70.

²³⁹ Entnommen aus: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 424.

Hilfen aus Schweden, Dänemark, Irland und anderen europäischen Staaten und private Hilfen, wie beispielsweise jene der Care-Pakete. Dabei darf neben der Unterstützung zur Überbrückung der vorherrschenden Notsituation vor allem aber die moralische Komponente, welche diesen Aktionen allgemein anhaftete, nicht unterschätzt werden.²⁴⁰

1946 wurden Österreich weiters die beiden wichtigsten langfristigen Auslandskredite der frühen Nachkriegszeit gewährt – zum einen ein Kredit der US-amerikanischen Export-Import-Bank und zum anderen ein solcher der britischen Hilfsmission.²⁴¹ Aufgrund von schriftlichen Ansuchen wurde Österreich ab Ende des Jahres 1946 daneben auch finanzielle Hilfe zugesprochen – beispielsweise von England, bereits den USA, aber auch Kanada.²⁴²

Trotz der bisherigen Bemühungen herrschte auch 1947 in Österreich nach zwei trockenen Jahren Lebensmittelknappheit und ebenso Rohstoffmangel; die österreichische Wirtschaft kam zu Beginn dieses Jahres praktisch zum Stillstand.²⁴³

Als weiteres Hilfsprogramm kam es daher im April 1947 zur Initiierung der so genannten Kongresshilfe seitens des US-amerikanischen Präsidenten in Höhe von 350 Millionen Dollar – Österreich erhielt 82 Millionen zugeteilt.²⁴⁴ Dabei kann in diesem Programm eine Wende gegenüber den bisherigen Hilfsaktionen gesehen werden – das signifikante daran war nun eine anti-kommunistische Ausrichtung.²⁴⁵ So wurden vorrangig Länder miteinbezogen, die durch den Kommunismus bedroht schienen – China, Italien und Griechenland – Österreich hingegen wurde vor allem wegen der anhaltenden Not in dieses Programm aufgenommen.

²⁴⁰ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 426. Als Vergleich bezüglich der moralischen Bedeutung: Als es nach dem Ersten Weltkrieg zur Ankündigung einer Völkerbundanleihe kam, die allerdings an harte Bedingungen geknüpft und in der Höhe begrenzt war, genügte diese Bekanntgabe bereits aus, um die Inflation zum Stillstand zu bringen. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 292.

²⁴¹ Siehe: Ebenda. 283. Dabei handelte es sich um „politische“ Kredite; ihre Bedeutung lag im Symbolismus, der damit verbunden war – selbst die Weltbank hielt Österreich noch bis 1952 für nicht kreditwürdig. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 73.

²⁴² Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 120f. Siehe auch: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 23.

²⁴³ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 131f. „Die Wirtschaft war in einem fatalen Zirkel gefangen, den sie schließlich nur dank der großzügigen Marshallplan-Hilfe sprengen konnte.“ Siehe: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 8.

²⁴⁴ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 292.

²⁴⁵ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 44. So versuchten die USA auch, den Osten Österreichs von der Belieferung mit den von ihnen zur Verfügung gestellten Hilfsmitteln abzuschneiden – was sich beispielsweise mittels Frachtbriefmanipulation im Falle der UNRRA-Lieferungen auch bewerkstelligen ließ. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 36.

Tatsächlich kam es aber bezüglich dieses Hilfsprogramms zu Streitigkeiten mit der Sowjetunion, die eine zu starke Intervention der USA in der von ihr besetzten Zone nicht zulassen wollte; erst langwierige Verhandlungen und letztlich ein Kunstgriff, die Herkunft der Hilfsgüter betreffend, nämlich War Department- anstatt State Department-Nahrungsmittel, konnten die Durchführung des Programms und gleichzeitig die Versorgung der österreichischen Bevölkerung garantieren.²⁴⁶

Abschließend lässt sich feststellen, dass die kleineren, dem ERP vorangegangenen Hilfsprogramme daher durchaus als logischer Ablauf betrachtet werden können und es kann von einem „Lern-Prozess der US-Administration“ ausgegangen werden²⁴⁷; der Marshall-Plan kann daher in dieser Hinsicht keinesfalls isoliert betrachtet werden.²⁴⁸

Bevor allerdings ein solches Programm – nämlich der Marshall-Plan – einsetzen konnte, welchem die bislang aufgetretenen Probleme nicht anhaften sollten, musste es 1947 noch zu einem weiteren Hilfsprogramm kommen, um den Zeitraum bis dahin zu überbrücken; es wurde daher das so genannte „Interim Aid Program“ – die Interimshilfe – initiiert. Dabei wurden die Berechnungen des R-Plans herangezogen, um die Frachtkosten erweitert und es kam zur Festlegung eines Bedarfs von etwa 300 Millionen Dollar für das Jahr 1948.²⁴⁹

War die Interimshilfe auch nicht von hoher politischer Bedeutung und gleichzeitig nur an Österreich, Frankreich und Italien gerichtet, so konnte durch diese allerdings nun erstmals sichergestellt werden, dass ohne Überwachung durch amerikanisches Personal die Hilfsgüter auch in der Ostzone Verteilung fanden.²⁵⁰

Die hier angeführten Hilfen, unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, sicherten das Überleben der Bevölkerung; ein Wiederaufbau konnte damit jedoch nicht eingeleitet werden. Allerdings wurden bis zu den ersten Hilfslieferungen durch den

²⁴⁶ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 44-52.

²⁴⁷ Siehe: Ebenda. 19.

²⁴⁸ Siehe: Gehler, Vom Marshall-Plan bis zur EU. 36f. Dieser Lerneffekt verlief dabei in zwei Schritten – im ersten als „keine Hilfe mehr im Rahmen einer internationalen Organisation“ und bezog sich somit hauptsächlich auf die Probleme, die sich durch das UNRRA Programm ergeben hatten (beispielsweise ausgelöst durch Zwischenfälle mit Jugoslawien) und im zweiten Schritt als „keine Hilfe mehr an einzelne Länder“ hinsichtlich der weiteren Schwierigkeiten. Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 20. Nun sollte aus diesen Überlegungen heraus die Bildung einer integrierten, europäischen Wirtschaft angestrebt werden. Siehe: Maier, Introduction: ‚Issue then is Germany and with it Future of Europe‘. 9.

²⁴⁹ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 293.

²⁵⁰ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 53.

Marshall-Plan etwa 600 Millionen Dollar für Österreich aufgewandt, was einer Jahresquote von etwa 200 Millionen Dollar entspricht.²⁵¹

²⁵¹ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 68.

Der Marshallplan

Der Marshall-Plan wird traditionell stets als das größte Wirtschaftshilfeprogramm der Nachkriegszeit dargestellt; ein Programm, welches den Wiederaufbau in Europa erst ermöglichte und so den Weg für ein starkes Europa beziehungsweise für ökonomisch starke europäische Staaten ebnete. Handelte es sich dabei allerdings um ein humanitäres Hilfsprogramm, mit einer durchaus bemerkenswerten wirtschaftlicher Ausrichtung, oder – den Kritikern des „European Recovery Program“ folgend – vielmehr um ein Instrument US-amerikanischer Außenpolitik?²⁵²

Zweifellos kann bereits an dieser Stelle angeführt werden, dass die besondere Bedeutung des Programms weder ausschließlich im US-amerikanischen, noch im europäischen Interesse lag; vielmehr handelte es sich zwar um ein Konstrukt, welches den europäischen Partnern den Wiederaufbau ermöglichte und aufgrund der vorgegebenen Struktur und verpflichtenden Auferlegung die europäische wirtschaftliche Integration erleichterte²⁵³ – letztlich ein Modell, welches heute Frieden und Wohlstand in der Europäischen Union und daher auch in Österreich absichert²⁵⁴ – jedoch gleichermaßen um ein solches, welches für die USA die Bildung eines Handelspartners zum einen und politischen Verbündeten zum anderen garantierte.

Um diese von Beginn an verfolgten Ziele zu erreichen, waren an die Teilnahme am Marshall-Plan gewisse Bedingungen geknüpft; dieses Vorgehen wird mit dem Schlagwort „Konditionalität der Hilfe“ umschrieben, womit zum Ausdruck gebracht wird, dass sich

²⁵² Die weltweite Ausrichtung amerikanischer Politik beziehungsweise Interessen wurde beispielsweise auch durch US-Präsident Truman im März 1947 ausgesprochen. Siehe: Allan Walsh Dulles, *The Marshall Plan* (Providence/Oxford 1993) 116f.

²⁵³ Siehe: Seidel, *Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg*. 92. Siehe auch: Herbert Matis, Dieter Stiefel, *Die Weltwirtschaft. Struktur und Entwicklung im 20. Jahrhundert* (Wien 1991) 40. Der Marshall-Plan bedingte hingegen die europäische Integration keinesfalls, vielmehr waren bereits zuvor derartige Tendenzen und Bewegungen vorhanden – allerdings half das Programm bei der Realisierung und forcierte dabei klar bestimmte Formen. Siehe: Walter Lipgens, *Der Marshall-Plan und die Anfangsphase der westeuropäischen Integration. Sieben Thesen*. In: Othmar N. Haberl, Lutz Niethammer (Hg.), *Der Marshall-Plan und die europäische Linke* (Frankfurt/Main 1986) 443-463, hier: 443.

²⁵⁴ Damit verband der Marshall-Plan sowohl wirtschaftliche als auch politische Anreize. Siehe: Pelinka, *Der Marshall-Plan und die österreichische politische Kultur*. 258. Lässt sich auch die Entwicklung des Marshall-Plans (und der OEEC) selbstverständlich nicht als direkte Basis für die spätere europäische Gemeinschaft beziehungsweise Union ansehen, so brachte das Vorgehen der USA, beziehungsweise die von ihr eingeschlagene Politik der späten 1940er Jahre, doch zumindest die Aussicht darauf und ebnete letztlich den zu beschreitenden Weg. Siehe dazu: Michelle Cini, *From the Marshall Plan to EEC: Direct and Indirect Influences*. In: Martin Schain (ed.), *The Marshall Plan: Fifty Years After* (New York 2001) 13-37, hier: 34.

die USA durch Auferlegung von Konzessionen, an die der Marshall-Plan eindeutig geknüpft war, gewiss sein wollten, dass die europäischen Staaten Probleme möglichst eigenständig beseitigen, um derart von ausländischer Hilfe so rasch als möglich unabhängig zu werden, sowie weiters die US-amerikanischen Bedingungen umsetzen²⁵⁵ und gleichsam allerdings die geforderten Ziele erfüllen würden.

Ausgangssituation

Bis zum Jahr 1947 hatten die USA bereits für etwa neun Milliarden Dollar Nahrungsmittel und Hilfsgüter nach Europa geliefert²⁵⁶ – gegen dieses Vorgehen regte sich nun allerdings in Washington vermehrt Protest.²⁵⁷ So sahen sowohl politische Führung als auch die breite Öffentlichkeit diese Konzeptlosigkeit in der Frage eines neuen Europas durch einen möglichen Sieg der kommunistischen Parteien, welcher sich in Italien und Frankreich abzuzeichnen begann²⁵⁸, bestätigt.²⁵⁹ Darüber hinaus war die iberische Halbinsel immer noch faschistisch und in Griechenland kam es zu Kämpfen zwischen den Kommunisten und der Regierung – des weiteren entstanden reihenweise sowjetische Volksdemokratien.²⁶⁰

In dieser Phase zunehmenden Widerstands gelang es nun dem Außenminister George Catlett Marshall am 5. Juni 1947, während einer Rede anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Harvard, neue Überlegungen vorzustellen, die es

²⁵⁵ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 337f. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 91. Erreicht werden sollte derart die Herstellung der ökonomischen Effizienz bei gleichzeitigem Bestehen ohne fremde Hilfe. Siehe: Beate Neuss, Geburtshelfer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozeß 1945-1958 (Baden-Baden 2000) 48.

²⁵⁶ Siehe: Cini, From the Marshall Plan to EEC. 15.

²⁵⁷ Siehe: Stephan Bierling, Geburt eines Mythos. In: Hans-Herbert Holzamer, Marc Hoch (Hg.), Der Marshall-Plan (Landsberg/Lech 1997) 14-23, hier: 14. Das Gesamtvolumen der Auslandshilfen belief sich von Kriegsende bis 1947 auf rund elf Milliarden Dollar. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 38. Nach anderen Angaben handelte es sich um knapp zwölf Milliarden Dollar, welche sich aus etwa acht Milliarden für Anleihen und Kredite und weitere vier Milliarden für humanitäre Hilfe zusammensetzten – aus ersteren entfielen etwa 546 Millionen auf Osteuropa, aus letzteren etwa eine Milliarde; die finanzielle Unterstützung für Westeuropa und dabei die später am Marshall-Plan teilnehmenden Länder, stand daher im Fokus. Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 267. Dass Osteuropa bereits in den Jahren von 1945 bis 1947 nur geringe Anteile der Hilfen erhielt, lässt sich allerdings weniger auf politische Überlegungen, als auf ein geringes wirtschaftliches Interesse der USA zurückführen. Siehe: Komlosy, Die niederösterreichische Wirtschaft in der Zweiten Republik. 274f. Siehe auch: Geir Lundestad, Der Marshall-Plan und Osteuropa. In: Othmar N. Haberl, Lutz Niethammer (Hg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke (Frankfurt/Main 1986) 59-74, hier: 67-69.

²⁵⁸ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 57.

²⁵⁹ Siehe: Bierling, Geburt eines Mythos. 14f.

²⁶⁰ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 90.

ermöglichen sollten, die US-amerikanischen Ziele in Europa – vor allem in Westeuropa²⁶¹ – zu verwirklichen.²⁶² Marshall selbst bestritt jedoch später hinter dem Inhalt dieser Rede hätte ein bereits gefestigtes Konzept gestanden²⁶³ – vielmehr wäre es eine Zusammenfassung früherer Stellungnahmen gewesen.²⁶⁴

Als ersten öffentlichen Schritt hin zum „European Recovery Program“²⁶⁵ lässt sich eine Rede des stellvertretenden Außenministers, Dean Acheson, vom 8. Mai 1947 bezeichnen, die dieser vor dem Delta Council in Cleveland hielt.²⁶⁶ Dabei legte dieser fest, dass das europäische Dollardefizit und die amerikanischen Interessen an einem wirtschaftlichen Wiedererstarken Europas zusammenhängen würden und beide Parteien eine Lösung dieses Problems anstreben sollten²⁶⁷; letztlich wurde mit dieser Rede getestet, welche Reaktionen auf einen solchen Vorschlag entstehen würden und welche Akzeptanz ein solches Programm erwarten könnte.²⁶⁸

Für den vorgeschlagenen Entwurf wurde Außenminister Marshall selbst von der Regierung als Leitfigur stilisiert und dementsprechend erhielt das eigentliche „European Recovery Program“ auch seinen Namen auferlegt. Hinter den Kulissen zog freilich der US-

²⁶¹ In der Rede umriss Außenminister Marshall eine Politik für „Europa“ – dass allerdings die Sowjetunion und ihre angegliederten osteuropäischen Staaten diese nicht mittragen würden, war bereits erwartet worden. Siehe: Cini, From the Marshall Plan to EEC. 17.

²⁶² Siehe: Bierling, Geburt eines Mythos. 15. Siehe auch: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 25f.

²⁶³ Siehe: Uwe Prell, Carepakete für den „Vorposten der Freiheit“. In: Hans-Herbert Holzamer, Marc Hoch (Hg.), Der Marshall-Plan (Landsberg/Lech 1997) 68-71, hier: 68.

²⁶⁴ So hatte Marshall bereits Ende April öffentlich von der Notwendigkeit einer neuen Europapolitik gesprochen und in einer Rundfunkansprache vom 28. April 1947 festgestellt, dass die wirtschaftliche Erholung – auch Österreichs – Voraussetzung für den europäischen Wiederaufbau sei. Entnommen aus: Hardach, Der Marshall-Plan. 31f.

²⁶⁵ Als solcher wurde diese Rede später auch von Präsident Truman bezeichnet. Siehe: Ebenda. 41.

²⁶⁶ Bei diesem „Delta Council“ handelte es sich um eine Organisation kleiner Geschäftsleute und Farmer aus Mississippi. Es sollte mit dieser Rede des stellvertretenden Außenministers eine öffentliche Diskussion entfacht werden, welche die Dimensionen des europäischen Problems zum Inhalt haben und auf deren Grundlage letztlich ein Programm erarbeitet werden sollte. Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 68. Siehe auch: Brähler, Der Marshallplan. 166. Beispielsweise erwähnt sei, dass es auch zu einer weiteren öffentlichen Rede kommen sollte – diesmal an der Universität von Wisconsin am 24. Mai durch Joseph Jones, der von Marshall die Instruktion erhielt, sich ebenso wie zuvor Acheson zu äußern. Zwar wurde die Rede abgesagt – die öffentlichkeitswirksame Arbeit war jedoch längst angelaufen. Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 69.

²⁶⁷ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 41. Siehe auch: Erich Achterberg, General Marshall macht Epoche. Konferenzen. Gestalten. Hintergründe (Berlin/Frankfurt/Main/Wien 1964) 87. Auch gingen der Rede Marshalls andere Initiativen voraus – so beispielsweise jene des Unternehmers und Vertreters der USA bei den GATT-Verhandlungen, William Clayton. Dieser war der Meinung, die Dollarlücke würde durch ein strukturelles Problem in Europa entstehen und könnte durch rasche substantielle Hilfe überwunden werden. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 43f. Letztlich bestand also die Intention der USA zu einem großen Programm in wirtschaftlichen Belangen denn in integrativen. Siehe: Lipgens, Der Marshall-Plan und die Anfangsphase der westeuropäischen Integration. 450.

²⁶⁸ Siehe: Neuss, Geburtshelfer Europas? 39.

amerikanische Präsident Truman die Fäden dieses durchaus heiklen Systems.²⁶⁹ So dürfte eine der ersten Ideen für den Plan auch vom US-Präsidenten selbst stammen, die dieser bei der Konferenz in Potsdam 1945 entwickelte – wobei bereits ein wirtschaftlicher, politischer und auch moralischer²⁷⁰ Wiederaufbau bedacht wurde.²⁷¹ Außenminister Marshall betonte später weiters, dass die Moskauer Außenministerkonferenz im März/April 1947²⁷² den Anstoß für ein umfassendes US-amerikanisches Hilfsprogramm gegeben hätte.²⁷³ Dementsprechend hielt Marshall nach dieser eine Rundfunkansprache, in der er festhielt: „Der Patient verfällt [...] während die Ärzte beraten.“²⁷⁴

Tatsächlich gab Marshall – bestärkt durch seinen außenpolitischen Berater John F. Dulles²⁷⁵ – von Moskau aus die Direktive, einen politischen Planungsstab („Policy Planning Staff“) unter der Leitung von George Frost Kennan²⁷⁶ einzurichten, um eine Studie mit dem Arbeitsbereich „Aid for Europe“ zu erstellen.²⁷⁷ Gleichzeitig war aber in einem solch frühen Stadium des Programms eine Verwirklichung noch nicht beschlossen und festgelegt

²⁶⁹ Dies erfolgte, da die Verwendung des Namens des demokratischen Präsidenten für ein zu diesem Zeitpunkt noch höchst umstrittenes Vorhaben in einem US-amerikanischen Wahljahr und vor allem vor einem republikanischen Kongress eine Niederlage bei der Wahl zur Folge haben hätte können. Siehe: Bierling, Geburt eines Mythos. 18f.

²⁷⁰ Die moralische Komponente besaß allgemein einen hohen Stellenwert – so löste alleine die Ankündigung eines großen Hilfsprojekts bereits Motivationsschübe aus und Zukunftsperspektiven wurden eröffnet. Siehe: Hans-Jürgen Schröder, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 315-342, hier: 320.

²⁷¹ Siehe: Gebhard Schweigler, Ein grundsolider Vertreter der einfachen Mittelklasse. In: Hans-Herbert Holzamer, Marc Hoch (Hg.), Der Marshall-Plan (Landsberg/Lech 1997) 28-32, hier: 30.

²⁷² Die Außenministerkonferenzen der alliierten Großmächte fanden seit 1945 statt und es wurde über elementare Fragen beraten – beispielsweise über die Wiedererrichtung Europas, die Festlegung von Grenzen, über Abrüstungsverträge oder Reparationszahlungen und dergleichen; ebenso aber auch, wie eine gezielte wirtschaftliche Erstarbung der europäischen Staaten herbeigeführt werden könnte. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 17f.

²⁷³ Siehe: Neuss, Geburtshelfer Europas? 38f. Siehe auch: Brähler, Der Marshallplan. 153. Weiters: Hardach, Der Marshall-Plan. 17. Sowie: Achterberg, General Marshall macht Epoche. 79-83. Während des Rückfluges in die USA sprach Außenminister Marshall bereits von der hohen Bedeutung einer zukünftigen Initiative, um Westeuropa vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Siehe: Forrest Pogue, George C. Marshall and the Marshall Plan. In: Charles S. Maier (ed.), Günter Bischof (ass.), The Marshall Plan and Germany. West German Development within the Framework of the European Recovery Program (New York/Oxford 1991) 46-70, hier: 49.

²⁷⁴ Siehe: Kennan, Memoiren eines Diplomaten. 329. Siehe auch: Neuss, Geburtshelfer Europas? 35. Weiters: Pogue, George C. Marshall and the Marshall Plan. 49.

²⁷⁵ Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 153.

²⁷⁶ Dieser Vertreter der traditionalistischen Auffassung des Kalten Krieges sah eine Gefahr, die von der Sowjetunion ausging und befürwortete daher eine Politik, die keine Kompromissangebote zuließ – um geeignete Vereinbarungen treffen zu können, müssten die eigenen Interessen klar aufgezeigt werden. Siehe: Loth, Die Teilung der Welt. 43.

²⁷⁷ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 64. Siehe auch: Michael J. Hogan, The Marshall Plan. America, Britain, and the reconstruction of Western Europe. 1947-1952 (Cambridge/New York/New Rochelle/Sydney/Melbourne 1987) 40. Weiters: Charles L. Mee, jr., The Marshall Plan (New York 1984) 88. Genauere mündliche Instruktionen erfolgten erst am 29. April 1947. Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 68.

– immerhin musste neben der Öffentlichkeit vor allem erst der US-Kongress überzeugt werden.²⁷⁸

Der Außenminister hielt dahingehend öffentliche Reden und Vorträge, gab Interviews, debattierte mit Vertretern beider Parteien und gewann so nicht nur die Öffentlichkeit, sondern erweckte derart auch eine positive Grundhaltung für das Vorhaben²⁷⁹; ebenso wurden Broschüren an die Bevölkerung verteilt, Informationsreisen für Kongressmitglieder²⁸⁰ organisiert und die Vorzüge weiterhin angepriesen.²⁸¹

Letztlich sollte das dieser Art ins Leben gerufene Hilfsprogramm aber das – bis dahin – größte Projekt internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit²⁸² und gleichzeitig das größte Wirtschaftshilfeprogramm aller Zeiten²⁸³ werden; und selbst, wenn es seither vergleichsweise größere Projekte gab – der Marshall-Plan umfasste die Teilnahme von 16 europäischen Staaten und besaß ein Gesamtvolumen von beinahe 14 Milliarden Dollar²⁸⁴ – so erreichte dennoch kein anderes Programm das Prestige des Marshall-Plans. In wirtschaftlich turbulenten Zeiten wurde gar teils eine Neuinszenierung eines solchen Plans gefordert – beispielsweise für Osteuropa, um eine wirtschaftliche Integration zu ermöglichen²⁸⁵ – was letztlich ebenso zur Mystifizierung des Marshall-Plans beitrug.²⁸⁶

²⁷⁸ Hier lässt sich die Frage aufwerfen, inwieweit zum Zeitpunkt der Rede Marshalls ein Plan bestanden hat oder eben noch nicht, wobei die Definition von „Plan“ entscheidend ist – siehe dazu: Lundestad, Der Marshall-Plan und Osteuropa. 59. Definiert man „Plan“ nach einer sehr strengen teleologischen Sichtweise, so muss davon ausgegangen werden, dass dementsprechend ein solcher bis zur Rede noch nicht vorlag. Siehe dazu: Milward, The reconstruction of Western Europe 1945-51. 56.

²⁷⁹ Siehe: Bierling, Geburt eines Mythos. 19. Siehe auch: Schröder, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland. 321.

²⁸⁰ Als junger Kongressabgeordneter nahm 34-jährig auch Richard Milhous Nixon – der spätere 37. Präsident der USA von 1969-1974 – an einer solchen Reise als Mitglied zweier Kommissionen (des „House Labor Committee“ und des „Select Committee on Foreign Aid“) teil; war er zuvor dem Marshall-Plan ablehnend gegenüber gestanden, so änderte sich seine Position durch diese Reise und er befürwortete schließlich einen Wiederaufbau Europas unter US-amerikanischer Leitung. Siehe: Bierling, Geburt eines Mythos. 19.

²⁸¹ Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 29. Siehe auch: Bierling, Geburt eines Mythos. 19.

²⁸² Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 9.

²⁸³ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 90.

²⁸⁴ Zwischen 1. April 1948 und jenem des Jahres 1952 betrug die gesamte Hilfe der USA – gebündelt unter dem Stichwort Marshall-Plan – für Westeuropa etwa 13,9 Milliarden Dollar. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 150.

²⁸⁵ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 10. Siehe auch: Schröder, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland. 315. Weiters: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 25. Solche Überlegungen bewegen auch Bruno Kreisky 1958 dazu, ein großangelegtes Hilfsprogramm für die Entwicklungsländer anzusprechen und dieses mit dem Marshall-Plan zu vergleichen. Siehe dazu: Ferdinand Lacina, Der Marshall-Plan – Ein Beitrag zur Übergangswirtschaft Österreichs. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 17-20, hier: 18f. Siehe auch: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 64. Ebenfalls forderte der Friedensforscher Carl Friedrich von Weizsäcker 1990 Hilfe zur Selbsthilfe – nämlich einen neuartigen Marshall-Plan um die „Staaten im Osten zu retten“. Siehe dazu: Schröder, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland. 338.

US-amerikanische Gründe für den Marshall-Plan

a. Transatlantische Beziehungen

Zum Mythos des Marshall-Plans gehört die Interpretation als ein wirtschaftliches Hilfsprogramm – aufbauend auf Erinnerungen und Darstellungen zu Lebensmittelgaben für die hungernde Bevölkerung Europas oder Lieferungen an Rohstoffen für die niedergerungene Industrie; ebenso können Abbildungen von Baustellen oder amerikanischen Kapitalgütern herangezogen werden.²⁸⁷ Dabei war es letztlich dieses Bild, das von der amerikanischen Propaganda-Maschinerie verbreitet wurde – durch die erwähnten Broschüren, Plakate, Werbeeinschaltungen und Filme in den USA und den europäischen Ländern.²⁸⁸

Tatsächlich aber handelte es sich um ein wirtschaftspolitisches Hilfsprogramm²⁸⁹, welches 1947 seinen Anfang nahm, um Westeuropa möglichst binnen kürzester Zeit – ausgelegt auf vier Jahre – nicht zu einem eigenständigen Industriegefüge zu formen, sondern damit vielmehr gleichzeitig einen verlässlichen Partner für die USA zu etablieren²⁹⁰. So sollten die Staaten Westeuropas gemeinsam mit den USA²⁹¹ „den Kern der neuen Weltwirtschaft bilden“²⁹²; es sollte ein Grundgerüst zur europäischen Integration²⁹³ und transatlantischen Kooperation geschaffen werden.²⁹⁴

²⁸⁶ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 9.

²⁸⁷ Siehe: Ebenda. 10.

²⁸⁸ Siehe: Bierling, Geburt eines Mythos. 19. In Europa begann die Propagandakampagne in bedeutendem Umfang erst nach Anlaufen des Marshall-Plans einzusetzen; dann wurden allerdings alle verfügbaren Medien darin eingebunden. Auch wurden beispielsweise Siegel initiiert, die auf Waren oder Produkte aufgebracht wurden, die durch ERP-Mittel finanziert worden waren. Siehe dazu: Schröder, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland. 321. Dabei bildete die Washingtoner Propaganda für den Marshall-Plan einen integralen Teilaspekt der US-amerikanischen Außenpolitik. Siehe: Ebenda. 326.

²⁸⁹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 10. Bereits Ende April wurde mit der Beratung zu einem Programm George F. Kennan betraut – der Planungsstab wurde mit 5. Mai offiziell gegründet. Siehe dazu: Kennan, Memoiren eines Diplomaten. 329-331.

²⁹⁰ Siehe: Cini, From the Marshall Plan to EEC. 14.

²⁹¹ Dabei legte Präsident Truman während einer Rede vor dem Kongress bereits am 16. April 1945 fest, dass der hinkünftige Kurs der Außen- und Außenwirtschaftspolitik der USA in der „Führung der Welt“ liegen beziehungsweise als solcher charakterisiert sein müsse. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 44f.

²⁹² Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 12. Tatsächlich war bereits während des Krieges an ein System einer neuen Weltwirtschaft gedacht worden; da die Sowjetunion sowie die ihr angegliederten Staaten allerdings keinesfalls dazu bereit waren, diesen Weg mitzubeschreiten, fokussierte sich die Idee eines liberalen Wirtschaftssystems auf Westeuropa und letztlich sollte daher ein signifikant westlich-orientiertes System ausgeprägt werden. Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 88. Diese

Dabei herrschte bereits bei dem früheren US-Präsidenten Roosevelt und dessen Beratern Klarheit darüber, dass ein anhaltender Aufschwung der amerikanischen Wirtschaft nur durch eine stabile, internationale Wirtschaftsordnung erreicht werden könne.²⁹⁵ Es standen daher als Ziele die Liberalisierung des Welthandels zum einen und die Ausdehnung von Produktion, Beschäftigung und Außenhandel zum anderen fest.²⁹⁶ Um dies sicherzustellen, müsse die Außenpolitik aber dafür sorgen, dass die USA freien Zugang zu fremden Märkten habe und stets Kapitalexport in das Ausland möglich wäre²⁹⁷; der europäische Wiederaufbau schuf somit die Basis für weitere US-amerikanische Investitionen und die Exportindustrie.²⁹⁸

Diesen Weg konnte die USA durch ein starkes Programm, welches den Wiederaufbau ermöglichen konnte, beschreiten; allerdings wurden in dieser Phase die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen durch das massive Problem der so genannten Dollarlücke belastet.²⁹⁹

b. „Dollarlücke“

Dieser Begriff umschreibt den Umstand, dass die USA aufgrund ihrer vergleichsweise immensen Produktionskapazitäten in der Lage waren, gekoppelt an die ebenso massive

Überlegung wurde auch dadurch bestärkt, dass es während des Krieges zu einer ansteigenden Abhängigkeit Westeuropas von den USA gekommen war. Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 85.

²⁹³ Auch das Clayton-Memorandum vom 27. Mai 1947, welches als Alternative zum Kennan-Report ausgelegt wurde, sprach sich für eine Integration aus; eine „Europäische Wirtschaftsföderation“ wurde dabei angedacht. Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 67. Allgemein lässt sich feststellen, dass sowohl in der Planungsphase, als auch während der Laufzeit des ERP selbst, unterschiedliche Formen der westeuropäischen Integration angesprochen und teilweise heftig diskutiert wurden. Siehe dazu: Cini, From the Marshall Plan to EEC. 17-20.

²⁹⁴ Siehe: Bierling, Geburt eines Mythos. 22. Siehe auch: Milward, The reconstruction of Western Europe 1945-51. 59. Gleichzeitig hatte dieser Schritt aber alsbald möglich zu erfolgen, da die US-Industrie durch den Krieg stark profitiert hatte und nun neue Absatzmärkte und Partner benötigte; nicht zuletzt, um einer gefürchteten wirtschaftlichen Stagnation entschlossen entgegen zu treten. Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 266. Wenn letzten Endes das angestrebte Ziel – nämlich die Bildung eines US-dominierten internationalen Wirtschaftssystems – auch nicht erreicht werden konnte, bildete sich Europa dennoch als neben den USA zweites bedeutendes kapitalistisches Zentrum aus, welches sich gegenüber den USA nicht verschließen und somit zumindest ein Teilerfolg erzielt werden konnte. Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 283.

²⁹⁵ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 32. Siehe auch: Milward, The reconstruction of Western Europe 1945-51. 57.

²⁹⁶ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 43.

²⁹⁷ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 32f. Siehe auch: Brähler, Der Marshallplan. 143.

²⁹⁸ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 93. Siehe auch: Ute Daniel, Dollardiplomatie in Europa. Marshallplan, Kalter Krieg und US-Außenwirtschaftspolitik 1945-52 (Düsseldorf 1982) 10f.

²⁹⁹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 35.

Nachfrage aus Europa, einen Exportüberschuss zu erwirtschaften.³⁰⁰ Dieser betrug 1946 bei einem Gesamtexport von etwa 15 schließlich beinahe acht Milliarden Dollar und stieg 1947 bei einem solchen von knapp 20 auf beinahe zwölf Milliarden Dollar an.³⁰¹

Jahr	Export	Import	Saldo
1946	14,8	7,0	7,8
1947	19,8	8,2	11,6
1948	16,9	10,3	6,5

Tabelle 6: Zahlungsbilanz der USA (1946-1948) in Mrd. Dollar³⁰²

Für die europäischen Staaten bedeutete dies regelmäßig ein Defizit im Handel mit den USA – wobei die Lage noch weiter verschärft wurde, da es auch zu Defiziten mit anderen in Dollar handelnden Ländern wie Kanada oder jenen des Nahen Ostens kam.³⁰³ Der Dollarmangel – oder eben auch als Dollarlücke bezeichnet – der europäischen Länder dürfte nach Schätzungen des „Internationalen Währungsfonds“ (IWF) alleine 1947 etwa 7,5 Milliarden betragen haben; der IWF empfahl, diesen durch angebotsorientierte Politik zu überwinden. Dass dieser Vorschlag in einem krisenüberhäuftem Europa keine maßgebliche Geltung erlangen konnte, war allerdings verständlich; erst umfangreiche Wirtschaftshilfen konnten dieses Problem bewältigen, welche aber nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern ebenso aus politischen Gründen seitens der USA gewährt wurden.³⁰⁴

Die Überwindung wurde schließlich als zentraler Grund für den Marshall-Plan angesehen – die Lösung konnte aber, darüber bestand weitgehend Einigkeit, weder von europäischer noch US-amerikanischer Seite alleine erreicht werden.³⁰⁵

³⁰⁰ Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 86. Siehe auch: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 24. Weiters: Brähler, Der Marshallplan. 121f. Allerdings war für die USA die Sicherung von Importmöglichkeiten ebenso bedeutend, da die US-Wirtschaft von Importen abhängig war. Siehe dazu: Daniel, Dollardiplomatie in Europa. 18f.

³⁰¹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 36. Die Finanzierung dieses Überschusses erfolgte durch staatliche Zuschüsse (zu zwei Dritteln) und andere öffentliche Mittel – wie beispielsweise Anleihen. Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 142.

³⁰² Entnommen aus: Hardach, Der Marshall-Plan. 36. Zieht man allerdings das Jahr 1948 heran, so muss bedacht werden, dass etwa die Hälfte des Exportvolumens über die ERP-Auslandshilfe abgewickelt wurde. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 130.

³⁰³ Einige Länder handelten in einem so genannten Dollarraum, in welchem alle Währungen zu festen Paritäten konvertierbar waren – dies betraf vorerst Nordamerika, die Philippinen und einige Länder Lateinamerikas und des Nahen Ostens. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 35f.

³⁰⁴ Siehe: Ebenda. 36f.

³⁰⁵ Siehe: Ebenda. 195. So bestand der politische Antrieb der Initiierung – neben der Forcierung einer europäischen Integration – tatsächlich vor allem in der zunehmenden Isolation der kommunistischen Parteien und Gruppierungen, sowie letzten Endes der Sowjetunion selbst. Siehe: Pelinka, Der Marshall-Plan und die österreichische politische Kultur. 258.

c. US-Wirtschaftsförderung

Einen weiteren Verdienst leistete der Marshall-Plan, neben dem bereits erwähnten Aufbau einer neuen Weltwirtschaft, für die USA selbst; so sollte das ERP dabei helfen, eigene wirtschaftliche Krisen effektiv zu überwinden.³⁰⁶

Hatten die USA bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges ihre Industrieproduktion völlig auf die Rüstung ausgerichtet gehabt, war dies nun (vorläufig) hinfällig und es kam aufgrund der ausbleibenden staatlich-finanzierten Rüstungsaufträge zu einem Einbruch der US-Wirtschaft.³⁰⁷ Der Marshall-Plan war daher ebenso ein Weg, die US-amerikanische Wirtschaft zu stützen und zu einer Umkehr zu bewegen, da der größte Teil der in Europa eingesetzten Hilfsmittel für Einkäufe in den USA verwendet wurde.³⁰⁸ Die protektionistischen Vorstellungen, die man nach dem Ersten Weltkrieg entwickelt hatte, konnten nun nicht mehr als zielführend angesehen werden.³⁰⁹ Die Überzeugung seitens der USA, dass nur eine Erstarkung respektive ein Aufbau einer liberalen Weltwirtschaft zu einer Überwindung der Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion führen könnte, bestärkte daher die Idee des Marshall-Plans.³¹⁰

Das ERP lässt sich dadurch auch als „Wirtschaftsförderungsprogramm für die amerikanische Wirtschaft“ ansehen³¹¹, nicht zuletzt da es so gelang, die Phase der Nachkriegsrezession zu überwinden und die Arbeitslosigkeit in den USA zu verringern.³¹²

³⁰⁶ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 125.

³⁰⁷ Siehe: Ebenda. 129. Neben der Orientierung auf Rüstung und Militär hatten die USA während des Krieges ihre agrarische und industrielle Erzeugung allgemein stark ausgeweitet, sodass nun der Absatz in Friedenszeiten im Vordergrund stand. Siehe: Bachinger, Matis, Der österreichische Schilling. 202. Siehe auch: Brähler, Der Marshallplan. 260-263. Es musste daher zu einer weiteren Auslastung der entstandenen Überschusskapazitäten kommen. Siehe: Matis, Stiefel, Die Weltwirtschaft. 151.

³⁰⁸ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 93.

³⁰⁹ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 43.

³¹⁰ Siehe: Schröder, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland. 317. Siehe auch: Matis, Stiefel, Die Weltwirtschaft. 40.

³¹¹ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 93.

³¹² Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 222. Seitens der USA wurde nach Kriegsende das Einsetzen einer Rezession bereits um die Mitte des Jahres 1947 erwartet. Siehe: Einwitschlager, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 110. Bereits in einem frühen Stadium der Planung – im Mai 1945 – warnte William Clayton davor, dass ein wirtschaftlicher Zusammenbruch Europas Auswirkungen auf die USA haben und zu höherer Arbeitslosigkeit führen würde. Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 125. Siehe auch: Daniel, Dollardiplomatie in Europa. 12f.

d. Containment-Politik

Als weiteren politischen Grund führte man die darüber hinausgehende Eindämmung der kommunistischen Expansion in Europa an.³¹³ Das 1947 inszenierte Bündnis Kominform³¹⁴ wirkte hier deutlich in diese Überlegungen hinein – auch die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei im Februar 1948 war als befürchtetes Szenario bereits im Vorfeld für die Idee des Marshall-Plans sprechend³¹⁵; daher nahm der einsetzende Kalte Krieg bereits einen hohen Stellenwert in den Überlegungen ein.³¹⁶ Damit bildete sich neben der wirtschaftlichen Intention eine US-amerikanische Doppelstrategie aus, die sich auch auf politische Ziele stützen konnte.³¹⁷

Die USA sahen sich in der Nachkriegsphase nun für eine Abwendung der kommunistischen Einflussnahme in Europa als zuständig an³¹⁸; dies wurde im März 1947

³¹³ Siehe: Bierling, Geburt eines Mythos. 19. Die Bildung eines Feindbildes, nämlich eines anti-kommunistischen, welches auch auf Europa projiziert und in der europäischen Bevölkerung verankert werden konnte, erleichterte letztlich das Zusammenwirken der westlichen Welt nach dem Zweiten Weltkrieg. Gleichzeitig konnte sich die US-amerikanische Propagandamaschinerie dabei der bereits bestehenden ablehnenden Haltung gegenüber der Sowjetunion (beziehungsweise gegenüber den Kommunisten) in einem großen Teil der europäischen Bevölkerung bedienen, welche während des Krieges aufgrund der nationalsozialistischen Ideologie geschürt worden war. Siehe dazu: Fraberger, Stiefel, „Enemy Images“. 56-59. Tatsächlich aber war in Österreich eine gewisse grundlegende anti-kommunistische Haltung bereits während der Zeit der Monarchie entstanden, als Folge der sich entwickelnden nationalen Strömungen und damit verbundenen aufbrechenden Konflikte. Siehe: Ebenda. 63. Siehe auch: Matthew Paul Berg, „Caught Between Iwan and the Weihnachtsmann“: Occupation, the Marshall Plan and Austrian Identity. In: Günter Bischof, Anton Pelinka, Dieter Stiefel (ed.), The Marshall Plan in Austria (New Brunswick/New Jersey 2000) 156-184, hier: 158. Dahingehend bereits erwähnt wurde auch die anti-kommunistische geheime Absprache zwischen ÖVP und SPÖ vor der Novemberwahl im Jahre 1945. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 14.

³¹⁴ Dieses war nach der Absage der Sowjetunion am ERP teilzunehmen entstanden, um – ähnlich dem Molotow-Plan – ein Gegenstück zum Marshall-Plan zu etablieren. Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 75. Siehe auch: Loth, Die Teilung der Welt. 185f. Im Manifest vom 5. Oktober wurde das Programm schließlich von den Delegierten abermals kritisiert; so sei dieses lediglich Teil eines politisch expansiven Plans der USA. Siehe: Dulles, The Marshall Plan. 31. Dabei wurde nun auch eine Einteilung in ein imperialistisches und antiimperialistisches Lager getroffen. Siehe: Ludolf Herbst, Option für den Westen. Vom Marshall-Plan bis zum deutsch-französischen Vertrag (München 1989) 35. 1949 folgte aus diesen Überlegungen heraus der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ als wirtschaftliches Bündnis der sozialistischen Staaten im sowjetischen Einflussbereich – letztlich als Reaktion auf Marshall-Plan und OEEC. Siehe: Matis, Stiefel, Die Weltwirtschaft. 192.

³¹⁵ Siehe: Bierling, Geburt eines Mythos. 19f. Dieser Umbruch in der Tschechoslowakei stellte regelrecht einen propagandistischen Nährboden für die Durchsetzung des Marshall-Plans dar. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 96.

³¹⁶ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 39.

³¹⁷ Siehe: Schröder, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland. 317. Tatsächlich bildeten die Überlegungen zur kommunistischen Eindämmung im US-Kongress ein gewichtiges Argument für das wirtschaftspolitische ERP und konnten daher nicht ausgeklammert werden. Siehe dazu: James E. Cronin, The Marshall Plan and Cold War. Political Discourse. In: Martin Schain (ed.), The Marshall Plan: Fifty Years After (New York 2001) 281-293, hier: 281.

³¹⁸ Präsident Roosevelt selbst dürfte hingegen während der Zeit seiner Präsidentschaft durchaus mit einer sowjetischen Hegemonie über weite Teile Europas gerechnet haben, nahm dieses Modell aber zugunsten des „One-World“ Konzepts (welches auf der allgemeinen Vorstellung wechselseitiger Abhängigkeiten der

durch den US-Präsidenten Truman verkündet, nachdem sich Großbritannien nicht weiter in der Lage erwiesen hatte, einerseits Griechenland im Zuge des Bürgerkrieges gegenüber den innerstaatlichen, kommunistischen Bewegungen, welche sich aus dem anti-faschistischen Widerstand gebildet hatten, zu unterstützen und andererseits die Türkei, welche sich territorialen Forderungen der Sowjetunion gegenüber sah.³¹⁹ Gemäß der später so genannten Truman-Doktrin³²⁰ sei es Aufgabe der USA, die „freien Völker der Welt“ vor den „totalitären Regimen“ abzusichern³²¹ und sowohl finanzielle als auch ökonomische Hilfe zu leisten³²². Weiters plädierte Truman dafür zwei Lager zu bilden, jenes der freien und jenes der totalitären Welt; dabei müsse jedes Land selbst entscheiden, zu welchem es gehören wolle.³²³ Somit kam es zu einer endgültigen Abkehr von der isolationistischen Haltung der USA³²⁴ und einem nachhaltigen ersten Erfolg der weltwirtschaftlichen Strategie der US-Administration unter Präsident Truman.³²⁵

Ebenso legte ein Bericht des Chefs des Planungsstabes, George F. Kennan, vom 16. Mai 1947 nahe, zum europäischen Wiederaufbau beizutragen, um dadurch gerade dem

Mächte basierte und so eine Kooperation dieser anstrebte) hin, um eine dauerhafte Zusammenarbeit mit der Sowjetunion nicht zu gefährden, wobei nicht Beherrschung und Sowjetisierung, sondern vielmehr Einflussnahme zugebilligt wurde. Siehe: Neuss, Geburtshelfer Europas? 28.

³¹⁹ Siehe: Schweigler, Ein grundsolider Vertreter der einfachen Mittelklasse. 30. Siehe auch: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 58. Weiters: Dulles, The Marshall Plan. 122. Man erkannte nun auch, dass Großbritannien keinesfalls eine Hegemonialstellung in Europa einnehmen und so der sowjetische Einfluss stärker werden könne. Siehe: Neuss, Geburtshelfer Europas? 35. Siehe auch: Herbst, Option für den Westen. 38. Weiters: Mee, The Marshall Plan. 17-25. Dennoch bestand britisch-US-amerikanisches Einverständnis darüber, dass beide Länder auch weiterhin unter westlichem Einfluss zu stehen hätten. Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 150.

³²⁰ Dahingehend auch: Kennan, Memoiren eines Diplomaten. 318-328. Präsident Truman wurde, da er außenpolitisch eher unerfahren war, von einer Gruppe einflussreicher Persönlichkeiten („The Wise Men“) beraten – unter ihnen: Averell Harriman, George F. Kennan, James Forrestal und Dean Acheson – ihnen gemein war eine Skepsis gegenüber einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, welche sich in ihren Ratschlägen letztlich niederschlug. Siehe: Neuss, Geburtshelfer Europas? 30.

³²¹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 39. Siehe auch: Achterberg, General Marshall macht Epoche. 156.

³²² Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 60. Siehe auch: Herbst, Option für den Westen. 35. Weiters: Hofbauer, Westwärts. 70.

³²³ Siehe: Herbst, Option für den Westen. 35. Siehe auch: Mee, The Marshall Plan. 50.

³²⁴ Siehe: Neuss, Geburtshelfer Europas? 35. Dass die USA nicht wieder in einen Zustand der Isolation verfallen dürften, hatte Außenminister Marshall bereits in seiner früheren Position erkannt gehabt und entwickelte diese Überlegung während der ersten Monate seiner Amtszeit fort. Siehe: Pogue, George C. Marshall and the Marshall Plan. 48. Diesem Schritt war letztlich auch die Erkenntnis zugrunde gelegen, dass der Rückzug der USA aus der europäischen Kontinentalpolitik nach 1919 ein Fehler gewesen war, für welchen nun teuer bezahlt werden musste. Siehe: Neuss, Geburtshelfer Europas? 26. Letzten Endes lassen sich die Kosten der beiden Weltkriege für die USA mit 41 Milliarden Dollar für den Ersten und geschätzte 349 Milliarden Dollar für den Zweiten beziffern. Siehe dazu: Dulles, The Marshall Plan. 97. Nach anderen Angaben beliefen sich die Regierungsausgaben für den Zweiten Weltkrieg letztlich gar auf 354 Milliarden Dollar. Siehe: Daniel, Dollardiplomatie in Europa. 14.

³²⁵ Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 145.

sowjetischen Einfluss entgegenzutreten³²⁶ – wobei Kennan die Ausdrucksweise, welche in der Truman-Doktrin verwendet wurde, sowie die Gelegenheit, bei der diese eröffnet worden war, deutlich ablehnte.³²⁷

Die Konditionen des Marshall-Plans sollten nun derart formuliert werden, dass Länder aus dem sowjetischen Einflussbereich zwar durchaus teilnehmen konnten, gleichzeitig aber die etwaige enge Bindung an die Sowjetunion selbst aufgeben mussten.³²⁸ Damit waren neben den politischen Überlegungen jedoch vor allem wirtschaftliche richtungsweisend. So wurde eine auch nur wirtschaftliche Ausrichtung Europas hin zur Sowjetunion – beispielsweise durch den Abschluss von bilateralen Verträgen – als mögliches Schreckensszenario aufgefasst, dem es entgegenzutreten galt.³²⁹

Als weitere wirtschaftliche Maßnahme aus diesen Überlegungen kam es zur Entwicklung und Durchsetzung eines Handelsembargos gegenüber den sowjetischen Ländern. Darin sollte der Verkehr von Waren und Produkten zwischen den USA – aber auch den am Marshall-Plan teilnehmenden Ländern – und der Sowjetunion beziehungsweise den Ländern ihres Einflussbereichs maßgeblich begrenzt werden.

Diese US-Politik wurde nun allgemein mit dem Schlagwort „containment“ umschrieben – Eindämmung; hier eine solche des kommunistischen Einflusses, wobei nicht die militärische, denn vielmehr die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Beeinflussung und

³²⁶ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 41. In einem „Long Telegram“ aus dem Februar 1946 hatte sich Kennan bereits als Botschafter für eine Teilung Europas in so genannte Einflussphären ausgesprochen gehabt, um so der expansiven Tendenz der Sowjetunion Einhalt zu gebieten. Siehe: Neuss, Geburtshelfer Europas? 31. Siehe auch: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 84f. Weiters: Loth, Die Teilung der Welt. 125-127.

³²⁷ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 61. Siehe auch: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 85. Weiters: Loth, Die Teilung der Welt. 167. Allerdings hatte Truman bereits bewusst auf anti-sowjetische Formulierungen und Polemik verzichtet gehabt. Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 148. Es formierten sich aber auch weitere Gegner des Marshall-Plans, die ebenso die Containment-Politik in dieser Form ablehnten. So vertrat beispielsweise der frühere Landwirtschaftsminister, Handelsminister und Vizepräsident Henry Wallace die Meinung, dass zwar Gelder aufgebracht werden müssten, diese aber nicht unter dem Dach eines ERP, sondern vielmehr der UNO Verteilung finden sollten, wobei auch die Sowjetunion und osteuropäische Länder nicht ausgeklammert werden dürften. Dabei sollten 50 Milliarden Dollar auf zehn Jahre zur Verfügung gestellt werden, an deren Verteilung keinerlei politische Bedingungen geknüpft sein sollten; die Durchführung des eigentlichen Marshall-Plan hätte in seiner Argumentation hingegen zu einem Dritten Weltkrieg führen können. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 71f. Henry Wallace vertrat somit die Haltung des vormaligen Präsidenten Roosevelt. Siehe: Komlosy, Die niederösterreichische Wirtschaft in der Zweiten Republik. 273f. Die Kritiker der Containment-Politik konnten aber insgesamt nur wenige Befürworter für sich gewinnen. Siehe: Loth, Die Teilung der Welt. 156f.

³²⁸ Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 169. Siehe auch: Loth, Die Teilung der Welt. 173. Weiters: Hardach, Der Marshall-Plan. 43.

³²⁹ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 44.

Konfrontation im Vordergrund standen und als ernste Gefahr aufgefasst wurden³³⁰; die lange Zeit vertretene Position der „appeasement“-Politik, also jener der Beschwichtigung, wurde somit endgültig abgeschlossen.

Es musste daher zu einer ideologischen Gegenoffensive kommen, welche letztlich in einer dauerhaften Stabilisierung Westeuropas münden sollte – innerhalb dieser „aktiven Abschirmungspolitik gegen alle zerstörenden Einflüsse“ wurde die wirtschaftliche Stabilisierung daher geradezu als wesentliches Element bezeichnet.³³¹ Die USA vertraten in diesem Zusammenhang die Meinung, dass das effektivste Mittel gegen jedwede Radikalisierung – sowohl von links als auch rechts – wachsender Wohlstand und damit einhergehende Stabilisierung wäre.³³²

Einem solchen Programm konnte nun nicht nur der US-Kongress zustimmen, sondern gleichzeitig konnten diese Überlegungen die US-amerikanischen Parteigrenzen überwinden.³³³

Erste Schritte der US-Regierung

Außenminister Marshall erklärte bereits in seiner Rede, dass die USA zwar helfen würden, die wirtschaftliche Entwicklung Europas mittels eines Programms zu forcieren, die

³³⁰ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 39. Siehe auch: Cronin, The Marshall Plan and Cold War. 282f. Tatsächlich beeinflussten sich die Containment-Politik, der Marshall-Plan und der sich abzeichnende Kalte Krieg wechselseitig. Siehe: Ebenda. 283. Siehe auch: Lundestad, Der Marshall-Plan und Osteuropa. 71.

³³¹ Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 42. Siehe auch: Hardach, Der Marshall-Plan. 39, 42.

³³² Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 90.

³³³ Damit hatte sich bis 1947 ein Wandel vollzogen und die Auffassung durchgesetzt, dass ein weltweites Gleichgewicht nur in enger Zusammenarbeit mit einem gesunden Europa, bei gleichzeitiger Eindämmung der Sowjetunion, erreicht werden könne. Siehe: Neuss, Geburtshelfer Europas? 37. Um sich der öffentlichen Unterstützung sicher sein zu können, wurde das Feindbild Sowjetunion nicht nur geprägt, sondern vielmehr stark überzeichnet. Die Konstruktion der Gefahr war damit wesentlich bedeutender und letztlich auch effektiver als die tatsächlich ausgehende Bedrohung. Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 266. Siehe auch: Herbst, Option für den Westen. 35. Weiters: Loth, Die Teilung der Welt. 163. Diese Haltung der US-Administration, das Feindbild zu überhöhen, um so die eigentlichen Interessen zu verwirklichen, fand auch später durchaus Anwendung. Siehe: Ebenda. 227.

In Österreich selbst wurde das Feindbild des Anti-Kommunismus noch zusätzlich unterstützt; so wurde die von den sowjetischen Truppen ausgehende Kriminalität in den österreichischen Zeitungen wie „Arbeiter-Zeitung“ oder „Das kleine Volksblatt“ nachdrücklich betont, hingegen solches Verhalten der westlichen Truppen in weiten Teilen heruntergespielt. Positives oder gewissenhaftes Verhalten der Sowjet-Truppen fand hingegen nur selten Niederschlag in der Berichterstattung. Siehe dazu: Berg, „Caught Between Iwan and the Weihnachtsmann“. 163. Die Bedrohung durch eine sowjetische Expansion, welche der Formierung des Feindbilds zuträglich war, wurde innenpolitisch – wie auch nach außen gegenüber den Alliierten – teils bewusst wie unbewusst überzeichnet. Siehe: Lewis, Auf einem Seile tanzen. 298.

Planungsinitiativen jedoch in europäischer Hand belassen werden sollten³³⁴ – das ERP sollte Heilung statt einfacher Linderung bringen³³⁵ und somit ein Programm zur Selbsthilfe darstellen.³³⁶

Dies war auch durchaus begreiflich und darauf basierte die gesamte Öffentlichkeitsarbeit – schließlich hatten in Europa vor dem Krieg keine Entwicklungsländer, sondern vielmehr Industriestaaten bestanden, die über eine leistungsfähige industrielle Basis verfügten. Es war somit kein Entwicklungs-, sondern ein Hilfsprogramm von Nöten, um die Zerrüttungen des Krieges zu beseitigen.³³⁷ Zu diesem Zwecke sollte es zu einer gemeinsamen Konferenz der europäischen Staaten kommen, bei der über das Angebot der USA beraten werden sollte – Österreich kam dieser Einladung – als eines von 16 europäischen Ländern³³⁸ – nach.³³⁹

Formell richteten sich die Zusagen der US-amerikanischen Regierung zwar auch an die Sowjetunion³⁴⁰; gleichzeitig jedoch erfolgte zur ersten Konferenz – der so genannten Pariser Konferenz vom 27. Juni bis 2. Juli 1947 – zunächst keine Einladung an diese, da Außenminister Molotow anlässlich eines Treffens der Außenminister der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs in Paris Ende Juni bereits die Ablehnung gegen ein derartiges Vorhaben zum Ausdruck gebracht hatte.³⁴¹

Wenn somit die Sowjetunion auch prinzipiell nicht ausgeschlossen worden war, erwartete man sich vonseiten der US-Regierung keine Beteiligung dieser³⁴²; vielmehr erhoffte man sich eine abschlägige Entscheidung, da ein solches Programm unter Einbeziehung eines Partners wie der Sowjetunion nicht hätte stattfinden können³⁴³ – „der Kreml tat

³³⁴ Siehe: Cini, From the Marshall Plan to EEC. 20f. Siehe auch: Hogan, The Marshall Plan. 43. Weiters: Mee, The Marshall Plan. 124.

³³⁵ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 128. Siehe auch: Cini, From the Marshall Plan to EEC. 20.

³³⁶ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 438. Dies ging auch bereits aus den Empfehlungen des Planungsstabes hervor. Vergleiche: Kennan, Memoiren eines Diplomaten. 356f.

³³⁷ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 93f.

³³⁸ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 438.

³³⁹ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 128f.

³⁴⁰ Siehe: Schröder, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland. 317. Siehe auch: Brähler, Der Marshallplan. 169. Ein Ausschluss osteuropäischer Länder oder gar der Sowjetunion selbst hätte in der öffentlichen Meinung Westeuropas negative Folgen für die USA gehabt. Siehe: Lundestad, Der Marshall-Plan und Osteuropa. 61.

³⁴¹ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 129.

³⁴² Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 273. Siehe auch: Lundestad, Der Marshall-Plan und Osteuropa. 62. Weiters: Komlosy, Die niederösterreichische Wirtschaft in der Zweiten Republik. 275.

³⁴³ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 91. Aus einem „secret report“ lässt sich darüber hinaus erkennen, dass die USA eine Nichtteilnahme der Sowjetunion befürworteten und für diese Großbritannien sorgen sollte

Washington letzten Endes diesen Gefallen“ und lehnte das Vorgehen der „amerikanischen Imperialisten“³⁴⁴ ab.³⁴⁵

Tatsächlich aber war man sich in der Frage, ob die Sowjetunion an diesem Programm teilnehmen sollte, auch innerhalb der amerikanischen Regierung uneins. So warnten beispielsweise der Marineminister James Forrestal oder auch William Clayton vor einer Beteiligung der Sowjetunion³⁴⁶ – auch der Außenminister, George C. Marshall, wiederholte in weiterer Folge nur, dass das Programm „alles bis zum Ural“ mit einschließen könne.³⁴⁷

Das Einschlagen der bereits erwähnten Truman-Doktrin zeigte jedoch ebenso ein Ende der Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion, wie die Ausrichtung auf eine länger andauernde Konfrontation an³⁴⁸ – in dieser Phase wurde bereits der Begriff des Kalten Krieges geprägt.³⁴⁹ Bei Bestehen einer solchen Voraussetzung konnte die Sowjetunion – ohne in irgendeiner Form bloßgestellt zu werden – nicht an einem solchen Programm, unabhängig davon in welcher Art oder in wie starker Einbindung, beteiligt sein oder es gutheißen.

Die europäischen Bemühungen

a. Pariser Konferenz

Zwar hatte Außenminister Marshall in seiner Rede vom 5. Juni 1947 festgehalten, dass die Initiativen von europäischer Seite ausgehen sollten, doch hatten die USA genaue

– „the Americans were counting on the British to see that the Russians were knocked out of the Marshall Plan“. Siehe: Mee, The Marshall Plan. 125.

³⁴⁴ Bierling, Geburt eines Mythos. 17f. Tatsächlich sprach die sowjetische Führung auch zunehmend von einer Gefahr „imperialistischer Kriegstreiber“. Siehe: Loth, Die Teilung der Welt. 179. Auch in Österreich wurde in der einsetzenden Kritik der Begriff des „ausländischen Imperialismus“, welcher zu einer „Versklavung Österreichs“ führen würde, verwendet. Siehe: Bachinger, Matis, Der österreichische Schilling. 202.

³⁴⁵ Damit ging aber auch einher, dass die Last der Verantwortung, eine Teilung Europas letztlich forciert zu haben, durch das Vorgehen der Sowjetunion von den USA genommen wurde. Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 74.

³⁴⁶ Siehe: Ebenda. 70.

³⁴⁷ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 46. Siehe auch: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 26. Auch kam es zu Präzisierungen, in denen „alle Länder westlich von Asien“ miteingeschlossen werden könnten. Siehe: Loth, Die Teilung der Welt. 174. Siehe auch: Pogue, George C. Marshall and the Marshall Plan. 56.

³⁴⁸ Diese bildete daher einen Eckpfeiler der ideologischen Basis für die Durchführung des Marshall-Plans. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 124.

³⁴⁹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 39.

Vorstellungen davon, wie diese auszusehen hatten und somit wie der „Marshall-Vorschlag“ zu einem Marshall-Plan werden sollte; Informationen zu dieser gewünschten Vorgehensweise erhielten die engeren Verbündeten der USA in Europa, Frankreich und Großbritannien, deren Regierungen alsbald informiert wurden.³⁵⁰

In Paris fand daraufhin die bereits erwähnte Außenministerkonferenz statt, an der zunächst die Außenminister Großbritanniens, Ernest Bevin, und Frankreichs, Georges Bidault, teilnahmen und die Idee eines Wiederaufbauprogramms begrüßten.³⁵¹ Hatte Außenminister Molotow eine sowjetische Teilnahme an diesem Programm zwar bereits vorläufig abgelehnt gehabt, erfolgte etwas später dennoch eine Einladung zur Konferenz³⁵², die zum Erstaunen seiner Amtskollegen auch angenommen wurde³⁵³; tatsächlich reiste Außenminister Molotow mit einer Delegation von 89 Mann an.³⁵⁴

Die unübersehbaren Gegensätze, die von den Regierungen bereits im Vorfeld aufgeworfen worden waren, traten jedoch bald offen zu Tage. So war die Sowjetunion zwar an wirtschaftlicher Hilfe interessiert, jedoch wurden die Auflagen mit Bezug auf ihre Souveränität abgelehnt.³⁵⁵ Weiters wurde festgehalten, dass die eingeforderten Bedingungen nicht akzeptiert werden könnten³⁵⁶ und die entsandte Delegation reiste unter

³⁵⁰ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 47. Tatsächlich wurde, noch bevor Außenminister Marshall seine Harvard-Rede halten konnte, einem britischen Korrespondenten seitens des State Departements deren Inhalt zugespielt – so wurden der britische und französische Außenminister informiert und diese konnten nun die Initiative ergreifen. Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 172. Siehe auch: Charles P. Kindleberger, Marshall Plan Days (London/Sydney/Wellington 1987) 31f. Weiters: Mee, The Marshall Plan. 100-104. Dementsprechend erfolgte der erste Schritt durch Großbritannien und es war Außenminister Bevin, der alsbald nach Paris reiste, um sich mit seinem französischen Kollegen Bidault zu beraten – aus einem Telegramm des US-amerikanischen Botschafters in Paris geht hervor: „Bidault tells me that he is not too happy about Bevin coming here at this juncture because his visit is being interpreted here as a desire on Bevin’s part to steal the show.“; weiters fügte der Botschafter hinzu: „Bidault wanted to steal the show.“ Siehe dazu: Ebenda. 112f.

³⁵¹ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 72. Siehe auch: Roy Gardner, The Marshall Plan Fifty Years Later: Three What-Ifs and a When. In: Martin Schain (ed.), The Marshall Plan: Fifty Years After (New York 2001) 119-129, hier: 123. Weiters: Brähler, Der Marshallplan. 172.

³⁵² Siehe: Mee, The Marshall Plan. 122f.

³⁵³ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 48.

³⁵⁴ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 72. Siehe auch: Loth, Die Teilung der Welt. 180. Weiters: Dulles, The Marshall Plan. 22. Nach anderen Angaben umfasste die Delegation hundert Mitglieder, viele davon KGB-Agenten. Siehe dazu: Gardner, The Marshall Plan Fifty Years Later. 123.

³⁵⁵ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 48. Siehe auch: Brähler, Der Marshallplan. 174. Weiters: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 26f. Präziser: „[...] Plan zur Beseitigung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und darum mit der Wahrung der nationalen Souveränität nicht vereinbar.“ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 74.

³⁵⁶ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 294. Siehe auch: Hogan, The Marshall Plan. 51. Weiters: Herbst, Option für den Westen. 40.

Protest wieder ab³⁵⁷, wobei genau dieses Verhalten von den beiden anderen Außenministern forciert worden war, da sie keinen Versuch unternommen hatten, eine Übereinstimmung zu erreichen.³⁵⁸

Die Konferenz wurde daher vordergründig ohne Ergebnis abgebrochen – tatsächlich aber waren nun die Fronten geklärt.³⁵⁹ Auch hatten sich die Außenminister Bevin und Bidault bereits in Gesprächen geeinigt gehabt, falls die Sowjetunion nicht mitginge, würde man das Wiederaufbauprogramm ohne diese disponieren und Großbritannien und Frankreich würden alleine die Initiative ergreifen.³⁶⁰

Auch dieser Schritt trug somit dazu bei, dass aus einem gesamteuropäischen Programm ein westeuropäisches wurde, welches, mit deutlich anti-sowjetischer Ausrichtung versehen³⁶¹, den US-amerikanischen Kongress umso leichter passieren konnte. Es lässt sich letztlich davon ausgehen, dass eine Teilnahme der Sowjetunion nicht nur in einem ersten Schritt den Marshallplan ob des wesentlich höheren finanziellen Aufwandes zu Fall hätte bringen können – sowohl in den Beraterkreisen der Regierung als auch schließlich auf dem Weg durch den US-Kongress –, sondern in einem weiteren eine Zustimmung der beiden Häuser des Kongresses diesfalls negativ ausgefallen wäre, da in einem solchen Fall das schlagende Argument der Containment-Politik, die nun so energisch vertreten wurde, weggefallen wäre.³⁶² Die Nicht-Teilnahme war daher nicht nur für die USA ein „Gefallen“³⁶³, sondern

³⁵⁷ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 91. Siehe auch: Dulles, The Marshall Plan. 25-27. Weiters: Hogan, The Marshall Plan. 51f. Die sowjetische Delegation verließ Paris mit Verwünschungen der USA einerseits und des Kapitalismus andererseits. Siehe: Achterberg, General Marshall macht Epoche. 164.

³⁵⁸ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 73. Siehe auch: Lundestad, Der Marshall-Plan und Osteuropa. 66. Weiters: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 273. Sowie: Hogan, The Marshall Plan. 52.

³⁵⁹ Die durch den Marshall-Plan angestrebte Desintegration zwischen West- und Osteuropa konnte mit diesem Ausschlagen der Sowjetunion nun einsetzen. Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 264. Siehe auch: Hofbauer, Westwärts. 126.

³⁶⁰ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 48. Siehe auch: Brähler, Der Marshallplan. 172.

³⁶¹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 48.

³⁶² Siehe: Pogue, George C. Marshall and the Marshall Plan. 56.

³⁶³ Siehe: Bierling, Geburt eines Mythos. 17. So lassen sich nachträglich Überlegungen anstellen, welche Wege möglich gewesen und welche Folgen daraus erwachsen wären. Hätten die USA die UdSSR nicht zu einer Teilnahme am Marshall-Plan eingeladen, so wäre in der Öffentlichkeit, vor allem im Hinblick auf die gemeinsame Alliiertenstellung während des Zweiten Weltkrieges und auf eine mögliche neue Konfrontation, die letztlich durch den Kalten Krieg eintrat, die USA einer unangemessenen Vorgangsweise beschuldigt worden. Hätte nun allerdings die Sowjetunion, nach erfolgter Einladung, in den Plan eingewilligt, so hätten sich die Kosten dramatisch erhöht, jedoch hätte die UdSSR ihre Einflussnahme auf Osteuropa aufgeben und den Wiederaufbau Deutschlands hinnehmen müssen. Somit brachte tatsächlich eine Ausschlagung der Einladung für die USA die angenehmste Planungsalternative mit sich; derart konnte den USA in der Öffentlichkeit nicht vorgeworfen werden, den Anstoß für weitere Konflikte geliefert zu haben und

vielmehr bezüglich der Durchführung eines Hilfsprogramms für die europäischen Staaten eine Erleichterung.

War die Haltung der beiden Außenminister gegenüber ihrem sowjetischen Kollegen auch eindeutig gewesen, so war sie es in Gesprächen untereinander keinesfalls.³⁶⁴ Großbritannien erwartete sich eine wesentlich stärkere und bedeutungsvollere Rolle in der Weltwirtschaft und im Ansehen rund um den Wiederaufbau³⁶⁵, sowie ein umfangreiches Hilfsabkommen mit den USA³⁶⁶ – hingegen wurden die hegemonialen Ansprüche der USA von beiden Ländern ablehnend aufgenommen.

Die französische Regierung auf der anderen Seite war aufgrund deren wirtschaftlicher Situation kaum in der Lage über Alternativen zum amerikanischen Vorschlag zu diskutieren und nahm diesen daher weitestgehend, wenn auch zurückhaltend, an; einzig die zukünftige Position eines gestärkten Deutschlands war für Frankreich problematisch.³⁶⁷

gleichzeitig konnte nun der eigentliche Plan einer Erstarkung Westeuropas inklusive erfolgreicher Integration der Nationalstaaten vorangetrieben werden. Siehe: Gardner, The Marshall Plan Fifty Years Later. 124f.

³⁶⁴ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 49.

³⁶⁵ Großbritannien versuchte den Vorschlag der USA zu beeinflussen; so kam es beispielsweise auch zu Gesprächen zwischen Vertretern der britischen Regierung und dem Emissär William Clayton. Dabei wurde unter anderem seitens Großbritanniens festgehalten, dass zwar eine Finanzhilfe erwünscht wäre, eine Rolle als Mitveranstalter und Juniorpartner jedoch eingenommen werden sollte. Siehe: Milward, The reconstruction of Western Europe 1945-51. 62f. Siehe auch: Hardach, Der Marshall-Plan. 49. Diese Überlegungen Großbritanniens beruhten nicht zuletzt darauf, sich selbst weiterhin als Großmacht anzusehen, welche nicht mit den übrigen europäischen Ländern gleichgesetzt werden dürfe; auch die besonderen Beziehungen zu den USA aus der Zeit vor 1945 wurden dabei als Argument angeführt. Siehe dazu: Cini, From the Marshall Plan to EEC. 28f. Siehe auch: Mee, The Marshall Plan. 126f. Clayton blieb hier jedoch eher ablehnend gegenüber den britischen Vorschlägen – die USA können keine weiteren bilateralen Auslandshilfsprogramme mehr zulassen, auch Großbritannien müsse sich in ein multilaterales Programm eingliedern, um weitere US-amerikanische Hilfe zu erwarten – einzig eine führende Rolle innerhalb des Wiederaufbauprogramms, wenn auch nicht eine solche, wie sie Großbritannien vorgeschlagen hatte, sei zuzusichern. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 49. Siehe auch: Neuss, Geburtshelfer Europas? 41-43. Für dieses Zugeständnis war Großbritannien bereit, die Teilnahme der Sowjetunion am Marshall-Plan zu verhindern. Siehe: Mee, The Marshall Plan. 128f.

³⁶⁶ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 73.

³⁶⁷ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 49f. Siehe auch: Neuss, Geburtshelfer Europas? 43-46. Gerade hier sollte, von der US-amerikanischen Planung aus gesehen, die Integration Europas und die dazugehörige Eingliederung Westdeutschlands zu einer Vermeidung neuer Auseinandersetzungen führen. Siehe: Cini, From the Marshall Plan to EEC. 16. Letztlich wurde Frankreich aber vor die Wahl gestellt: entweder den deutschen Wiederaufbau zu tolerieren beziehungsweise im Rahmen der Zusammenarbeit mitzutragen oder auf das ERP gänzlich zu verzichten. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 106. Siehe auch: Neuss, Geburtshelfer Europas? 46. Schließlich kam es allerdings im August 1947 zu einem Abkommen zwischen den USA und Frankreich, welches auch für Frankreich eine Zusicherung deren Forderungen (bezüglich der Sicherheitsfrage um Westdeutschland und der Intervention im Ruhrgebiet) mit sich brachte; dies geschah, da eine hinkünftige Integration Europas – der Meinung der USA nach – ohne Frankreich unmöglich erschien. Siehe: Milward, The reconstruction of Western Europe 1945-51. 74f.

b. *“Committee of European Economic Cooperation” (CEEC)*

Um nun eine Koordination innerhalb Europas zu erreichen und ein gemeinsames Vorgehen³⁶⁸ – so, wie es die USA gewünscht hatten – zu sichern, luden die britische und die französische Regierung am 4. Juli 1947 zu einer Konferenz nach Paris.³⁶⁹ Ging diese Einladung auch an 22 Länder und hegte die Diplomatie Hoffnung, dass alle Länder – insbesondere auch solche, die unter sowjetischer Einflussnahme standen³⁷⁰ – teilnehmen würden³⁷¹, lehnten am 9. Juli Polen und anschließend andere Länder die Einladung ab, sodass dieser endgültig nur 14 Staaten nachkamen.³⁷² Dies war eine Folge dessen, dass die Sowjetunion nach der Pariser Konferenz erklärt hatte, eine Teilnahme an jeder weiteren Konferenz durch Länder, die im sowjetischen Einflussbereich stehen, würde als unfreundlicher Akt gegenüber der Sowjetunion selbst aufgefasst werden³⁷³ – und daher nahmen auch andere Länder, die dieser nahe standen, nicht an den Konferenzen teil – allen voran die Tschechoslowakei³⁷⁴, aber eben auch Polen und Finnland³⁷⁵, woraufhin nun eine deutliche ökonomische Isolation Osteuropas forciert werden sollte.³⁷⁶

³⁶⁸ Es sollten daher Koordination und Kooperation gesichert werden. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 106.

³⁶⁹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 51. Siehe auch: Hogan, The Marshall Plan. 60. Dieses Zusammenkommen stellte den eigentlichen Kern der so genannten Pariser Konferenz dar. Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 75.

³⁷⁰ Dabei hatte bereits der Kennan-Report festgehalten, dass die Beteiligung der von der Sowjetunion abhängigen Staaten nur dann möglich sein würde, wenn diese die einseitige Ausrichtung ihrer Ökonomien aufgeben würden. Siehe: Ebenda. 66. Diese Haltung wurde von sowjetischen Medien, allen voran von der Pravda, bereits früh erkannt. Siehe: Haberl, Die sowjetische Außenpolitik im Umbruchsjahr 1947. 84. In den letzten Verhandlungen vor der eigentlichen Harvard-Rede Marshalls wurde festgehalten, dass sich die osteuropäischen Länder selbst ausschließen sollten, da die geforderten Bedingungen für diese inakzeptabel wären. Siehe dazu: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 274. Siehe auch: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 70.

³⁷¹ Siehe: Haberl, Die sowjetische Außenpolitik im Umbruchsjahr 1947. 90. Nach der erfolgten Ausschlagung durch die Sowjetunion rechneten US-Politiker und Strategen im Gegensatz zu den Diplomaten allerdings kaum mehr mit einer Beteiligung der osteuropäischen Staaten. Siehe: Komlosy, Die niederösterreichische Wirtschaft in der Zweiten Republik. 275.

³⁷² Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 51. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 294. Weiters: Dulles, The Marshall Plan. 27f.

³⁷³ Auch kam es seitens der Sowjetunion zur Initiierung massiver Propagandaschritte gegen den Marshall-Plan, sowie dessen Ziele und Interessen. Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 27.

³⁷⁴ Der Tschechoslowakei war aufgrund ihrer entwickelten Infrastruktur und ihrer traditionellen Handelsbeziehungen mit Westeuropa eine Sonderposition zugekommen, die auch zu dem Plan führte, diese in einen fünf Länder-Ausschuss mit einzubinden, welcher den europäischen Bedarf an Hilfsmaßnahmen erarbeiten sollte. Die Ablehnung der Tschechoslowakei an der Konferenz teilzunehmen, beziehungsweise der Entscheidung, sich aufgrund des sich ankündigenden Kalten Krieges für eine Seite auszusprechen, wurde daher mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 274f. Nach einer anfänglich positiven Haltung seitens der Tschechoslowakei beugte sich diese damit letztlich dem Druck der Sowjetunion. Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 130. Siehe auch: Loth, Die Teilung der Welt. 182-184. Weiters: Matis, Stiefel, Die Weltwirtschaft. 192.

³⁷⁵ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 129. Siehe auch: Gardner, The Marshall Plan Fifty Years Later. 123. Weiters: Dulles, The Marshall Plan. 28f. Sowie: Daniel, Dollardiplomatie in Europa. 50f. Damit konnte nun der erwähnten Ost-West-Europäischen Desintegration die Bildung einer wirtschaftlichen

Am 16. Juli 1947 bildeten daraufhin 16 europäische Länder in Paris das vorerst für vier Jahre eingesetzte „Committee of European Economic Cooperation“ (CEEC)³⁷⁷ – mittels diesem sollte eine einheitliche Antwort, nämlich ein akkordiertes Bedarfsprogramm³⁷⁸, auf US-amerikanische Vorschläge ausgearbeitet werden können.³⁷⁹

Wenn die Teilnahme Westdeutschlands an einem US-amerikanischen Wiederaufbauprogramm für Europa auch von der ersten Überlegung Präsident Trumans an, oder anderer Initiatoren, als selbstverständlich und bindend angesehen wurde³⁸⁰, war dieses nicht im CEEC vertreten und bildete damit einen Sonderfall – so sollten die Daten von den Militärgouverneuren vorgelegt werden.³⁸¹

Gemäß den eigenen Vorgaben war die amerikanische Regierung am CEEC und deren Verhandlungen zwar nicht direkt beteiligt – jedoch wurde eine Gruppe hochrangiger Vertreter, unter ihnen Staatssekretär Clayton und die Botschafter Caffery und Douglas, entsandt, um die stattfindenden Verhandlungen nicht nur zu beobachten, sondern auch zu lenken und zu amerikanischen Vorstellungen und Anliegen zu beeinflussen.³⁸²

Die Reaktionen der europäischen Länder wichen allerdings zunächst von den amerikanischen Überlegungen ab – so sah Europa keine strukturelle Krise, denn vielmehr eine solche der Zahlungsbilanz. Diese würde aufgrund der höheren Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern entstehen und durch einen Preisanstieg in den USA noch

Demarkationslinie quer durch Europa folgen. Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 264.

³⁷⁶ Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 175.

³⁷⁷ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 75. Siehe auch: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 130f. Weiters: Loth, Die Teilung der Welt. 206.

³⁷⁸ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 294.

³⁷⁹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 51. Siehe auch: Achterberg, General Marshall macht Epoche. 199. Weiters: Dulles, The Marshall Plan. 40. Teil nahmen: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, die Schweiz und die Türkei. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 51. Siehe auch: Hogan, The Marshall Plan. 60. Weiters: Hofbauer, Westwärts. 106. Daneben allerdings weiters Vertreter der britischen, amerikanischen und französischen Zone Deutschlands – allerdings handelte es sich dabei um Vertreter der Besatzungsmächte und nicht um deutsche Staatsangehörige selbst. Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 75. Siehe auch: Achterberg, General Marshall macht Epoche. 208.

³⁸⁰ Siehe: Cini, From the Marshall Plan to EEC. 14.

³⁸¹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 51. Siehe auch: Loth, Die Teilung der Welt. 206. Somit kam es zu einem ersten Schritt der Re-Integration Westdeutschlands. Siehe dazu: Cini, From the Marshall Plan to EEC. 25.

³⁸² Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 75f. Siehe auch: Hofbauer, Westwärts. 127.

verschärft werden; den wirtschaftspolitischen Empfehlungen der Amerikaner stand man daher weitestgehend skeptisch gegenüber.³⁸³ Auch den Themenbereich der westeuropäischen Integration betreffend herrschte Skepsis und Uneinigkeit.³⁸⁴

Forcierten Frankreich und Italien eine solche, wenn auch Frankreich ein Assoziierungsmodell vorschlug, indem es Vorrang genießen sollte, so lehnte vor allem Großbritannien mit Verweis auf seine Sonderstellung in Europa und die mit dem Commonwealth einhergehenden Verpflichtungen die Errichtung einer Zollunion schlichtweg ab.³⁸⁵ Die Konferenz führte daher vorläufig zu keinem gemeinsamen Vorgehen der europäischen Länder, sondern vielmehr zu einer Anhäufung sechzehn unterschiedlicher, so genannter „shopping lists“.³⁸⁶

Die USA begannen nun, da – in den essentiellen Fragestellungen – ein Scheitern der Konferenz in greifbare Nähe gerückt war, vermehrt Druck auszuüben³⁸⁷ und brachten die europäischen Länder nun dazu, ein gemeinsames Agieren anzustreben – die wirtschaftliche Zusammenarbeit rückte dabei vermehrt in den Vordergrund.³⁸⁸ So kam es am 22. September 1947 zu einem Schlussbericht der Konferenz, in dem vier Ziele angeführt wurden:

- Produktionssteigerung,
- Stabilität der Währungen und Finanzen,
- Förderung der wirtschaftlichen Kooperation,
- Überwindung der Dollarlücke.³⁸⁹

³⁸³ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 53f..

³⁸⁴ Siehe: Cini, From the Marshall Plan to EEC. 22f. Siehe auch: Lipgens, Der Marshall-Plan und die Anfangsphase der westeuropäischen Integration. 459. Weiters: Loth, Die Teilung der Welt. 206.

³⁸⁵ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 76f. Siehe auch: Loth, Die Teilung der Welt. 207f. Die Begründung der Ablehnung mit den bestehenden Commonwealth-Verpflichtungen Großbritanniens, führte auch in weiterer Folge zu einer geringen Beteiligung an kontinentaleuropäischen Integrationstendenzen und später beispielsweise zur Entstehung eines alternativen Projekts, nämlich der „European Free Trade Association“ (EFTA). Siehe: Matis, Stiefel, Die Weltwirtschaft. 154.

³⁸⁶ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 54. Siehe auch: Brähler, Der Marshallplan. 180.

³⁸⁷ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 78. Siehe auch: Neuss, Geburtshelfer Europas? 46. Weiters: Brähler, Der Marshallplan.: 179-182.

³⁸⁸ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 54f. Siehe auch: Hogan, The Marshall Plan. 82. Weiters: Loth, Die Teilung der Welt. 209.

³⁸⁹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 55. Siehe auch: Brähler, Der Marshallplan. 182f. Damit wurden nun zwar die Forderungen, welche die USA im Vorfeld an den Marshall-Plan gestellt hatten, weitestgehend übernommen, dennoch brachte dieser Schlussbericht für die US-Regierung ein enttäuschendes Ergebnis, da konkrete Schritte hin zu einer Integration oder zumindest allgemeine Absichtserklärungen zu einer solchen zwar erwartet worden waren, allerdings unterblieben. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 55.

In der Folge wurden die Anforderungen der einzelnen Staaten grob evaluiert, was dazu führte, dass das Bedarfsvolumen sehr hoch ausfiel; so ermittelte das CEEC einen Vier-Jahresbedarf von 28 Milliarden Dollar.³⁹⁰ Da aber feststand, dass die USA diesen Vorschlag unmöglich annehmen konnten – wirtschaftlich waren die Vereinigten Staaten dazu nicht bereit, wenn dieser Betrag letztlich auch aufgebracht hätte werden können, politisch wäre es jedoch keinesfalls zu einer Zustimmung des Kongresses gekommen –, wurde eilends ein Redaktionskomitee³⁹¹ einberufen, welches die Forderungen auf 22 Milliarden kürzte.³⁹² Ein dementsprechendes Hilfsansuchen wurde an US-Außenminister Marshall am 22. September 1947 – vorläufig noch als Beratungsgrundlage³⁹³ – übergeben³⁹⁴.

c. Österreichische Teilnahme am CEEC

Für Österreich ergab sich aus der ablehnenden Haltung der Sowjetunion eine unangenehme, wenn nicht sogar gefährliche Situation.³⁹⁵ Zum einen gehörte Österreich zu den Ländern, die – wie in diesem Fall durch Besetzung – unter dem Einfluss der Sowjetunion standen, zum anderen wollte es die Teilnahme an einem solchen US-amerikanischen Programm verwirklichen. Eine unabhängige Entscheidung, gegen eine bereits erfolgte durchaus als Warnung zu verstehende Aussage der Sowjetunion zu treffen, war daher nicht nur riskant und schwierig, sondern gleichzeitig ein Zugeständnis pro Westen³⁹⁶. Ein solches musste daher zwangsweise zu einer eindeutigen Ausrichtung in dem sich abzeichnenden Gefüge zwischen Ost und West führen.

Tatsächlich aber hatte Österreich bereits am 25. Juni 1947 im Zuge der so genannten Kongresshilfe ein bilaterales Abkommen mit den USA – auf Grundlage des Zweiten

³⁹⁰ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 294f. Siehe auch: Hogan, The Marshall Plan. 72. Weiters: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 27. Dies entspräche auf Basis von 2006 in etwa 190 Milliarden US-Dollar.

³⁹¹ In der Literatur auch als europäisches Koordinationskomitee bezeichnet. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 69.

³⁹² Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 295. Siehe auch: Dulles, The Marshall Plan. 40.

³⁹³ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 79.

³⁹⁴ Siehe: Pogue, George C. Marshall and the Marshall Plan. 59.

³⁹⁵ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 129. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 294. Weiters: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 29. Letztlich zeigten die meisten europäischen Staaten bezüglich der Teilnahme am Marshall-Plan Entschlossenheit gegenüber der Sowjetunion. Siehe: Dulles, The Marshall Plan. 98f. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 60.

³⁹⁶ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 91.

Kontrollabkommens, welches gewissermaßen eine Emanzipation der Regierung sichern konnte³⁹⁷ – unterzeichnet und sich durch diesen Akt eine diplomatische Verstimmung mit der Sowjetunion eingehandelt, da damit bereits deren Einfluss und Interessen eingeschränkt wurden.³⁹⁸

Um an der Pariser Konferenz und damit auch am CEEC und letztlich somit ebenfalls am ERP teilnehmen zu können, musste die österreichische Regierung dies allerdings einstimmig beschließen; obwohl ein kommunistischer Minister in der Regierung vertreten war, kam es zu diesem Beschluss³⁹⁹, womit letztlich der Sowjetunion eine erfolgreiche Verhinderung der österreichischen Teilnahme am Marshall-Plan nicht gelang.⁴⁰⁰ Dabei erging der Ministerratsbeschluss allerdings bereits zu einem Zeitpunkt, an dem es noch gar keine Einladung zu einer Konferenz gegeben hatte – eine erste Initiative hatte Österreich selbst gesetzt⁴⁰¹; obgleich die Bundesregierung jeglicher Blockbildungstendenz ablehnend gegenüberstand, hatte sie damit ihr eindeutiges Interesse an einem zukünftigen Programm bekundet.⁴⁰²

Wenn auch intensiv versucht wurde, der Sowjetunion eine Garantie dafür zu geben, die Westbindung möglichst gering zu halten⁴⁰³, verschlechterte sich dennoch in weiterer Folge das Klima zu dem sowjetischen Hochkommissar in Wien, Generaloberst Vladimir

³⁹⁷ Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und die Wiederbelebung des österreichischen Fremdenverkehrs nach dem Zweiten Weltkrieg. 140. Damit kam es letztlich auch zu einer neuen Annäherung der bis dahin entlang der Demarkationslinien in vier Zonen zerklüfteten Republik. Siehe: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 3f.

³⁹⁸ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 47f.

³⁹⁹ Siehe: Ebenda. 83. Siehe auch: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 29. Wahrscheinlich war sich der Minister für Elektrifizierung und Energiewirtschaft, Karl Altmann, der Tragweite des Beschlusses noch gar nicht bewusst; es kann angenommen werden, dass die Fassung eines solchen zu einem späteren Zeitpunkt erschwert worden wäre. Allerdings kam es tatsächlich zu einem weiteren Ministerratsbeschluss am 8. Juni 1947, vier Tage nach der Einladung zur Pariser Konferenz und sechs Tage, nachdem die ablehnende Haltung der Sowjetunion bekannt geworden war – auch dieser dürfte einstimmig erfolgt sein. Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 83-85.

⁴⁰⁰ Siehe: Lewis, Auf einem Seile tanzen. 304.

⁴⁰¹ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 84.

⁴⁰² Siehe: Wilfried Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. Die amerikanische Finanz- und Wirtschaftshilfe an Österreich in den Jahren 1945-1950 (phil. Diss. Wien 1985) 244.

⁴⁰³ Die Frage einer verbindlichen Neutralität Österreichs, welche ab 1945 diskutiert worden war, erlangte diesbezüglich wieder Aktualität; doch vermochte die neu entfachte Diskussion es allerdings nicht, die gewünschte Garantie eines Gegengewichts zur Westbindung darzustellen. Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 91. Letztlich war jedoch bereits aufgrund der Teilnahme Österreichs an der OEEC eine verbindliche, allumfassende Neutralitätsbekundung nicht mehr möglich – die Erklärung konnte sich daher 1955 nur mehr auf eine rein militärische Ebene beziehen. Siehe: Pelinka, Der Marshall-Plan und die österreichische politische Kultur. 259. Dennoch war eine – zumindest nach außen tretende – deutlich neutrale Haltung, trotz oder gerade ob ihres integrationshindernden Charakters, notwendig, um ein Einschreiten der Sowjetunion zu verhindern. Siehe: Gehler, Vom Marshall-Plan bis zur EU. 28f.

Kurassow, sodass dieser bei alliierten Sitzungen wiederholt den Entschluss Österreichs, am Marshall-Plan teilzunehmen, verurteilte⁴⁰⁴ und Proteste einlegte.

Wenn auch in weiterer Folge die Neutralität Österreichs wiederholt betont wurde, verstand es der Marshall-Plan aber letztlich tatsächlich unbestritten, neben den internationalen Wirtschaftsbeziehungen auch die jeweilige Wirtschaftspolitik der teilnehmenden Staaten, sowie darüber hinaus auch deren wirtschaftliche Entwicklung, maßgeblich zu beeinflussen, wenn nicht gar in eine bestimmte Richtung zu lenken.⁴⁰⁵

Struktur des Marshall-Plans

a. „European Cooperation Administration“ (ECA)

Da sich in den USA sowohl Befürworter als auch Gegner des ERP gebildet hatten und Wahlen bevorstanden, war es wesentlich, eine politische Neutralität des Programms in den Vordergrund zu heben.⁴⁰⁶

Aus diesem Grund kam es zur Neuschaffung einer Behörde im Range eines US-Ministeriums, um sicherzustellen, dass die Arbeit für dieses Programm von der Politik des State Department unabhängig blieb und gänzlich nach wirtschaftlichen Kriterien vorgegangen wurde.⁴⁰⁷ Präsident Truman kam dieser Forderung – sehr zur Enttäuschung des Außenministeriums – nach und entschied, dass in Kompetenzstreitigkeiten der Präsident zu entscheiden hätte.⁴⁰⁸ Die Behörde – die „European Cooperation Administration“ (ECA) – hatte ihren Sitz in Washington, unterstand direkt dem US-

⁴⁰⁴ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 130.

⁴⁰⁵ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 11. Siehe auch: Daniel, Dollardiplomatie in Europa. 65-68.

⁴⁰⁶ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 64. Dieser notwendige Ausgleich zwischen den Parteien lässt sich während der gesamten Zeit der Verhandlungen erkennen, ausgelöst durch den Sieg der Republikaner bei den Kongresswahlen 1946 und deren starke Persönlichkeiten: Senator Vandenberg aus Michigan, Thomas Dewey, ehemaliger Präsidentschaftskandidat, Ex-Präsident Herbert Hoover und John Foster Dulles, einflussreicher außenpolitischer Berater der Präsidenten Wilson, Roosevelt und auch Truman, sowie New Yorker Anwalt, der bereits bei der Versailler Friedenskonferenz in Erscheinung getreten war. Siehe: Neuss, Geburtshelfer Europas? 30f, 195.

⁴⁰⁷ Das Außenministerium befürchtete durch die Schaffung einer solchen Behörde einen Verlust an Ansehen und Prestige, da die Wiederaufbaupolitik des „European Recovery Program“ in den nächsten Jahren im Fokus der amerikanischen Europapolitik stehen würde und somit durch eine unabhängige Behörde der Einfluss und die Effektivität der Arbeit des Außenministeriums sowie seiner Auslandsvertretungen empfindlich geschmälert werden konnte. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 64f. Siehe auch: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 133f. Weiters: Dulles, The Marshall Plan. 87f.

⁴⁰⁸ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 64. Siehe auch: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 156.

amerikanischen Präsidenten⁴⁰⁹ und war in Europa mit einer Zentrale in Paris sowie deren Auslandsvertretungen repräsentiert.⁴¹⁰ Um die Konditionen und Auflagen abzusichern, sollten mit den USA bilaterale Abkommen geschlossen werden⁴¹¹ und es sollte mittels dieser Behörde ein enges Konsultationsverhältnis mit den teilnehmenden Ländern sichergestellt werden.⁴¹²

Die ECA blieb in der Folge für die Durchführung des Marshall-Plans bis Dezember 1951 zuständig und wurde danach durch die „Mutual Security Agency“ (MSA) abgelöst.⁴¹³ Da eine enge Bindung zur Wirtschaft sichergestellt werden sollte, wurden um die ECA Beratungsgremien eingerichtet und es bestanden die republikanischen Kongressmitglieder darauf, dass der Chef der ECA – der so genannten „Marshall-Plan-Behörde“ – aus der Wirtschaft selbst kommen sollte.⁴¹⁴ Der erfolgreiche Unternehmer und Leiter des Automobilkonzerns Studebaker sowie ehemaliges Mitglied des „Committee for Economic Development“ und des „Harriman Committee“, Paul G. Hoffman, wurde letztlich am 6. April 1948 zum „Economic Cooperation Administrator“ ernannt⁴¹⁵; mit diesem Schritt sollte ein reibungsloser und wirtschaftsorientierter Ablauf gewährleistet werden.⁴¹⁶

⁴⁰⁹ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 296. Siehe auch: Herbst, Option für den Westen. 43. Weiters: Dulles, The Marshall Plan. 87f. Es handelte sich dabei um eine unabhängige Regierungsbehörde, der dementsprechend kein Minister, sondern ein Administrator – jedoch im ministeriellen Rang – vorstand. Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 133.

⁴¹⁰ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 11, 66. Siehe auch: Neuss, Geburtshelfer Europas? 47f. Die Auslandsvertretungen, auch Missionen genannt, sollten dabei parallel zu den diplomatischen Vertretungen der USA errichtet werden und ein ständiger Vertreter sollte in Europa im Range eines Sonderbotschafters – als „Special Representative“ – eingesetzt werden. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 105.

⁴¹¹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 66. Siehe auch: Herbst, Option für den Westen. 69.

⁴¹² Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 338. Siehe auch: Hofbauer, Westwärts. 105.

⁴¹³ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 95. Siehe auch: Hofbauer, Westwärts. 105. Weiters: Daniel, Dollardiplomatie in Europa. 84.

⁴¹⁴ Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 156f. Siehe auch: Hardach, Der Marshall-Plan. 95. Daneben sollte der Chef der Behörde aber der republikanischen Partei nahe stehen, was wiederum die politische Neutralität des gesamten Programms betonen sollte. Die erste Auswahl, die von Präsident Truman getroffen wurde, darin beispielsweise Dean Acheson, musste vom Kongress allerdings abgelehnt werden, da die Personen dem Außenminister als zu nahestehend angesehen wurden. Die Ernennung Hoffmans ging letztlich auf einen Vorschlag des republikanischen Senators Vandenberg zurück, welcher die zuvor getroffenen Vorschläge stets massiv kritisiert hatte. Siehe: Ebenda. 95f. Siehe auch: Jacqueline McGlade, A Single Path for European Recovery? American Business Debates and Conflicts over the Marshall Plan. In: Martin Schain (ed.), The Marshall Plan: Fifty Years After (New York 2001) 185-204, hier: 191. Weiters: Mee, The Marshall Plan. 247.

⁴¹⁵ Siehe: McGlade, A Single Path for European Recovery? 191. Siehe auch: Herbst, Option für den Westen. 43. Weiters: Daniel, Dollardiplomatie in Europa. 56. Hoffman genoss daher neben weitreichenden Sondervollmachten Kabinettsrang. Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 45.

⁴¹⁶ Die ECA entwickelte sich nun rasch von einer geschäftsmäßigen Organisation zu einem politischen Apparat, dem bald 850 Mitarbeiter in Washington und 2.076 in Europa angehörten. Vorrangig war die Behörde für die Verteilung der Auslandshilfe zuständig und hatte die Jahresprogramme gegenüber dem Kongress zu vertreten; auch wurden die Bestellung, Bezahlung und der Transport von Lieferungen

Der wohlhabende, frühere Botschafter und US-Handelsminister Harriman⁴¹⁷ wurde hingegen erster Sonderbeauftragter für Europa in Paris – er hatte die Position des Sonderbotschafters inne; die Chefs der Ländermissionen nahmen den Rang von Gesandten ein.⁴¹⁸

b. *“Organization for European Economic Cooperation” (OEEC)*

Nach der Aufnahme der Beratungen durch den Kongress im Januar 1948 kam es diesseits des Atlantiks zu dem Beschluss, eine zweite Sitzungsrunde des CEEC einzuberufen; diese fand im März und April 1948 in Paris statt, wobei ein nächster Schritt hin zu einer europäischen Integration diskutiert werden sollte.⁴¹⁹

Einige europäische Länder standen dieser Idee sehr positiv gegenüber – so meinte Frankreich, nun dermaßen einen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik Westdeutschlands nehmen zu können und kleinere Länder hofften, so den britisch-französischen Einfluss zurückzudrängen; alle Pläne scheiterten jedoch am Veto Großbritanniens.⁴²⁰ Dieses fürchtete, dass so seine wirtschaftliche Unabhängigkeit gefährdet wäre und der Einfluss der USA zunehmen würde – es sollte vielmehr eine europäische Organisation errichtet werden, die ein starkes Gegengewicht zum amerikanischen Hegemonialanspruch bilden sollte.⁴²¹

überwacht. All diese Aufgaben brachten jedoch immense Verantwortung mit sich und die ECA entwickelte sich dies- und jenseits des Atlantiks zu einer Behörde mit beträchtlicher Geltung. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 96f.

⁴¹⁷ Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 39.

⁴¹⁸ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 97. Aufgrund der hohen Autorität, die Harriman besaß, wurde die Europazentrale in Paris zwar bald immens ausgebaut und hohe Summen flossen in die Behörde, jedoch wurde auch versucht, auf die Wirtschaftspolitik der teilnehmenden Länder einzuwirken. Brachte dies auch Gegenstimmen, so war bereits geplant gewesen, den Wiederaufbau zu lenken. Siehe: Ebenda. 98. Dennoch wurde auch in den USA Kritik laut – es sei nicht mehr zu erkennen, ob Hoffman das Ziel der freien Marktwirtschaft oder eine „managed economy“ anstrebe. Siehe: McGlade, A Single Path for European Recovery? 191f. Siehe auch: Hardach, Der Marshall-Plan. 98. Darüber hinaus kam es auch vermehrt zu Kompetenzstreitigkeiten, da die Administration nun dieser neuen Agentur zufiel und dementsprechend die Aufgaben den eigentlich zuständigen Ministerien entzogen wurden. Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 133.

⁴¹⁹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 99. Die USA erwarteten dabei nun, dass in Europa eine möglichst unabhängige und starke Organisation mit eigenständigem, wirtschaftspolitischem Entscheidungszentrum und supranationalem Charakter geschaffen werden sollte. Dieser Einrichtung sollte ein angesehener Politiker vorstehen, welcher die Interessen des Marshall-Plans vertreten sollte und dabei sollte der Sitz in einer europäischen Stadt außer London und Paris liegen – dies um den Einfluss durch Großbritannien oder Frankreich möglichst einzudämmen. Auch konnte in den ersten Verhandlungsrunden der Konferenz bereits ein Beitritt Westdeutschlands zum CEEC erzielt werden. Siehe: Ebenda. 99. Siehe auch: Milward, The reconstruction of Western Europe 1945-51. 172f.

⁴²⁰ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 100. Siehe auch: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 47. Weiters: Loth, Die Teilung der Welt. 210.

⁴²¹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 100. Siehe auch: Herbst, Option für den Westen. 41f.

Es kam schließlich am 16. April 1948 zur Gründung der „Organization for European Economic Cooperation“ (OEEC) mit Sitz in Paris⁴²², vereinzelt auch als „Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit“ oder „Europäischer Wirtschaftsrat“ bezeichnet⁴²³; dieser Organisation gehörten die teilnehmenden Länder des Marshall-Plans, sowie die Schweiz, aufgrund deren enger wirtschaftlicher Verbindung, an.⁴²⁴ Als formalen Schritt unterzeichneten die Teilnehmerstaaten am 18. April 1948 darüber hinaus die „Convention for European Economic Cooperation“⁴²⁵ – kurz die „Pariser Konvention“⁴²⁶.

Die Aufgaben der Organisation erstreckten sich darauf, Vorschläge für die Verteilung der Hilfsgelder zu unterbreiten, die Wirtschaftspolitik zu koordinieren und die wirtschaftliche Integration Westeuropas zu fördern.⁴²⁷ Alles in allem entsprach die OEEC damit eher den

⁴²² Mit der Wahl dieser Stadt wurde eine gewisse Unabhängigkeit von den USA demonstrativ aufgezeigt, da sich diese ja zuvor bereits gegen Paris und London ausgesprochen hatten. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 99. Dieser Schritt, nämlich eine „Selbstbehauptung“ gegenüber den USA, lässt sich als Maßnahme gegen den drohenden Verlust an Macht und Konkurrenzfähigkeit der europäischen Staaten ansehen. Siehe: Wilfried Loth, Beiträge der Geschichtswissenschaft zur Deutung der Europäischen Integration. In: Wilfried Loth, Wolfgang Wessels (Hg.), Theorien europäischer Integration (Grundlagen für Europa. 7. Opladen 2001) 87-106, hier: 97.

⁴²³ Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 53. Siehe auch: Achterberg, General Marshall macht Epoche. 197. Die sich aus dem CEEC entwickelte OEEC wurde 1961 in die daraus entstehende OECD übergeführt und besteht bis heute fort. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 296. Siehe auch: Imanuel Wexler, The Marshall Plan in Economic Perspective: Goals and Accomplishments. In: Martin Schain (ed.), The Marshall Plan: Fifty Years After (New York 2001) 147-152, hier: 149.

⁴²⁴ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 100f. Die Mitgliedsländer waren: Belgien, Dänemark, die amerikanisch-britische Bizone und die französische Zone Deutschlands, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, die Schweiz und die Türkei – später kam noch die anglo-amerikanische Zone von Triest hinzu. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 106. Siehe auch: Hardach, Der Marshall-Plan. 101.

⁴²⁵ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 296.

⁴²⁶ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 106. Die Mitgliedsstaaten waren nun durch Delegationen vertreten, wobei als oberstes Organ der Rat agierte und auch ein zuständiger Ministerrat zusammenkommen konnte. Daneben kam es – als ständiges Machtzentrum – zu einem „executive committee“, das aus acht Personen bestand und jährlich gewählt wurde, weiters einem Generalsekretär, der die laufenden Geschäfte führte und einer Vielzahl weiterer Ausschüsse, die sowohl horizontal als auch vertikal agierten. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 101f. Siehe auch: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 53f. Es entstand somit ein vernetztes System bürokratischer sowie politischer Beziehungen. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 296.

⁴²⁷ Siehe: Herbst, Option für den Westen. 43f. Siehe auch: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 385. Dies sollte durch sechs Ziele erreicht werden: erstens durch Produktionssteigerung und effektive Nutzung der eigenen Ressourcen; zweitens durch Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Herstellung des multilateralen Zahlungssystems und Restriktionsabbau in Zahlungsverkehr und Handel; drittens durch vorbereitende Prüfung von Zollunion, Freihandelszonen und dergleichen; viertens durch den Abbau von Zöllen oder Handelshemmnissen; fünftens durch die Stabilisierung von Währungen und öffentlichen Finanzen sowie Wechselkursfestlegung und sechstens durch eine effiziente Nutzung des Arbeitskräftepotentials. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 101f. Siehe auch: Wexler, The Marshall Plan in Economic Perspective. 149.

britischen als den französischen oder gar amerikanischen Vorstellungen.⁴²⁸ Dennoch konnte dieser Schritt als Auftakt zu einer engeren wirtschaftlichen und auch politischen Kooperation zwischen Europa und den USA verstanden werden.⁴²⁹

Bereits nach kurzer Zeit kam es jedoch zu Schwierigkeiten, da Großbritannien nicht bereit war, eine weitere Integration voranzutreiben und dabei die Initiativrolle zu übernehmen.⁴³⁰ Der Vorstoß der USA, die OEEC zu einer supranationalen Organisation auszubauen⁴³¹, scheiterte ebenso am Veto Großbritanniens.⁴³² Erst der Beitritt Kanadas und der USA als assoziierte Mitglieder der OEEC brachte einen Funktionswandel mit sich: von der Politik hin zur Politikberatung; der Versuch, die OEEC nach Ausbruch der Korea-Krise auch zu einer rüstungspolitischen Verantwortung zu formen, brachte keinen Erfolg mit sich und so wandelte sich die Organisation letztlich zu einem internationalen Informations- und Konsultationsgremium.⁴³³

c. Europäisches Zahlungsabkommen

Im April 1948 verpflichteten sich die Mitglieder der OEEC, den innereuropäischen Zahlungsverkehr zu verbessern und quantitative Handelshemmnisse abzubauen; dieses Abkommen erhielt die Bezeichnung „Konvention über europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit“.⁴³⁴ Gleichzeitig wurde dabei ein System diskutiert, mit dem die Handelsbilanzsalden effektiv ausgeglichen werden sollten – dies sollte die strukturelle Grundlage bilden, um einen reibungslosen und möglichst wirksamen Ablauf des Marshall-Plans zu garantieren und ebenso die Wirtschaftspolitik der Länder aufeinander

⁴²⁸ Siehe: Herbst, Option für den Westen. 42. Siehe auch: Brähler, Der Marshallplan. 210f.

⁴²⁹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 101f. Ebenso wurde somit der Zusammenschluss der europäischen Länder, welcher Bedingung für den Erhalt an ERP-Hilfe gewesen war, verwirklicht. Siehe: Daniel, Dollardiplomatie in Europa. 56.

⁴³⁰ Siehe: Neuss, Geburtshelfer Europas? 49.

⁴³¹ Diese Fortentwicklung war auch das Ziel Frankreichs gewesen; so war durch die Stellung des Generalsekretärs bereits in geringem Maße ein Schritt zur Supranationalität erfolgt. Siehe: Cini, From the Marshall Plan to EEC. 30.

⁴³² Siehe: Milward, The reconstruction of Western Europe 1945-51. 207-211. Siehe auch: Hardach, Der Marshall-Plan. 103f. Weiters: Neuss, Geburtshelfer Europas? 49f. Im Sommer 1949 verdeutlichte George F. Kennan in einem Memorandum, dass die USA ihre Hoffnungen nicht länger auf Großbritannien setzen sollten – eine deutsch-französische Zusammenarbeit müsse nun die neue Basis für weitere Supranationalität bilden. Siehe dazu: Ebenda. 53.

⁴³³ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 105. Das Resümee eines ECA-Mitarbeiters fiel letztlich dementsprechend negativ aus: „At no time either in conception or in operation, has there been any attempt to give the OEEC a supra-national or federative character.“ Siehe: Milward, The reconstruction of Western Europe 1945-51. 207.

⁴³⁴ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 155.

abzustimmen⁴³⁵; es stellte somit die Basis für die „Selbsthilfe“ dar, welche gefordert wurde und gleichsam jene für die spätere „Indirekte Hilfe“ seitens des ERP.⁴³⁶ Dabei wurden die teilnehmenden Länder dazu verpflichtet, Hilfszuwendungen in derselben Höhe, wie sie Hilfen in US-Dollar erhalten hatten, an andere Teilnehmerländer – in eigener Währung – weiterzugeben, sofern sie gegenüber diesem Staat einen Handelsüberschuss aufwiesen; diese Hilfe hieß bedingte Hilfe.⁴³⁷ Die somit entstehenden Forderungen wurden als Ziehungsrechte („drawing rights“) bezeichnet und die Abwicklung erfolgte durch die „Bank für intereuropäische Zahlungen“ mit Sitz in Basel.⁴³⁸

Darüber hinaus wurde dieser multilaterale Zahlungsverkehr durch die von der OEEC am 1. August 1950 geschaffene „Europäische Zahlungsunion“ (EZU)⁴³⁹, welche zunächst auf zwei Jahre ausgelegt worden war und letztlich acht Jahre bestand⁴⁴⁰, geregelt.⁴⁴¹ Darin war vorgesehen, dass – wenn der jeweilige Betrag letztlich auch begrenzt war, denn es handelte sich um Kreditquoten⁴⁴² – jedes Land von der Zentral-Clearingstelle den benötigten Betrag für den Einkauf von Waren bei anderen europäischen Ländern in fremder Währung ziehen konnte.⁴⁴³

Damit wurde die Absicht verfolgt, dass die europäischen Länder ihre Leistungsbilanzsalden zunächst untereinander bereinigen sollten, um auf europäischer Ebene zu einem regen Austausch zu finden⁴⁴⁴ und erst im Anschluss daran die Restdaten in

⁴³⁵ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 93.

⁴³⁶ Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 51.

⁴³⁷ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 438f. Siehe auch: Österreichisches ERP-Handbuch (Wien 1950) 305. Weiters: Hofbauer, Westwärts. 114.

⁴³⁸ Siehe: Bachinger, Matis, Der österreichische Schilling. 203. Siehe auch: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 439. Weiters: Kindleberger, Marshall Plan Days. 83.

⁴³⁹ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 116. Mitglieder waren: Belgien, Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, die Schweiz, Triest und die Türkei. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 175.

⁴⁴⁰ Siehe: Lucrezia Reichlin, The Marshall Plan reconsidered. In: Barry Eichengreen (ed.), Europe's post-war recovery (Cambridge 1995) 39-67, hier: 53. Siehe auch: Hardach, Der Marshall-Plan. 175.

⁴⁴¹ Siehe: Barry Eichengreen, The European Payments Union: an efficient mechanism for rebuilding Europe's trade? In: Barry Eichengreen (ed.), Europe's post-war recovery (Cambridge 1995) 169-195, hier: 171.

⁴⁴² Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 174. Siehe auch: Kindleberger, Marshall Plan Days. 84.

⁴⁴³ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 439.

⁴⁴⁴ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 113.

Dollar oder Gold ausgeglichen werden mussten⁴⁴⁵; dadurch wurden die Länder vor allem dazu gelehrt, den innereuropäischen Handel aufzunehmen.⁴⁴⁶

Daneben verpflichtete dieses System die am Marshall-Plan teilnehmenden Länder aber auch dazu, einen Teil der erhaltenen Hilfe an andere Defizitländer weiterzugeben⁴⁴⁷ – daher erhielt das von der OEEC initiierte und beschlossene Abkommen auch den Beinamen „Kleiner Marshallplan“.⁴⁴⁸

War dieses System letztlich auch keine dauerhafte Basis für eine Expansion des innereuropäischen Handels – bereits aufgrund der Koppelung an die abnehmenden US-amerikanischen Auslandshilfen – und somit kein geeignetes Instrument für das Europäische Wiederaufbauprogramm, so konnten die Abkommen dennoch in begrenztem Rahmen den innereuropäischen Handel unterstützen⁴⁴⁹ und eine gewisse Form der ökonomischen Integration darstellen.⁴⁵⁰ Darüber hinaus verstand es die EZU, das zuvor bereits angeregte europäische System der bilateralen Ziehungsrechte in ein multilaterales Programm einzubinden und stellte somit einen Eckpfeiler des europäischen Wirtschaftsgefüges dar.⁴⁵¹

⁴⁴⁵ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 56. Siehe auch: Bachinger, Matis, Der österreichische Schilling. 203. Weiters: Eichengreen, The European Payments Union. 171. Exportüberschüsse konnten in Gold, Dollar oder einer anderen Währung ausgeglichen werden. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 176.

⁴⁴⁶ Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Länder darauf bedacht gewesen, kaum innereuropäischen Handel zu betreiben, um nicht gezwungen zu sein, US-Dollar oder Gold für diesen aufzuwenden, da die europäischen Währungen als „weiche Währungen“ angesehen und möglichst vermieden wurden. Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 51.

⁴⁴⁷ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 114. Siehe auch: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 52.

⁴⁴⁸ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 156f. Die Höhe der Ziehungsrechte betrug nach mehrfacher Änderung 806 Millionen Dollar, wobei das erste Abkommen dabei bis Juni 1949 dauern sollte und so folgten ab Mai 1949 Neuverhandlungen. Es wurde nun die Vergabe der Ziehungsrechte neu ausgehandelt und im September 1949 folgte das zweite Europäische Zahlungsabkommen, wobei Ziehungsrechte in der Höhe von 802 Millionen Dollar vereinbart wurden. Nach massiven Abwertungen des britischen Pfunds und anderer Währungen (so wurde beispielsweise im September 1949 eine 30%ige Abwertung des Pfunds beschlossen um so die Dollarknappheit auszugleichen, der Sterling-Krise entgegenzutreten und das europäische Handelsdefizit abzubauen. Siehe dazu: Neuss, Geburtshelfer Europas? 54. Siehe auch: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 437.) mussten die Zahlen im Laufe des Zeitraums zwar revidiert werden, doch wurden letztlich etwa 90% der Ziehungsrechte genutzt und von Juli 1948 bis Juni 1950 etwa 32% der innereuropäischen Defizite finanziert. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 157-162.

⁴⁴⁹ Siehe: Ebenda. 162. Ausgerichtet war die EZU allerdings signifikant auf den westeuropäischen Handel; es kam daher einerseits zu einer Benachteiligung der osteuropäischen Staaten und andererseits der nicht teilnehmenden Länder. Siehe: Eichengreen, The European Payments Union. 173f.

⁴⁵⁰ Es handelte sich um eine solche Integration, wie sie durch die USA mittels Einrichtung einer Freihandelszone bereits angestrebt worden war. Siehe: Milward, The reconstruction of Western Europe 1945-51. 232.

⁴⁵¹ Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 52f.

Ablauf in den USA

a. Bildung von Kommissionen

Um den Marshallplan in den USA in einzelnen Aspekten zu überprüfen und an der Erstellung des Programms mitzuwirken, beauftragte der US-Präsident im Juni 1947 drei Kommissionen.⁴⁵² Diese drei waren erstens das „Committee on Foreign Aid“ – welches die bestimmendste Rolle einnahm und kurz als „Harriman Committee“ bezeichnet wurde⁴⁵³ – unter der Leitung des Wirtschaftsministers Averell Harriman⁴⁵⁴, zweitens das „Krug Committee“ als eine Regierungskommission unter der Leitung des Innenministers Julius A. Krug und drittens das „Nourse Committee“ als Expertengremium unter der Leitung von Edwin G. Nourse, dem Vorsitzenden des „Council of Economic Advisors“.⁴⁵⁵

Daneben wurden noch zwei weitere Kommissionen gebildet; zum einen das „Senate Foreign Relations Committee“ und zum anderen das „House Committee on Foreign Affairs“. Diese beiden Kommissionen gingen auf die Politik Roosevelts zurück, die von Truman übernommen wurde, um in außenpolitischen Fragen Konsens zu erzielen⁴⁵⁶; dabei wurden angesichts der republikanischen Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses schon frühzeitig Abgeordnete und Senatoren aus beiden Parteien in die Planung und Entscheidungsfindung miteinbezogen⁴⁵⁷ und so richtete sich das Hauptaugenmerk des

⁴⁵² Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 57. Dazu zählte aber auch die Ausarbeitung eines zielführenden Argumentationskonzepts. Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 190.

⁴⁵³ Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 44.

⁴⁵⁴ Dieses stand in der Tradition des „New Deal“ und brachte Vertreter von Staat, Industrie und Gewerkschaft ebenso an den Verhandlungstisch wie eine Vielzahl unabhängiger Experten. Siehe: Hogan, The Marshall Plan. 56. Als Hauptaufgabe galt es dabei, festzustellen, welches Volumen ein sinnvolles Wiederaufbauprogramm besitzen müsste um möglichst effektiv zu sein, wobei nun auch wirtschaftliche Aspekte in die bislang politische Planung einfließen und zugleich politische Unterstützung mobilisiert werden sollte. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 57. Siehe auch: Pogue, George C. Marshall and the Marshall Plan. 57.

⁴⁵⁵ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 57. Siehe auch: Dulles, The Marshall Plan. 54f. Das Nourse Komitee setzte sich dabei aus Wirtschaftssachverständigen aus präsidialer Umgebung zusammen; das Krug Komitee aus Regierungsspezialisten und das Harriman Komitee aus überparteilichen beratenden Sachverständigen. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 93. Das Krug Committee sollte die Rückwirkungen, die ein Wiederaufbauprogramm auf die Ressourcen und den Arbeitsmarkt der USA haben könnten, untersuchen und das Nourse Committee Auswirkungen auf die amerikanische Wirtschaft selbst. Diese beiden Programme verfolgten daher ähnlich gelagerte Ziele, um Befürchtungen einer Überforderung der amerikanischen Wirtschaft durch ein solches Wiederaufbauprogramm zu zerstreuen beziehungsweise zu untersuchen. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 57. Siehe auch: Daniel, Dollardiplomatie in Europa. 52f. Weiters: Brähler, Der Marshallplan. 191f.

⁴⁵⁶ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 58. Auch bestanden darüber hinaus noch Spezialausschüsse, die sich verschiedenen Themenbereichen gesondert zuwandten. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 93f.

⁴⁵⁷ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 58.

Kongresses hauptsächlich auf diese beiden Kommissionen. Schließlich wurde noch eine weitere durch das Repräsentantenhaus geschaffen – das „House Select Committee on Foreign Aid“ kurz nach dem Vize-Vorsitzenden „Herter Committee“ benannt.⁴⁵⁸

Allerdings kristallisierte sich erst langsam ein definitiver Plan heraus⁴⁵⁹ – dabei sollten nun die europäischen Länder ein gemeinsames Programm erstellen und ihre Strategien koordinieren. Mehrere Ziele wurden definiert:

- Produktionssteigerung,
- Stabilisierung von Währungen und Finanzen,
- Förderung des innereuropäischen Handels,
- Abschaffung der bilateralen Systeme bei gleichzeitigem Aufbau eines multilateralen Handels- und Zahlungssystems,
- rasche Überwindung der Dollarlücke.⁴⁶⁰

Als sich jedoch aufgrund des Berichts des CEEC herausstellte, dass die europäischen Länder die von den USA gefassten Vorstellungen nur unzureichend umsetzen würden, begann die US-Regierung, entgegen den bisherigen Ausführungen, die Planung enger an sich zu ziehen.⁴⁶¹

Im Oktober 1947 lagen schließlich die Berichte des Krug und Nourse Committee's vor.⁴⁶² Diese befanden einhellig, dass die USA nicht nur in der Lage wären, den europäischen Wiederaufbau zu finanzieren, sondern darüber hinaus langfristig sogar erhebliche

⁴⁵⁸ Die Mitglieder dieser Kommission unternahmen auch Reisen nach Europa, um sich ein umfassendes Bild zu machen und befanden, dass eine etwaige Auslandshilfe eng mit einem gemeinsamen europäischen Wiederaufbau verknüpft sein müsse. Siehe: Dulles, The Marshall Plan. 60. Siehe auch: Hardach, Der Marshall-Plan. 58.

⁴⁵⁹ Bis zum August 1947 hatte noch keine einheitliche Planung seitens der USA bestanden; so sprach beispielsweise der Diplomat Ben T. Moore im Vergleich von einer „fliegenden Untertasse“: „Niemand weiß, wie er [der Marshall-Plan] aussieht, wie groß er ist, in welche Richtung er sich bewegt, und ob es ihn überhaupt gibt.“ oder der Abgeordnete Evrett Scrivner erkundigte sich nach einer Marshall-Doktrin – eine Bezeichnung die der Außenminister strikt ablehnte, der Vorschlag wäre weder Doktrin noch (vorerst) Plan. Siehe: Ebenda. 52.

⁴⁶⁰ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 95. Siehe auch: Hardach, Der Marshall-Plan. 52f. Folgende Punkte sollten dabei fokussiert werden: die Errichtung von Gegenwertfonds; eine ERP-Abwicklung auf marktkonformer Basis und eine Einbeziehung europäischer Überseegebiete inklusive deren Kauffinanzierung; damit sollte eine Weltmarktintegration ermöglicht werden. Siehe dazu: Hofbauer, Westwärts. 95.

⁴⁶¹ Siehe: Mee, The Marshall Plan. 173. Siehe auch: Hardach, Der Marshall-Plan. 59.

⁴⁶² Am 9. Oktober lag jener des Krug- und am 22. Oktober jener des Nourse-Komitees vor. Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 44.

wirtschaftliche Vorteile daraus ziehen könnten.⁴⁶³ Der Bericht des Harriman Committee erfolgte im November des Jahres und bestätigte sowohl ein wirtschaftliches, als auch politisches und strategisches Interesse der USA an einer Stabilisierung Westeuropas.⁴⁶⁴ Ziel müsse diese Förderung sein und der Aufbau eines ausgeglichenen Handels zwischen den USA und Europa⁴⁶⁵; allerdings können die USA nur der „Zündfunke“ sein – die Auslandshilfe könne die eigenen Anstrengungen der Europäer keinesfalls ersetzen.

Was die Berechnungen betraf, legte der Bericht des Harriman-Ausschusses andere Zahlen als jener des CEEC vor; dennoch wurde für den Wiederaufbau für die Laufzeit von vier Jahren ein Volumen von 12,5 bis 17,2 Milliarden Dollar festgelegt.⁴⁶⁶ Auch die hohe Bedeutung des westdeutschen Wiederaufbaus für jenen Europas fand Erwähnung.

b. Zustimmung des US-Kongresses

Dass die Berichte dermaßen positiv ausgefallen waren, half der US-Regierung zwar letztlich bei der Umsetzung des Plans, konnte sie jedoch nicht vor der schwierigen Aufgabe bewahren, für ein umstrittenes Projekt in einem republikanisch dominierten Kongress eine Mehrheit zu erhalten. Schließlich waren die Republikaner vielmehr darauf bedacht, internationale Verpflichtungen abzubauen und die öffentlichen Ausgaben zu reduzieren – eine politische Strategie, die sich offenkundig nicht mit dem Marshallplan in Deckung bringen ließ.⁴⁶⁷

Neben den Veranstaltungen, die durch Außenminister Marshall initiiert wurden, um das Programm zu publizieren, wurde eine intensive politische Kampagne gestartet, wobei mehrere Plattformen gegründet wurden. Beispielsweise kam es zum „Committee for Economic Development“ – dieses war zwar bereits während des Krieges gegründet

⁴⁶³ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 59. Siehe auch: Daniel, Dollardiplomatie in Europa. 53. Weiters: Dulles, The Marshall Plan. 55-57. Es wurde im Nourse Bericht letztlich auch eine sinkende US-Exportquote bei ausbleibender Auslandshilfe skizziert. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 95.

⁴⁶⁴ Siehe: McGlade, A Single Path for European Recovery? 190. Siehe auch: Hogan, The Marshall Plan. 101. Weiters: Dulles, The Marshall Plan. 57.

⁴⁶⁵ Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 192.

⁴⁶⁶ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 60. Siehe auch: Brähler, Der Marshallplan. 192. Weiters: Dulles, The Marshall Plan. 57. Der Bericht des Harriman Committee's brachte daher mehrfachen Erfolg für die US-Regierung und das Entstehen des „European Recovery Program“. Zum einen belegte der Bericht die hohe Bedeutung und Effektivität des Vorgehens und trug zur Verabschiedung des Plans maßgeblich bei; zum anderen aber wurden auch Vertreter beider Parteien für den Plan mobilisiert – ganz so, wie es von Beginn an Ziel gewesen war. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 61.

⁴⁶⁷ Siehe: Bierling, Geburt eines Mythos. 18.

worden, um Einfluss auf die Nachkriegsplanungen zu nehmen, jedoch sah dieses nun ein neues Betätigungsfeld; ihm gehörten vorwiegend Unternehmer und Experten an.⁴⁶⁸ Weiters wurde das „Committee for the Marshall Plan to Aid European Recovery“ durch prominente Politiker, Unternehmer und Gewerkschafter⁴⁶⁹ gegründet, um in der Öffentlichkeit für das Programm zu werben, wobei politische Ausgeglichenheit zwischen den beiden Großparteien herrschte. Auch die großen Gewerkschaftsorganisationen („American Federation of Labor“ oder „Congress of Industrial Organizations“) und der industrielle Unternehmerverband („National Association of Manufacturers“) setzten sich für den Marshall-Plan ein.⁴⁷⁰

Tatsächlich lässt sich feststellen, dass der Marshallplan ohne massive Werbung und intensives Lobbying kaum Chancen gehabt hätte, den Kongress zu passieren.⁴⁷¹

⁴⁶⁸ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 61. Bei diesem Komitee handelte es sich um eine Dachorganisation für verschiedenste Pro-Marshall-Plan eingestellte Gruppen. Siehe: George M. Fujii, Selling the Marshall Plan in the United States. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (ed.), Images of the Marshall Plan in Europe. Films, Photographs, Exhibits, Posters (Innsbruck/Wien/Bozen 2009) 39-57, hier: 39. Letztlich kam dem Komitee eine bedeutende Rolle zu, da es eine ausgedehnte Welle der Mobilisation hervorrufen konnte. Siehe: Ebenda. 53.

⁴⁶⁹ In den USA gelangte man bereits früh zu der Überzeugung, dass ein reibungsloser Ablauf vorerst in Planung, Durchsetzung und letztlich auch in der Durchführung des Marshall-Plans nur durch eine aktive Teilnahme respektive Unterstützung durch die Gewerkschaften erfolgen konnte. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 132f. Letztlich war die ECA daher auf gute Beziehungen zu den europäischen sozialdemokratischen Gewerkschaften bedacht. Siehe: Charles S. Maier, Die konzeptuellen Grundlagen des Marshall-Plans. In: Othmar N. Haberl, Lutz Niethammer (Hg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke (Frankfurt/Main 1986) 47-58, hier: 55. Die Gewerkschaften wiederum sahen die „empty-stomach“ These als ausschlaggebend an – leere Mägen wären empfindlich für Totalitarismus; daher müsse es zu einem Wiederaufbau freier Gewerkschaften bei gleichzeitiger Integration der Arbeiter in den demokratischen Prozess kommen; auch eine Unterwanderung westeuropäischer Gewerkschaften durch Kommunisten wurde befürchtet und abgelehnt. Siehe: Neuss, Geburtshelfer Europas? 32.

⁴⁷⁰ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 61f. Siehe auch: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 151. Die Zustimmung der Gewerkschaften wurde als besonders bedeutend für den Marshall-Plan angesehen, da erst durch diese die Masse der Bevölkerung von den Ideen des Programms überzeugt werden konnte – allerdings bezog sich diese Ansicht keineswegs ausschließlich auf die USA; auch in den teilnehmenden Ländern sollten die Gewerkschaften von Beginn an für dieses Programm eintreten. In Österreich sahen die sozialistischen Gewerkschafter den Wiederaufbau anhand eines festen Plans positiv, da somit kapitalistische Grundzüge den Gesetzen der freien Marktwirtschaft unterworfen werden würden. Die christlichen Gewerkschafter standen dem Marshall-Plan ohnedies zustimmend gegenüber und die kommunistischen Vertreter lehnten ihn rundweg ab. In der Folge kam es, beispielsweise auf dem ÖGB Kongress 1948, zu durchaus heftigen Diskussionen, welche die Teilnahme letztlich aber nicht verhinderten. Siehe dazu: Ebenda. 151-156.

⁴⁷¹ Trotz der erfolgten Mobilisierung sah man aber eine weitere Unterstützung Europas skeptisch und die jeweiligen Spitzenpolitiker der Parteien nahmen feindliche Haltungen ein. Senator Robert Taft, ein Republikaner, der bereits als nächster Präsidentschaftskandidat gehandelt wurde, bezeichnete den Plan als „kühnen sozialistischen Entwurf“ – dieser Ansicht folgten viele Republikaner. Siehe: Bierling, Geburt eines Mythos. 18.

In der Öffentlichkeit hingegen wurde der Plan vielfach plakativ und vereinfacht dargestellt; auch wurden seine publikumswirksamen Vorzüge besonders betont. So wurden „Kampf gegen den Hunger, die Rettung Westeuropas vor dem Kommunismus und nicht zuletzt auch die materiellen Vorteile des Programms“ hervorgehoben. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 62. Siehe auch: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 91.

Der Präsident brachte das Programm schließlich am 19. Dezember 1947 in den Kongress ein und stellte nochmals fest, dass dieses im eigenen Interesse der USA läge⁴⁷², womit ein staatsinterventionistischer Charakter der Auslandshilfe festgeschrieben wurde.⁴⁷³ Es sollten dabei jene vier Ziele verfolgt werden, die durch das CEEC festgelegt worden waren:

- Produktionssteigerung,
- Stabilisierung von Währungen und Staatsfinanzen,
- Förderung der Kooperation der Länder untereinander
- Überwindung der Dollarlücke.⁴⁷⁴

Die Gesamtkosten wurden nun auf etwa 17 Milliarden Dollar geschätzt⁴⁷⁵, die überwiegend in Form von „grants“ – als Geschenke – zu vergeben wären⁴⁷⁶; man einigte sich allerdings im Vorfeld bereits darauf, die Summen von Jahr zu Jahr zu beschließen und keine Bewilligung der Gesamtsumme zu fordern.⁴⁷⁷ Die vier Jahreprogramme sollten darüber hinaus degressiv ausgelegt werden, um die europäischen Staaten zur Selbstständigkeit heranzuführen. Um jedoch eine ständige Erfolgskontrolle in der Hand des Kongresses zu belassen, sollte dieser im Rahmen der jährlichen Budgets über die Auslandshilfe entscheiden.⁴⁷⁸

Mit Januar 1948 wurden die Beratungen im Kongress eröffnet und der Plan wurde alsbald breit unterstützt. Für die unterstützenden Demokraten waren die Elemente des New Deal⁴⁷⁹ – vor allem jene des Interventionismus – sowie die Kooperation zwischen Staat, Unternehmern und Arbeiterschaft ausschlaggebend; für die Republikaner die in Aussicht

⁴⁷² Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 62.

⁴⁷³ Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 206.

⁴⁷⁴ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 62f. Siehe auch: Wexler, The Marshall Plan in Economic Perspective. 148f.

⁴⁷⁵ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 295. Siehe auch: Dulles, The Marshall Plan. 67.

⁴⁷⁶ Siehe dazu: Ebenda. 73-77.

⁴⁷⁷ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 63. Siehe auch: Mee, The Marshall Plan. 240. Damit besaß der Kongress und somit letztlich die US-Regierung aber auch ein Druckmittel gegenüber den europäischen Teilnehmerländern, um derart integrative Fortschritte nachhaltig einfordern zu können. Siehe: Neuss, Geburtshelfer Europas? 49. Siehe auch: Loth, Die Teilung der Welt. 212.

⁴⁷⁸ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 63. Die Höhe der jeweiligen Hilfe hing von mehreren Faktoren ab; zum einen von der Bedürftigkeit der europäischen Länder oder deren Bemühungen, aber auch von deren Anstrengungen gemeinsame Probleme auch gemeinsam zu lösen und zum anderen von inneramerikanischen Elementen, wie die jeweils herrschende wirtschaftspolitische Auffassung des Kongresses oder wirtschaftliche Engpässe. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 295.

⁴⁷⁹ Dabei war schon im Vorfeld der US-Diskussion festgestellt worden, dass die Formung ausländischer zahlungskräftiger Partner – mit einhergehender zahlungsfähiger Nachfrage – allein der Notwendigkeit der zukünftigen US-Exporte entsprechen würde; staatsinterventionistische Instrumentarien müssten dementsprechend diese Bildung ermöglichen. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 67.

stehende Führungsrolle der USA beim weltwirtschaftlichen Wiederaufbau, internationale Arbeitsteilung, stabile Währungen und solide Finanzen; eine Opposition fand sich allerdings sowohl bei Demokraten als auch Republikanern. Demokraten verurteilten die hegemoniale Tendenz des Plans, Republikaner den Interventionismus⁴⁸⁰, beschworen den Schutz der US-Wirtschaft und nahmen damit eine protektionistische Haltung ein, in welcher eine Erstarkung der europäischen Wirtschaft durchaus auch als Gefahr für jene der USA angesehen wurde.⁴⁸¹

Dennoch behielten die Befürworter deutlich die Oberhand.⁴⁸² Einem Programm, das also nicht nur fremden Interessen dienen sollte – wären diese Überlegungen auch durchaus ehrenhaft und ethisch vertretbar gewesen, jedoch politisch in einem solchen Umfang schlichtweg nicht realisierbar –, sondern auch der USA und ihrer Bevölkerung, konnte letztlich auch der Kongress zustimmen. Dies erfolgte im März 1948 nach zähen Verhandlungen und einer Vielzahl an Lobbyarbeit schließlich mit großer Mehrheit⁴⁸³ – Präsident Truman unterzeichnete das Gesetz, den so genannten „Economic Cooperation Act“⁴⁸⁴, letztlich am 3. April 1948.⁴⁸⁵

c. Jahresprogramme des Marshall-Plans

Da durch den Kongress nur ein offenes Rahmenprogramm beschlossen worden war, musste in jährlichen Budgetverhandlungen abgeklärt werden, welche Mittel für die

⁴⁸⁰ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 63f.

⁴⁸¹ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 69.

⁴⁸² Dabei konnten allerdings die Protektionisten – und damit vor allem die republikanischen Abgeordneten – weniger durch Argumente aus wirtschaftlicher Sicht in Bezug auf den New Deal überzeugt werden, denn vielmehr durch die Argumentation der kommunistischen Gefahr, der es zu begegnen galt. Siehe: Ebenda. 69. Tatsächlich konnte erst durch Einbeziehung des Feindbildes der Sowjetunion beziehungsweise einer nachdrücklichen Heraufbeschwörung der sowjetischen Gefahr das „European Recovery Program“ endgültig durchgesetzt werden. Siehe: Loth, Die Teilung der Welt. 163. Siehe auch: Brähler, Der Marshallplan. 148. Der Marshall-Plan war damit letztlich zweifellos ein erfolgreiches Instrument der „containment-policy“. Siehe: Herbst, Option für den Westen. 47.

⁴⁸³ Siehe: Bierling, Geburt eines Mythos. 20. Dabei wurde der Gesetzesvorschlag durch den Senat am 14. März 1948 mit 69:17 Stimmen angenommen; im Repräsentantenhaus erfolgte die Zustimmung per 2. April 1948 mit 318:75 Stimmen. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 99. Nach anderen Angaben: Ergebnis des Senats 69:19; des Repräsentantenhauses 329:74. Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 154f.

⁴⁸⁴ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 65.

⁴⁸⁵ Siehe: Hans-Herbert Holzamer, Marc Hoch (Hg.), Der Marshall-Plan (Landsberg/Lech 1997) 187. Der „Foreign Trade Act“ hingegen wurde erst Ende Juli des betreffenden Jahres verabschiedet. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 295.

Auslandshilfe zur Verfügung standen⁴⁸⁶, womit letztlich die europäischen Länder beeinflusst werden konnten.⁴⁸⁷

Das erste dieser Programme erstreckte sich über eine Laufzeit von fünfzehn Monaten und besaß ein Volumen von fünf Milliarden Dollar⁴⁸⁸; als größtes Problem erwies sich allerdings der enorme Zeitdruck – das Wiederaufbauprogramm musste einerseits anlaufen, andererseits hatte nicht genügend Zeit zum Planen bestanden⁴⁸⁹; darüber hinaus kam der OEEC keine einheitliche Programmplanungskompetenz zu, wodurch es zu weiteren Verzögerungen kommen konnte, da die Hauptverantwortung – entgegen der formalen Vorgaben – bei der ECA lag.⁴⁹⁰

Die folgenden Programme sollten daher nun unter keinem Zeitdruck mehr entstehen und so entschloss man sich dazu, bereits jenes von 1949/50 von langer Hand vorzubereiten. Die OEEC sollte dabei vorzeitig einen Plan vorlegen, welcher als Grundlage für die US-amerikanischen Überlegungen dienen sollte, da Anfang 1949 die Mittel für das zweite Jahresprogramm beantragt werden mussten; die Verhandlungen der OEEC bezüglich dieser Vorlage begannen im Herbst 1948.⁴⁹¹

Schließlich errechnete die OEEC ein Gesamtvolumen von 4,7 Milliarden Dollar – es war klar, dass diese Summe deutlich über jener liegen würde, welche der Kongress zu bewilligen bereit wäre.⁴⁹² Folglich begann man damit summarisch zu kürzen und erstellte einen Entwurf mit einem Volumen von 4,3 Milliarden Dollar, der von der ECA auf 4,2

⁴⁸⁶ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 209.

⁴⁸⁷ Siehe: Daniel, Dollardiplomatie in Europa. 68f.

⁴⁸⁸ Es war jedoch durch eine spezielle Klausel festgelegt worden, dass im Falle eines besonders hohen Bedarfs diese Mittel auch während der ersten zwölf Monate ausgegeben werden durften. Dieses Vorgehen wurde von der ECA mit Zustimmung des Präsidenten auch beschlossen, wodurch es letztlich zur Bewilligung einer weiteren Milliarde Dollar an Hilfe kam, wobei 1,15 Milliarden beantragt worden waren. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 209f. Insgesamt kam es daher zu einer Bewilligung von 5,953 Milliarden US-Dollar für 15 Monate. Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 237.

⁴⁸⁹ Um dem entgegenzuwirken war bereits zuvor ein von April bis Juni 1948 laufendes „90 Days Recovery Program“ initiiert worden, welches rasch die Mittel zur Verfügung stellen sollte; es umfasste 1,3 Milliarden Dollar. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 210.

⁴⁹⁰ Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 231f.

⁴⁹¹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 222-226.

⁴⁹² Hatten die europäischen Länder deren Bedarf dabei auch jährlich zu reduzieren um die Auslandshilfe langsam aber stetig – ganz im Sinne des geforderten Gradualismus – zu senken, kamen diese der Empfehlung kaum nach; vielmehr wurde eine ähnlich hohe, wenn nicht gar höhere Hilfe als im Jahr zuvor erwartet. Siehe: Ebenda. 226. Diese kontinuierliche Reduktion hätte dem geforderten Gradualismus entsprochen. Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 94.

Milliarden gekürzt an den US-Kongress als vorläufiges Programm weitergeleitet wurde.⁴⁹³ Trotz dieser Vorbereitungen kam es zu weiteren Kürzungen und es standen alsbald weder Gesamtvolumen noch Verteilungsquoten fest, sodass die ECA der OEEC schließlich ein revidiertes Jahresprogramm von 3,8 Milliarden Dollar mitteilte. Dies wiederum führte aber innerhalb der OEEC zu massiven Verstimmungen, woraufhin eine Kommission eingesetzt wurde, um einen Kompromissvorschlag auszuarbeiten. Letztlich wurde dieser nach zähen Verhandlungen angenommen und Ende September 1949 bewilligte der Kongress für 1949/50 insgesamt 3,6 Milliarden US-Dollar an Auslandshilfe⁴⁹⁴, wobei 3,5 Milliarden durch die ECA an die OEEC Länder verteilt wurden; dies entsprach einem Rückgang gegenüber dem ersten Jahresprogramm von etwa 40%.

Die harten Verhandlungen um das zweite Jahresprogramm hatten gezeigt, dass umfassende Beratungen und Diskussionen nicht zielführend wirkten. Paul Hoffman schlug nun vor, die Europäer hätten die Auslandshilfe nicht nach den erwarteten Defiziten zu errechnen, sondern diese müssten sich am Ziel des Wiederaufbaus orientieren und daraus auf ihren Bedarf schließen.⁴⁹⁵ Man müsse daher zu einem neuen Verteilungssystem greifen und die jeweilige Außenwirtschaftspolitik nach der Reduzierung der Auslandshilfe ausrichten. Damit wurde der Wandel innerhalb des Auslandshilfesystems dargelegt und im Oktober 1949 den europäischen Ländern unterbreitet – auch wurde klar festgelegt, dass im dritten Jahr die Auslandshilfe auf 50% und im vierten auf 25% des Niveaus von 1949 gekürzt werden sollte.⁴⁹⁶ Um daher eine hohe Hilfe zu erreichen, musste Zusammenarbeit und Einigkeit gezeigt werden; dass nun hingegen keine wirtschaftlichen Planungen mehr erwartet wurden, war nach den harten Vorjahrsverhandlungen durchaus von Vorteil.

Für das neuerliche Jahresprogramm errechnete die ECA in weiterer Folge einen Bedarf von etwa drei Milliarden Dollar – allerdings hätte, um die 25%-Reduktion zu erreichen, die Hilfe für 1950/51 maximal 2,6 Milliarden betragen dürfen; der Kongress bewilligte schließlich am 5. Juni 1950 für das Jahresprogramm 1950/51 ein Gesamtvolumen von 2,7 Milliarden Dollar, was einer Kürzung um 23% entsprach.

⁴⁹³ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 226f.

⁴⁹⁴ Nach anderen Angaben: 3,523 Milliarden US-Dollar. Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 237.

⁴⁹⁵ Derart wäre die multilaterale Programmplanung der OEEC gescheitert und es müsste daher folglich zu Anpassungen und Modifikationen kommen. Siehe: Ebenda. 233.

⁴⁹⁶ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 229-235.

Kurz nach dieser Bewilligung kam es allerdings zum Einsetzen des Korea-Konflikts, der neue Beratungen notwendig machte. Seitens der ECA wurde vorgeschlagen, die Auslandshilfe fortzusetzen um die Aufrüstung zu unterstützen, da nur auf diesem Weg eine angemessene Verteidigungsmoral zu erreichen wäre.⁴⁹⁷ Diese Überlegungen führten dazu, dass nun neben der ohnedies erteilten Hilfe für den Wiederaufbau auch Aufrüstungshilfe bewilligt wurde – betrug die zusätzliche Prognose zunächst 1,6 Milliarden Dollar für die Länder der OEEC, so wurde nach Kriegseintritt Chinas dieser Wert auf 1,9 Milliarden angehoben. Gleichzeitig musste aber auch die Wirtschaftshilfe neu überdacht werden und der Kongress beschloss eine Reduktion der Auslandshilfe für Europa und kürzte die bewilligten 2,7 Milliarden auf endgültige 2,4 Milliarden Dollar⁴⁹⁸, was nun einem Minus von etwa 32% gegenüber dem zweiten Jahresprogramm entsprach.⁴⁹⁹

Der anhaltende Korea-Krieg belastete aber auch das vierte Jahresprogramm, da weiterhin Militärhilfe geleistet werden musste.⁵⁰⁰ Um der amerikanischen Öffentlichkeit die Wirtschaftshilfe möglichst positiv zu vermitteln, wurde ab Beginn des Jahres 1951 nicht mehr von Auslandshilfe, sondern gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen gesprochen.⁵⁰¹ Die einsetzenden Diskussionen rund um den Marshall-Plan nahm man in Europa letztlich mit Besorgnis zur Kenntnis und rechnete teilweise bereits damit, dass das Programm mit 30. Juni 1950 auslaufen könnte. Dementsprechend erleichtert wurde das Fortsetzen des Plans aufgenommen, wenngleich mit bewilligten 1,5 Milliarden Dollar Hilfe das Volumen des Jahresprogramms 1951/52 nun eine Reduktion um 42% gegenüber jenem des Jahres 1949/50 aufwies. Gleichzeitig stieg jedoch die Militärhilfe weiter an. Ebenso mit Erleichterung wurde die Bewilligung einer weiteren Auslandshilfe für das zweite Halbjahr des Jahres 1952 aufgenommen – diese betrug 540 Millionen Dollar.⁵⁰²

⁴⁹⁷ Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 246. Siehe auch: Hardach, Der Marshall-Plan. 237. Eine solche höhere moralische Auffassung sollte nun auch durch veränderte Propaganda unterstützend erreicht werden – „Strength for the Free World“ wurde als Slogan eingesetzt – sowohl in den USA als auch in Europa. Siehe dazu: Schröder, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland. 330f.

⁴⁹⁸ Genauer auf 2,405 Milliarden US-Dollar. Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 237.

⁴⁹⁹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 238-240.

⁵⁰⁰ Tatsächlich sollte im Plan für 1951/52 hauptsächlich Militärhilfe und nur mehr ausnahmsweise Wirtschaftshilfe geleistet werden. Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 483f.

⁵⁰¹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 240f. Siehe auch: Brähler, Der Marshallplan. 246.

⁵⁰² Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 242f. Insgesamt wurden daher für eine Laufzeit von 18 Monaten 2,027 Milliarden US-Dollar bewilligt. Auf die gesamte Laufzeit berechnet entfielen etwa zwei Drittel der Hilfe auf Großbritannien, Frankreich, Italien und Westdeutschland; hingegen nur ein Drittel auf die übrigen 14 Länder. Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 237.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass insgesamt beinahe 14 Milliarden Dollar – dies entspricht auf Kursbasis von 2006 etwa einem Wert von 90 Milliarden US-Dollar⁵⁰³ – an Auslandshilfe gewährt wurde, womit die Marke von 17 Milliarden Dollar, welche durch Präsident Truman 1947 angekündigt worden war, deutlich unterschritten wurde.⁵⁰⁴

	1948/49	1949/50	1950/51	1951/52	1948-1952
Großbritannien	1.620	908	298	617	3.443
Frankreich	1.313	698	433	362	2.806
Italien	686	417	246	199	1.548
Deutschland	614	284	399	116	1.413
Niederlande	571	306	102	100	1.079
Österreich	280	167	114	151	712
Griechenland	192	156	167	179	694
Dänemark	126	86	45	19	276
Norwegen	101	90	46	17	254
Türkei	49	59	45	90	243
Irland	86	45	15	-	146
Schweden	45	52	21	(-11)	107
Portugal	-	39	12	-	51
Island	8	7	8	6	30
Sondermittel	-	-	350	45	395
Summe	5.953	3.523	2.377	1.356	13.750

Tabelle 7: Auslandshilfe des Marshall-Plans 1948-1952 [in Millionen Dollar]⁵⁰⁵

d. Weitere Voraussetzungen des Marshall-Plans

Mit der Initiierung des Marshall-Plans gingen des weiteren auch Bedingungen einher, welche von den europäischen Staaten als Ziele des Plans akzeptiert und unterstützt werden sollten; als Voraussetzung galt die Integration in die amerikanische Weltwirtschaft und eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik.⁵⁰⁶ Um dies rechtlich abzusichern, kam es zum Abschluss von bilateralen Abkommen – ein solches erfolgte mit Österreich am 2. Juli 1948 – wobei Auslandshilfekonditionen, die Bezahlung von Importen in eigener Währung und die Verfügung über die Beträge abschließend geregelt wurden.⁵⁰⁷

⁵⁰³ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 92. Das Volumen des Marshall-Plans entspräche 2009 in etwa einem Äquivalent von 127 Milliarden Dollar. Siehe: Fujii, Selling the Marshall Plan in the United States. 39.

⁵⁰⁴ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 243.

⁵⁰⁵ Entnommen aus: Ebenda. 244. Großbritannien und Frankreich erhielten gemeinsam 45% aller Mittel aus dem Marshall-Plan; die fünf größten Empfängerländer – Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland und die Niederlande – gar 73% aller Mittel. Siehe: Ebenda. 246.

⁵⁰⁶ Siehe: Ebenda. 66. Siehe auch: Dulles, The Marshall Plan. 79.

⁵⁰⁷ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 112.

Damit die US-amerikanische Bevölkerung dem Plan hatte zustimmen können, war aber auch die Auferlegung von Abnahmeverpflichtungen versprochen worden, die nun – in Form von Vorschriften – den europäischen Staaten auferlegt wurden, welche diese zu akzeptieren hatten; es sollten somit einerseits Einzelinteressen US-amerikanischer Wirtschaftsgruppen berücksichtigt werden, andererseits auch die allgemeinen Ziele der US-Politik in Anbetracht einer möglichst hohen Effizienz des Wiederaufbauprogramms.⁵⁰⁸ So musste beispielsweise durch die ECA der Absatz US-amerikanischer landwirtschaftlicher Überschussprodukte gefördert werden oder mindestens 50% der Bruttotonnagen der ERP-Lieferungen auf amerikanischen Schiffen bei gleichzeitigem Schutz durch US-amerikanische Versicherungsgesellschaften transportiert werden.⁵⁰⁹

Des Weiteren unterlagen die amerikanischen Waren und daraus hergestellten Produkte dem geltenden Embargo gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten⁵¹⁰ – ein Zugeständnis an die verhärteten Fronten des Kalten Krieges⁵¹¹, welche die teilnehmenden Länder treffen mussten.⁵¹² Um dieses zu erreichen wurden zwei Arten von Waren deklariert – jene, die überhaupt nicht (Verbotsliste 1A) und jene, die nur sehr stark reduziert in solche Länder gelangen durften (Kontrollliste 1B).⁵¹³ Dabei wurde aber

⁵⁰⁸ Siehe: Loth, Die Teilung der Welt. 212.

⁵⁰⁹ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 103. Siehe auch: Brähler, Der Marshallplan. 224f. Weiters: Hardach, Der Marshall-Plan. 67. Sowie: Loth, Die Teilung der Welt. 212.

⁵¹⁰ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 67. Damit verfolgten die USA die Überlegung, dass leistungsfähige kommunistische Ökonomien den Völkern der Welt den Kommunismus näher bringen, geradezu sympathisch machen könnten und so eine Bedrohung für die USA, deren Interessen und vor allem für deren Wirtschaft darstellen würden. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 83. Die Embargo-Haltung der USA stellte letztlich die wirtschaftliche Ausrichtung der Containment-Politik dar. Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 186.

⁵¹¹ Es lässt sich auch die Überlegung anstellen, inwieweit die Embargopolitik der USA gegenüber der Sowjetunion im Rahmen des ERP nicht nur Auswirkung des Kalten Krieges war, sondern eventuell viel eher dessen (teilweise) Ursache. Siehe dazu: Hofbauer, Westwärts. 84.

⁵¹² Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 91. Dabei wurde festgelegt, dass ein Verstoß gegen die dementsprechenden Richtlinien – und somit Bedingungen des Marshall-Plans – zu einer Einstellung sowohl militärischer, als auch wirtschaftlicher und finanzieller Hilfen führen sollte. Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 264.

⁵¹³ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 186. Auf der Liste 1A befanden sich Güter wie schwere Lastwagen, Lokomotiven, Chemikalien oder Gummi; die Liste 1B hingegen umfasste Materialien für die militärische und industrielle Produktion. Daneben bestanden noch weitere Klassen – so zählten zur Klasse II Güter des indirekten militärischen Gebrauchs, welche hohe Bedeutung für den zivilen Wiederaufbau besaßen; zur Klasse III Güter für die Wirtschaft in Friedenszeiten und zur Klasse IV beispielsweise Nahrungsmittel, Textilien und dergleichen. Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 120. Siehe auch: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 198f. Die Verhandlungen über die Liste der strategischen Güter führte der Repräsentant der ECA und des US State Departments, Sonderbotschafter Averell Harriman. Siehe: Einwitschlager, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 78.

jedenfalls der sehr weit gefasste Begriff der strategischen Güter verwendet – diese betrafen beispielsweise aber keine Nahrungsmittel.⁵¹⁴

Die USA selbst konnten solche Maßnahmen relativ einfach aufrechterhalten, da sie Handel mit der Sowjetunion und dem Osten ohnedies nur in begrenztem Umfang betrieben⁵¹⁵ – für Europa brachte dies Probleme mit sich, da der Handel mit Osteuropa, wenn auch dezimiert, einen bedeutenderen Stellenwert einnahm.⁵¹⁶

Allerdings kam es bezüglich der Embargopolitik innerhalb der USA zu heftigen Diskussionen, die jedoch letztlich die Aufnahme der Maßnahmen in den „Economic Cooperation Act“⁵¹⁷ nicht verhindern konnten.⁵¹⁸ Wollte Europa die wirtschaftlichen Beziehungen in weiterer Folge auch über die politischen Vorgaben stellen und somit den Handel mit vor allem Osteuropa nicht zugunsten des ERP aufgeben, so war für die Einhaltung der Embargopolitik die ECA zuständig, welche die Listen streng kontrollierte und die dementsprechenden Maßnahmen durchsetzte. Unter dem Eindruck des Korea-Krieges verschärfte sich die ablehnende Haltung der USA weiter und der Druck auf Europa nahm zu; ohnedies schon eingeschränkte Handelsmöglichkeiten (vor allem mit Osteuropa) wurden weiter begrenzt.⁵¹⁹

Die strukturellen Veränderungen des Marshall-Plans

a. „European Cooperation Administration“

In der zweiten Phase des Marshall-Plans, in welcher strukturelle Veränderungen der europäischen Länder bei gleichzeitiger angestrebter wirtschaftlicher Stabilisierung im Vordergrund stehen sollten⁵²⁰, erfuhr das Programm eine erhebliche Veränderung.

⁵¹⁴ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 118.

⁵¹⁵ Ausnahmen bildeten bis Ende 1947 teilweise bedeutende Importe von Rohstoffen. Siehe: Daniel, Dollardiplomatie in Europa. 163f.

⁵¹⁶ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 185f.

⁵¹⁷ Dieser „Act“ stellt eines jener vier Gesetze dar, welche das Sammelgesetz „Foreign Assistance Act of 1948“ – also das Auslandshilfegesetz von 1948 – bildeten. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 100.

⁵¹⁸ Siehe: Ebenda. 83f.

⁵¹⁹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 188-191.

⁵²⁰ Siehe: McGlade, A Single Path for European Recovery? 195. Mittels Steigerung des Außenhandels sollte bei Anpassung an den Weltmarkt letztlich die Dollarlücke effektiv überwunden werden. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 163.

Dies hatte zum einen US-amerikanische, innenpolitische Gründe. Waren die Argumente „Rettung Europas“ und „Schwächung des Kommunismus“ für ein Europäisches Wiederaufbauprogramm im Jahre 1947 noch schlagend gewesen, hatten sie nun an Überzeugungskraft verloren – die kommunistische Einflussnahme war weitestgehend gestoppt und der Wiederaufbau konnte vorangetrieben werden. In dieser Phase verstand es die ECA nun, die Ausrichtung des Programms zu verändern, um weiterhin einen starken politischen Rückhalt zu erreichen und gleichermaßen ihre eigene Macht zu festigen. Dazu wurde nun eine tiefgreifende Integration Europas in den Fokus gerückt und beispielsweise die Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa“ als Ziel dargestellt; die Leitidee wandelte sich daher von einer bevorstehenden kommunistischen Bedrohung hin zu „Europa“ – durch diesen Wandel konnte nun weiterhin die Unterstützung breiter Schichten der Bevölkerung gesichert werden.

Zum anderen bestanden aber auch die bereits angesprochenen wirtschaftlichen Gründe, welche einen Wandel bewirkten. So kam es zu der Auffassung, dass ein anzustrebendes außenwirtschaftliches Gleichgewicht nur durch europäische Integration und Überwindung der Dollarlücke ermöglicht werden könnte; Westeuropa sollte gemäß einer Rede Hoffmans im Oktober 1949 einen gemeinsamen Markt bilden. Dabei war klar, dass die US-Regierung in weiterer Folge den Aufbau eines europäischen Organismus forcieren würde, allerdings nicht eine weitere Stützung einzelner Volkswirtschaften; daher müsse die zukünftige europäische Integration die politische Legitimation für jegliche künftige Hilfe liefern. Zwar erschien dieses Konstrukt den europäischen Politikern einigermaßen fremd und sie reagierten skeptisch, doch war diese Ausrichtung eng mit der materiellen Auslandshilfe verbunden und die Europäer konnten sich so diesem Wandel nicht entziehen.⁵²¹

b. “Organization for European Economic Cooperation”

Neben dieser Veränderung der ECA brachten die Planungen auch eine neue Politik der OEEC mit sich. Gründeten die Überlegungen der ECA auf einer Liberalisierung des innereuropäischen Handels und einer Koordinierung der europäischen Maßnahmen, so zog nun auch die OEEC mit und begann im Sommer 1949 ebenfalls über eine Liberalisierung zu diskutieren, wobei die Handelsrestriktionen abgebaut werden sollten.⁵²² Beschlossen

⁵²¹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 164-169.

⁵²² Siehe: Cini, From the Marshall Plan to EEC. 31. Siehe auch: Hardach, Der Marshall-Plan. 170. So sah beispielsweise eine herausgegebene Schrift vor, dass „durch einen möglichst ungehemmten Handel eine

wurde diese neue Ausrichtung bereits im Juli 1949, wobei jedoch ein möglicher europäischer Solidarprotektionismus eine Absage erhielt, da die Vorgaben und Bestimmungen des „General Agreement on Tariffs and Trade“ (GATT) eingehalten werden sollten.⁵²³

Mittels dieser Liberalisierung konnte nun auch ein Übergang von behördlicher Lenkung hin zu einem marktwirtschaftlichen System in Europa erreicht werden, was der Marshall-Plan letztlich auch gefordert hatte.⁵²⁴ Gefördert wurde die Liberalisierung darüber hinaus auch durch die Gründung der bereits erwähnten „Europäischen Zahlungsunion“ (EZU), gegenüber der – aufgrund der Einführung der innereuropäischen Konvertierbarkeit⁵²⁵ – keine währungspolitischen Bedenken mehr bestehen konnten.

Die OEEC überwachte überdies aber auch die Liberalisierung innerhalb der einzelnen europäischen Staaten; so konnten diese die Liberalisierung kurzfristig aufheben, wurden aber durch die OEEC in dieser Zeit genau überwacht und es konnten wirtschaftspolitische Empfehlungen ausgesprochen werden.⁵²⁶

c. Weitere Entwicklung

Wenn die Integrationspolitik für die USA auch zunehmend unbedeutender wurde, sah die ECA die EZU weiterhin als ersten Schritt in Richtung der europäischen Einigung an – ein Standpunkt, welcher nach Auflösung der ECA auch von der „Mutual Security Agency“ (MSA) weitergeführt wurde⁵²⁷; diese rückte den Aufbau eines gemeinsamen europäischen Marktes in den Fokus; wirtschaftliche Übereinkunft und politische Gemeinschaft sollten nun mehr Beachtung finden. Die europäischen Staaten sahen hingegen mit der Gründung der EZU die Integration weitestgehend als erfüllt an und planten nicht, diese auf ein höheres Niveau voranzutreiben. Der Schritt hin zu einem Konstrukt wie den „Vereinigten

weitgehend europäische Arbeitsteilung und dadurch eine Steigerung der europäischen Produktion und Produktivität“ verwirklicht werden sollte. Siehe: Achterberg, General Marshall macht Epoche. 211.

⁵²³ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 170.

⁵²⁴ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 338.

⁵²⁵ Eben auch diese Entwicklung wurde durch den Marshall-Plan signifikant erleichtert. Siehe: Matis, Stiefel, Die Weltwirtschaft. 40.

⁵²⁶ Aufgrund der eingeschlagenen Politik nahm bald auch der innereuropäische Handel deutlich zu – so betrug dieser 1950 um 37% mehr als 1949 und lag damit um 18% über Vorkriegsniveau. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 177f.

⁵²⁷ Mittels dieser administrativen Umwandlung konnte der Vorrang der einerseits militärischen und andererseits Sicherheitserfordernisse geeigneter durchgesetzt werden. Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 247.

Staaten von Europa“, wie dies die US-Regierung angesprochen hatte, war indiskutabel; der Weg der OEEC hatte so sein Ziel erreicht.⁵²⁸

In dieser Phase trat 1950 der französische Außenminister Robert Schumann hervor und legte einen Plan zur Integration der westeuropäischen Montanindustrie vor.⁵²⁹ Dieser Idee folgten schließlich Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Italien und Deutschland und es kam 1951 zur Gründung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS) – ab 1953 kurz Montanunion genannt.⁵³⁰ War die europäische Integration auch nicht durch die OEEC verwirklicht worden, so führte die Haltung der USA letztlich doch zu einem Konstrukt, auf dem später weitere europäische Integrations Schritte folgen konnten.

⁵²⁸ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 181f.

⁵²⁹ Siehe: Kindleberger, Marshall Plan Days. 87f. Siehe auch: Herbst, Option für den Westen. 74f. Damit kam Frankreich der von den USA geforderten Initiatorrolle nun endlich nach. Siehe: Neuss, Geburtshelfer Europas? 58f. Allerdings lagen die Beweggründe keineswegs in der Bildung eines ideologisch geprägten supranationalen Gebildes, sondern schlicht im machtpolitischen Interesse Frankreichs – dementsprechend wurden auch bereits zuvor getätigte „Avancen“, welche von der BRD ausgegangen waren, nicht angenommen. Siehe: Ebenda. 60-62. Lassen sich auch beispielsweise vier Antriebskräfte der Integration darlegen, nämlich Überwindung zwischenstaatlicher Anarchie, Sicherung der deutschen Frage, Abkehr von gegenseitiger Abschottung der europäischen Märkte und beständigem Verlust an Macht und Konkurrenzfähigkeit, so war zwar sicherlich die deutsche Frage für das Vorgehen Frankreichs entscheidend, jedoch lag die besondere Neuerung dieses Integrationsbestrebens darin, dieses auch ohne Beteiligung Großbritanniens voranzutreiben. Siehe: Loth, Beiträge der Geschichtswissenschaft zur Deutung der Europäischen Integration. 96-98.

⁵³⁰ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 182. Dieses Vorgehen entsprach letztlich in gewisser Weise den Absichten der USA. Siehe: Cini, From the Marshall Plan to EEC. 27. Beziehungsweise lässt sich dies präziser ausdrücken: Die Montanunion und der EGKS-Vertrag entsprachen zwar durchwegs nicht den amerikanischen Vorstellungen, richteten sich gleichzeitig aber auch nicht gegen die US-amerikanischen Interessen, wodurch eine Befürwortung letztlich ermöglicht wurde. Siehe: Neuss, Geburtshelfer Europas? 349.

Ebenso lässt sich dieses Vorgehen aber auch als Entwicklung der gescheiterten vorangegangenen Integrationsversuche ansehen und darüber hinaus als Zeichen der weiterhin bestehenden Vorbehalte und Bedenken Frankreichs gegenüber der westdeutschen Frage bezüglich der europäischen Sicherheit. Siehe dazu: Cini, From the Marshall Plan to EEC. 33.

Der Marshall-Plan in Österreich

Der Marshall-Plan spielt – da er den daniederliegenden Staaten Europas, die dazu selbst nur schwerlich in der Lage waren, die Möglichkeit bot, ihre Produktion wieder in Gang zu setzen – in der europäischen Wirtschaftsgeschichte der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine signifikante Rolle.⁵³¹

Betrachtet man den europäischen Kontext, so war die Rede des US-Außenministers George C. Marshall mehr als eine bloße Zusage an Hilfe für die europäischen Staaten – der Marshall-Plan kam dabei aber weder plötzlich noch trat er unvorbereitet in Erscheinung⁵³², er war vielmehr eingebettet in den ansteigenden Konflikt zwischen zwei Blöcken einerseits und den Aufbau einer neuen, weltumspannenden Marktwirtschaft andererseits.

Aus österreichischer Sicht darf dabei aber sicherlich nicht die Tatsache ausgeklammert werden, dass Österreich vor Anlaufen des Marshall-Plans bereits massive Hilfe aus den USA erhalten hatte; es lässt sich daher folgern, dass das ERP nur als Bündelung ohnedies vorhandener Hilfen fungierte.⁵³³ Allerdings gilt dies vermehrt für die übrigen europäischen Länder; im Gegensatz zu diesen, nahm die Hilfe für Österreich aufgrund der Teilnahme am Marshall-Plan noch zu.⁵³⁴

In der ersten Nachkriegszeit erholte sich der österreichische Außenhandel den Bemühungen zum Trotz nur sehr langsam und schleppend⁵³⁵; auch aufgrund dieser Entwicklung erwartete man sich in Österreich Hilfe aus dem Ausland, welche aber nicht von der Sowjetunion kommen konnte – in der Lage Hilfe zu reichen waren letztlich lediglich die USA.⁵³⁶ Diese Hilfe aus dem Marshall-Plan richtete sich allerdings auf eine

⁵³¹ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 91.

⁵³² Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 55.

⁵³³ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 92. Siehe auch: Fujii, Selling the Marshall Plan in the United States. 39.

⁵³⁴ Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 90.

⁵³⁵ So verschlechterte sich dieser 1947 auf der einen Seite, als die Preise für die Importe stiegen und gleichzeitig die erzielten Preise für die Exporte fielen, andererseits jedoch kam es zu einer Besserung der Zahlen, da die der zweiten Jahreshälfte um 68% über jenen der ersten lagen. Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 135.

⁵³⁶ Diese Meinung vertrat auch Adolf Schärf: die USA und Österreich würden natürliche Bündnispartner darstellen – Österreichs Wohlergehen liege den USA am Herzen. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 74.

gefestigte Selbsterhaltungsfähigkeit hin aus⁵³⁷, wenn das Programm in den ersten Jahren des Bestehens auch als Notstandshilfe angesehen werden muss.⁵³⁸ Wie bereits aus den Worten Marshalls hervorging, waren die USA bereit, Europa im Wiederaufbau zu beraten und finanziell zu unterstützen.⁵³⁹ „Eine solche Unterstützung darf nicht als Mittel betrachtet werden, Europa am Leben zu erhalten, sondern eher als der Funke, der die Maschine wieder in Gang setzen kann.“⁵⁴⁰

In diesem Zusammenhang muss allerdings die Frage gestellt werden, inwieweit der einsetzende Marshall-Plan für Österreich Konsequenzen bereithielt, welche in weiterer Folge mit einer nachteiligen Entwicklung des Staates – vorrangig auf wirtschaftlicher, allerdings verbunden mit dem Kalten Krieg auch auf politischer Ebene – einhergingen. Lässt sich somit letzten Endes, bezüglich der Fokussierung auf Österreich, ein positives, negatives oder nur sehr differenziertes Resümee ableiten und kommt es daher tatsächlich zur bereits angesprochenen „Relativierung des Ruhmes“⁵⁴¹?

Situation vor dem Einsetzen des Marshall-Plans

a. Betrachtung des Status Österreichs durch die USA

Am 3. April 1948 trat das europäische Wiederaufbauprogramm in Kraft. Zu diesem Zeitpunkt litt Österreich noch immer unter den Folgen des Krieges. Aufgrund dieser Lage, wurde Österreich regelmäßig als „Sonderfall“ bezeichnet und anerkannt⁵⁴²; so hatte sich

⁵³⁷ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 136. Der erfolgende Ressourcentransfer muss unter zwei Aspekten betrachtet werden; zum einen die „Dollarseite der Hilfe“ – darunter versteht man die Zuteilung von Devisen, über die Österreich verfügen konnte – und zum anderen die „Schillingseite der Hilfe“, wodurch mehr für Investitionen und Konsum ausgegeben werden konnte, als produziert wurde. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 281.

⁵³⁸ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 439. Siehe auch: Einwitschläger, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 117. Weiters: Bachinger, Matis, Der österreichische Schilling. 204. Sowie: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 54. So verlangte Österreich 1948 in erster Linie nach Lebensmitteln – noch im Winter 1946/47 befand sich Wien nahe einer Hungerkatastrophe – und Rohstoffen, sowie nach Produkten, um die Industrie sowie den Exporthandel wiederaufzubauen. Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 94. Siehe auch: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 19. Weiters: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 136.

⁵³⁹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 9.

⁵⁴⁰ Siehe: Österreichisches ERP-Handbuch. 96 (aus dem Bericht des Harriman-Ausschusses).

⁵⁴¹ Siehe: Niethammer, Arbeiterbewegung im Kalten Krieg. 576f.

⁵⁴² Allerdings zeigten die USA für diese Auffassung deutlich mehr Verständnis als die übrigen westeuropäischen Länder. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 299f.

beispielsweise das Bruttonationalprodukt von 1944 bis 1945 halbiert und betrug nur mehr zwei Drittel des Wertes von 1937.⁵⁴³

Auch die Besetzung durch die Sowjetunion wurde von der US-Regierung als erschwerend betrachtet⁵⁴⁴ und Österreich erhielt höhere Mittel als viele andere Länder aus dem „European Recovery Program“ zugeteilt.⁵⁴⁵

	Netto Auslandshilfe Millionen Dollar	Bevölkerung Millionen Personen	Auslandshilfe pro Kopf Dollar
Belgien/Luxemburg	109,4	8,6	12,3
BRD	1.290,7	69,5	18,6
Dänemark	297,0	4,3	69,0
Frankreich	2.990,3	42,0	71,3
Griechenland	1.015,1	8,0	128,4
Großbritannien	2.699,1	50,6	53,3
Irland	146,2	3,0	48,7
Island	29,7	-	-
Italien	1.388,5	46,3	30,1
Jugoslawien	109,3	16,1	6,8
Niederlande	1.124,3	10,1	111,3
Norwegen	437,2	3,3	136,6
Österreich	909,1	6,9	131,7
Portugal	60,4	8,5	7,1
Schweden	20,4	7,0	2,9
Türkei	301,7	-	-

Tabelle 8: Verteilung der ERP-Hilfe auf die teilnehmenden Staaten⁵⁴⁶

⁵⁴³ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 94. Nach anderer Angabe war das Sozialprodukt in den ersten Nachkriegsjahren auf ein Drittel bis auf die Hälfte des Vorkriegsniveaus zurückgegangen. Siehe dazu: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 7.

⁵⁴⁴ Tatsächlich war die allgemeine Situation der Besetzung für Österreich bedrückend – so beklagte sich Vizekanzler Schärf am 8. November 1946 anlässlich einer Pressekonferenz während eines London-Besuchs über das Besatzungsregime sowie die hohe Flüchtlingszahl in Österreich. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 289.

⁵⁴⁵ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 94. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 281.

⁵⁴⁶ Entnommen aus: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 90. Die gesamte ERP-Hilfe, welche an Österreich floss, wird mit durchaus unterschiedlichen Zahlen angegeben und beträgt zwischen 914 und 989 Millionen US-Dollar, wobei die unterschiedlichen Grundlagen der Berechnung diese erschweren. Nach ERP-Warenlieferungen beträgt die Summe 14,7 Milliarden Schilling; jene aus den Counterpart-Mitteln etwa weitere 8,6 Milliarden. Siehe dazu: Hofbauer, Westwärts. 150f. Des Weiteren wirkte bereits während der Laufzeit des Programms der Verrechnungszeitraum für die österreichische Administration verwirrend – so wurden die Jahre immer von Juli bis Juni berechnet, um dermaßen dem Haushaltsplan der USA – und somit gleichzeitig auch jenem des ERP – gerecht zu werden. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 209.

Österreich berief sich in weiterer Folge auch immer wieder auf die Tatsache, ein „Sonderfall“ zu sein und baute diese Position in der Begründung auf fünf Aspekte auf:

- Österreich war von der Einfuhr von Lebensmitteln und Kohle abhängig, da die vorherrschende Situation eine Eigenversorgung nicht zuließ,
- der traditionelle Warenaustausch mit den Nachfolgestaaten der Monarchie war weitestgehend begrenzt und die interindustrielle Verflechtung mit der deutschen Wirtschaft unterbrochen,
- die Problematik der Besetzung Österreichs schränkte dessen wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum stark ein,
- die Besatzungskosten und die Gebarung vor allem der Sowjetunion in Ostösterreich verringerte das Nationalprodukt signifikant,
- Hilfslieferungen, die in die sowjetisch besetzte Zone erfolgten, konnten nicht nach den geltenden Vorschriften kontrolliert werden, was letzten Endes sogar zum Ausschluss mancher Waren – aufgrund der vorherrschenden Embargopolitik – führte.⁵⁴⁷

Als weiterer Aspekt wurde die Stellung Österreichs im Ost-West-Gefüge dargestellt. So wurde argumentiert, dass Österreich zwar von von sowjetischen Truppen besetzt wäre, sich daraus allerdings kein Satellitenstaatsgefüge entwickelt hätte.

Diese Sichtweise war jedoch bereits in früheren Diskussionen zu Tage getreten – so war Österreich gleichsam Opfer des nationalsozialistischen Deutschlands gewesen, als es aber auch Mitverantwortung für den Krieg besaß und es war demzufolge ebenso befreit als auch besetzt; daher ließ sich abschließend eine eindeutige Einordnung Österreichs nicht treffen und es besaß einen mehrdeutigen Status.⁵⁴⁸

Österreich war sich dieser Stellung allerdings durchaus bewusst; um eine möglichst hohe Hilfe zu erreichen, war es somit letztlich auch notwendig, die geopolitische Situation, in welcher sich Österreich befand hervorzuheben.⁵⁴⁹

⁵⁴⁷ Siehe dazu: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 88f. Siehe auch: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 51f.

⁵⁴⁸ Siehe: Lewis, Auf einem Seile tanzen. 298f.

⁵⁴⁹ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 338. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 91.

Für die USA stellte Österreich dabei aber bereits nach Kriegsende eine „key area“ dar und es bestanden die größten strategischen und politischen Interessen, Österreich nicht in den Einflussbereich der Sowjetunion gleiten zu lassen – letztlich hätte nämlich eine derartige Machtkonsolidierung im Donau- und Balkanbereich die US-Position in Italien, Deutschland aber auch der Tschechoslowakei erheblich geschwächt.⁵⁵⁰ Auch konnte erst durch das zentraleuropäische „Bollwerk Österreich“⁵⁵¹ die aufzubauende Achse Bonn-Mailand/Turin-Rom entstehen.⁵⁵²

Ebenso wurde seitens der USA allerdings darüber diskutiert, eine Teilung Österreichs in Einflussphären zuzulassen – Aktualität erhielt diese Kontroverse auch im Zuge der Überlegungen zum Neutralisationsplan.⁵⁵³

Letztlich wurde eine mögliche Teilung allerdings als Gefährdung betrachtet; in einem Bericht vom 8. September 1948 – verfasst von John G. Erhardt, dem Political Advisor und Chef der diplomatischen Vertretung der USA in Österreich – wurden dahingehend Vor- wie Nachteile dazu angeführt. So würde die Sowjetunion zwar den Einfluss auf Westösterreich verlieren und gleichzeitig eine Kriegsgefahr eingehen, da die westlichen Alliierten aus Wien verdrängt werden würden, jedoch käme es ebenso zu einer Ausweitung ihres Einflussbereiches bis zur Enns und zu einer wirtschaftlichen Integration Ostösterreichs in den Apparat der Sowjetunion selbst.⁵⁵⁴

Für die USA hingegen lägen die Vorteile dieser Teilung zwar in einer Vereinfachung der Organisation, möglicherweise engeren wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bizone Deutschlands und Westösterreichs, sowie in den Nachteilen der Sowjetunion, allerdings würde der Verlust Wiens ebenso einen Nachteil für die USA darstellen, wie die Erhöhung der Spannungen zur Sowjetunion. Auch die sowjetischen Vorteile, die aus einer solchen Teilung resultieren würden und der Verlust der strategischen Position Österreichs müssten als Nachteile für die USA angesehen werden. Letztlich müsste daher eine Teilung

⁵⁵⁰ Siehe: Einwitschläger, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 98. Siehe dazu auch: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 86.

⁵⁵¹ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 175. Diese Bezeichnung prägte beispielsweise General Geoffrey Keyes, der somit die hohe Bedeutung Österreichs für eine Einbindung in den Marshall-Plan hervorstrich. Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 133.

⁵⁵² Siehe: Hofbauer, Westwärts. 175.

⁵⁵³ Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 282.

⁵⁵⁴ Siehe: Ebenda. 282-284. Siehe auch: Einwitschläger, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 155f.

Österreichs – schon alleine aus rein politischen Überlegungen – verhindert und ein unabhängiges Österreich angestrebt werden.⁵⁵⁵

Dafür sprachen auch drei grundsätzliche Überlegungen: erstens würde eine Teilung Österreichs in Europa als Triumph der Sowjetunion respektive ihrer Machtpolitik aufgefasst werden; zweitens würde die Aufrechterhaltung Österreichs die antikommunistischen Kräfte in Europa zwar nicht direkt unterstützen, jedoch ermutigen und drittens sei die Machtposition der Sowjetunion in Österreich ohnedies nicht sonderlich stark ausgeprägt.⁵⁵⁶ So resümierte Erhardt abschließend: „Consequently there would seem to be no compelling necessity for the West to surrender to the USSR its important strategic position in Eastern Austria.“⁵⁵⁷

b. Öffentliche Meinung in Österreich

Im Laufe des Jahres 1946 war man von österreichischer Seite aus dazu übergegangen, bilaterale Kompensationsabkommen zu schließen, bis Ende 1947 Abkommen mit „der Schweiz, Großbritannien, Belgien, Holland, Schweden, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und der britisch-amerikanischen Zone Deutschlands“, sowie der Tschechoslowakei, Italien und Polen bestanden.⁵⁵⁸

Die Teilnahme am ERP hingegen stellte keinesfalls schlicht ein weiteres bilaterales Abkommen dar, sondern repräsentierte einen, vor allem öffentlich, signifikanten Schritt hin zum politischen Westen. Dieses Vorgehen Österreichs – die Annahme des Marshall-Plans unter Einbeziehung der westintegrativen Bedingungen – wurde in Österreich prinzipiell von einer breiten Basis begrüßt. So konnten die Vertreter der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) die ideologischen Muster befürworten, da sich deren politische Ausrichtung mit den grundlegenden Überlegungen des Marshall-Plans weitestgehend in Deckung bringen ließ – der Marshall-Plan stand somit für diese außer Zweifel.⁵⁵⁹

⁵⁵⁵ Siehe: Einwitschläger, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 155-157.

⁵⁵⁶ Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 284.

⁵⁵⁷ Siehe: Einwitschläger, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 157.

⁵⁵⁸ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 134.

⁵⁵⁹ Abweichende Meinungen bildeten eine Minderheit. Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 310.

Die Vertreter der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) hingegen, sahen im Programm einen ersten Schritt hin zu einer „europäischen Planwirtschaft“⁵⁶⁰, welche als erstrebenswert angesehen wurde, da so soziale Konflikte und Klassenkämpfe vermieden werden sollten.⁵⁶¹ Weitere Ziele, die verfolgt oder unterstützend aufgegriffen werden konnten, waren die Abwehr einer kommunistischen Bedrohung sowie die Integration Österreichs in einen neuen und offenen Weltmarkt⁵⁶², bei gleichzeitiger Vermeidung von autoritärer Unternehmerpolitik, wie sie im Zuge der Ersten Republik entstanden war.⁵⁶³ Innerparteilich kam darüber hinaus die Diskussion um die so genannte „Dritte Kraft“ auf – diese sollte einen weiteren Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus darstellen und letzten Endes in ein Konstrukt der „Vereinigten Sozialistischen Staaten in Europa“ münden⁵⁶⁴; der Marshall-Plan wurde daher als Mittel zum Zweck stilisiert und befürwortet.⁵⁶⁵

Ebenso sprach sich der 1945 gegründete Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) positiv zum Marshall-Plan aus, nicht zuletzt, da dieser trotz formaler Drittelparität eine deutliche Dominanz der sozialdemokratischen Verbände aufwies. Daher war es naheliegend, auch der SPÖ-Linie zu folgen, weshalb das ERP von Beginn an – grundsätzlich vorbehaltlos – unterstützt wurde⁵⁶⁶. Eine solche Befürwortung hatte vor

⁵⁶⁰ In einer späteren Phase wurde der Marshall-Plan auch direkt mit dem Wirtschaftswunder Westeuropas in Zusammenhang gebracht und es wurde beispielsweise durch den Wirtschaftspublizisten Karl Ausch dargelegt, dass sich Westeuropa ohne Marshall-Plan-Hilfe ähnlich den Oststaaten entwickelt hätte. Siehe dazu: Hofbauer, Westwärts. 171.

⁵⁶¹ Damit deckten sich deren Argumente pro Marshall-Plan im weitesten mit jenen der sozialistischen Gewerkschafter – neben einer anti-kommunistischen Ausrichtung des ERP konnte so ein Weg von den Klassenkämpfen hin zur Klassenkooperation erzielt werden – der Lebensstandard amerikanischer Arbeiter konnte diesfalls als Vorbild dienen und die Deckung des Bedarfs an Kapital und die Bewerkstelligung des österreichischen Wiederaufbaus rechtfertigen. Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 339-342.

⁵⁶² Siehe: Weber, Die österreichische Sozialdemokratie zu Beginn des Kalten Krieges. 181. Allerdings wurde von den Sozialisten die Einbeziehung Österreichs in den Ost-West-Konflikt deutlich abgelehnt; wurde diese Position noch 1947 eher zurückhaltend bezogen und erklärte Schärf lediglich, er hoffe, „daß [sic!] es Österreich möglich sein wird, [...] seinen Platz [...] in einer Gemeinschaft freier Nationen einzunehmen“, so wurde diese Linie bis zum März 1948 immer energischer vertreten. Schärf erklärte am 19. März, dass die SPÖ „für eine Teilnahme Österreichs am Marshallplan [eintrete, ...] aber gleichzeitig auch auf die besondere Lage Österreichs [hinweise], die eine politische und wirtschaftliche Neutralität gegenüber den Blöcken der Großen erfordert.“ Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 251f.

⁵⁶³ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 170.

⁵⁶⁴ Die geringe integrative Kraft, zunächst von OEEC und später MSA, konnte eine solche Überlegung allerdings letzten Endes unmöglich verwirklichen. Siehe: Niethammer, Arbeiterbewegung im Kalten Krieg. 578.

⁵⁶⁵ Siehe: Weber, Die österreichische Sozialdemokratie zu Beginn des Kalten Krieges. 182.

⁵⁶⁶ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 172. Diese Einschätzung trifft auf die christlichen Gewerkschafter zu, da diese keinerlei Bedenken ideologischer Natur gegen den Marshall-Plan hegten und auf die sozialistischen Gewerkschafter, da sie der SPÖ-Linie wie bereits erwähnt folgten; Ablehnung kam auch hier lediglich von den kommunistischen Gewerkschaftern, welche den Marshall-Plan kategorisch und kompromisslos ablehnten. Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 337.

allem bei den US-amerikanischen Stellen große Erleichterung ausgelöst, da diese die gewerkschaftliche Zustimmung als Bedingung für das ERP auffassten, da deren Verbände, sowohl in den USA als auch in den teilnehmenden europäischen Staaten selbst, das Programm in den Kreisen der Arbeiterschaft durchzusetzen hatten.⁵⁶⁷

In bedeutendem Umfang lehnten einzig die Vertreter der Kommunistischen Partei (KPÖ) den Marshall-Plan ab und brachten offen Ablehnung vor, welche auch in Zeitungskampagnen Verbreitung fand.⁵⁶⁸ Die KPÖ vertrat darin anfänglich die Meinung, dass sich der Marshall-Plan „in Dunst und Rauch“ auflösen würde. Als jedoch die weitere Bedeutung ersichtlich wurde, sah man diesen als Versuch der USA, Österreich zur US-amerikanischen Kolonie zu degradieren⁵⁶⁹ und somit den Marshall-Plan als ein Instrument des amerikanischen Imperialismus an; es würde zu einer „Marshallisierung“ Österreichs kommen.⁵⁷⁰

Aus diesen Überlegungen heraus kam es zu einer Propagandakampagne gegen den Marshall-Plan in der „Österreichischen Volksstimme“, dem KPÖ-Zentralorgan und jenem der Sowjetunion in Österreich, „Österreichische Zeitung“. Vor allem folgende Argumente wurden in der Folge vorgebracht: erstens würde Österreich seine Souveränität aufgrund der eingegangenen Bedingungen durch das bilaterale Abkommen verlieren und es müsse zu einer Unterwerfung Österreichs kommen; zweitens würde Österreich in einen so genannten Marshall-Block einbezogen, was sich zunächst in wirtschaftlichen und politischen, später allerdings auch in militärischen Verpflichtungen zeigen würde; drittens wären die ERP-

⁵⁶⁷ Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 309. Auf europäischer Ebene kam es, gemäß den Anforderungen der Administration rund um den Marshall-Plan, im Bezug auf die Gewerkschaften zu einer Internationalen Konferenz im März 1948 – auf dieser stellten die teilnehmenden Verbände letzten Endes durch eine 15-Punkte-Erklärung fest, dass „das amerikanische Hilfsangebot keine unangenehmen Bedingungen enthält und daß [sic!] es insbesondere keine Eingriffe in die internen Angelegenheiten irgend eines der teilnehmenden Staaten geben wird“; weiters sähe die Konferenz „ohne amerikanische Hilfe [...] nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten auf dem Weg zur Wiederherstellung des europäischen Wirtschaftssystems [...]“ – eine weitgehende Befürwortung des Marshall-Plans konnte trotz erfolgter anderweitiger Stimmen – von vor allem kommunistischen Verbänden – sichergestellt werden. Siehe: Ebenda. 312-314.

⁵⁶⁸ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 72f. Siehe auch: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 116, 141. Dabei war die Haltung der KPÖ bis September 1947 zurückhaltend – ab dann allerdings lässt sie sich als Marshall-Plan-feindlich umschreiben. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 175.

⁵⁶⁹ Siehe: Weber, Die österreichische Sozialdemokratie zu Beginn des Kalten Krieges. 185. Anfänglich war die Haltung der KPÖ sogar teilweise von einer positiven Grundstimmung begleitet – so meinte man, die kommunistischen Kräfte seien stark genug, die versprochenen Milliarden zu „verdauen“ – als die Position der Sowjetunion klar wurde und die KPÖ ihre Meinung daher abänderte, befand sich Österreich allerdings bereits im Prozess der Westorientierung. Siehe: Pelinka, Der Marshall-Plan und die österreichische politische Kultur. 253.

⁵⁷⁰ Siehe: Schröder, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland. 331.

Hilfen lediglich bezahlte Geschenke, da die Weltmarktpreise, die für Güter erzielt werden müssen, über dem Preisniveau in Österreich liegen würden und die gesperrten Schillingbeträge würden weiters eine Deflationsgefahr beinhalten. Als weitere Gründe wurden angeführt, dass es zu einer Einfuhr von nicht notwendigen Gütern kommen, sowie die Fertigungsproduktion zurückgedrängt werden würde; Österreich überhöhte Preise für die Importe aus dem ERP zu begleichen hätte, wobei dieses Niveau bei Rückgriff auf Güter aus den osteuropäischen Staaten gedrückt werden könnte; ebenso könnten letztlich die Kalorienwerte nicht genügend angehoben werden und es käme zu einer unzureichenden Zuteilung an US-Dollar.⁵⁷¹

Um den Marshall-Plan allerdings nicht nur verbal zu attackieren, sondern auch ein Alternativprogramm darzubieten, stellte die KPÖ ein Drei-Jahres-Programm in Aussicht, durch welches Österreich von Ost-Europa Unterstützung erfahren sollte.⁵⁷² Als Ziele wurden die Steigerung der industriellen Produktion um 15% und der agrarischen Produktion um 3% sowie eine Vergrößerung des Nationaleinkommens um 10% jeweils in Relation zum Wert von 1937 vorgestellt; der Plan sollte ein Investitionsvolumen von 18 Milliarden Schilling besitzen⁵⁷³ und Österreich die Sicherung solider, ernster und wirklicher Unabhängigkeit bieten.

Vor allem die zuständigen US-amerikanischen Stellen taten diesen Plan allerdings in der weiteren Folge als Propagandamittel ab und schenken ihm nur geringe Bedeutung⁵⁷⁴; auch die österreichische Bundesregierung sah aufgrund der vorgesehenen, durchaus erheblichen, Ostintegration darin keine diskutabile Alternative und verwarf dieses Angebot bereits frühzeitig.⁵⁷⁵

Eine weitere Gruppierung, welche dem Marshall-Plan ablehnend gegenüber stand, war jene der „Demokratischen Union“ (DU). Diese war 1945 vorerst als Verein gegründet worden und bestand zum überwiegenden Teil aus bürgerlichen, ehemaligen Widerstandskämpfern. In ihrer Konzeption sprach sich die DU für eine Abwehr der kontinuierlichen Westintegration aus, weiters ebenso für die strikte Neutralität Österreichs,

⁵⁷¹ Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 288-294

⁵⁷² Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 116. Vorgestellt wurde dieses Programm letztlich auf einer Konferenz des Zentralkomitees im März 1948 durch den Generalsekretär der Kommunistischen Partei. Siehe: Ebenda. 142.

⁵⁷³ Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 297.

⁵⁷⁴ Siehe: Schröder, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland. 332f.

⁵⁷⁵ Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 299-301.

sowie einen Ausbau des Handels mit dem Osten.⁵⁷⁶ Letztlich erlangte diese Gruppierung allerdings keine übermäßige Zustimmung seitens der Bevölkerung und war somit nicht in der Lage, die angestrebten Ziele zu verwirklichen.⁵⁷⁷

Dass aufgrund dieser überwiegend positiven Grundstimmung für die Pläne der USA die Bildung eines wirtschaftlich unabhängigen Österreichs keine nennenswerte Diskussion erfuhr, lässt sich beispielsweise mit den Erfahrungen bezüglich der Lebensunfähigkeitsdebatten nach dem Ersten Weltkrieg erklären⁵⁷⁸, sowie mit den groß angelegten Propagandakampagnen seitens der US-Administration.⁵⁷⁹

c. Erste Planungen seitens der USA

Österreich war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Zonen aufgeteilt worden, wobei die sowjetisch besetzten Gebiete Niederösterreich, das Burgenland, sowie Teile Oberösterreichs und Wiens umfassten. Durch den bereits erwähnten Aufbau des USIA-Apparates zur sowjetischen Bewirtschaftung in dieser Zone kam es seitens der USA zu unterschiedlichen Überlegungen und Maßnahmen, um diesem Konstrukt effektiv begegnen zu können.⁵⁸⁰ Dieses Vorgehen führte letztlich zur Benachteiligung der Ostzone und wurde mit dem Begriff „containment by integration“ – Eindämmung mittels Westintegration – umschrieben.⁵⁸¹ Dabei sollte das Vorgehen der Sowjetunion in Österreich damit neutralisiert werden⁵⁸², dass Österreich von den USIA-Betrieben unabhängig werden sollte. Dieser so genannte „Neutralisationsplan“⁵⁸³ sah nun mehrere Schritte vor, die von Österreich mit Unterstützung durch die USA umgesetzt werden sollten.

⁵⁷⁶ Siehe: Enderle-Burcel, Josef Dobretsberger. 131.

⁵⁷⁷ Siehe: Ebenda. 138f.

⁵⁷⁸ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 73.

⁵⁷⁹ Letztlich entsprach es der Planung, dass fünf Prozent der ERP-Mittel für die Informations- und Propagandamaschinerie aufgewandt wurden. Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 63.

⁵⁸⁰ In den USA hegte die politische Elite rasch die Befürchtung, Österreich könnte durch das Vorgehen der Sowjetunion unter deren Einfluss geraten – 1947 sah man die Gefahr, dass Österreich eine Last für die internationale Gemeinschaft werden könne, Außenminister Marshall sprach gar von einer möglichen Marionette Österreich. Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 67f.

⁵⁸¹ Siehe: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 122.

⁵⁸² Der Plan der USA sah dabei ein der Sowjetunion gegenüber offensives Auftreten vor, welches Vorteile für den Standpunkt der USA mit sich bringen und die Stellung der Sowjetunion nachhaltig beeinträchtigen sollte. Siehe: Einwitschläger, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 61-65.

⁵⁸³ Siehe: Komlosy, Zeiten und Reichweiten. 759.

Zunächst sollte durch die US-Regierung der Aus- und Aufbau von Industrie in Westösterreich finanziell forciert werden, um so die Monopolstellung der USIA-Betriebe in Ostösterreich zu durchbrechen; um dies zu bewerkstelligen sollte Österreich so viel Wirtschaftshilfe erhalten, dass der Bedarf an Rohmaterialien und Gütern, welche bislang von der USIA kontrolliert wurden, gedeckt werden könnte – somit sollten die sowjetisch-bewirtschafteten Betriebe gezielt „ausgehungert“ werden.⁵⁸⁴

Weiters sollten die Produkte dieser Betriebe in einem ersten Schritt erfasst und anschließend zurückgedrängt werden, indem die österreichische Regierung die Zuteilung des Rohmaterials drosseln und darüber hinaus sicherstellen sollte, dass auch andere heimische Firmen die derartigen Belieferungen einstellen würden. Auch sollte Österreich dafür Sorge tragen, dass heimische Geldinstitute vermehrt westösterreichische Firmen und Industrien im Gegensatz zu ostösterreichischen USIA-Betrieben unterstützen sollten. Gemeinsam mit den USA würden schließlich die übrigen westeuropäischen Länder dazu aufgefordert werden, deren Bezug von USIA-Waren möglichst einzuschränken – ebenso sollte die österreichische Bevölkerung die USIA-eigenen Läden vermehrt meiden. Mittels dieses Vorgehens, welches etwa 27 Millionen Dollar kosten würde, sollte erreicht werden, dass diese Art der Bewirtschaftung für die Sowjetunion möglichst unrentabel werden und so letztlich das kommerzielle Interesse in Österreich aufgegeben werden würde.⁵⁸⁵ Es handelte sich daher nicht um einen Plan für gesamt Österreich, sondern vielmehr um ein durchdachtes System, um die sowjetische Wirtschaftspolitik in Ostösterreich zurückzudrängen und so Österreich letzten Endes stärker an den Westen zu binden.⁵⁸⁶

Der Neutralisationsplan wurde in weiterer Folge durchaus heftig diskutiert und es kamen auch Gegenmeinungen auf, welche Nachteile für die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs sahen⁵⁸⁷; auch die Fragen, inwieweit der vorgeschlagene Plan aber das ERP betreffen könnte, beziehungsweise in welcher Relation diese stehen würden, wurden

⁵⁸⁴ Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 269. Siehe auch: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 122.

⁵⁸⁵ Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 134f.

⁵⁸⁶ Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 270.

⁵⁸⁷ Siehe Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 135-138.

aufgeworfen⁵⁸⁸ – letztlich wurden aber diese Überlegungen durch das Einsetzen des Marshall-Plans hinfällig.⁵⁸⁹

Nun wurde allerdings die ursprüngliche Planung modifiziert und es wurde festgelegt, dass keine Hilfsgüter an die sowjetischen Betriebe fließen respektive Rohmaterialien nur unter der Bedingung angeliefert werden dürften, dass das Endprodukt in Österreich verblieb und nicht nach Osteuropa gelangen würde – dieses Vorgehen wurde in einem „Strategic Control Plan“ festgeschrieben⁵⁹⁰, welcher so die österreichischen Wirtschaftskontakte mit dem Osten reglementieren und überwachen sollte. Gleichzeitig wurden in Westösterreich Ersatzfabriken geschaffen, um die Vormachtstellung der USIA-Betriebe derart zu durchbrechen⁵⁹¹ und es sollte der österreichische Wiederaufbau von Produkten dieser Betriebe unabhängig werden – damit kam es von einer offensiven Planung zu einer defensiven, die verhindern sollte, dass Österreich Zugeständnisse an die Sowjetunion machen müsse, um an deren Waren zu gelangen.⁵⁹²

Von einer völligen Abwendung von der sowjetischen Zone und damit dem Osten Österreichs seitens der USA, wurde allerdings bereits früh durch General Geoffrey Keyes gewarnt. Dieser meinte, dass in einem solchen Falle die Sowjetunion die Produkte aus ihrer Besatzungszone – vor allem Niederösterreichs – dem restlichen Staat verwehren würden, was letztlich eine höhere Hilfsanstrengung durch die USA bedingen würde.⁵⁹³

⁵⁸⁸ Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 274.

⁵⁸⁹ Siehe: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 122. Nicht zuletzt aber auch deshalb, weil die drei essentiellen Bedingungen des Plans keine genügende Unterstützung oder Realisierung erfahren hatten; weder unterstützte die Bundesregierung den Plan vollends, noch reihte ihn Washington unter einem genügend hohen Wert ein und es standen darüber hinaus auch die erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung. Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 274.

⁵⁹⁰ Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 285. Siehe auch: Komlosy, Zeiten und Reichweiten. 759. Weiters: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 138.

⁵⁹¹ Siehe: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 122f. Siehe auch: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 285. Der Marshall-Plan bot letztlich die Möglichkeit, die Industriebetriebe in Westösterreich zu stärken und stellte damit für die USIA-Betriebe gleichzeitig einen Wettbewerbsnachteil dar. Siehe dazu: Einwitschläger, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 179. Ebenso kam es aber durch dieses Vorgehen letzten Endes auch zu einer abermaligen Benachteiligung Ostösterreichs. Siehe: Komlosy, Die niederösterreichische Wirtschaft in der Zweiten Republik. 344f. Beispielsweise kam es zur Finanzierung einer 75.000 US-Dollar teuren Rohrschweißmaschine für die Steyr-Daimler-Puch AG in Graz durch ERP-Mittel, um so eine direkte Konkurrenz zu USIA-Betrieben im Osten Österreichs zu schaffen; ein solches Vorgehen war letztlich bestimmend für die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Betriebe. Die „Austrian Business“ verlautete diesbezüglich: „This purchase should virtually break the USIA monopoly for welded tubes“. Siehe dazu: Hofbauer, Westwärts. 157.

⁵⁹² Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 138f.

⁵⁹³ Siehe: Ebenda. 92.

Des Weiteren hatten die USA bereits 1947 im Zuge vorangegangener Hilfsprojekte prinzipiell festgelegt, dass eine Nicht-Einbindung Ostösterreichs für die Sowjetunion einen legitimen Grund darstellen würde, Österreich letzten Endes zu teilen.⁵⁹⁴

d. Einsetzende Entwicklung in Ostösterreich

Als Folgen der Entwicklung der Nachkriegszeit kam es zu einem ökonomischen Abschwung Ostösterreichs, welcher vorrangig durch drei Aspekte bedingt wurde:

- die Situation um die sowjetische Bewirtschaftung in deren Besatzungszone,
- die gezielte einseitige Vergabe von ERP-Hilfe,
- die deutliche Westorientierung der österreichischen Wirtschaft als Resultat des einsetzenden Ost-West-Konflikts.⁵⁹⁵

Die Unsicherheit, welche durch die sowjetische Besatzung in deren Zone ausging, führte nicht zuletzt dazu, dass Betriebe aus dieser in das westliche Österreich abwanderten⁵⁹⁶ oder zumindest in den westlichen Zonen Österreichs Zweigwerke gegründet wurden⁵⁹⁷ – ebenso kam es zu einer Bevölkerungsverschiebung, welche diese betrieblichen Abwanderungen mit sich brachte.⁵⁹⁸

	1937	1947	1954
Ostösterreich (Wien, NÖ, Bgld.)	60%	49%	46%
Westösterreich	40%	51%	54%

Tabelle 9: Verteilung der Industriebeschäftigten.⁵⁹⁹

⁵⁹⁴ Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 105. Vielmehr kam es auch in Ostösterreich zu ökonomischer Intervention, um so eine klare territoriale Trennung zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei zu schaffen, welche letztlich der vertretenen These eines „Bollwerks Österreich“ entsprach. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 175f.

⁵⁹⁵ Siehe: Fraberger, Stiefel, „Enemy Images“. 72f.

⁵⁹⁶ Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 21f. Siehe auch: Gerhard Melinz, Jenseits des Reichtums. Existenzbedingungen zwischen Lohnarbeit, Arbeitslosigkeit und Armut in Niederösterreich (1918-1995). In: Peter Melichar, Ernst Langthaler, Stefan Eminger (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 2: Wirtschaft (Wien/Köln/Weimar 2008) 469-506, hier: 491.

⁵⁹⁷ Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 284. Siehe auch: Komlosy, Zeiten und Reichweiten. 761.

⁵⁹⁸ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 137. Durch diese Entwicklung wurde Niederösterreich zu einem „Abwanderungsgebiet“. Siehe: Mueller, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1945-2005. 112.

⁵⁹⁹ Entnommen aus: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 98.

	1947	1951
Österreich	121	174
Niederösterreich	88	134

Tabelle 10: Industriebeschäftigtenindex [1937=100]⁶⁰⁰

Allgemein betrachtet, ging die Bevölkerungszahl in Ostösterreich zwischen 1934 und 1951 um 389.000 Personen zurück – in Wien um 16,5%, in Niederösterreich um 3,2% und im Burgenland um 7,8% –, während die westlichen Bundesländer einen Zustrom von 563.000 Personen oder 18,5% verzeichnen konnten.⁶⁰¹

War die sowjetische Besatzungszone, welche Niederösterreich, das Burgenland sowie Teile Oberösterreichs und Wiens umfasste, während des Krieges nicht ohnehin schon besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen worden⁶⁰², so wurde diese nun auch noch ein weiteres Mal benachteiligt. So entfielen nur etwa 19% der eingesetzten Hilfsmittel auf diese Gebiete – der Rest auf den Westen und Süden Österreichs, welcher dadurch eine erhebliche Aufwertung erfahren konnte.⁶⁰³ Auch die Freigaben der Counterpart-Mittel wurden vorrangig in den westlichen Besatzungszonen erteilt, sodass es abermals zu einer Verschlechterung der Situation im Osten Österreichs kam. Dieses Vorgehen wurde seitens der zuständigen Behörden auch klar und deutlich mit der Anwesenheit der Roten Armee

⁶⁰⁰ Entnommen aus: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 112.

⁶⁰¹ Siehe: Ebenda. 111. Dabei lässt sich feststellen, dass – alleine in Niederösterreich – die Bevölkerungszahl ab der späten Kriegsphase bis in die erste Nachkriegszeit (zwischen 1939 und 1951) um etwa 55.000 zurückging, wobei zwei Drittel davon auf die Wanderungsbilanz entfielen. Siehe: Andreas Weigl, Von der Stagnation zu neuer Dynamik. Die demographische Entwicklung. In: Peter Melichar, Ernst Langthaler, Stefan Eminger (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 2: Wirtschaft (Wien/Köln/Weimar 2008) 1-49, hier: 36f. Dies bedeutete zwischen 1939 und 1951 eine jährliche Veränderungsrate von –2,21%. Siehe dazu: Ebenda. 2f. Auch in der Beschäftigtenmigration kam es zu einem deutlichen Unterschied zwischen Ost und West – arbeiteten im Vergleich zum Jahr 1936 (=100) 1958 in Oberösterreich 354 und in Salzburg 350 Menschen, so betrug diese Zahl in Wien 175, in Niederösterreich 168 und im Burgenland 152. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 158.

⁶⁰² So waren im Osten Österreichs etwa 60% der Gleisanlagen zerstört worden, während dies in Westösterreich circa 30% betraf. Darüber hinaus war es in Ostösterreich durch den Krieg zu Zerstörungen im Wert von etwa 1,3 Milliarden Schilling (Wert 1945) gekommen und in Westösterreich zu solchen im Wert von circa 100 Millionen Schilling – auf Ostösterreich waren somit etwa 93% der Schäden entfallen. Siehe: Fraberger, Stiefel, „Enemy Images“. 70f. Siehe auch: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 111f. Weiters waren alleine in Wien 86.000 Wohnungen zerstört worden – dies entsprach beinahe der Hälfte der in ganz Österreich zerstörten oder beschädigten Wohnungen. Siehe: Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 12.

⁶⁰³ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 97f. Siehe auch: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 123. Nach anderen Angaben erhielten Wien, Niederösterreich und das Burgenland nur etwa 16,5% der ERP-Gelder, wenn in diesen Ländern Österreichs auch 46% der österreichischen Arbeiterschaft tätig waren. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 158. Eben dieses Bild – einer Westverschiebung der Wirtschaft durch die Verteilung der ERP-Mittel – ergibt sich auch bei genauerer Betrachtung des Wiederaufbaus im Fremdenverkehr. Siehe dazu: Bischof, Der Marshall-Plan und die Wiederbelebung des österreichischen Fremdenverkehrs nach dem Zweiten Weltkrieg. 134. Siehe auch: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 46f.

im Osten Österreichs, sowie darüber hinaus mit dem Apparat der USIA-Bewirtschaftung begründet.⁶⁰⁴

	Bevölkerung	Hilfe
Wien	23	6
Sowjetzone	28	13
Westliche Zonen	49	81

Tabelle 11: Verteilung von Counterpart-Freigaben nach Zonen 1948-1952 [%]⁶⁰⁵

Betrachtet man die Summe, die sich Pro-Kopf aus den Hilfsmitteln des ERP berechnen lässt, so betrug diese in Salzburg 66.000 Schilling, in Kärnten 28.000, in Oberösterreich 21.800 und in der Steiermark 14.600 Schilling – auf Niederösterreich hingegen entfielen etwa 5.500 und auf Wien gar nur knapp 5.000 Schilling⁶⁰⁶; Niederösterreich und somit ein Teil der sowjetischen Besatzungszone erhielt daher nur etwa 6,2% der ERP-Mittel zugesprochen⁶⁰⁷, während gleichsam Wien, Niederösterreich und das Burgenland zusammengenommen nur etwa 16,5% der gesamten ERP-Gelder erhielten – im Gegensatz dazu entfielen auf Oberösterreich und Salzburg, obwohl nur etwa 22% der Arbeiter beschäftigt wurden, gar 44% aller ERP-Mittel.⁶⁰⁸

Zieht man weiters die gesamten ERP-Hilfen über die Laufzeit des Programms bis Ende des Jahres 1952 für Österreich heran, so erhielt Westösterreich 75 % der ERP-Hilfe im Wert von 538,6 Millionen und gar 92% der Counterpart-Hilfen im Gesamtwert von 504,6 Millionen US-Dollar; Ostösterreich erhielt dementsprechend nur etwa 25% der ERP-Hilfen und gar nur 8% der Counterpart-Hilfen zugeteilt.⁶⁰⁹

Damit einher ging aber auch noch ein weiterer Aspekt einer Benachteiligung der Ostzone; erhielt diese, wie beschrieben, nur einen geringen Anteil der Marshall-Plan-Gelder, so mussten die gesamtösterreichischen Bedingungen des Marshall-Plans trotzdem eingehalten werden, wodurch sich insgesamt eine noch maßgeblichere Verschlechterung der Situation

⁶⁰⁴ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 158.

⁶⁰⁵ Entnommen aus: Bischof, Der Marshall-Plan und die Wiederbelebung des österreichischen Fremdenverkehrs nach dem Zweiten Weltkrieg. 168.

⁶⁰⁶ Siehe: Komlosy, Zeiten und Reichweiten. 760. Siehe auch: Hofbauer, Westwärts. 158.

⁶⁰⁷ Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 284. Siehe auch: Komlosy, Die niederösterreichische Wirtschaft in der Zweiten Republik. 332.

⁶⁰⁸ Dies führte auch dazu, dass Salzburg als „heimliche Hauptstadt“ der Republik bezeichnet wurde. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 158.

⁶⁰⁹ Siehe: Fraberger, Stiefel, „Enemy Images“. 82.

einstellen konnte; ein Verlust an Konkurrenzfähigkeit in beide Richtungen – Osten wie Westen – war die Folge.⁶¹⁰

Auch durch dieses Vorgehen seitens der Marshall-Plan-Stellen wurde der Osten Österreichs ein weiteres Mal benachteiligt und es verstärkte sich die ohnedies existierende Ungleichheit zwischen Ost- und Westösterreich.⁶¹¹ So betrug beispielsweise auch die Pro-Kopf-Quote der Kreditvergabe für die Industriebeschäftigten in Salzburg das Zwölfwache jener Quote in Niederösterreich.⁶¹²

Weitere Benachteiligungen ergaben sich aufgrund der bereits erwähnten geringeren Ausschüttung von ERP-Geldern in den Osten Österreichs und die Embargopolitik, welche die Ostzone schlichtweg in höherem Maße betraf.⁶¹³ Diese zeigte sich deutlich darin, dass sich die Hilfe der ECA auf den Westen Österreichs konzentrierte, wodurch es zur zeitweise regelrechten Ausklammerung des Ostens Österreichs von der Investitionswelle der Phase des Wiederaufbaus kam.⁶¹⁴

	Einwohner [%]	Hilfe [%]
Amerikanische Zone	19	23
Britische Zone	23	21
Französische Zone	9	12
Sowjetische Zone	27	17
Wien	22	27

Tabelle 12: Verteilung der Hilfe der ECA bis Ende 1951⁶¹⁵

Anforderungen und Zuteilungen

So wie von allen teilnehmenden Staaten, waren die zunächst an das CEEC übermittelten Bedarfswahlen auch vonseiten Österreich aus bei Weitem überzogen. Es wurde dabei folgendes Argument eingesetzt; die bisherigen Hilfen waren als Notprogramme erfolgt und

⁶¹⁰ Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 284f. Siehe auch: Komlosy, Zeiten und Reichweiten. 760. Weiters: Komlosy, Die niederösterreichische Wirtschaft in der Zweiten Republik. 334.

⁶¹¹ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 159.

⁶¹² Diese Quote betrug in der Steiermark das Zweieinhalbfache, in Oberösterreich das Vierfache und in Kärnten das Fünffache der niederösterreichischen. Siehe: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 123.

⁶¹³ Auf die Frage nach den Auswirkungen dieses Unterschieds zwischen Ost- und Westösterreich antwortete Bruno Kreisky, welcher in den frühen 50er Jahren Staatssekretär war: „Na ja, im Osten hatten wir fast gar nichts von den ERP-Investitionen.“ – und tatsächlich flossen von den ERP-Mitteln insgesamt nur etwa 500 Millionen Schilling in die sowjetische Zone Österreichs. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 159. Siehe dazu auch: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 87.

⁶¹⁴ Siehe: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 123.

⁶¹⁵ Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 212f.

hatten daher den Sinn, das Überleben des Staates zu sichern; der Marshall-Plan hingegen solle dazu beitragen, eine selbstständige Wirtschaft aufzubauen⁶¹⁶ und daher müssten die Mittel höher angesetzt werden, als die bisher bereits getätigten.⁶¹⁷

Dementsprechend legte Österreich 1947 Angaben bezüglich eines Bedarfs von beinahe 2.000 Millionen Dollar – berechnet auf die vier Jahre von 1948 bis 1952 – vor; diese wurden später noch ein wenig erhöht und beliefen sich letztlich auf 2.087 Millionen.⁶¹⁸ Daneben wurde 1947 für das Jahr 1948 ein Importbedarf von 410 Millionen Dollar für Nahrungsmittel und weitere 250 Millionen Dollar für Investitionsgüter ausgewiesen.⁶¹⁹ Zwar hatte zu diesem Zeitpunkt bereits festgestanden, dass die Zahlen noch begrenzt werden würden, doch war die Erhöhung Teil der einsetzenden, daran knüpfenden Taktik, da solcherart eine höhere Zusage erwartet wurde.⁶²⁰

⁶¹⁶ Damit sollte die „viability“ (Über-/Lebensfähigkeit) garantiert werden.

⁶¹⁷ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 300. Einer ähnlichen Argumentation bediente sich in weiterer Folge auch John George Erhardt selbst, als er festlegte, dass es sich bei früheren Programmen um Hilfsprogramme gehandelt hätte, nun aber ein Wiederaufbauprogramm realisiert werden sollte. Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 357.

⁶¹⁸ Dieser Wert errechnete sich aus einem gesamten Import von 3.111,01 Millionen Dollar abzüglich der gesamten Exporte von 1.024,19 Millionen – das Defizit sollte durch den Marshall-Plan ausgeglichen werden. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 300f.

⁶¹⁹ Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 355.

⁶²⁰ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 300f.

	1948-49	1949-50	1950-51	1951-52	Summe für 4 Jahre
	Importe in Millionen Dollar				
Ernährung	275,43	270,51	198,27	198,27	942,47
Landwirtschaft	30,72	41,23	40,65	49,40	161,99
Tabak	7,60	11,70	13,50	13,50	46,30
Kohle	69,20	72,33	77,36	77,05	295,94
Sonstige Energie	35,80	55,30	59,10	59,10	209,30
Eisen	42,17	35,57	28,24	21,18	127,16
Verkehr	110,69	97,40	36,88	33,25	278,21
Holz	6,58	9,94	9,64	9,64	35,80
andere Güter	169,62	215,77	211,15	196,90	793,44
unsichtbare Transaktionen	42,40	50,70	59,30	68,00	220,40
Importe insgesamt	790,20	860,44	734,09	726,28	3.111,01
	Exporte in Millionen Dollar				
Ernährung	-	4,03	10,40	16,97	31,40
Brennstoffe	8,10	8,70	13,20	29,40	59,40
Eisen	19,14	19,85	19,15	30,90	89,04
Verkehr	0,21	0,35	0,68	1,29	2,53
Holz	16,15	27,92	41,18	52,37	137,62
andere Güter	85,00	119,00	170,00	226,00	600,00
unsichtbare Transaktionen	19,90	25,50	28,40	30,40	104,20
Export insgesamt	148,50	205,35	283,01	387,33	1.024,19
Defizit	641,70	655,09	451,08	338,95	2.086,82

Tabelle 13: angemeldete Forderungen Österreichs im Marshall-Plan Dezember 1947⁶²¹

Wenn die gemeldeten Zahlen daher auch eine gewisse Reserve enthielten, war die zugeteilte Hilfe im ersten Jahresprogramm sicherlich eine Schreckensbotschaft für Österreich – so wurden zunächst etwa 151 Millionen Dollar zugesprochen⁶²²; dies entsprach nur der Hälfte des Notprogramms aus dem Vorjahr und etwa einem Viertel der ursprünglichen Forderung.⁶²³ Nach Verhandlungen mit der OEEC, welcher die Verteilung der vom US-Kongress bewilligten Mittel auf die europäischen Länder zufiel, wurde die Hilfe für das erste Jahr auf 280,5 Millionen Dollar⁶²⁴ angehoben, wobei davon 217 Millionen auf direkte und 63,5 Millionen auf indirekte Hilfe – nämlich Ziehungsrechte – entfielen.⁶²⁵

⁶²¹ Entnommen aus: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 301.

⁶²² Lediglich im so genannten Braunbuch des State Department schien Österreich mit einem Bedarf von 196,8 Millionen Dollar auf – auch dieser Betrag lag weit unter den Forderungen. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 70.

⁶²³ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 302.

⁶²⁴ Wenn der Betrag nun auch weiterhin hinter dem angemeldeten zurückblieb, so stellte er dennoch eine höhere Hilfe dar, als Österreich für das Jahr 1947 erhalten hatte. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 70.

⁶²⁵ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 302. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 70. Weiters: Tinhof, Zehn Jahre ERP in

Für das zweite Marshall-Plan-Jahr legte die Regierung ein Ansuchen über 289 Millionen Dollar vor – zwar entsprachen die zugeteilten 259 Millionen nicht den Erwartungen, der Unterschied war aber leicht zu überbrücken und die Abnahme des Volumens verdeutlichte die grundsätzliche Überlegung des Marshall-Plans, von Jahr zu Jahr kleinere Hilfen zur Verteilung kommen zu lassen.⁶²⁶

Ein in Relation ebenso angesetzter Unterschied ergab sich für das dritte Jahr; wurde nun um 198 Millionen Dollar angesucht, erhielt Österreich 180 Millionen zugesprochen, wobei die Höhe der österreichischen Zuteilung letzten Endes vom Korea-Konflikt beeinflusst wurde und letztlich 100 Millionen auf direkte und 80 Millionen Dollar auf indirekte Hilfe entfielen. Letzterer Betrag war darüber hinaus als Starthilfe für die Teilnahme Österreichs an der Europäischen Zahlungsunion gedacht, da sich aus dieser – über beispielsweise spekulative Verschiebungen – durchaus Verluste ergeben konnten.⁶²⁷

Nach Ausbruch des Korea-Konflikts verschärften sich aber auch die Probleme, die sich aus der Haltung der Marshall-Plan-Behörden gegenüber den wirtschaftspolitischen Entscheidungen in Österreich ergaben; es sollte nun vermehrt ein Stabilisierungsprozess einsetzen und mitbestimmend auf die Planung wirken.⁶²⁸

Wenn das Jahresprogramm für 1951/52 auch das letzte dieser Art sein sollte, erwartete sich die österreichische Regierung noch Hilfe darüber hinaus – so hatten auch US-amerikanische Studien eine weitere Hilfe seitens der USA empfohlen. Für das vierte Marshall-Plan Jahr erhoffte man sich des weiteren eine Berücksichtigung des

Österreich 1948/1958. 45. Nach anderen Angaben handelte es sich um 212 Millionen Dollar an direkter und 66,6 Millionen Dollar an indirekter Hilfe. Österreich räumte darüber hinaus während desselben Zeitraumes anderen Ländern Ziehungsrechte mit einem Volumen von 3,1 Millionen Dollar ein – zwei Millionen entfielen davon auf Italien, 0,4 Millionen auf Griechenland und 0,7 Millionen auf Schweden. Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 368.

⁶²⁶ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 303. Die Berechnungen für die weiteren Jahresprogramme erfolgten nach der so genannten Snoy-Marjolin-Formel, wobei Österreich 4,252% der vom Kongress beschlossenen direkten Hilfen erhalten sollte – dieser Prozentsatz entsprach etwa dem doppelten des Anteils der österreichischen Bevölkerung an der europäischen. Siehe dazu: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 71. Österreich erhielt für das Jahr 1948 insgesamt Auslandshilfen im Ausmaß von 304,9 Millionen Dollar zugeteilt – für das Jahr 1949 betragen diese 313,4 Millionen. Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 90f.

⁶²⁷ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 303-305. Tatsächlich aber wurde der reale Wert dieser Starthilfe letztlich durch den Korea-Konflikt und durch von diesem ausgelöste spekulative Käufe, empfindlich geschmälert. Siehe: Ebenda. 488.

⁶²⁸ Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 54. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 488.

Kaufkraftverlusts des US-Dollars und stellte, obgleich es zu einer Kürzung von bis zu einem Drittel jährlich kommen sollte, ein Ansuchen über 170 Millionen Dollar; tatsächlich wurden 120 Millionen zugeteilt. Zwar erfolgte seitens der österreichischen Planer eine Anpassung der Anforderungen auf diesen Wert, jedoch meldeten diese gleichzeitig, dass der Betrag nicht ausreichen würde, woraufhin die US-Behörden letztlich entgegenhielten, dass eine inaktive Wirtschaftspolitik nicht unterstützt werden könnte.⁶²⁹

Die nach dem Ende des Marshall-Plans geleistete weitere Auslandshilfe fiel schließlich deutlich geringer aus und betrug lediglich 35 Millionen Dollar; damit hatte Österreich zu lernen, wesentlich selbstständiger zu agieren als es bis zu diesem Zeitpunkt notwendig gewesen war.⁶³⁰

Jahr	Geplant	Erhalten
1948/49	641	281
1949/50	289	259
1950/51	198	180
1951/52	177	120
1952/53	104	35
Summe	1.409	875

Tabelle 14: Angemeldete und zugeteilte Auslandshilfe [Millionen Dollar]⁶³¹

Insgesamt erhielt Österreich aus dem ERP Hilfe im Wert von etwa einer Milliarde Dollar zugeteilt⁶³²; die Relation zwischen direkter und indirekter Hilfe nahm dabei unterschiedliche Größenordnungen an und schwankte letzten Endes beträchtlich, wobei die direkte Hilfe in der Regel den weitaus größeren Anteil einnahm.

Zeitraum	Direkte Hilfe	Indirekte Hilfe	Gesamthilfe
1948, 2. Quartal	70,0	00,0	70,0
1948/49 (jeweils Juli bis Juni)	212,0	66,6	278,6
1949/50	166,0	93,3	259,3
1950/51	100,0	90,0	190,0
1951/52	85,0	35,0	120,0

Tabelle 15: Verteilung der direkten und indirekten Hilfe [Millionen Dollar]⁶³³

⁶²⁹ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 493f.

⁶³⁰ Siehe: Ebenda. 305.

⁶³¹ Entnommen aus: Ebenda. 303.

⁶³² Siehe: Hofbauer, Westwärts. 150.

⁶³³ Entnommen aus: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 369. Für das Jahr 1952/53 lässt sich weiters Hilfe in Höhe von 44,1 Millionen Dollar anführen, wodurch sich dann über die gesamte Laufzeit eine Hilfe in Höhe von 962 Millionen US-Dollar errechnen lässt. Siehe: Ebenda. 369.

Weitere Voraussetzungen

a. Drei Arten der Hilfe

Der Marshall-Plan besaß dreierlei Möglichkeiten der Hilfe, die Österreich auch tatsächlich zugute kamen⁶³⁴; dabei erhielt Österreich die Hilfen als eines der wirtschaftlich schlechter gestellten Länder, zur Gänze in Form von so genannten „grants“ – als Geschenke⁶³⁵, wobei das erhaltene Kapital dabei folglich weder verzinst noch letztlich an die USA zurückgezahlt werden musste⁶³⁶. Die Entscheidung darüber, welche Summen der zugeteilten Hilfe als grants zu vergeben wären, oblag dabei der Kompetenz des ECA-Administrators.⁶³⁷

Einerseits kam es daher nun zu direkten Hilfen – diese bestanden aus Dollarsummen, die für den Import essentieller Güter zur Verfügung gestellt wurden⁶³⁸ und somit zu einem kontinuierlichen Abbau des Defizits eines Landes führen sollten.⁶³⁹

Weiters bestanden indirekte Hilfen, welche auch als Ziehungsrechte oder „drawing rights“ bezeichnet wurden – diese gestalteten sich so aus, dass Österreich aus europäischen Ländern, in denen es eine passive Handelsbilanz besaß, Güter importieren konnte und die USA diese mit Dollar bezahlten. Damit sollte nicht nur der Handel an und für sich angeregt, sondern vielmehr noch eine Wiederaufnahme andauernder wirtschaftlicher Beziehungen initiiert werden, um derart zu einem herkömmlichen System der Marktwirtschaft zu führen.⁶⁴⁰ Es handelte sich daher um die Fortführung eines multilateralen Zahlungssystems wie es bereits im Zuge der „Europäischen Zahlungsunion“ Einzug gehalten hatte.

⁶³⁴ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 92.

⁶³⁵ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 438. In den ersten zehn Jahren nach Kriegsende erhielt Österreich pro Kopf grants in der Höhe von etwa 145 US-Dollar. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 92, 282. Die USA vergaben die Gelder aus dem Marshall-Plan zu etwa 80% in Form von grants – Österreich bildete dabei wiederum eine Ausnahme, da die kompletten Zuwendungen in dieser Form bestanden. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 111. Siehe auch: Gehler, Vom Marshall-Plan bis zur EU. 40.

⁶³⁶ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 282. Siehe auch: Achterberg, General Marshall macht Epoche. 186.

⁶³⁷ Siehe: Daniel, Dollardiplomatie in Europa. 54.

⁶³⁸ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 142.

⁶³⁹ Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 368.

⁶⁴⁰ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 142.

Als dritten Punkt konnten durch Dollar bezahlte, importierte Waren durch die Empfänger in Eigenwährung – zu Weltmarktpreisen⁶⁴¹ – beglichen werden, welche an die Regierungen in so genannte Counterpart-Fonds (also gebundene Konten des Bundes bei der Nationalbank⁶⁴²) flossen.⁶⁴³ Dieses Vorgehen bildete letztlich das dynamische Kernstück des gesamten Marshall-Plans und stellte keinesfalls ein Nebenprodukt dar.⁶⁴⁴

Mit diesen Beträgen wiederum konnten folgendermaßen produktive Investitionen einerseits und Maßnahmen zur Währungsstabilisierung andererseits getätigt werden, insbesondere dabei Exportförderung und Importsubstitution.⁶⁴⁵ Mittels dieser Gelder konnte ebenso eine Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen, als auch eine Investition in langfristige Projekte gewährleistet werden.⁶⁴⁶

Da es zeitweise zu einer Abgabe der importierten Waren zu Inlandspreisen kam, welche naturgemäß unter jenen des Weltmarktes lagen, kam es zusätzlich zu einer Importsubvention, wodurch auch weniger vermögende Konsumenten vergleichsweise teure Importgüter erwerben konnten – in diesem Sinne erfolgte die Auslandshilfe auch konsumtiv.⁶⁴⁷

Des Weiteren kam es durch diese Art der Hilfe zur Schaffung eines Geldkreislaufes, welcher den fehlenden Kapitalmarkt ersetzen sollte.⁶⁴⁸ Allerdings konnte auf die Sonderkonten nur mit ausdrücklicher Erlaubnis der ECA zugegriffen werden, wodurch sich für diese durchaus massive Einflussmöglichkeiten ergaben.⁶⁴⁹ Wenn es somit auch zu einem Versuch hätte kommen können, Österreich wirtschaftlich oder politisch enger an die USA zu binden, erfolgte die Freigabe vielmehr nach ökonomischen Gesichtspunkten, wenn diese auch zweifellos durch US-amerikanische Vorstellungen geprägt waren.⁶⁵⁰

⁶⁴¹ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 64.

⁶⁴² Siehe: Gehler, Vom Marshall-Plan bis zur EU. 40. Ein solches Vorgehen war aber keineswegs neu – so hatte es beispielsweise bereits bei der Kongress- oder auch der Interimshilfe gesperrte Konten gegeben, auf welche die Verkaufserlöse einzuzahlen waren und erst nach Genehmigung durch die Hilfsmission konnte auf diese zugegriffen werden. Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 175.

⁶⁴³ Siehe: Kindleberger, Marshall Plan Days. 78.

⁶⁴⁴ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 117. Damit handelte es sich um das „wirtschafts- und strukturpolitisch wirksame Steuerungselement dieses interventionistischen Instrumentariums.“ Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 223.

⁶⁴⁵ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 92, 97.

⁶⁴⁶ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 142.

⁶⁴⁷ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 313.

⁶⁴⁸ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 438. Siehe auch: Bachinger, Matis, Der österreichische Schilling. 205.

⁶⁴⁹ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 173. Siehe auch: Loth, Die Teilung der Welt. 214.

⁶⁵⁰ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 173f. Siehe auch: Hofbauer, Westwärts. 120. Weiters: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 400.

b. Weitere Entwicklung des ERP-Fonds

Bis zu einem Stichtag am 30. April 1960 waren die österreichischen Entnahmen bereits mit 19,53 Milliarden Schilling zu beziffern gewesen, wovon etwa 6,2 Milliarden auf Kredite für Unternehmungen entfielen, 3,4 Milliarden auf Kraftwerksanlagen, etwas mehr als drei Milliarden auf die Bereiche Landwirtschaft und Fremdenverkehr, sowie sieben Milliarden Schilling auf Infrastrukturmaßnahmen, solche zur Währungsfestigung und auf Förderungen, wie jene für Wohnbau, Produktivität, Export und Forschungsprogramme.⁶⁵¹

Aus diesem Muster waren Investitionsbanken entstanden, mit deren Hilfe auch nach Beendigung des ERP die ursprünglichen US-amerikanischen Mittel indirekt weitere Hilfe – nun jedoch in Form von Krediten nach wirtschaftspolitischen Kriterien⁶⁵² – leisten konnten und daher nicht einfach aufgebraucht wurden⁶⁵³; in diesem Zusammenhang spricht man bezeichnenderweise auch vom „doppelten Effekt“ des Marshall-Plans.⁶⁵⁴

Letztlich übergab die US-Regierung den derart eingerichteten Fonds mit 1. Juli 1962 an Österreich – das Vermögen betrug in etwa 11,2 Milliarden Schilling und wuchs bis heute (2006) auf etwa drei Milliarden Euro an.⁶⁵⁵ Dieser Betrag von 11,2 Milliarden setzte sich dabei aus zwei Blöcken zusammen – zum einen aus jenem, der durch den Fonds selbst verwaltet und „Eigenblock“ genannt wurde in einer Höhe von 5,66 Milliarden und zum anderen aus jenem, der durch die Österreichische Nationalbank verwaltet und folglich

⁶⁵¹ Siehe: Heissenberger, Der Wiederaufbau in Österreich. 23.

⁶⁵² Der offizielle Zinssatz für derartige Kredite betrug 5%, wurde allerdings in der Praxis je nach Wirtschaftszweig noch weiter abgesenkt. Siehe: Bachinger, Matis, Der österreichische Schilling. 205. So betrug dieser bis Juli 1955 für die Industrie 4,25% und erst ab diesem Zeitpunkt 5%; die Landwirtschaft erhielt hingegen bis Ende 1958 eine Zinssubvention von 1,5% zugesprochen, der Fremdenverkehr eine solche in Höhe von 0,75%, Gewerbekredite bis 300.000 Schilling 0,25% und Industriebankkredite sowie die Energie eine Zinssubvention von 1,25%. Erst ab 1. Jänner 1959 wurde, um in Österreich nicht differenziert zu subventionieren, festgelegt, ERP-Kredite zum vollen Zinssatz auszugeben. Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 50.

⁶⁵³ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 92. Siehe auch: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 50. So entstand Investitionsvolumen für Vorhaben jeglicher Art, wobei es zu einer nachhaltigen Verbreiterung der Akkumulationsbasis des Kapitals kam. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 119.

⁶⁵⁴ Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 400.

⁶⁵⁵ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 97. Das übergebene Vermögen betrug 1961 etwa 10,9 Milliarden Schilling und entsprach 6,7% des BIP – bis 1962 wuchs der Stock des Fonds auf die erwähnten 11,2 Milliarden an. Siehe dazu: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 330. Das Vermögen von 1961 setzte sich zu 2,6 Milliarden aus verfügbaren – also liquiden – Mitteln und zu 8,3 Milliarden aus ausstehenden Krediten zusammen – weiters entfielen auf Rückzahlungen und Zinsleistungen jährlich 850 Millionen Schilling. Siehe: Heissenberger, Der Wiederaufbau in Österreich. 24.

„Nationalbankblock“ genannt wurde, allerdings ebenfalls der Verfügungsgewalt des ERP-Fonds unterstand, in Höhe von 5,55 Milliarden Schilling.⁶⁵⁶

In den Bestimmungen zur Übertragung der Mittel – einem Counterpart-Abkommen, welchem ein intensiver Notenaustausch vorangegangen war – wurde auch festgelegt, dass die „vorherige Zustimmung der Regierung der USA [...] für die österreichischen Counterpart-Investitionsjahresprogramme nicht mehr erforderlich“ sei und die USA auf ihr Recht „der Prüfung und Zustimmung zu den einzelnen Counterpart-Vorhaben“ verzichteten; lediglich die Ausrichtung auf eine „gesunde wirtschaftliche Entwicklung Österreichs“ wurde vorgeschrieben.⁶⁵⁷

Um dies gewährleisten zu können, wurde am 13. Juni 1962 von der Bundesregierung ein ERP-Fonds-Gesetz verabschiedet; darin wurde festgelegt, dass die ERP-Kreditpolitik so ausgestaltet sein sollte, dass es zu einer Unterstützung der Wirtschaftspolitik kommen könne und durch die Verwaltung die Erhaltung des Kapitals gesichert sei. In diesem Sinne sprach sich §1 für eine Forcierung der Produktivität der heimischen Wirtschaft, welche zu Vollbeschäftigung und Erhöhung des Sozialprodukts führen solle, aus, während §4 die Verwendung der Gelder nach ökonomischen Gesichtspunkten vorschrieb. Darüber hinaus sollte die ERP-Geschäftsführung Jahresprogramme erstellen, welche der Bundesregierung zu melden wären; auch erfolgte eine Einteilung nach Kredithöhe in Groß-, Mittel- und Kleinkredite, abgestuft nach „über 500.000 Schilling“, „100.000 bis 500.000 Schilling“ und „unter 100.000 Schilling“ – die größte Bedeutung entfiel dabei in weiterer Folge auf die Großkredite, während Kleinkredite nach den 1950er Jahren kaum mehr Anwendung fanden. Auch wurden weiters die Organisationsstruktur, die Kreditvergabeverfahren und die dementsprechende Abwicklung festgeschrieben, wobei den so genannten Treuhandbanken – alle Banken mit Sitz in Österreich ab einer gewissen Größe und Klientel – besondere Bedeutung zukam.⁶⁵⁸

In weiterer Folge stand vor allem eine offensive Strukturpolitik im Fokus der Planung, um so eine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen – Außenhandels- und

⁶⁵⁶ Siehe: Kurt Löffler, Hans Fußenegger, Die Tätigkeit des österreichischen ERP-Fonds von 1962 bis 1998. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 21-61, hier: 22.

⁶⁵⁷ Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 431f.

⁶⁵⁸ Siehe: Löffler, Fußenegger, Die Tätigkeit des österreichischen ERP-Fonds von 1962 bis 1998. 21-25.

Beschäftigtenaspekte wurden daher umso bedeutender, neben den ohnedies gültigen Aspekten der Umwelt- und Energiepolitik sowie der allgemeinen Wettbewerbsstärkung.⁶⁵⁹

Bis 1976 wurden nach diesen Vorgaben insgesamt etwa 23,2 Milliarden Schilling für Industrieinvestitionen aufgewandt, wodurch etwa 7,5% der Gesamt-Investitionen dieses Bereichs mittels günstiger ERP-Kredite gedeckt werden konnten.⁶⁶⁰ In weiterer Folge wurden zwischen 1962 und 1998 – nach einer erfolgten ERP-Fonds-Reform im Jahr 1985, nach welcher neue Zielsetzungen der einzelnen Förderprogramme eintraten, um so einer sich wandelnden Ökonomie entsprechen zu können⁶⁶¹ – Kredite im Ausmaß von über 90 Milliarden Schilling vergeben⁶⁶² und so der eigentlichen Bestimmung der Idee der Sonderkonten-Einrichtung Rechnung getragen.

Geschäftsjahr	Summe ERP-Kredite	Geschäftsjahr	Summe ERP-Kredite	Geschäftsjahr	Summe ERP-Kredite
1962/63	581	1974/75	1.705	1986/87	2.802
1963/64	1.103	1975/76	1.544	1987/88	2.968
1964/65	1.107	1976/77	1.584	1988/89	3.140
1965/66	1.038	1977/78	1.372	1989/90	3.480
1966/67	1.140	1978/79	1.419	1990/91	4.480
1967/68	1.064	1979/80	1.413	1991/92	4.520
1968/69	1.140	1980/81	1.637	1992/93	4.986
1969/70	1.164	1981/82	1.764	1993/94	5.748
1970/71	1.282	1982/83	1.934	1994/95	5.694
1971/72	1.176	1983/84	2.076	1995/96	6.569
1972/73	880	1984/85	2.040	1996/97	6.576
1973/74	1.243	1985/86	1.995	1997/98	8.207
				Summe	90.573

Tabelle 16: Höhe der ERP-Kredite von 1962/63 bis 1997/98 in Millionen Schilling⁶⁶³

c. Bilaterales Abkommen

Um die Teilnahme Österreichs am Marshall-Plan und gleichzeitig die Verpflichtungen dabei festzuhalten, wurde am 2. Juli 1948 ein bilaterales Abkommen zwischen den Regierungen der USA und Österreich, vertreten durch John George Erhardt seitens der USA sowie Vizekanzler Adolf Schärf und Außenminister Karl Gruber seitens Österreich,

⁶⁵⁹ Siehe: Löffler, Fußenegger, Die Tätigkeit des österreichischen ERP-Fonds von 1962 bis 1998. 26.

⁶⁶⁰ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 153.

⁶⁶¹ Siehe: Löffler, Fußenegger, Die Tätigkeit des österreichischen ERP-Fonds von 1962 bis 1998. 36f.

⁶⁶² Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 97. Siehe auch: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 64.

⁶⁶³ Entnommen aus: Löffler, Fußenegger, Die Tätigkeit des österreichischen ERP-Fonds von 1962 bis 1998. 57, 59.

geschlossen – die Grundlagen für die Teilnahme Österreichs wurden damit vertragsmäßig festgehalten.⁶⁶⁴

Das Abkommen bestand dabei aus einer Präambel und elf Artikeln. In der Präambel wurden zunächst die Beweggründe für ein solches Abkommen festgehalten – allen voran, dass die europäische wirtschaftliche Wiederherstellung und der Aufbau stabiler internationaler wirtschaftlicher Beziehungen die Basis für die Unabhängigkeit der europäischen Länder darstellen soll.⁶⁶⁵

In Artikel I wurden nun die Grundlagen für die Hilfe festgelegt – sowohl dass die USA auf Basis des „Economic Cooperation Act“ zu agieren hätten, als Österreich auf jener der „Pariser Konvention“, wobei gleichzeitig eine umfassende Zusammenarbeit mit den USA festgeschrieben wurde. Artikel II umfasste einen grundlegenden Maßnahmenkatalog sowie die Anforderungen, welche an die österreichische Regierung im Zuge des ERP zu stellen wären. In Artikel III folgten Währungsgarantien und solche für Ansprüche seitens der USA, während Artikel IV letztlich die lokale Währung selbst betraf. Hier wurde nun auch die Errichtung eines Sonderkontos bei der Nationalbank festgelegt sowie die damit verbundenen Nebenabreden – dies betraf beispielsweise auch eine 5%ige Freigabe der eingelegten Gesamtsumme für die Aufwendungen der USA⁶⁶⁶, wobei dieser Passus später zu massiver Kritik seitens der Sowjetunion führen sollte. In Artikel V folgten diverse Erleichterungen für US-Bürger oder auch Waren und in Artikel VI wurden gegenseitige Konsultations- und Informationspflichten festgeschrieben. Des Weiteren wurde in Artikel VII die Verpflichtung zur Veröffentlichung des Programms und vor allem seiner Erfolge in regelmäßigen Abständen, sowohl in den USA als auch in Österreich, als Ausdruck des gemeinsamen Interesses, festgelegt. Artikel VIII hingegen betraf Regelungen zur Ausgestaltung der Beziehungen zu der verpflichtend einzurichtenden Vertretung, beziehungsweise Gesandtschaft, der ECA in Österreich. In Artikel IX folgten letztlich Vereinbarungen zu rechtlichen Belangen zwischen den Staaten, in Artikel X wurden

⁶⁶⁴ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 146. Siehe auch: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 169f. Weiters: Jochum, Die Zweite Republik in Dokumenten und Bildern. 47.

⁶⁶⁵ Siehe: Österreichisches ERP-Handbuch. 286.

⁶⁶⁶ Siehe: Loth, Die Teilung der Welt. 213. Diese Auflage, aus den Erlösen der Hilfslieferungen 5% als Verwaltungsabgabe an die ECA abzuführen, blieb bis 1952 aufrecht und wurde später auf 10% angehoben. Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 50.

Legaldefinitionen festgelegt und Artikel XI betraf Inkrafttreten, Geltung und Abänderungsklauseln des unterfertigten Abkommens.⁶⁶⁷

Es wurden in den Artikeln die fünf Zielprojektionen festgelegt:

- intensive Produktionsbemühungen,
- die nachhaltige Ausweitung des Außenhandels,
- die Schaffung innerstaatlicher, finanzieller Stabilität,
- die Einrichtung von stabilen Wechselkursen und
- der Abbau von Handelsschranken und -restriktionen.⁶⁶⁸

Mittels dieser Vorgaben wurde die Beeinflussung, die durch die USA stattfand, festgeschrieben; im Besonderen betraf dies auch die Bedingungen, welche zur Verwendung von Counterpart-Mitteln auferlegt wurden, da somit der Einfluss der USA auch nachträglich ein zweites Mal geltend gemacht werden konnte. Dabei wurde vorgesehen, dass auf die diesbezüglichen Mittel nur mit ausdrücklicher Erlaubnis der USA rückgegriffen werden konnte – dieses Recht behielt sich die Administration durch Punkt 6 in Artikel IV, auch über den Zeitraum des Marshall-Plans hinaus, vor.⁶⁶⁹

Für besondere Kritik seitens der Sowjetunion sorgte weiters Artikel VI, Absatz 2a, da dieser besagte, dass die österreichische Regierung der US-Administration Projekte, Programme und Maßnahmen, die zu ergreifen wären, mitteilen müsse.⁶⁷⁰ Darin sah die Sowjetunion die Basis dafür, dass sie hinkünftig weniger Informationen erhalten solle als die USA, trotz deren ebenso hoher Bedeutung im Alliierten Rat.⁶⁷¹

Ebenfalls im Abkommen enthalten war – und dies führte desgleichen zu Verstimmungen – die Verpflichtung Österreichs zur Einhaltung der Embargo-Maßnahmen gegenüber der Sowjetunion.⁶⁷² Stellte Österreich auch keine treibende Kraft in diesem politischen System

⁶⁶⁷ Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 316-330.

⁶⁶⁸ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 146.

⁶⁶⁹ Siehe: Ebenda. 146f.

⁶⁷⁰ Siehe dazu: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 178.

⁶⁷¹ Siehe: Einwitschläger, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 119f.

⁶⁷² Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 268.

dar⁶⁷³, so mussten die Vorschriften, um an ERP-Gelder zu gelangen, eingehalten, die Politik musste daher mitgetragen werden.⁶⁷⁴

Im Besonderen brachte am 13. August 1948 der stellvertretende sowjetische Hochkommissar in Wien, Aleksej Zeltow, vier Argumente gegen das bilaterale Abkommen vom 2. Juli ein.

- Erstens würde das Abkommen die Souveränität Österreichs gefährden und stehe daher im Widerspruch zur Moskauer Erklärung und zum Zweiten Kontrollabkommen, da Österreich Bedingungen auferlegt würden, die es in eine US-Abhängigkeit bringen würde.
- Zweitens bestünde aufgrund des Zwanges zur Aufgabe des Schutzes der Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz für die österreichische Industrie die Gefahr, durch amerikanische Monopole vernichtet zu werden, was nachteilige Folgen für die österreichische Arbeiterschaft mit sich bringen würde.
- Drittens müsse Österreich die Hilfe der USA in Schilling bezahlen und es käme so zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Staates – vor allem im Hinblick auf die Gegenwertmittel, da diese durch die US-Regierung und dabei hauptsächlich durch den US-Kongress zu vergeben wären.
- Viertens würde das Kontrollabkommen verletzt werden, da sich die USA das Recht der Kontrolle in Österreich vorbehielten.⁶⁷⁵

Der US-amerikanische Hochkommissar, General Geoffrey Keyes⁶⁷⁶, Oberkommandant der US-amerikanischen Besatzungstruppen in Österreich, konterte damit, dass jegliche andere Hilfe, die Österreich zugute kommen sollte, erwünscht wäre.⁶⁷⁷ Außerdem wären die Argumente, welche die Sowjetunion vorbrächten, hinlänglich bekannt, wären bereits zu vorangegangenen Hilfsprojekten vorgebracht worden und Österreich stünde dennoch besser da als zuvor. Weiters sei die österreichische Wirtschaft ohne Verlust an

⁶⁷³ Weder vonseiten der Regierung, noch jener der Industriellen oder des Gewerkschaftsbundes. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 87.

⁶⁷⁴ Siehe: Gehler, Vom Marshall-Plan bis zur EU. 40. Siehe auch: Hofbauer, Westwärts. 83f.

⁶⁷⁵ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 113f. Siehe auch: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 302f.

⁶⁷⁶ In einem Brief vom 10. November 1947 sprach sich General Geoffrey Keyes für eine Hilfe für Österreich aus, da dadurch Kontaktmöglichkeiten mit dem Osten offengehalten werden könnten. Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 82f.

⁶⁷⁷ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 130.

Souveränität Nutznießerin des freiwillig geschlossenen Abkommens, welches den Frieden bewahre.⁶⁷⁸

In weiterer Folge verschlechterte sich das Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht ob dieser Argumente deutlich; so verweigerte der sowjetische Hochkommissar die Anerkennung der Gültigkeit der Abkommen, die in weiterer Folge geschlossen wurden.⁶⁷⁹ Die USA würden damit Österreich unter deren Einfluss – unter ein Kapitulationsregime – bringen wollen und die Schwäche Österreichs somit ausnutzen.⁶⁸⁰

Für Österreich bestand dabei allerdings auch in einem weiteren Sinne das Problem fort, dass es sowohl ein am ERP teilnehmendes Land war, als auch von der Sowjetunion im Osten teilbesetzt; welche Exportbeschränkungen nun auferlegt werden sollten, wurde daher vonseiten der USA heftig diskutiert.⁶⁸¹ Um Österreich letztlich nicht differenziert zu behandeln und dadurch die Bevölkerung für sowjetische Propaganda anfällig zu machen, entschloss man sich zu einem Kompromiss – alle US-amerikanischen Güter durften nach einer strengen Kontrolle seitens des amerikanischen Handelsministeriums sowie der ECA nach Österreich exportiert werden.⁶⁸² Dies brachte zwar den Vorteil, dass Österreich zu allen Waren Zugang hatte, jedoch gleichzeitig den Nachteil, dass es letztlich zu durchaus deutlichen Verzögerungen beim Bezug einzelner Waren kommen konnte.⁶⁸³

Weiters wurde – wie bereits erwähnt vor allem durch Artikel VII des Abkommens – Österreich die Verpflichtung auferlegt, der Bevölkerung Ziele, Maßnahmen sowie den

⁶⁷⁸ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 114. Siehe auch: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 303f.

⁶⁷⁹ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 112f.

⁶⁸⁰ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 130.

⁶⁸¹ Siehe: Einwitschläger, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 79-81. Siehe auch: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 120f.

⁶⁸² Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 30. Siehe auch: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 121.

⁶⁸³ Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 211f. Siehe auch: Einwitschläger, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 83. Weiters: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 122f. Beim Bezug von Waren aus den USA musste ein kompliziertes System durchlaufen werden; so musste nach einem adäquaten Partner in den USA gesucht und letztlich schriftliche Anforderungen an Kommissionen gestellt werden. Dies führte dazu, dass – vor allem im Falle von strategischen Gütern (wenn dieser Begriff wie bereits zuvor erwähnt auch durchaus unterschiedliche – und oftmals relativ weite – Auslegungen erfuhr) – bis zur Erteilung der Genehmigung ein bis drei Monate vergehen konnten. Erst ab Oktober 1949 wurde dieses System vereinfacht. Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 226.

Fortschritt des Programms näher zu bringen, was letztlich durch großangelegte propagandistische Maßnahmen zu erfolgen hatte.⁶⁸⁴

Auch die Abnahmeverpflichtungen der US-amerikanischen Waren, welche seitens der Marshall-Plan-Administration vorgeschrieben worden waren, wurden in den einzelnen bilateralen Abkommen gefestigt und niedergeschrieben – es entwickelte sich daher eine einseitige Abhängigkeit und Struktur, welcher sich die europäischen Länder nicht entziehen konnten, wenn sie in das System der Auslandshilfe miteingebunden werden wollten.⁶⁸⁵

d. Österreichische Marshall-Plan-Struktur

In Wien wurde als zentrale Leitstelle im Außenministerium ein ERP-Büro errichtet, welches auch dem Minister für Äußeres untergeordnet wurde, wobei das Außenamt seinerseits lediglich eine Sektion des Bundeskanzleramts darstellte.⁶⁸⁶ Damit sollte verdeutlicht werden, dass der Marshall-Plan neben wirtschaftlichen Aspekten auch politische aufwies.⁶⁸⁷

Nachteilig war die Wahl des Außenministeriums jedoch vor allem aufgrund dessen mangelnder, oder vielmehr zersplitterter Kompetenz in Sachfragen⁶⁸⁸ – so lag die Zuständigkeit im Planungs- und Finanzministerium, die Abstimmung erfolgte allerdings

⁶⁸⁴ Slogans wie „Wir bauen ein neues Europa“ oder „Österreich braucht 18 Länder – 18 Länder brauchen Österreich“ wurden nun allgegenwärtig eingesetzt. Siehe: Schröder, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland. 322, 325. Nun kam es auch zu einer überaus positiven Darstellung der USA und des ERP in den Medien; mittels einer solchen Propaganda sollte es der Bevölkerung leichter fallen, den Marshall-Plan, inklusive seiner Bedingungen, zu akzeptieren. Siehe: Berg, „Caught Between Iwan and the Weihnachtsmann“. 174.

⁶⁸⁵ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 104.

⁶⁸⁶ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 159. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 297. Die vorangegangenen Büros, sei es jenes für UNRRA, Kongress- oder Interimshilfe gewesen, waren dem Bundeskanzleramt direkt als Sektion zugeordnet worden. Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 390.

⁶⁸⁷ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 297.

⁶⁸⁸ Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 39. Siehe auch: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 48f. Weiters: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 297. So beklagten sich amerikanische Experten auch darüber, keinen kompetenten Verhandlungspartnern gegenüberzustehen. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 90. Einen ähnlichen, wenn auch wohl durchaus überspitzt formulierten, Eindruck erhält man durch die Memoiren Eleanor Lansing Dulles', welche als Finanzberaterin für die American Legation in Wien tätig war. Siehe dazu: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 202f. Diese drückte die Situation in einem Memorandum im Juni 1948 folgendermaßen aus: „The administrative arrangements in the Austrian Government to support the Marshall-Plan is at present in a very confused condition.“ Siehe dazu: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 390.

davon getrennt durch die interministerielle Planungskommission und das wirtschaftliche Ministerkomitee.⁶⁸⁹

Ebenfalls zu einer unzufriedenstellenden Situation kam es bezüglich des österreichischen ERP-Büros in Paris, welchem Wilhelm Taucher vorstand. Dieser befand vorrangig den Mangel an Autorität als belastend, da jegliche Entscheidung mit dem Außenministerium akkordiert werden musste.⁶⁹⁰ Erst nach mehrmaligen Gesprächen kam es im Oktober/November 1948 zu einer Veränderung der Situation – das Büro in Paris wurde in der Verantwortung direkt der Regierung unterstellt und das Personal aufgestockt.

Als es darüber hinaus vermehrt zu Beschwerden bezüglich der geringen Bedeutung der Büros sowohl in Österreich aber auch in Paris kam und die vorherrschenden bürokratischen Schwierigkeiten in der Abwicklung innerhalb Österreichs zu Tage traten, entschied sich die Bundesregierung Ende 1949 dazu, dem Büro in Wien mehr politisches Gewicht zu verleihen und übersiedelte es ins Bundeskanzleramt – gleichzeitig erfolgte eine Umbenennung in „Zentralbüro für ERP-Angelegenheiten“, kurz ZERP.⁶⁹¹

Nun wurde dieses, gemäß den Forderungen, zu einer eigenen Sektion des Bundeskanzleramts umstrukturiert und war somit nicht mehr dem Außenamt unterstellt⁶⁹²; weiters wurden sechs Abteilungen eingerichtet, um den unterschiedlichen Aufgabebereichen Rechnung zu tragen.

⁶⁸⁹ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 297. Siehe auch: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 125f. Befasst waren mit der Abwicklung des Marshall-Plans das Büro für Auswärtige Angelegenheiten, das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, jenes für Finanzen, sowie die Ministerien für Verkehr und Verstaatlichte Betriebe sowie des Handels. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 145. Zu dieser Teilung der Kompetenzen berichtete Eleanor Lansing Dulles an John George Erhardt: „The technicians working in the Planning Ministry and apparently some of those of the other Ministries feel that it is completely unsound to prepare technical materials which are then given over for transmittal or negotiation to the Foreign Office. They do not feel that the officials in the Foreign Office are sufficiently cognizant of the nature of those problems to negotiate in Paris or elsewhere on these matters.“ Allerdings sprachen sich auch andere US-Stellen in Österreich gegen die vorherrschende Organisationsform aus – so wurde beispielsweise von einem “unfortunate move Gruber’s“ gesprochen. Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 391f.

⁶⁹⁰ Daneben seien auch die Arbeitsbedingungen nur sehr mangelhaft – es stehe lediglich ein Sekretär, der die Sprache nicht verstehe, sowie eine Schreibmaschine zur Verfügung, wohingegen Italien über einen Stab von 50 Personen und Großbritannien über einen solchen von 300 Personen verfüge. Siehe: Ebenda. 396.

⁶⁹¹ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 297f. Am 4. November 1953 wurde das ZERP aufgelöst und dessen Agenden übernahm die Sektion für wirtschaftliche Koordination. Siehe: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 24.

⁶⁹² Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 399.

- Erstens entstand eine Koordinierungsabteilung, welche die Aufgaben – geregelt mit Sekretariat und Verwaltung – abstimmte und auch über Personalfragen zu entscheiden hatte;
- zweitens eine volkswirtschaftliche Abteilung, welche wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Aufgaben übernahm;
- drittens eine Programmabteilung, welche die ERP-Programme verfasste und als Kontaktorgan zu den übrigen innerstaatlichen Stellen diente;
- viertens eine Beschaffungsabteilung, welcher die kommissionelle Vergabe der Lieferungen aus dem ERP unterstand;
- fünftens eine solche zur Abwicklung der ERP-Importe und
- sechstens eine Kontroll- und Verrechnungsabteilung, welche die Lieferungen überprüfte und überwachte.⁶⁹³

Die sachliche Kompetenz konnte einerseits durch Referenten des aufgelassenen Planungsministeriums und andererseits durch das Institut für Wirtschaftsforschung sichergestellt werden, welches in die Arbeit nun miteingebunden wurde.⁶⁹⁴

Wenn letztlich somit auch eine höhere sachliche Kompetenz erzielt werden konnte, muss hier hinterfragt werden, inwieweit die eingesetzten Personen völlig frei von äußeren Einflüssen entschieden. So unterstand die Leitung des ZERP dem ehemaligen Bundesminister Wilhelm Taucher, welcher 1951 zwei Posten als Aufsichtsratsvorsitzender und zwei weitere als Aufsichtsrat bekleidete. Die Programmleitung unterstand Hans Iglar, welcher 1951 einen Aufsichtsratsposten besetzte – bis 1979/80 konnte er diese Zahl auf 25 erhöhen, wovon er in zwölf Fällen jenen des Vorsitzenden innehatte. Auch der Leiter der Beschaffungsbehörde, Raimund Gehart, war mehrfacher Aufsichtsrat in durchaus namhaften Betrieben, wie den Perlmöser Zementwerken [sic!] oder des Hypotheken- und Creditinstituts. Wenn damit auch deren Kompetenz nachträglich keinesfalls geschmälert werden soll, lässt sich zweifellos feststellen, dass bei diesen Personen die Tätigkeit in der Marshall-Plan-Administration persönliche, wirtschaftliche Vorteile mit sich brachte.⁶⁹⁵

⁶⁹³ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 145.

⁶⁹⁴ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 298. So übernahm beispielsweise Franz Nemschak die Leitung der volkswirtschaftlichen Abteilung. Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 40.

⁶⁹⁵ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 169f.

Im weiteren Aufbau des Administrationsgefüges kam es, gemäß den Anforderungen der entstandenen unabhängigen Marshall-Plan-Behörde – der ECA –, in Wien zur Einrichtung einer Mission dieser, welche der ECA in Washington unterstellt und somit unabhängig vom Hochkommissar in Wien war⁶⁹⁶ – gebildet wurde diese Vertretung durch 48 Personen, bei denen es sich hauptsächlich um ausgebildete Wirtschaftsfachleute, sowie Experten in den Bereichen der Landwirtschaft, der Industrie oder dem Ernährungswesen handelte.⁶⁹⁷ Der jeweiligen Mission stand ein verantwortlicher Chef vor, welcher vom Administrator ernannt wurde und in dem jeweiligen Land akkreditiert war; im Rang stand er unterhalb des Chefs der diplomatischen Vertretung und hatte mit diesem engen Kontakt zu halten.⁶⁹⁸

Die Mission sollte dabei die österreichische Regierung in Bezug auf die ERP-Aktivitäten einerseits beraten und andererseits kontrollieren – damit sollte eine Verwirklichung der ERP-Ziele gewährleistet werden, weshalb die ECA-Vertretung – nach erfolgter Konsultation des Hochkommissars – die Regierung auch eigenständig kontaktieren konnte.⁶⁹⁹ Auch wurden seitens des Zentralbüros quartalsmäßig Pläne an die ECA übermittelt.⁷⁰⁰ Beratung erfolgte dabei bezüglich der Erstellung von Programmen oder der Durchführung von Projekten, während hingegen die Einzahlung der erwirtschafteten Mittel auf das Sonderkonto überwacht wurde.⁷⁰¹

In der Koordination der Hilfe zwischen den Einrichtungen in Österreich und der ECA, konnte sich Österreich letztlich oftmals durchzusetzen, wenn diesen Erfolgen jedoch auch durchaus zähe Verhandlungen vorausgingen⁷⁰²; die Politik der ECA lässt sich daher für

⁶⁹⁶ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 208. Diese Unabhängigkeit galt in der Regel auch für die übrigen europäischen Teilnehmer am ERP; für Österreich sprachen sich die zuständigen Stellen aber für ein Sondermodell aus. Letztlich kam es zu einem Übereinkommen, welches festhielt, dass der Chef der ECA in Wien dem Hochkommissar als Berater zur Seite stehen solle (ähnlich dem „Political Advisor“ John George Erhardt) und eine Informations- und Kommunikationspflicht vorzuschreiben sei; allerdings könnten politische Entscheidungen nach vorheriger Konsultation des Hochkommissars von der Mission getroffen und das Verhältnis zu den Stellen in den US-Ministerien würde dadurch nicht berührt werden. Siehe dazu: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 378-384.

⁶⁹⁷ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 219. Damit wurde auch deutlich, dass es sich mehr um eine fachlich-technisch agierende Einrichtung handelte, denn um eine politische. Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 376.

⁶⁹⁸ Der Chef der Sondermission hatte dabei seine Aufgaben wahrzunehmen und dem Chef der Vertretung regelmäßig Bericht zu erstatten, wobei dieser sicherzustellen hatte, dass die Aufgaben im Einvernehmen mit den außenpolitischen Zielen der USA in dem jeweiligen Land erfüllt wurden. Siehe: Ebenda. 376.

⁶⁹⁹ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 208f. Siehe auch: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 377. Tatsächlich aber galt als Ziel des Marshall-Plans – und somit selbstverständlich auch in Österreich – die jeweilige Wirtschaft letztlich klar zu kontrollieren. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 175.

⁷⁰⁰ Siehe: Ebenda. 145.

⁷⁰¹ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 209.

⁷⁰² Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 38.

Österreich vielmehr als jene einer begleitenden Kontrollinstanz umschreiben. Dabei hatte die ECA das größte Interesse daran, den Hilfsbedarf Österreichs schrittweise abzubauen – traten die aus der Wirtschaft stammenden Vertreter für einen harten Kurs auch gegenüber Österreich ein, neigten jene aus diplomatischen Kreisen letztlich aber zu Kompromissen.⁷⁰³ Dennoch darf hierbei nicht übersehen werden, dass die ECA es verstand, auf die österreichische Bundesregierung einzuwirken, diese in ihren Entscheidungen zu beeinflussen und schließlich auch ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.⁷⁰⁴

Weiters nahm die ECA aber auch in Bereichen Einfluss, die nur peripher mit dem ERP zusammenhingen – so wurde bei öffentlicher Investitionsplanung ebenso eingegriffen, wie bei der Erstellung des Budgets, da letztlich – wenn auch in unterschiedlicher Form – in beiden Fällen ERP-Mittel zum Einsatz kommen mussten.⁷⁰⁵

Österreichische Marshall-Plan-Bilanz

a. Ziele des Marshall-Plans in Österreich

Seitens der Marshall-Plan-Organisation wurde bezüglich des schlechten Zustandes der agrarischen Produktion das Ziel gesetzt, diese bis zum Jahr 1953 wieder auf das Vorkriegsniveau anzuheben.⁷⁰⁶ Des Weiteren sollte eine eigenständige Stromversorgung Österreichs erreicht werden; um dieses Ziel zu verwirklichen, wurden vor allem Bauvorhaben an Großspeichern aufgenommen⁷⁰⁷, wobei hohe Mittel aufgewandt wurden.

⁷⁰³ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 339f.

⁷⁰⁴ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 201. Dabei kannte die ECA tatsächlich drei – in ihrer Intensität abgestufte – Möglichkeiten, ihre Politik zu übermitteln. Zum einen konnte es zu einer bloßen Anregung kommen, die beachtet werden konnte. Zum anderen zu nachdrücklichen Empfehlungen, die – falls überhaupt – erst durch Verhandlungen zu Kompromissen führen konnten. Und als dritte Variante konnte es seitens der ECA zur Beharrung auf ihren Interventionen kommen, wobei diese letztlich mit Sanktionen erzwungen werden konnten. Drei Forderungen hatten letztlich ultimativen Charakter: jene nach Maßnahmen gegen das Budgetdefizit im Frühjahr 1949, zweitens jene nach Überprüfung des grundstofflastigen Investitionsprogramms im Herbst 1949 und drittens jene nach einem strikten Stabilisierungskurs 1952. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 339f. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 91f.

⁷⁰⁵ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 210.

⁷⁰⁶ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 143.

⁷⁰⁷ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 432.

Ebenso lag allgemein gesehen der Sektor der Industrie danieder und die Produktion konnte bis 1947 noch nicht einmal 50% des Vorkriegsniveaus erreichen – auf diesen Wert konnte diese erst im Sommer 1948 wieder angehoben werden.⁷⁰⁸

Jahr	Quartal	Index
1947	I	43
	II	64
	III	68
	IV	69
1948	I	77
	II	93
	III	103
	IV	102

Tabelle 17: Produktionsindex [auf Basis des Jahres 1937=100]⁷⁰⁹

Im Bereich der Schwerindustrie sollte es durch den Marshall-Plan nun beispielsweise zur Steigerung des Exports an gewalzten Stahlprodukten kommen⁷¹⁰; so wurde geplant, den Export im Schwermetallindustriesektor von 190 Millionen Dollar im Jahr 1948/49 auf 400 Millionen Dollar im Jahr 1952/53 anzuheben.⁷¹¹ Um dies ermöglichen zu können, sollte die Rohstahlerzeugung auf zunächst eine Million Tonnen und später gar auf 2,5 Millionen Tonnen angehoben werden.⁷¹² Des Weiteren sollte die Produktion von Schwefelsäure und Ammoniumsulfat angeregt werden, die Produktion in den bestehenden Steyr-Daimler-Puch-Werken sichergestellt und ausgebaut und darüber hinaus jene von Aluminium in Ranshofen erhöht werden.⁷¹³

Dabei lässt sich feststellen, dass vor allem exportorientierte Branchen Förderung durch den Marshall-Plan erfahren sollten und allgemein eine Ankurbelung des Exports angepeilt wurde.⁷¹⁴ Damit sollte zum einen die Handelsbilanz ausgeglichen werden – Österreich importierte in aller Regel mehr als exportiert wurde – und zum anderen sollte damit der anvisierten, einsetzenden Situation nach Beendigung des Marshall-Plans Rechnung getragen werden.⁷¹⁵

⁷⁰⁸ Gleichzeitig konnten im Sektor der Konsumgüter bis Ende 1948 nur etwa 72% des Vorkriegsniveaus erreicht werden. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 153f.

⁷⁰⁹ Entnommen aus: Ebenda. 153.

⁷¹⁰ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 146f.

⁷¹¹ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 149.

⁷¹² Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 76.

⁷¹³ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 147.

⁷¹⁴ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 160f, 176.

⁷¹⁵ Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 263f.

Im Vier-Jahres-Plan sah das ERP daher eine Steigerung der Produktion der österreichischen Schwerindustrien von 160%, bezogen auf das Niveau von 1937, vor.⁷¹⁶ Betrachtet man darüber hinaus die Planung für das Marshall-Plan-Jahr 1949/50, so wurde von den zuständigen Stellen eine Erhöhung des Außenhandels um 12% im Vergleich zum ersten Marshall-Plan-Jahr angestrebt, darüber hinaus eine Anhebung des Warenimports um 10%, nämlich von 471 auf 519 Millionen US-Dollar und weiters eine Exportsteigerungsrate von 33% zum Vorjahr, nämlich von 189 auf 251 Millionen US-Dollar, angepeilt.⁷¹⁷

Aus folgender Tabelle wird dabei klar ersichtlich, dass der damit vorgezeichnete Verlauf in weiten Teilen auch erreicht werden konnte.

Jahr	Quartal	Importe [Mio. öS]	Exporte [Mio. öS.]	Importe Index	Exporte 1937=100
1946	I	10,6	3,4	-	-
	II	17,7	16,2	-	-
	III	31,5	24,1	-	-
	IV	23,8	29,4	11	13
1947	I	52,7	32,3	15	16
	II	95,3	61,6	25	26
	III	115,6	72,0	28	27
	IV	133,5	114,9	32	40
1948	I	181,6	112,1	37	36
	II	198,5	156,4	44	50
	III	225,3	168,5	52	56
	IV	261,9	221,5	56	65
1949	I	308,0	248,3	65	68
	II	357,2	279,5	75	73
	III	369,7	243,5	80	66
	IV	460,6	304,8	87	75

Tabelle 18: österreichischer Außenhandel⁷¹⁸

b. Counterpart-Programme

Um die obengenannten Ziele zu verwirklichen, wurden große Summen aus den Counterpart-Fonds in den Jahren 1949 und 1950 für den Bereich der Schwerindustrie

⁷¹⁶ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 148.

⁷¹⁷ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 161.

⁷¹⁸ Entnommen aus: Ebenda. 161.

aufgewandt.⁷¹⁹ Allerdings musste die österreichische Bundesregierung, um diese Mittel verwenden zu dürfen, jährlich einen Counterpart-Plan vorlegen, mit dem sie zu dokumentieren hatte, für welche Zwecke die Mittel eingesetzt werden sollten; eine Freigabe erfolgte letztlich nach Zustimmung der ECA zum einen und des NAC – des „National Advisory Councils“ – zum anderen.⁷²⁰ Dabei war seitens der Regierung festzustellen, welche Wirtschaftsbereiche durch die Vergabe von zinsgünstigen Krediten Förderungen erhalten sollten und welche Summen für währungspolitische Agenden aufzubringen wären.⁷²¹

Für das Jahr 1948 wurde nach mehrmaliger Revision ein Plan vorgelegt, der Freigaben von 2.088,1 Millionen Schilling vorschlug, wobei man sich sowohl auf ECA- als auch auf Non-ECA-Konten berief.⁷²² Die freigegebenen Mittel betragen letztlich 125 Millionen von ERP-, 1.063 Millionen von sonstigen und 900 Millionen Schilling von Non-ECA-Konten. Damit stammten nur etwa 6% der Mittel vom ERP-Konto selbst.⁷²³

⁷¹⁹ Die Höhe der Counterpart-Mittel betrug bis zum Einsetzen des Marshall-Plans bereits etwa zwei Milliarden Schilling, die sich aus den vorangegangenen Hilfsprogrammen angesammelt hatten, da deren Struktur ähnlich dem folgenden ERP aufgebaut war. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 79.

⁷²⁰ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 316.

⁷²¹ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 216.

⁷²² Siehe: Ebenda. 181. Zu den Non-ECA-Konten zählten solche der Briten-, Irland-, Norwegen-, sowie Kanadahilfe und das Konto der UNRRA; an der sukzessiven Auflösung dieser Konten hatte die ECA letztlich durchaus Interesse. So konnte nämlich zum einen der Einfluss der USA auf den österreichischen Wiederaufbau gefestigt und zum anderen konnte eine höhere Effektivität des Programms erzielt werden, als wenn Österreich nicht bewilligte Investitionen letztlich ohne Absprache aus diesen Quellen finanziert hätte. Die ECA sprach sich daher gegen die Einbeziehung der Non-ECA-Konten definitiv nicht aus. Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 411.

⁷²³ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 182. Etwa 850 Millionen Schilling der freigegebenen Mittel wurden dabei zur Verringerung der Bundesschuld stillgelegt, indem sie an die Nationalbank gebucht wurden. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 79.

	Counterpartfreigaben 1948-1952
Elektrizitätswirtschaft	22,67
Bergbau	3,44
Metallgrundindustrie	13,00
Papierindustrie	7,04
Summe Grundstoffindustrie	23,48
Sonstige Industrien	11,07
Industrie gesamt	34,55
Land- und Forstwirtschaft	10,07
Fremdenverkehr	2,82
Bundesinvestitionen	22,92
Wohnungsbau	3,44
Sonstiges	3,53
Insgesamt	100,00

Tabelle 19: Schwerpunkte der Counterpart-Finanzierung [%]⁷²⁴

Tatsächlich aber verabsäumte es die ECA, eine zweckgebundene Bedingung an die Freigabe zu knüpfen – dies änderte sich erst mit dem Programm für 1949.⁷²⁵ Beantragte die Regierung eine Freigabe von 2.247 Millionen Schilling, so wurden 1,8 Milliarden von der ECA in Wien empfohlen und von der ECA in Washington 1,45 Milliarden bewilligt.⁷²⁶ Davon entfielen 1.425 Millionen Schilling auf das ERP-Konto, 25 Millionen auf sonstige und darüber hinaus weitere 125 Millionen auf Non-ECA-Konten⁷²⁷ – außerdem erfolgte die Freigabe von etwa der Hälfte des Betrags erst nach dem 16. Oktober des Jahres.⁷²⁸

In weiterer Folge richtete sich die ECA dabei nun nach drei Grundsätzen bei ihren Überlegungen; erstens sollten die Mittel ausschließlich für Investitionen bereitgestellt werden⁷²⁹; zweitens sollten damit Projekte des unmittelbar produktiven Bereichs oder der

⁷²⁴ Entnommen aus: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 324.

⁷²⁵ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 183. Siehe auch: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 414.

⁷²⁶ Aufgrund der als bedrohlich eingestuften Lage des Bundesbudgets meinte die ECA, dass sämtliche Freigaben für dieses Jahr nicht zu rechtfertigen seien. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 318.

⁷²⁷ Es kam daher zu einer deutlichen Verschiebung hin zum ERP-Konto, von welchem nun im Gegensatz zu 6% im Jahr 1948 etwa 90% der Mittel zur Verfügung gestellt werden mussten. Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 182.

⁷²⁸ Siehe: Ebenda. 190f. Dieses Vorgehen seitens der ECA wurde damit begründet, dass Österreich es verabsäumt hätte, Begründungen für einzelne Finanzierungen beizulegen und Reformen vollständig zu planen, sowie grundsätzlich nur ein begrenztes Defizit zuzubilligen sei – erst nach Beseitigung dieser Mängel könnten weitere Mittel genehmigt werden. Auch die fehlende Einrichtung eines zentralen ERP-Büros nach den Wünschen der ECA wurde angeführt. Siehe: Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. 425f.

⁷²⁹ Weder für den privaten noch öffentlichen Konsum – eine solche Bereitstellung würde den Grundsätzen, welche sich durch das Counterpart-Hilfsprogramm ergaben, widersprechen. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 316.

Wirtschaft finanziert werden⁷³⁰ und drittens sollte jenen Investitionen der Vorzug gegeben werden, welche die Zahlungsbilanz durch etwaige Importsubstitution und Exportausweitung zu entlasten vermochten.⁷³¹

Die ECA richtete sich dabei wiederum nach drei übergeordneten Themen. Erstens einer Steuerung nach monetären Gesichtspunkten – dies erfolgte, da die eingesetzten Gelder auch währungspolitische Stabilität bezwecken sollten, wozu es letztlich als notwendig erachtet wurde, zu jedem Jahresprogramm eine Unbedenklichkeitserklärung zu verlangen, ob die jeweiligen Freigaben währungspolitisch vertretbar seien. In Österreich wurde zwar in weiterer Folge die Bundesschuld einmalig um 850 Millionen Schilling verringert, dennoch ein Anstieg des Notenumlaufs hingenommen, da man meinte, dieser wäre stets durch Produktionsausweitung gerechtfertigt. Dennoch konnte letztlich aufgrund verspäteter, oder eher noch aufgrund verringerter Freigaben der Stand der Gegenwertmittel bis 1952 ansteigen und so auch einen Ausgabenüberhang im Jahr 1951 ermöglichen.⁷³²

Der zweite übergeordnete Themenbereich umfasste die Subventionen – war Österreich auch durch das bilaterale Abkommen verpflichtet gewesen, die importierten Güter zu Weltmarktpreisen zu verkaufen und die solcherart erzielten Erlöse auf das Gegenwertkonto einzulegen, so kam es vor allem im Bereich der Grundnahrungsmittel und landwirtschaftlichen Bedarfsgüter weiterhin zu Subventionen, da diese Güter zu Inlandspreisen abgegeben wurden – der Marshall-Plan, der prinzipiell produktive Ziele verfolgte, agierte innerhalb dieses Rahmens daher konsumtiv. Darüber hinaus kam es durch Verzögerungen bei der Hinterlegung der Erlöse zu einer Preis- sowie Zeitdifferenz. Die ECA drängte daher darauf, vor allem erstere abzubauen; wenn diese Art der Subventionierung auch erst mit Mitte 1951 endgültig eingestellt werden konnte und das Verhalten der ECA letzten Endes auch das letzte Lohn-Preis-Abkommen bedingt hatte, so nahmen die Subventionen während der Marshall-Plan-Laufzeit einen Wert von etwa 2,7

⁷³⁰ Damit sollte die Aufbringung von Geldern für den Ausbau der Infrastruktur zurückgedrängt, wenn nicht sogar vermieden werden; dies sollte einen niedrigeren Kapitalkoeffizienten (damit ist das Verhältnis von Kapitalstock zu Produktion gemeint) bedingen. Tatsächlich sank der Kapitalkoeffizient von 4,65 Anfang 1948 auf 3,74 Anfang 1952 ab – zu Beginn des Jahres 1956 sank er weiters auf 3,27. Siehe dazu: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 85.

⁷³¹ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 316. Siehe auch: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 80.

⁷³² Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 320f.

Milliarden Schilling ein; bezieht man die verschiedenen Kursdifferenzen mit ein, ergibt sich ein Wert von etwa fünf Milliarden Schilling oder knapp 30% der ERP-Lieferungen.⁷³³

Den dritten Themenbereich bildete die Frage des Einflusses auf die Wirtschaftsstruktur. Damit trug man dem Umstand Rechnung, dass aufgrund der bestehenden Gegenwertmittel Investitionen in einem Umfang getätigt werden konnten, in welchem sie maßgeblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Struktur Österreichs nehmen konnten. Dabei war allerdings sowohl der quantitative als auch der qualitative Aspekt der Betrachtung bedeutend und die Intentionen der Wirtschaftspolitik wurden miteinbezogen; dies erforderte letztlich die Zusammenarbeit von Regierung, Sozialpartnern und US-amerikanischen Behörden, wobei in weiterer Folge vier Kategorien für die Freigaben ausgebildet wurden:

- Budgetfinanzierung,
- Industrieinvestitionen,
- Sonderwiederaufbauprogramme und
- Aufwendungen für sonstige Zwecke.⁷³⁴

Waren somit in den ersten Jahren dieser Freigaben verschiedene der angeführten Aspekte nicht berücksichtigt worden, brachten nun die Verhandlungen für die weiteren Jahre effektivere Ergebnisse mit sich, die den Wiederaufbau auch massiver beeinflussen konnten; so wurden, wie bereits erwähnt, die Konsumsubventionen aus den Counterpart-Mitteln erst mit Mitte 1951 endgültig eingestellt.⁷³⁵

Eine weitere Verzögerung ergab sich letztlich für das Jahr 1952, da von der österreichischen Bundesregierung seitens der zuständigen Stellen in den USA ein härterer Stabilisierungskurs eingefordert wurde – erst nach dessen Verwirklichung kam es im Juli 1952 zur Freigabe von etwa 1,5 Milliarden Schilling bei zuvor angeforderten zwei Milliarden, wobei die Differenz Ende des Jahres angerechnet wurde.⁷³⁶

Insgesamt wurden während der Laufzeit des Marshall-Plans über den Counterpart-Fonds etwa 8,3 Milliarden Schilling investiert, wobei auf die Jahre von 1949 bis 1952 erst 1,4, schließlich 2,1, weiters 3,3 und letztlich 1,4 Milliarden Schilling entfielen. Gemessen an

⁷³³ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 321f.

⁷³⁴ Siehe: Ebenda. 322-324.

⁷³⁵ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 80.

⁷³⁶ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 319.

den während dieses Zeitraumes getätigten Gesamt-Nettoinvestitionen von knapp 30 Milliarden Schilling, nahmen jene aus dem ERP somit etwa 30% ein.⁷³⁷

Jahr	Bundesbudget	Industrie	Sonstiges	Insgesamt
Millionen Schilling				
1948	588,0	600,0	50,0	1.238,0
1949	852,7	544,3	178,0	1.575,0
1950	365,0	1.231,0	565,1	2.161,1
1951	387,1	2.093,2	826,6	3.306,9
1952	31,1	1.084,7	298,0	1.413,8
Summe	2.223,9	5.553,2	1.917,7	9.694,8
Anteil	22,9	57,3	19,8	100,0

Tabelle 20: Investitionsfinanzierung aus Counterpart-Mitteln⁷³⁸

Neben den angeführten Zielen, die Österreich betrafen, bestanden allerdings weiters noch spezielle US-amerikanische Anliegen, welche sich vor allem auf die politische Ausrichtung Österreichs stützten; damit sollte letztlich die Position und Orientierung Österreichs im Ost-West-Konflikt gefestigt werden.⁷³⁹

c. Weitere Auswirkungen des Marshall-Plans

Aufgrund der bereits genannten Ansicht, Österreich sei als Sonderfall zu behandeln, erhielt Österreich besonders hohe Beträge aus den ERP-Mitteln zugesprochen. So trug im ersten Jahr der Marshall-Plan zu 14% zum Nationaleinkommen bei und die direkte Hilfe erreichte etwa 100 Dollar pro Einwohner – höhere Werte wurden lediglich in Island und Norwegen erzielt.⁷⁴⁰

Kurz nach Kriegsende fehlte es zunächst vor allem an Lebensmitteln – wenn auch die bereits erwähnten Hilfslieferungen in den Jahren 1946/47 dieses Problem zu beseitigen versucht hatten, bestand es 1948 nach wie vor. Daher kam es 1948 hauptsächlich zu Lebensmittel-Forderungen an den Marshall-Plan und die Lieferungen des ersten Jahres bestanden zur Hälfte aus Nahrungsmitteln.⁷⁴¹

⁷³⁷ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 152.

⁷³⁸ Entnommen aus: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 324.

⁷³⁹ Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 274-276.

⁷⁴⁰ Siehe: Lacina, Der Marshall-Plan – Ein Beitrag zur Übergangswirtschaft Österreichs. 17. Siehe auch: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 95.

⁷⁴¹ Siehe: Lacina, Der Marshall-Plan – Ein Beitrag zur Übergangswirtschaft Österreichs. 17. Die Lieferungen des Jahres 1948/49 bestanden zu 44,3% aus Lebensmitteln. Siehe: Einwitschläger, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 117. Nach anderen Angaben entfielen aus den tatsächlich

Auch wurden in den weiteren Jahren Nahrungsmittel in nicht unbeachtlicher Menge als Hilfe zugewiesen – bis 1950 sank der Anteil auf nur etwa 30% der gesamten Lieferungen ab.⁷⁴² Gegen diese regten sich aber auch vermehrt Proteste – so wurden von der österreichischen Industriellenvereinigung die Lebensmittelsubventionen kritisiert und in der „Arbeiterzeitung“ sprach man sich gegen diese „Devisen auffressenden“ Lieferungen aus.⁷⁴³

Weiters herrschte aber ebenso Rohstoffknappheit vor, welche neben der Industrie auch die Bevölkerung empfindlich belastete – gleichzeitig kam es darüber hinaus zu einer Knappheit an Brennstoffen, allen voran an Kohle; da nämlich sowohl die Tschechoslowakei als auch Polen mittlerweile unter sowjetischem Einfluss standen, waren die Preise für Kohlelieferungen exorbitant gestiegen und somit wurde eine Versorgung zusätzlich erschwert. Die gestiegenen Preise resultierten in diesem Zusammenhang aus den durchschnittlich zu entrichtenden, da Kohle aus Westeuropa empfindsam teurer war als jene aus den früheren Bezugsgebieten, die nun lediglich stark dezimiert liefern konnten. Darüber hinaus blieb auch die Eigenförderung an Kohle in Österreich hinter den Erwartungen zurück und stagnierte unter dem Vorkriegsniveau. Des Weiteren befanden sich die bedeutendsten mineralischen Brennstoff-Vorkommen Österreichs in den sowjetisch besetzten Gebieten, unterstanden in diesen dem Apparat der USIA-Bewirtschaftung – beispielsweise die österreichischen Ölvorkommen innerhalb der Sowjetischen Mineralölverwaltung (SMV) betreffend – und es bestanden daher keine eigenösterreichischen Aufschlussmöglichkeiten.⁷⁴⁴ Um diesem Mangel eine effektive Abhilfe zu schaffen, bestanden die Lieferungen des ersten Jahres des Marshall-Plans zu einem Viertel aus Rohstoffen.⁷⁴⁵

Tatsächlich konnte die Ernährungslage bereits 1949 wesentlich entspannt werden und es kam zunächst zur Umstellung auf ein Rationenschema und letztlich mit Herbst 1949 zur

erfolgten Lieferungen bis Ende des Jahres 1949 insgesamt sogar etwa 64,6% auf Lebensmittel. Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 91.

⁷⁴² Nach weiteren Angaben betrug die Lebensmittel- und Genussmittelanteile bis 1952 über 50% der gesamten Hilfe. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 151.

⁷⁴³ Siehe dazu: Ebenda. 151.

⁷⁴⁴ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 149.

⁷⁴⁵ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 95. Genauer bestanden die Lieferungen zu etwa 23,4% aus Kohle. Siehe: Einwitschläger, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949. 117.

Einstellung der Bewirtschaftung von Brotgetreide. Auch eine solche gewerblicher Waren konnte 1949 beendet und folglich Betriebe mit ausreichend Rohstoffen versorgt werden.⁷⁴⁶

Als weiteren wichtigen Faktor hatte man die Elektrizitätsgewinnung beziehungsweise die Stromversorgung angesehen und alsbald begonnen, diese auszubauen.⁷⁴⁷ Dieser Schritt war notwendig, da nach dem Ende des Weltkrieges kalorische Kraftwerke weitestgehend zerstört oder alsbald demontiert worden waren, Wasserkraftwerke erst in den frühen Baustufen existierten und daneben kaum Überlandleitungen bestanden.⁷⁴⁸ Langfristig trat aus dieser Ausgangslage nun die Option der Stromgewinnung aus Wasserkraft deutlich hervor, wozu lediglich Kapital für einen möglichen Ausbau notwendig war.⁷⁴⁹

Diese Möglichkeit der Stromgewinnung war allerdings bereits während der Zeit der ersten österreichischen Republik erkannt⁷⁵⁰ und während des Krieges⁷⁵¹ forciert worden und konnte letztlich bis zum Jahr 1944 – im Vergleich zum Vorkriegsniveau – bereits erweitert, nämlich verdoppelt werden; kam es somit bis 1945 zwar auch zu einigen Einbrüchen in der Versorgung, so konnte diese jedoch bis 1948 bereits wieder von 2,51 auf 4,45 Milliarden Kilowattstunden angehoben werden⁷⁵²; zwischen 1946 und 1954 stieg der Gesamtverbrauch letztlich um 187% an.⁷⁵³ Darüber hinaus konnten in den Jahren bis 1955 – aufgrund der getätigten Investitionen – letztlich auch die stromintensiven Zweige der Industrie, wie beispielsweise jener der Aluminiumproduktion und -verarbeitung, ausreichend versorgt werden.⁷⁵⁴

⁷⁴⁶ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 86.

⁷⁴⁷ So flossen letztlich etwa 60,6% aller ERP-Mittel in den Bereich der öffentlichen Wirtschaft und davon sogar insgesamt 25,8% in den Bereich der Elektrizitätswirtschaft. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 156f.

⁷⁴⁸ Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 63.

⁷⁴⁹ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 149. Bereits nach Kriegsende war man sich dieser Möglichkeit der Energiegewinnung durchaus bewusst gewesen, doch fehlten die finanziellen Mittel, um einen Ausbau der Kraftwerke voranzutreiben. Wie bereits erwähnt, kam selbst die Weltbank dem Kreditansuchen zum Ausbau der Wasserkraft nicht nach. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 73.

⁷⁵⁰ Siehe: Georg Rigele, Der Marshall-Plan und Österreichs Alpenwasser-Kräfte: Kaprun. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 183-216, hier: 187f. Siehe auch: Kausel, Österreichs Wirtschaft 1918-1968. 17.

⁷⁵¹ Siehe: Rigele, Der Marshall-Plan und Österreichs Alpenwasser-Kräfte: Kaprun. 189f.

⁷⁵² Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 149.

⁷⁵³ Siehe: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 44. Dabei lässt sich allerdings am Beispiel Niederösterreich feststellen, dass die großen Stromverbraucher im bäuerlichen Bereich erst gegen Mitte der 1950er Jahre Einzug hielten. Siehe: Stadelmann, Überall Strom. 395.

⁷⁵⁴ Siehe: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 28.

Österreich begann bereits mit dem Jahr 1947 etwa ein Viertel des erzeugten Stromes zu exportieren und stieg damit alsbald zum europaweit zweitgrößten Exporteur an Strom auf.⁷⁵⁵ Dabei muss aber angemerkt werden, dass Österreich zwar nun jährlich 1,5 Milliarden Kilowattstunden Strom um je 19 Groschen nach Deutschland exportierte – zur Deckung der vorerst noch bestehenden Energieengpässe aus Westdeutschland aber gleichzeitig Kohle um 40 Groschen je erzeugter Kilowattstunde importierte; damit kam es zu einer Subventionierung der BRD seitens Österreich.⁷⁵⁶

	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1954
	in Millionen kWh									in % von 1946
Gesamterzeugung	3.050	3.234	4.212	4.197	4.911	5.679	6.280	6.885	7.721	253,2
davon										
Laufwasser	1.713	1.857	2.295	2.330	2.784	3.130	3.409	3.118	3.841	224,2
Speicher	981	866	1.377	1.045	1.282	1.482	1.831	2.172	2.169	221,0
Dampf	355	511	540	821	845	1.066	1.040	1.595	1.711	482,0
Einfuhr	19	80	152	145	29	45	85	206	253	1.248,6
Ausfuhr	764	644	951	576	720	849	1.060	1.296	1.438	188,3
Verbrauch	2.237	2.598	3.333	3.665	4.111	4.763	5.203	5.679	6.412	286,7

Tabelle 21: Erzeugung, Einfuhr, Ausfuhr und Verbrauch elektrischer Energie⁷⁵⁷

Dieser erfolgte weitere Ausbau der Ressourcennutzung, der während des Krieges mangels ausreichenden Kapitals zurückgeblieben war, erhielt erst aufgrund des ERP diese signifikanten Möglichkeiten.⁷⁵⁸ Bereits bei der Pariser Konferenz im Jahr 1947 begann die österreichische Delegation Ausbautorschläge auszuarbeiten und zu unterbreiten – diese Pläne erstreckten sich bis 1958, um die Produktion innerhalb dieses Zeitraumes zu verdoppeln; auch wenn der Marshall-Plan selbst nur auf vier Jahre ausgelegt war, sollten Mittel aus dem Counterpart-Fonds für die weiteren Ausbaustufen zur Verfügung stehen.⁷⁵⁹ Hier kam es allerdings ebenfalls zu einem drastischen Unterschied zwischen Ost- und Westösterreich; so erhielt beispielweise das sowjetisch-besetzte Niederösterreich aus den Mitteln des ERP keinerlei Kredite für den Bereich der Energiebauten.⁷⁶⁰

⁷⁵⁵ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 150.

⁷⁵⁶ Auch in anderen Sektoren kam es zu Gegengeschäften oder Handelsbeziehungen, die einzig im Rahmen einer zu erfolgenden westeuropäischen Integration sinnvoll waren und sich letztlich sogar nachteilig auf die österreichische Forschung, Entwicklung und Produktionskapazität auszuwirken vermochten. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 167-169.

⁷⁵⁷ Entnommen aus: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 45.

⁷⁵⁸ So entfielen bereits im ersten Marshall-Plan-Jahr aus etwa 300 Millionen Schilling, welche in die verstaatlichte Industrie flossen, circa 100 Millionen auf den Ausbau der Energiegewinnung durch Wasserkraft. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 157.

⁷⁵⁹ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 150f.

⁷⁶⁰ Siehe: Rigele, Strom – Erdgas – Atom. 414-416.

Als deutlichstes Beispiel des derart erfolgten Ausbaus zur Nutzung der heimischen Wasserkraft lässt sich das „Tauernkraftwerk Glockner-Kaprun“ heranziehen, sowohl in Kärnten als auch Salzburg gelegen.

Die Errichtung brachte dabei aber nicht nur den Bau eines Kraftwerkes mit sich, sondern auch die Errichtung eines Monuments und Symbols für die Bevölkerung, dem letzten Endes Vertrauen entgegengebracht werden konnte. Dabei stellte das Kraftwerk gleichzeitig das größte Investitionsprojekt Österreichs dar, welches durch den Marshall-Plan, nämlich zu zwei Drittel in Form von Counterpart-Krediten, finanziert wurde⁷⁶¹ und bildet ebenso den Beginn staatlicher Investitions- und Infrastrukturmaßnahmen.⁷⁶²

⁷⁶¹ Siehe: Rigele, Der Marshall-Plan und Österreichs Alpenwasser-Kräfte: Kaprun. 184. Von 1948 bis zur Fertigstellung 1955 erhielt „Kaprun“ somit etwa 1.428 Millionen Schilling an ERP-Krediten und damit etwa die Hälfte aller Mittel, die der Elektrizitätswirtschaft zur Verfügung gestellt wurden, wobei diese im Vergleich zu den übrigen Industriesparten ohnedies die höchsten Mittel aus den ERP-Krediten erhielt. Siehe dazu: Ebenda. 196f. Dieser hohen Bedeutung des Marshall-Plans für die Errichtung des Kraftwerks war man sich auch durchaus bewusst: „[...] Dem amerikanischen Volk ist mit dem großen Stauwerk in unseren Alpen ein Denkmal gesetzt worden, das Dank findet für die Befreiung aus Krieg und Not. [...]“ Siehe: Ebenda. 185.

⁷⁶² Siehe. Rathkolb, Die paradoxe Republik. 107.

	Beträge in 1.000 Dollar
Gesamtzweisungen aus der „Direkten Hilfe“	632.401
Im Zuge der direkten Hilfe durchgeführte Importe:	
Lebensmittel	248.579
Gesamtleistung für den Bedarf der Landwirtschaft	64.047
Futtergetreide	54.168
Kunstdünger	5.642
Gesamtleistung für den Bedarf der Industrie	148.083
Investitionen (Maschinen)	50.042
Rohmaterialien	98.041
Wolle	5.012
Baumwolle	41.161
Häute	8.707

Drawing Rights im Zuge der „Indirekten Hilfe“	277.300
--	----------------

	Beträge in Millionen Schilling
vom ERP-Counterpart-Konto freigegeben Beträge	8.036,3
Zuweisungen für Staatsinvestitionen	1.451,9
Bundesbahnen	796,4
Post- und Telegraphendienst	203,7
Straßen- und Brückenbau	174,4
Land- und Forstwirtschaft	52,7
Bundesforste	32,6
Industrieinvestitionen	4.113,1
Energiewirtschaft	1.424,3
Kohlenbergbau	226,0
übriger Bergbau	25,7
primäre Eisen- und Stahlindustrie	827,7
Nicht-eisenverarbeitende Metallindustrie	126,2
Elektroindustrie	85,1
Chemische Industrie	174,4
sekundäre Eisen- und Metallindustrie	215,1
Textilindustrie	214,0
Holzverarbeitende Industrie	121,3
Papierindustrie	533,2
Leder- und Lederwarenindustrie	6,9
Sonder-Wiederaufbauprogramm	1.467,0
Landwirtschaft	719,7
Forstwirtschaft	156,3
Fremdenverkehr	256,7

Tabelle 22: Gesamthilfe bis Ende Juli 1952 in den drei Kategorien und einige der Hauptzwecke⁷⁶³

⁷⁶³ Entnommen aus: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 157-159. Anmerkung: Die Gesamtzweisungen aus der „Direkten Hilfe“ wurden aufgrund statistischer Daten per 31. März 1952 erstellt.

Betrachtet man die allgemeinen Finanzierungen aus Counterpart-Mitteln, so muss festgestellt werden, dass alleine für den staatlichen Bereich 62% der zur Verfügung gestellten Mittel aufgewendet wurden; dazu zählten neben der Elektrizitätswirtschaft, dem Bergbau und der Metallgrundindustrie weiters die Bundesbetriebe. Ein solcher Einsatz der Gelder war aber keineswegs einstimmig beschlossen worden; so mussten die Vertreter der privatkapitalistisch ausgelegten USA erst von den Diplomaten des State Departements dahingehend überzeugt werden, dass pragmatischere Lösungen in diesem Fall zu wesentlich höherer Effizienz führen würden.

Tatsächlich muss zwar festgestellt werden, dass ohne die derart erfolgten Finanzierungen – mit Hilfe aus dem Marshall-Plan – die Investitionsprogramme in dieser Form nicht hätten durchgeführt werden können⁷⁶⁴ – bis Ende der 1940er Jahre wurden etwa 30% der Brutto- und 60% der Netto-Investitionen durch Counterpart-Mittel ermöglicht⁷⁶⁵ – allerdings kam es auch hier zu einer sehr strukturierten Verteilung der Mittel; so musste sich beispielsweise der Wohnbau aus dem Gesamtvolumen mit etwa 340 Millionen Schilling begnügen⁷⁶⁶, während alleine 55,2% der Industrie zufließen⁷⁶⁷; es kam daher zu einem durchaus beachtlichen Unterschied in der Bedeutung.⁷⁶⁸ Darüber hinaus wandte Österreich die erworbenen Ziehungsrechte hauptsächlich dafür auf, um Kohle aus dem Ruhrgebiet oder Rohstoffe aus dem Sterlingraum zu importieren.⁷⁶⁹

Ebenso ergaben sich durch die Hilfen des Marshall-Plans Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Zum einen die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Abschöpfung des Geldüberhanges und zum anderen die bessere Versorgung mit Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern führten zu einer Hebung des Realgeldwertes. Dies führte wiederum dazu, dass erneut mehr Menschen Arbeit suchten und so sank die Zahl der freien Stellen kontinuierlich ab; kam es anfangs dieser Entwicklung auch zu einer gewissen

⁷⁶⁴ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 328.

⁷⁶⁵ Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 91.

⁷⁶⁶ Bis Ende 1953 betrug die Finanzierung für den Wohnbau aus den gesamten ERP-Mitteln (exklusive kleinerer Beträge, welche unter anderen Titeln für diesen Sektor Verteilung fanden), für die beiden eingerichteten Sparten „Wohnhauswiederaufbau“ und „Arbeiterwohnungsbau“, etwa 527,6 Millionen Schilling – dieser Betrag stieg bis Ende 1957 auf 670,1 Millionen Schilling an. Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 81.

⁷⁶⁷ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 153. Allgemein lässt sich feststellen, dass der Wohnungsbau, vor allem in Hinsicht darauf, ein konsumnahes Investitionsfeld darzustellen, vonseiten der Marshall-Plan-Stellen nur in sehr geringem Maße gefördert wurde – so fehlten bis 1951 weiterhin etwa 200.000 Wohnungen. Siehe: Ebenda. 159f.

⁷⁶⁸ Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 81.

⁷⁶⁹ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 75.

Überbeschäftigung, so formierte sich diese aufgrund der weiter erfolgenden Produktivitätssteigerungen zu einer realen Beschäftigung.⁷⁷⁰

d. Ausbau der Grundstoffindustrie

Es hatte bereits nach dem Anschluss an das nationalsozialistische Deutschland, aber viel mehr noch während des Krieges, der Trend eingesetzt, die Leicht- und Konsumgüterindustrie zugunsten der Schwer- und Grundstoffindustrie zu verringern, um so für den Prozess der Aufrüstung beizutragen⁷⁷¹; dies betraf vor allem die Industriesektoren der Eisen- und Stahlproduktion sowie den Ölsektor und jenen der Energieerzeugung durch Wasserkraft.⁷⁷²

Durch den Krieg waren gerade diese Industrien besonders schwer beschädigt worden – man begann daher in den Nachkriegsjahren, über einen Wiederaufbau dieser Anlagen zu diskutieren. Die österreichische Regierung hatte bereits vorrangig Schritte gesetzt, um eben jene Industriesektoren zuerst wiederaufzubauen. Der Marshall-Plan forcierte diese Entwicklung weiters⁷⁷³, da so eine internationale ökonomische Verflechtung entstehen und eine raschere Wirtschaftsstabilisierung erreicht werden sollte.⁷⁷⁴ Dabei reichten oftmals geringe Zusatzinvestitionen aus und es konnte gleichzeitig auf die Grundstoffindustrien ob ihrer Verstaatlichung leichter zugegriffen beziehungsweise für diese geplant werden⁷⁷⁵ – eine gegensätzliche wirtschaftliche Ausrichtung Österreichs, beispielsweise auf die Konsumgüterindustrie, wurde als zu binnenmarktorientiert dargestellt und abgetan.⁷⁷⁶

⁷⁷⁰ Siehe: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 64. Siehe auch: Melinz, Jenseits des Reichtums. 492.

⁷⁷¹ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 18, 23, 147. Siehe auch: Komlosy, Zeiten und Reichweiten. 755. Weiters: Lauber, Pesendorfer, Wirtschafts- und Finanzpolitik. 607. Tatsächlich aber war bereits zwischen 1933 und 1937 – dies bedeutet im Zeitraum zwischen der Depression einerseits und dem Anschluss an das nationalsozialistische Deutschland andererseits – eine Erholung der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie erfolgt, welche vor allem von der Exportwirtschaft, den Investitionen sowie der öffentlichen Nachfrage bedingt wurde; in eben diesem Zeitraum jedoch erhöhte sich weder der private Konsum, noch der allgemeine Lebensstandard. Siehe: Kausel, Österreichs Wirtschaft 1918-1968. 7.

⁷⁷² Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 44f.

⁷⁷³ Siehe: Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 439. Siehe auch: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 53. Weiters: Komlosy, Die niederösterreichische Wirtschaft in der Zweiten Republik. 279.

⁷⁷⁴ Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 36. Dementsprechend formuliert war auch Paragraph 115 des US-amerikanischen Auslandshilfegesetzes: „[...] Förderung der industriellen [...] Produktion, damit der Teilnehmerstaat von außerordentlicher wirtschaftlicher Hilfeleistung von außen her unabhängig werden kann [...]“. Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 72.

⁷⁷⁵ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 334.

⁷⁷⁶ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 19.

Somit lässt sich die Konzentrierung auf die Grundstoff- und Schwerindustrie, um als Zulieferer für die westeuropäische Wirtschaft zu fungieren, als zentraler Aspekt der erfolgenden Westorientierung, welche durch den Marshall-Plan zweifellos eingesetzt hatte, anführen; im Gegensatz dazu hätte sich eine solche auf die Konsumgüterindustrie als Zugeständnis an den heimischen Markt, sowie traditionelle Partner der ehemaligen Monarchie – also des Donauraumes – abgezeichnet.⁷⁷⁷ Beispielsweise stellt die bereits erwähnte Anregung der Produktion von Schwefelsäure und Ammoniumsulfat oder auch der Auf- beziehungsweise Ausbau der Steyr-Daimler-Puch-Werke oder jener bezüglich Aluminium in Ranshofen⁷⁷⁸, eine solche Orientierung des Marshall-Plans dar.

So konnte sich das Verhältnis zwischen Beschäftigtenzahl in Konsum- und Investitionsgüterindustrie letztlich zwischen 1938 und 1955 beinahe drehen; hatten 1938 noch 53% der unselbstständig Tätigen in der Konsumgüterindustrie gearbeitet und 47% in der Investitionsgüterindustrie, so betrug dieses Verhältnis nun etwa 38%:62%.⁷⁷⁹ Damit ergab sich für Österreich aber letzten Endes eine Benachteiligung im Wettbewerb mit anderen europäischen Staaten, da eine derartige Ausrichtung der österreichischen Wirtschaft den eigentlichen Anforderungen nicht gerecht werden konnte. Dies nicht zuletzt deshalb, da vor 1938 die Ausrichtung der Wirtschaft auf Leicht- und Konsumgüterindustrie erfolgt war⁷⁸⁰ und während der Zeit des Nationalsozialismus Betriebe forciert worden waren, welche für ein eigenständiges Österreich keine vorrangige wirtschaftliche Bedeutung besitzen konnten; beispielsweise das erwähnte Aluminiumwerk in Ranshofen oder auch das – in Europa größte dieser Art – Zellwollwerk in Lenzing.⁷⁸¹

Dass diese Sektoren, aber vielmehr noch die signifikant einseitige Ausrichtung der Wirtschaft jener des traditionellen Österreichs nicht entsprechen konnte, wurde von den zuständigen Marshall-Plan-Stellen schlichtweg missachtet – tatsächlich besaßen diese Industrien oftmals „keine organische Bindung zur übrigen österreichischen Wirtschaft“⁷⁸²;

⁷⁷⁷ Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 269.

⁷⁷⁸ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 147.

⁷⁷⁹ In weiterer Folge kam es auch zu strukturellen Problemen der österreichischen Wirtschaft, da eine zu geringe Verschränkung zwischen diesen beiden Industriesparten erfolgte. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 176f.

⁷⁸⁰ Siehe: Ebenda. 147.

⁷⁸¹ Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 73.

⁷⁸² Siehe: Ebenda. 73.

letzten Endes überstieg die Grundstoffproduktion den nationalen Bedarf bei Weitem und Standortnachteile waren die Folge.⁷⁸³

Auf der anderen Seite verstand es der Marshall-Plan nicht nur, einzelne Sparten überproportional zu fördern – ohne dabei auf die nationalen Interessen der europäischen Partner besondere Rücksicht zu nehmen, wie das Beispiel der Grundstoffindustrie in Österreich zweifelsfrei darlegt –, sondern gleichzeitig auch – und dies bereits in einem frühen Stadium der Hilfe – einzelne Sparten zurückzudrängen, beziehungsweise die intensive Verfolgung deren Ausbaus als Bedingung für die Marshall-Plan-Hilfe auszuschließen. Dies betraf beispielsweise die Entwicklung erdölverbrauchender Anlagen in Europa, da seitens der USA ein hoher Eigenbedarf bei geringer Förderquote bestand und festgestellt wurde, dass US-amerikanische Rohstoffe nicht zum Einsatz kommen sollten.⁷⁸⁴ Auch wurde ein österreichischer Ausbau der Wachstumsbranchen Chemie und Elektroindustrie vernachlässigt und beispielsweise die Errichtung eines Kunstseidewerkes in Österreich abgelehnt⁷⁸⁵; eine ebensolche Zurückdrängung erfolgte im Bereich der Automobilherstellung, welche nach 1945 durch F. Porsche angepeilt worden war.⁷⁸⁶ Letztlich führte diese Haltung nach Abschluss der Wiederaufbauphase zu einer Verteilung zwischen Grundstoff- und Konsumgüterproduktion von 58%:42%.⁷⁸⁷

Damit kam es, neben der bereits erwähnten eingeeengten Ausrichtung, zu einer weiteren Form der Desintegration durch den Marshall-Plan, da durch die ERP-Kredite dermaßen der Ausbau einzelner Industrien vorangetrieben oder gehemmt werden konnte. Der Marshall-

⁷⁸³ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 336.

⁷⁸⁴ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 103. Gleichzeitig aber wurde die Errichtung von Erdölraffinerien untersagt, wodurch die europäischen Länder zu überhöhten Preisen Öl von amerikanischen Exporteuren einführen mussten. Siehe: Loth, Die Teilung der Welt. 213.

⁷⁸⁵ Zu dieser ablehnenden Haltung der zuständigen Stellen, die Chemieindustrie in Österreich auszubauen, kam es vor allem auch aufgrund der westeuropäischen Ausrichtung des Marshall-Plans; so sollte eine bedeutende Chemieindustrie in Westdeutschland entstehen, wozu es auch durch umfangreiche Hilfsleistungen aus dem ERP kommen konnte – Österreich wurde in weiterer Folge als eine „unnötige“ Konkurrenz angesehen, welche keine Hilfen zu erwarten hatte. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 160.

⁷⁸⁶ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 335. So besaß Österreich durchaus das nötige Wissen um die Herstellung, eine Vorstellung davon, dass es sich um ein zukunftsweisendes Investitionsfeld handelte und die Erfahrung – so hatten vor 1914 auf österreichischem Staatsgebiet mehr als zehn Autofabrikationsstätten bestanden – doch fehlte schlicht das Kapital um eine neuerliche Fertigung aufzubauen. Gleichzeitig wurde Österreich aber auch als Absatzmarkt für US-amerikanische und deutsche Produkte angesehen – eine Förderung österreichischer Interessen auf diesem Gebiet wurde daher ausgeschlossen. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 167f. Diese ablehnende Haltung wurde damit begründet, dass sich die PKW-Produktion in Österreich während der Zwischenkriegszeit nicht bewährt hätte. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 51.

⁷⁸⁷ Siehe: Heissenberger, Der Wiederaufbau in Österreich. 24.

Plan folgte daher nicht dem nationalen Bedarf, sondern richtete sich vielmehr nach den US-amerikanischen Überschusskapazitäten; zugunsten konsumferner Investitionen wurden solche konsumnaher Art schlichtweg nicht getätigt.⁷⁸⁸

Hatte daher das ERP-Handbuch nach 1950 noch als ein Ziel die Erreichung des Gleichgewichts zwischen Ur- und Finalproduktion angeführt, so wurde Österreich durch den Marshall-Plan tatsächlich aber vermehrt zu einem industriellen Rohstofflieferanten, da die Fertigwarenproduktion schlichtweg weitaus geringer gefördert wurde und es so zu einem Überhang an Ur- und Halbfertigproduktion kam⁷⁸⁹; dass Österreich einerseits ein Land mit kleinbetrieblich-strukturierter Wirtschaft und andererseits einer Fixierung auf arbeitsintensive Fertigwaren darstellte, wurde in die Überlegungen nicht miteinbezogen.⁷⁹⁰

Allerdings wurden auch in Österreich selbst vermehrt Stimmen laut, welche meinten, die für die Schwerindustrie aufgewandten Summen würden die ökonomische Möglichkeit des Landes gefährden und wären, da die österreichische Industrie um den Standort Linz nicht mit anderen europäischen Industriezentren konkurrieren könnte, somit letzten Endes vergeudet.⁷⁹¹ So kam es – beispielsweise um die Person Franz Nemschak – zu einer Verquickung der Diskussionen des Wiederaufbaus der Schwerindustrie mit der Lebensunfähigkeit Österreichs; es sollten die Sparten Landwirtschaft, Konsumgüterindustrie und Fremdenverkehr ausgebaut oder wiedererrichtet werden, um so ein eigenständiges Österreich zu formen.⁷⁹²

Es lässt sich aber gleichzeitig festhalten, dass die Betriebe einen hohen Anlagewert besaßen, nach der Wiedererrichtung – durchaus mit Marshall-Plan-Hilfe – weitestgehend modern ein- und ausgerichtet waren und zwischen 10.000 und 15.000 Menschen

⁷⁸⁸ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 126f, 159.

⁷⁸⁹ Siehe: Ebenda. 148f.

⁷⁹⁰ Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 73.

⁷⁹¹ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 140f. So betrachtete auch der bereits erwähnte Franz Nemschak die Investitionen in eine Breitbandstraße der VOEST als Vergeudung. Siehe dazu: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 46. Es wurde innerhalb des Kanons der Kritik auch angeführt, dass die während des Krieges errichteten oder ausgebauten Anlagen und Produktionsstätten überdimensioniert seien und die Gefahr bestünde, dass die Arbeitsleistung nur mittels maßgeblicher Investitionen erhalten werden könne und sich alsbald herausstellen könnte, dass diese Anlagen letztlich nicht erhalten werden können. Die „[...] Erzeugungsstätten sind eben nicht für österreichische Verhältnisse, sondern unter der Voraussetzung eines großen Wirtschaftsraumes geschaffen worden.“ Siehe dazu: Tweraser, Der Marshall-Plan und die österreichische Eisen- und Stahlindustrie: Fallbeispiel VÖEST. 223.

⁷⁹² Siehe: Hofbauer, Westwärts. 19. Weiters befürwortete Franz Nemschak die Bevorzugung einer exportorientierten Finalindustrie. Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 46.

beschäftigten – eine Schließung war daher alleine aus wirtschaftlicher Betrachtungsweise indiskutabel.⁷⁹³

Die Infragestellung der hohen Investitionen in der Grundstoffindustrie erfolgte nicht nur durch politische Ökonomen in Österreich, sondern zum Teil auch durch die zuständigen US-amerikanischen Behörden; so begann sich die ECA genauer dafür zu interessieren, weshalb die Grundstoffindustrien in den Fokus gerückt worden waren, wenngleich Investitionen in die Sekundärindustrien die Zahlungsbilanz effektiver und vor allem rascher entlasten hätten können. Neben der ECA sprach sich gegen eine Grundstofflastigkeit auch das NAC – das „National Advisory Council on International Monetary and Financial Problems“ – aus.⁷⁹⁴

e. Auswirkungen auf den Osthandel

Als weiteres Ergebnis der wirtschaftspolitischen Entwicklung konnte sich Wien nun nicht mehr als Zentrum ansehen, sondern wurde vielmehr an den Rand gedrängt und sah sich am Ende der westlichen Welt befindlich – entlang den Grenzen Österreichs verlief der „Eiserne Vorhang“, der Ostblock begann.⁷⁹⁵ Daraus ergab sich nun ganz unweigerlich eine tiefgreifende, wirtschaftliche Westorientierung – dieser Prozess wurde durch den Marshall-Plan signifikant intensiviert⁷⁹⁶; ein ebenso sprunghafter Anstieg der Westintegration Österreichs war daher die Folge.⁷⁹⁷

Österreich betraf diese deutlich ablehnende Haltung gegenüber den östlichen Nachbarn in besonderem Maße⁷⁹⁸, da Österreich ob seiner geographischen Lage und historischen Entwicklung stets Handel mit den osteuropäischen Nachbarn betrieben hatte; allen voran mit der Tschechoslowakei.⁷⁹⁹ So war nach dem Zusammenbruch der Monarchie 1918 bis zum Anschluss an das nationalsozialistische Deutschland 1938 der Handel vor allem mit folgenden sechs Ländern erfolgt; Deutschland, Jugoslawien, der Tschechoslowakei,

⁷⁹³ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 140f. Siehe dazu auch: Tweraser, Der Marshall-Plan und die österreichische Eisen- und Stahlindustrie: Fallbeispiel VÖEST. 223.

⁷⁹⁴ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 333.

⁷⁹⁵ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 98.

⁷⁹⁶ Siehe: Komlosy, Zeiten und Reichweiten. 760. Siehe auch: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 98f.

⁷⁹⁷ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 180. Siehe auch: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 271.

⁷⁹⁸ Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 29. Siehe auch: Komlosy, Die niederösterreichische Wirtschaft in der Zweiten Republik. 333.

⁷⁹⁹ Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 268.

Ungarn, Rumänien und Polen⁸⁰⁰; Österreich hatte sich zu einem außenhandelsabhängigen Staat gewandelt.⁸⁰¹ Hatte bereits der Anschluss an das nationalsozialistische Deutschland zu einer Eindämmung dieser wirtschaftlichen Beziehungen mit Osteuropa geführt⁸⁰², so ließ die Embargopolitik der USA einen solchen Handel nun nicht mehr zu⁸⁰³; es lässt sich daher feststellen, dass erst mit der Durchführung des „European Recovery Program“ nach dem Zweiten Weltkrieg die endgültige Desintegration der Habsburgermonarchie erfolgte.⁸⁰⁴

So war beispielsweise der Export in die Tschechoslowakei von 1922 bis 1937 in etwa konstant bei knapp über 7% geblieben und konnte bis 1946 einen Wert von 19,1% einnehmen – bis 1955 sank dieser auf 1,5% ab; im Bereich des Imports kam es von 16,4% im Jahr 1922 zu nur 11,0% im Jahr 1937 – allerdings konnte der Wert bis 1946 wieder auf 16,9% ansteigen; letztlich betrug aber auch der Import aus der Tschechoslowakei 1955 nur mehr 1,7%. Gleichzeitig aber stieg von 2,1% im Jahr 1946 der Export in die BRD auf 25,1% im Jahr 1955 an, während der Import im gleichen Zeitraum von 23,8% auf 35,4% steigen konnte und somit den Wert der Zwischenkriegszeit deutlich übertraf.⁸⁰⁵

War bis 1938 der Handel mit Deutschland auch bedeutend gewesen – die Exportquote nach Deutschland betrug vor dem Anschluss bis zu 18% – so konnte nach 1945 vor allem der Handel mit Osteuropa wieder ansteigen und sich dementsprechend beinahe wieder normalisieren. Dies betraf abermals vorrangig die Tschechoslowakei – bereits Ende des Jahres 1945 kam es zum Abschluss eines auf sechs Monate ausgelegten Handelsabkommens⁸⁰⁶ und es entfielen weiters im Zeitraum zwischen August 1945 und Mai 1946 etwa 42% der österreichischen Exporte und 39% der Importe auf diese⁸⁰⁷. Selbst als nach dem Ablauf des Abkommens aufgrund der einsetzenden politischen Spannungen

⁸⁰⁰ Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 42f.

⁸⁰¹ Siehe: Lauber, Pesendorfer, Wirtschafts- und Finanzpolitik. 607.

⁸⁰² So war der Handel mit den Nachfolgestaaten der Monarchie während dieser Phase zwar stark beeinträchtigt, allerdings keinesfalls unterbunden worden. Siehe: Komlosy, Österreichs Brückenfunktion und die Durchlässigkeit des „Eisernen Vorhangs“. 79.

⁸⁰³ Es erfolgte eine zunehmende Isolation der traditionellen Handelspartner in Bezug auf Österreich. Siehe: Lewis, Auf einem Seile tanzen. 301. Siehe auch: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 31.

⁸⁰⁴ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 98. Siehe auch: Hofbauer, Westwärts. 162.

⁸⁰⁵ Siehe: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 127.

⁸⁰⁶ Siehe: Komlosy, Österreichs Brückenfunktion und die Durchlässigkeit des „Eisernen Vorhangs“. 80. Diese befristeten Abkommen – 1946 folgte beispielsweise ein solches mit Polen – legten Preise, Mengen, Warenkontingente und Zölle im bilateralen Handel fest. Siehe: Ebenda. 94.

⁸⁰⁷ Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 270.

keine weiteren bilateralen Verträge abgeschlossen werden konnten, blieb der Handel zwischen Österreich und der Tschechoslowakei aufrecht und deren Anteil am österreichischen Außenhandel lag bei 20%.⁸⁰⁸

Es kam also unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu einer neuerlichen Aufnahme von Handelsbeziehungen mit dem Osten und die Möglichkeiten Österreichs waren dementsprechend keineswegs dermaßen einseitig gewesen⁸⁰⁹; beziehungsweise lässt sich feststellen, dass sich die Handelspolitik Österreichs vielmehr in einem relativ ausgewogenen Zustand befand.⁸¹⁰

Jahr	Export		Import	
	EU (12)	Oststaaten*	EU (12)	Oststaaten*
1922	24	28	23	29
1937	44	28	34	32
1946	28	22	38	23
1955	58	10	59	9

*Anmerkung: Die Oststaaten umfassen:

Bulgarien, die Tschechoslowakei, die DDR, Polen, Ungarn, Rumänien und die UdSSR.

Tabelle 23: Anteil am gesamten österreichischen Außenhandel [%]⁸¹¹

Die Position, die durch den Marshall-Plan eingenommen wurde, traf Österreich aber letztlich tatsächlich in mehrfacher Hinsicht – nicht nur die Abkehr von osteuropäischen Absatzmärkten⁸¹² brachte einen Einbruch der Exporte mit sich und eine wirtschaftliche Hinwendung zum Westen, sondern auch die Position des Alliierten Rates, den Handel Österreichs mit Deutschland vorerst möglichst stark einzudämmen, brachte ein weiteres Mal einen Rückgang mit sich.⁸¹³ Ebenso die Eindämmung der Handelsbeziehungen zu anderen nicht-teilnehmenden Staaten brachte für Österreich eine Veränderung der wirtschaftlichen Partner – dass etwa 60% der Exporte bereits im ersten Marshall-Plan-Jahr

⁸⁰⁸ Siehe: Komlosy, Österreichs Brückenfunktion und die Durchlässigkeit des „Eisernen Vorhangs“. 80.

⁸⁰⁹ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 19f. Siehe auch: Komlosy, Die niederösterreichische Wirtschaft in der Zweiten Republik. 333f.

⁸¹⁰ Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 268. So kam es – allerdings erst 1952 – auch zur Gründung eines Büros für Ost-West-Handel in Österreich, welchem Josef Dobretsberger vorstand; dieser Schritt konnte durch Wirtschaftskreise, die am Osthandel Interesse besaßen, bewirkt werden. Siehe: Enderle-Burcel, Josef Dobretsberger. 144.

⁸¹¹ Entnommen aus: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 99.

⁸¹² Dabei verlangten die USA, dass – wenn auch in gewissem Maße ein Handel mit früheren osteuropäischen Partnern aufrecht erhalten werden durfte – es zu keinerlei Abhängigkeit Österreichs respektive seiner Wirtschaft von diesen Handelsbeziehungen kommen dürfte. Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 266. Letztlich lag 1955 Im- wie Export mit osteuropäischen Ländern bei nur mehr etwa 8%. Siehe: Hofbauer, Westwärts. 181.

⁸¹³ Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 53f.

an „participating countries“ gingen, beeinflusste des weiteren auch das spätere Handelsgefüge und zeigte ebenso eine mitteleuropäische Desintegration an.⁸¹⁴

Unabhängig von der einseitigen Ausrichtung der Wirtschaft, kam es aber auch zu Verlusten bei erfolgenden Rohmaterialverkäufen für Österreich; so konnte beispielweise für Magnesit 1952 in der BRD 60 Schilling je Zentner als Erlös erzielt werden – in der Tschechoslowakei lag der Preis bei 129 Schilling; für Ranshofener Aluminium wurden im Westen durchschnittlich zehn Schilling erzielt – im Osten lag der Preis bei 23 Schilling; derart lassen sich die österreichischen Verluste – aufgrund der westeuropäischen Integration, welche durch den Marshall-Plan in dieser Form oktroyiert wurde – für das Jahr 1952 mit schätzungsweise etwa vier Milliarden Schilling festlegen.⁸¹⁵

Weitere Verluste resultierten aber auch aus der neuen Ausrichtung Österreichs die Importe betreffend – wurden vor 1948 vor allem aus Osteuropa Nahrungsmittel importiert⁸¹⁶, kam es nun zu einer Ausrichtung hin zu den USA; für Anfang 1948 wurde dabei noch eine Verteilung von 113 zu 123 Millionen Dollar im Vergleich zwischen den USA und den sozialistischen Staaten Osteuropas prognostiziert – einige Monate später betrug diese 152 zu 77 Millionen Dollar⁸¹⁷. Bereits im ersten Marshall-Plan-Jahr fiel darüber hinaus der Anteil an den gesamten Importen für nicht-teilnehmende Länder auf unter 30%, während jener der Marshall-Plan-Länder etwa konstant blieb und jener der USA von 6% auf 27% signifikant anstieg;⁸¹⁸ bis 1951 stieg letztlich der gesamte Importanteil aus den USA auf etwa 40% an.⁸¹⁹

Darüber hinaus nahm an den gesamten Importen auch der ERP-Anteil einen hohen Stellenwert ein – betrug dieser 1948 etwa 18%, so stieg er im Jahr 1949 auf über 30% an und sank dann verlaufend ab, wobei dieser 1950 noch 23%, 1951 20%, 1953 immerhin noch etwa 7% betrug und letztlich erst 1955 auf unter 0,5% absank.⁸²⁰

⁸¹⁴ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 162.

⁸¹⁵ Siehe: Ebenda. 169.

⁸¹⁶ So betrug der Anteil der Lebensmittelimporte aus dem östlichen und südöstlichen Ausland im Jahr 1937 etwa 65% – allen voran lagen Ungarn, Jugoslawien und Rumänien. Siehe: Ebenda. 147.

⁸¹⁷ Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 272.

⁸¹⁸ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 162.

⁸¹⁹ Siehe: Eggleston, The Marshall Plan in Austria. 272.

⁸²⁰ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 162.

f. *Wirtschaftliche Leistung des ERP*

Die Auswirkungen des Wiederaufbaus stellten sich mit durchaus formidablen Ergebnissen relativ rasch ein – hatte die industrielle Produktion 1946 nur 43% in Relation zu 1937 betragen, so stieg diese 1947 auf 56%, 1948 auf 92%, 1949 auf 123% und im Jahr 1950 auf gar 145% an.⁸²¹ Bis 1953 lag die Industrieproduktion bereits bei etwa 170% im Vergleich zum Vorkriegsniveau.⁸²²

	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954
	1937 = 100								
Produktion	44,2	57,2	92,3	122,8	145,4	165,5	167,1	169,9	193,7
Beschäftigung	98,8	119,0	135,3	149,7	158,3	165,2	164,3	160,2	166,0
Produktivität	44,7	48,1	68,2	82,1	91,8	100,1	101,7	106,0	116,6

Tabelle 24: Produktion, Beschäftigung und Produktivität in der Industrie⁸²³

Damit kam es zu einer Verdoppelung der volkswirtschaftlichen Gesamtproduktion Österreichs bis 1951 bei gleichzeitiger Steigerung um 18% gegenüber Vorkriegsniveau. Auch die industrielle Produktion konnte sich letztlich verdoppeln und die industrielle Erzeugung erreichte dabei in diesem Zeitraum 165% gegenüber dem Jahr 1937.⁸²⁴ Im Bereich der Bauwirtschaft konnte bis 1952 sogar ein Plus von 167,5% erreicht werden.⁸²⁵

Wenn der Marshall-Plan diese Entwicklung prinzipiell auch zweifellos unterstützte, muss allerdings davon ausgegangen werden, dass er in vielen Fällen lediglich eine forcierende Haltung einnehmen konnte und die Entwicklung diesem Programm nicht ausschließlich angelastet werden kann – ein prinzipieller Wiederaufbau Österreichs (ebenso wie jener der übrigen westeuropäischen Länder) wäre auch ohne den Marshall-Plan erfolgt.

Ende des Jahres 1951 lag das Einkommen pro Kopf noch etwas unter Vorkriegsniveau, ebenso wie der Lebensstandard, doch war in diesem Zeitraum einerseits die Bevölkerung um etwa 2% angewachsen und andererseits wurde ein hoher Anteil des Volkseinkommens

⁸²¹ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 161.

⁸²² Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 76. Die Industrieproduktion konnte sich in der Phase zwischen 1948 und 1951 mehr als verdreifachen. Siehe: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 9.

⁸²³ Entnommen aus: Ebenda. 25.

⁸²⁴ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 161f. Die industrielle Wertschöpfung lag noch 1948 unter Vorkriegsniveau. Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 93.

⁸²⁵ Siehe: Ebenda. 93.

investiert, wodurch dieses Verhältnis relativiert werden kann.⁸²⁶ Das Bruttoinlandsprodukt konnte sich bereits vier Jahre nach dem Krieg damit zwar wieder an das Vorkriegsniveau herantasten – 1955 war es im Vergleich aber bereits um etwa die Hälfte höher⁸²⁷; 1946 lag das Brutto-Nationalprodukt im Vergleich zu 1937 bei etwa 64%.⁸²⁸

Jahr	Zu laufenden Preisen	Zu Preisen 1945	Jährliche Zuwachsrate in %	Index der realen Entwicklung
	in Milliarden Schilling			
1937	8,5	58,0	-	100
1945	-	21,0	-	36
1946	-	24,5	+17	42
1947	-	36,0	+47	62
1948	29,0	52,8	+46	91
1949	40,3	63,5	+20	109
1950	49,6	70,6	+11	122
1951	66,4	77,4	+9	133,6
1952	76,8	77,9	+0,5	134,2
1953	77,5	80,0	+2,7	138
1954	87,8	87,8	+10	152

Tabelle 25: Die Entwicklung des österreichischen Brutto-Nationalproduktes⁸²⁹

Ebenfalls kam es – nicht zuletzt aufgrund des Systems der Counterpart-Kredite – zu einer Steigerung der Investitionsquote – lag diese 1937 bei etwa 9,4%, so stieg sie im Jahr 1948 bereits auf 13,7% und bis 1952 in einem kontinuierlichen Verlauf auf 20,9% an.⁸³⁰

So konnten auch im Bereich der Schwerindustrie beachtliche Zuwächse verzeichnet werden – die Produktion von Roheisen stieg auf 270%, von Rohstahl auf 158% und von Walzprodukten auf 149% im Vergleich zu den Zahlen von 1937 an.⁸³¹ Um dabei die angepeilte Produktion des Rohstahls von einer Million Tonnen zu verwirklichen, wurde

⁸²⁶ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 162.

⁸²⁷ Siehe: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 114.

⁸²⁸ Siehe: Kausel, Österreichs Wirtschaft 1918-1968. 8.

⁸²⁹ Entnommen aus: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 13. Anmerkung: Für die Jahre 1945, 1946 und 1947 basieren die Angaben auf groben Schätzungen; der Rückgang des Zuwachses 1952 geht auf die vorgenommene Stabilisierung der Währung zurück, wobei diese Stagnierung hingenommen werden musste.

⁸³⁰ Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 93.

⁸³¹ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 164. Im Bereich des Rohstahls konnte 1953 bereits eine Verdoppelung der Zahlen von 1937 erreicht werden und 1954 wurden bereits 1.652.988 Tonnen erzeugt. Um die Ziele auf dem Walzsektor zu erreichen wurden hingegen Hochleistungsblockstraßen, Breitbandstraßen und andere Einrichtungen montiert; die Walzwarenproduktion hielt 1953 bei bereits 177,5% von 1937. Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 76f.

beispielsweise die Eisenerzförderung des steirischen Erzberges auf eine Tagesförderquote von etwa 7.400 Tonnen angehoben.⁸³²

In der Aluminiumproduktion wurden 1951 darüber hinaus etwa 27% der Fabrikate exportiert – ein nicht unbeachtlicher Teil davon in die USA. Auch in der Elektroindustrie, in der sich aufgrund starker Importbedürfnisse und überhöhter Produktionskosten ein Anstieg nur schleppend einstellte, stieg der Wert der Exporte von 1949 bis 1950 um beinahe 400%⁸³³, wobei sich die Gesamtproduktion bis 1954 bereits verdoppelt hatte.⁸³⁴

Allgemein lässt sich, wie bereits oben angeführt, feststellen, dass es durch den Marshall-Plan in hohem Maße zu einem Ausbau der Grundstoffindustrie kam, welche bereits während des Krieges eine Aufwertung erfahren hatte.⁸³⁵ Dabei wurden aber nun nicht nur besonders hohe Mittel für diesen Sektor aufgewandt, sondern daneben vor allem in der Zeit zwischen 1948 und 1953 kritische Engpässe in der Produktion überbrückt.⁸³⁶

Für die Brennstoffwirtschaft und Kraftwerke wurden hohe Summen aus den Counterpart-Fonds aufgewandt – auch hier stellten sich Zuwächse ein; so wurden zerstörte Werke wiedererrichtet und hohe Erträge erzielt. Im Bereich der Infrastruktur wurde beispielsweise das Eisenbahnnetz ausgebaut und einzelne Strecken wurden elektrifiziert – so auch die Hauptstrecke Wien-Vorarlberg mit insgesamt 1.350 Schienenkilometern.⁸³⁷

⁸³² Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft konnte die Quote im November 1952 gar auf 9.234 Tonnen anheben und überschritt somit das anvisierte Ziele deutlich. Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 76.

⁸³³ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 164f.

⁸³⁴ Siehe: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 36f.

⁸³⁵ Siehe: Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. 269.

⁸³⁶ Siehe: Tweraser, Der Marshall-Plan und die österreichische Eisen- und Stahlindustrie: Fallbeispiel VÖEST. 217.

⁸³⁷ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 165f. Bis Ende 1949 waren bereits 2.479 von 2.507 zerstörten Kilometern Schienennetz, sowie von 381 zerstörten bereits 371 Brücken, wieder hergestellt worden. Darüber hinaus waren bis Ende 1954 bereits 51% des Netzes elektrifiziert. Siehe: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 52. Auch im Bereich des Ausbaus der Infrastruktur nach dem Krieg lässt sich – eng verbunden mit der prinzipiellen Ausrichtung Österreichs zum Westen hin – eine infrastrukturelle Gewichtung feststellen; so lag das Hauptaugenmerk klar auf dem Ausbau beziehungsweise der Modernisierung der Westbahnstrecke. Siehe: Günter Dinhobl, Bernd Kreuzer, Unterwegs in Niederösterreich. Verkehr im Land um Wien. In: Peter Melichar, Ernst Langthaler, Stefan Eminger (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 2: Wirtschaft (Wien/Köln/Weimar 2008) 51-100, hier: 57. Einzig durch Österreichs Neutralität war es möglich, einige wenige Strecken nach Osten auszubauen – beispielsweise eine Verbindung von Wien nach Berlin (DDR). Siehe: Ebenda. 80.

Die landwirtschaftliche Produktion konnte solchen enormen Zuwächsen nicht standhalten und erreichte 1953 erst wieder in etwa das Vorkriegsniveau⁸³⁸, wenn auch während der gesamten Laufzeit an ERP-Importen Direkt-Hilfen im Ausmaß von 70,9 Millionen Dollar und eine Gesamthilfe von 114,3 Millionen Dollar gewährt wurde, sowie insgesamt aus Counterpart-Mitteln 1.287 Millionen Schilling.⁸³⁹ Ein ähnliches Bild ergab sich für die Forstwirtschaft⁸⁴⁰; so hatte diese Sparte bereits durch die Zeit vor und während des Zweiten Weltkrieges gelitten und wenn durch ERP-Mittel auch oftmals eine „Initialzündung“ erfolgen konnte⁸⁴¹, blieb die Bedeutung der Forstwirtschaft für den österreichischen Wiederaufbau dennoch eher gering.

Diese eingetretene Situation lässt sich sowohl in Land- als auch Forstwirtschaft vor allem durch den tatsächlichen Arbeitskräftemangel erklären, da bislang Land- und Forstarbeiter nun eine Beschäftigung in der gewerblichen Wirtschaft, beispielsweise aufgrund guter Baukonjunktur, vorzogen.⁸⁴² Daneben aber bietet die, der Landwirtschaft wenig zuträgliche, Preisentwicklung agrarischer Güter eine Erklärung für dieses Zurückbleiben der Landwirtschaft hinter der Entwicklung anderer Sparten.⁸⁴³

Ein anderes Bild ergibt sich bei Betrachtung des Außenhandels, welcher durch den Marshall-Plan maßgeblich wiederbelebt und angeregt werden konnte; so betrug das Exportvolumen 1951 bereits 110% im Vergleich zu 1937 – die Handelsimporte stiegen im selben Zeitraum auf 87% an.⁸⁴⁴ Diese Zahlen sind umso erstaunlicher, als es hier zu bedenken gilt, dass die früheren Kernmärkte in den osteuropäischen Ländern, aufgrund des Einflusses durch den sowjetischen Wirtschaftsplan, weggefallen waren.⁸⁴⁵ So waren noch 1937 etwa die Hälfte der österreichischen Textilien in den osteuropäischen Ländern

⁸³⁸ Tatsächlich konnte die landwirtschaftliche Produktion 1953 etwa 90% der Vorkriegsleistung erreichen. Siehe: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 9. Siehe auch: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 93. In den Jahren 1946 und 1947 hingegen erreichte die Agrarproduktion nur etwas mehr als 50% des Vorkriegsniveaus. Siehe dazu: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 46.

⁸³⁹ Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 56.

⁸⁴⁰ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 76.

⁸⁴¹ Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 60f.

⁸⁴² Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 76. Siehe auch: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 57.

⁸⁴³ Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 95f.

⁸⁴⁴ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 168. Dieser Anstieg konnte auch aufgrund der Mitgliedschaft in der Europäischen Zahlungsunion erreicht werden, durch welche es zu einer Ausweitung des Außenhandelsvolumens kam. Siehe: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 58.

⁸⁴⁵ Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 97. Siehe auch: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 31.

abgesetzt worden – 1950 betrug dieser Wert nur mehr etwa 7%.⁸⁴⁶ Dennoch erfuhr auch diese Sparte eine Produktionserhöhung und 1951 lag diese bereits um 10% höher als im Jahr 1937.⁸⁴⁷

Im Zuge dessen kam es zu einem Ausbau der Handelsbeziehungen mit überseeischen Ländern – vor allem in Nord- und Südamerika, Asien und dem Mittleren Osten.⁸⁴⁸ Weiters wurden Handelsmissionen entsandt und bereits 1951 betrug die Exporte in nichteuropäische Länder etwa 20% der Gesamtquote.⁸⁴⁹

Gebiet	1937	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954
Einfuhr kommerziell in %										
OEEC – Staaten	39,7	70,0	63,5	55,1	58,1	65,2	72,0	68,1	71,1	78,5
Osteuropa	32,0	23,2	22,7	26,2	20,2	15,5	12,2	11,6	11,0	8,5
Sonstiges Europa	8,2	1,3	2,2	5,2	4,7	4,5	5,1	6,3	4,9	4,6
Übersee	20,1	5,5	11,6	13,5	17,0	14,8	10,7	14,0	13,0	8,4
Ausfuhr in %										
OEEC – Staaten	51,8	66,8	69,5	66,5	59,9	60,2	63,4	64,4	67,8	69,5
Osteuropa	27,7	22,2	17,4	14,8	18,3	14,5	12,2	11,6	9,0	7,8
Sonstiges Europa	6,6	3,1	2,9	5,8	7,9	6,6	4,8	7,2	6,9	6,6
Übersee	13,9	7,9	10,2	12,9	13,9	18,7	19,6	16,8	16,3	16,1

Tabelle 26: Geographische Struktur des Außenhandels⁸⁵⁰

Dennoch blieb vorerst ein Handelsbilanzdefizit⁸⁵¹ bestehen, welches mit ERP-Zahlungen gedeckt wurde⁸⁵²; auch stiegen im Zeitraum von 1948 bis 1951 die Lebenshaltungskosten und Löhne um etwa 140%, die Großhandelspreise um 180%.⁸⁵³

1952 kam es schließlich zu einer weiteren Abnahme der Exporte und folglich einem Absinken der Produktion, was sich letztlich in höherer Arbeitslosigkeit niederschlug⁸⁵⁴;

⁸⁴⁶ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 168.

⁸⁴⁷ Siehe: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 38.

⁸⁴⁸ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 169. Allgemein betrachtet forcierte der Marshall-Plan die industrielle Produktionsentwicklung in den von Europa abhängigen Überseegebieten, um derart Importe für die USA abzusichern, diese Gebiete in den europäischen Wiederaufbau sowie den kapitalistischen Weltmarkt einzubinden und gleichsam von kommunistischer Annäherung fernzuhalten. Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 242.

⁸⁴⁹ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 169.

⁸⁵⁰ Entnommen aus: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 61.

⁸⁵¹ Das Defizit betrug zwischen 1948 und 1951 jährlich etwa 220 Millionen Dollar. Siehe: Ebenda. 9.

⁸⁵² Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 169.

⁸⁵³ Siehe: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 9.

⁸⁵⁴ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 170. Siehe auch: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 58. Nach anderen Angaben betrug die Arbeitslosenrate in den Jahren zwischen 1949

diese stieg zwischenzeitlich auf etwa 10% der sozialversicherten Arbeitnehmer an, wobei jedoch auch Saisonarbeiter – vor allem aus dem Baugewerbe – sowie Frauen eingerechnet wurden. Allerdings lag der Wert – wiederum rein statistisch gesehen – im Winter 1951/52 mit über zwei Millionen sozialversichert Beschäftigten um etwa 50% höher als im Vergleich zum Vorkriegsniveau – relativieren lässt sich diese Angabe jedoch auch dahingehend, da die Zahl der Unversicherten sank, jene der Arbeitsuchenden anstieg und teilweise schlichtweg auch auf das Anwachsen der Bevölkerung rückzuführen ist.⁸⁵⁵

Hingegen ging das private Sparen nun völlig zurück – so wurden Einkommen restlos verbraucht oder Unternehmer gezwungen, in ihre Betriebe zu investieren; ein Kapitalmarkt konnte sich vorläufig noch nur ungenügend ausbilden.⁸⁵⁶

Nicht zuletzt aufgrund dieser Faktoren ließ die Regierung der USA den Marshall-Plan mit Ende 1952 nicht einfach auslaufen, sondern bewilligte eine weitere finanzielle Unterstützung. Diese sollte dabei Preise und Währung stabilisieren, die Konkurrenzfähigkeit österreichischer Konsumgüter auf dem Weltmarkt garantieren und eine Anregung hin zum privaten Sparen darstellen.⁸⁵⁷

g. Resümee

Allgemein lässt sich das Wirken des Marshall-Plans in Österreich grob in drei Abschnitte einteilen:

- Zunächst in eine Phase hauptsächlich innerhalb des ersten Jahres des Bestehens, nämlich als ein zum überwiegenden Teil ausgestaltetes Notstandsprogramm, wobei Lieferungen an Lebensmitteln und Rohstoffen sowie die Beseitigung von Kriegsschäden im Fokus standen.
- Eine Abänderung dieser Sichtweise und somit des Vorgehens zeichnete sich ab Ende 1949 ab und hielt letztlich bis 1952 an – es handelte sich in dieser Phase um ein Aufbauprogramm, in welchem Ausbau der Energieversorgung, sowie Wiederaufbau, Entwicklung und Festigung von Grundindustrien, mit deutlichem

und 1951 durchschnittlich etwa 5% und stieg im Jahr 1953 auf ihren Höhepunkt mit etwa 8,3% an. Siehe dazu: Hofbauer, Westwärts. 182.

⁸⁵⁵ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 170f.

⁸⁵⁶ Siehe: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 9.

⁸⁵⁷ Siehe: Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt. 172.

Übergewicht an exportorientierten und Grundstoffindustrien, in den Vordergrund gerückt wurde.

- Als dritte – einigermaßen durchaus konträr angelegte – Phase lässt sich abschließend das Endstadium des ERP darlegen, wobei es nun beispielsweise auch zu einer Hinwendung zum Sektor der Fertigwaren kam.⁸⁵⁸

Insgesamt erhielt Österreich zwischen 1945 und 1955 derart Auslandshilfe im Wert von etwa 1,6 Milliarden Dollar – und dies zum überwiegenden Teil von den USA sowie im Rahmen des ERP als Geschenk.⁸⁵⁹ Diese Hilfe spaltet sich auf jene vor Einsetzen des Marshall-Plans in Höhe von 682,8 Millionen Dollar, wovon 535,8 Millionen die USA trugen, und jene des ERP in Höhe von 962,0 Millionen Dollar auf⁸⁶⁰; das Verhältnis zwischen diesen beiden Beträgen liegt bei 41,5%:58,5%, womit auch die Hilfe vor dem Einsetzen des Marshall-Plans bereits durchaus beachtliche Ausmaße einnahm – insgesamt entfielen auf die USA etwa 91% der gesamten Hilfe.

Die Hilfe aus dem Marshall-Plan selbst gliederte sich dabei wiederum in 678 Millionen Dollar an direkter und 284 Millionen Dollar an indirekter Hilfe, wobei die direkte Hilfe Lebensmitteleinfuhren (262,7 Millionen Dollar), Ausgaben für die Landwirtschaft (89,9 Millionen), Anschaffung von Investitionsgütern für die Industrie (63,3 Millionen), sowie Einfuhren von industriellen Rohstoffen (121,7 Millionen) umfasste; weiters teilte sich diese ebenso auf Kohle, Tabak und kleinere Importe (52,3 Millionen) sowie Frachtkosten (87,9 Millionen) auf.⁸⁶¹

⁸⁵⁸ Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 54.

⁸⁵⁹ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 284.

⁸⁶⁰ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 249.

⁸⁶¹ Siehe: Tinhof, Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958. 26.

„Anfang vom Ende“⁸⁶² des Marshall-Plans

a. Wirtschaftliche Gründe

Von Beginn des Marshall-Plans an war aus wirtschaftlicher Sicht festgestanden, dass der Fokus des Programms auf die Überwindung der Dollarlücke gerichtet sein müsste.

Dabei hatte aber bereits die OEEC in ihren Berechnungen zum Generalplan 1950 feststellen müssen, dass diese wohl bis 1952/53 – also bis zum Auslaufen des Marshall-Plans – nicht beseitigt werden könnte. Auch in den USA war man sich dessen bewusst, dass dieses spezielle Defizit zwar verkleinert werden würde, jedoch es zu keiner endgültigen Lösung alleine vonseiten Europas kommen könnte⁸⁶³; nicht zuletzt weil der Wirtschaftskrieg mit der Sowjetunion Europa weiterhin stark belaste.

Um dieses Problem genauer zu untersuchen, wurde Anfang des Jahres 1949 eine Expertengruppe um Wayne C. Taylor eingesetzt; das Ergebnis, welches im Mai des Jahres vorlag, war einigermaßen erstaunlich. Darin hieß es, dass, um Vollbeschäftigung und hohen Lebensstandard zu erhalten, nicht nur die europäischen Staaten, sondern auch die USA ihre Außenwirtschaftspolitik verändern müssten. Die Überwindung der Dollarlücke würde daher auch durch steigende Importe der USA, ergänzt durch Kapitalexporte, verwirklicht werden, wobei der amerikanische Protektionismus aufgegeben werden sollte. „Unsere Forderung, mit anderen konkurrieren zu dürfen, schließt auch die Verpflichtung ein, andere mit uns konkurrieren zu lassen.“⁸⁶⁴ Damit sollte allerdings auch eine neue Politik des „Dollar Drive“ verbunden werden, wonach europäische Firmen leichteren Zugang zum US-amerikanischen Markt erlangen sollten.

Mit diesem Schritt musste aber auch die Auslandshilfe vermehrt zurückgedrängt werden – zum einen, da sie – entgegen den bisherigen Annahmen – die Überwindung der Dollarlücke nicht verwirklichen konnte, zum anderen, da nun neue Parameter für die transatlantischen Beziehungen bedeutender wurden; folglich kam es auch tatsächlich zu

⁸⁶² Diese Sichtweise vertrat auch einer der führenden Mitarbeiter der ECA, Richard Bissell. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 130.

⁸⁶³ So wurde vonseiten der USA in einem frühen Memorandum bereits festgestellt, dass die USA jährlich für etwa 16 Milliarden Dollar Waren und Dienste exportieren und nur für zehn Milliarden solche importieren würden; die Differenz von sechs Milliarden würde zu fünf Milliarden durch die USA geschenkt. Die Beendigung des Marshall-Plans müsste in weiterer Folge daher Probleme sowohl in den USA, als auch in Europa nach sich ziehen. Siehe: Daniel, Dollardiplomat in Europa. 126.

⁸⁶⁴ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 195f.

einer veränderten politischen Einschätzung der Notwendigkeit, sowie auch der Bedeutung, zukünftiger ökonomischer Auslandshilfe.⁸⁶⁵

Daneben kam es, wie im Taylor-Report bereits warnend erwähnt worden war, aufgrund der anhaltenden Dollarlücke im Sommer 1949 zu einer europäischen Zahlungsbilanzkrise. Diese wurde durch den anhaltend hohen Importbedarf Westeuropas und der gleichzeitigen Exportschwäche der europäischen Länder bedingt und brachte den Prozess der Stabilisierung im Jahr 1949 beinahe zum Stillstand; auch die amerikanische Rezession trug zu dieser Entwicklung bei. In Folge warnte desgleichen die OEEC vor einem Zusammenbruch des wirtschaftlichen Gefüges in Westeuropa.⁸⁶⁶

Erst im September 1949 konnte sich die Lage verbessern, da es in den USA zu einer konjunkturellen Erholung kam und so auch die europäischen Exporte zunehmen konnten; wenn es auch zu einer prinzipiellen Importbeschränkung seitens der USA kam. Die strukturellen Probleme im transatlantischen Handel bestanden jedoch weiterhin und belasteten so auch den Marshall-Plan immens. Die amerikanische Regierung stellte sich bereits darauf ein, dass der Marshall-Plan scheitern könnte und die USA weiterhin Auslandshilfe zur Verfügung stellen müssten, da ohne die wirtschaftliche Partnerschaft mit Westeuropa die „amerikanische Prosperität und Sicherheit“ gefährdet wäre, wie Paul Hoffman bereits im April 1950 erklärte.⁸⁶⁷

b. Politische Gründe

Das abzusehende politische Ende des Marshall-Plans wurde bereits vor halber Laufzeit des gesamten Programms eingeläutet, als nämlich am 25. Juni 1950 der Korea-Konflikt seinen Ausbruch nahm.⁸⁶⁸ Wurde anfangs noch von einer Polizeiaktion gesprochen, entwickelte sich die Situation zunehmend negativ und es resultierte ein langer und harter Krieg, der letztlich nicht nur das ERP, sondern auch die Präsidentschaft Trumans überdauerte. Die veränderte Position der USA, welche nun von einer Friedensproduktion zurück in Richtung

⁸⁶⁵ Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 246.

⁸⁶⁶ Das amerikanische Bruttosozialprodukt fiel in diesem Zeitraum von 4,5% im Jahr 1948 auf nur mehr 0,1% im Jahr 1949 ab – dies glich einer Stagnation. Siehe dazu: Hardach, Der Marshall-Plan. 203.

⁸⁶⁷ Siehe: Ebenda. 203-205.

⁸⁶⁸ Siehe: Kindleberger, Marshall Plan Days. 88. Siehe auch: Hardach, Der Marshall-Plan. 129. Weiters: Hogan, The Marshall Plan. 380. Der Korea-Konflikt wirkte dabei letztlich sowohl als Katalysator des Kalten Krieges, wie er auch selbst wiederum dessen Produkt war. Siehe: Loth, Die Teilung der Welt. 266.

Aufrüstung und Militär schwenkte, wurde vom Kongress dahingehend aufgefasst, die Wirtschaftshilfe stetig zugunsten der nun notwendigen Aufrüstung zu kürzen.⁸⁶⁹

Dass die Auslandshilfe nicht in weit größerem Maße eingestellt wurde, erreichten Interventionen der ECA. Diese sah im Wiederaufbau Europas nämlich nicht nur eine Möglichkeit für die europäischen Staaten, den steigenden Lebensstandard zu halten oder gar auszubauen, sondern vielmehr durch die wirtschaftliche Stärkung und soziale Stabilität in Westeuropa das Fundament der Wiederaufrüstung verwirklicht.⁸⁷⁰ Die USA begannen nun, den steten Trend hin zu einer Marktwirtschaft, zugunsten einer „begrenzten Kriegswirtschaft“, welche beispielsweise quantitative Kontrollen und internationale Bewirtschaftungsgremien nach sich zog, aufzugeben.⁸⁷¹

Wenn es der ECA auch gelang, den Marshall-Plan aufrecht zu erhalten, so verschoben sich in diesem jedoch gleichsam die Bedeutungen. So wurde nun die bisherige strikte Trennung zwischen Wiederaufbau und Rüstung – beziehungsweise zwischen Wirtschaftshilfe und Militärhilfe – aufgelöst⁸⁷² und aus dem Programm schlichtweg ein solches zur Wiederaufrüstung; eine Förderung der Wirtschaft, die eine Aufrüstung bedingte und gleichsam den Lebensstandard nicht gefährdete⁸⁷³ – als Voraussetzung, um US-Hilfe zu erlangen, wurde nun der Beitrag zur gemeinsamen Rüstung angesehen.⁸⁷⁴

Ein endgültiger Wandel innerhalb des Marshall-Plans erfolgte – durchaus auch aufgrund personeller Konsequenzen Ende 1950, als Paul Hoffman als Administrator zurücktrat und ihm William C. Foster, ein den Republikanern nahestehender Unternehmer, nachfolgte – letztlich im letzten Jahr des Bestehens. Die politischen Schwierigkeiten, die Durchsetzbarkeit betreffend, steigerten sich und es standen immer weniger Mittel zur Verfügung; die Ressourcen der USA schienen nun nicht mehr so enorm wie es zeitweise zuvor der Eindruck gewesen respektive diese Vorstellung vermittelt worden war.

⁸⁶⁹ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 129f. Siehe auch: Hogan, The Marshall Plan. 380. Die Gewichtung der Auslandshilfe wurde nun überdacht. Siehe: Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. 53.

⁸⁷⁰ Die ECA war mit diesem Modell sogar derart erfolgreich, dass mit Ende 1950 auch Spanien und Jugoslawien Wirtschaftshilfe erhielten. Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 130.

⁸⁷¹ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 304.

⁸⁷² Siehe: McGlade, A Single Path for European Recovery? 195.

⁸⁷³ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 130f.

⁸⁷⁴ Für Österreich bedeutete dies nun, früher auf Auslandshilfe verzichten zu müssen, als bislang angenommen worden war; allerdings kam es durch den Korea-Konflikt zu einer Verlängerung des Booms im Grundstoff- und Energiesektor. Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. 304.

Gleichzeitig erhielten die Gegner des Marshall-Plans regen Zulauf – das Programm bürde den USA zu hohe Lasten auf und wäre zu aufwendig – um dem entgegenzutreten, kam es nun zu einer Neudefinierung US-amerikanischer Auslandshilfe. Diese wurde gebündelt als globales Sicherheitsprogramm definiert und im Mai als „Mutual Security Program“ dem Kongress vorgeschlagen.⁸⁷⁵ Davor hatte Foster – bereits am 2. August 1950 – vor dem Bewilligungskomitee des Repräsentantenhauses angeführt, dass die Rüstungsanstrengungen keinesfalls ausschließlich von den USA getragen werden könnten.⁸⁷⁶ Die wirtschaftliche Stabilisierung wurde der Aufrüstung nun gänzlich untergeordnet und es kam zu einem relativen Rückgang der Staatsausgaben für den Bereich der zu gewährenden Auslandshilfe gegenüber jenen Ausgaben für militärische Zwecke.⁸⁷⁷

Als neue Behörde wurde die „Mutual Security Agency“ (MSA) per 31. Oktober 1951 eingeführt – deren erster Leiter als „Director for Mutual Security“ wurde Averell Harriman.⁸⁷⁸ Die ECA wurde mit Ende des Jahres aufgelöst und deren Auslandsvertretungen in die diplomatischen Vertretungen der USA integriert. Allerdings besaß die neue MSA nicht mehr den Rang der früheren ECA, da die amerikanischen Ministerien die Aufgaben wieder an sich heranzogen⁸⁷⁹; der MSA blieb daher hauptsächlich die Aufgabe, das europäische Wiederaufbauprogramm nach den vorgegebenen Richtlinien zu beenden⁸⁸⁰, wobei die militärischen, wirtschaftlichen sowie technischen Maßstäbe einzuhalten waren.⁸⁸¹

⁸⁷⁵ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 131f. Siehe auch: McGlade, A Single Path for European Recovery? 196f.

⁸⁷⁶ Siehe: Daniel, Dollardiplomatie in Europa. 127. Milton Katz, seines Zeichens ECA-Sonderbotschafter in Europa, meinte darüber hinaus, Europa müsse die Produktion von 160 Milliarden Dollar um weitere 100 Milliarden bis zum Auslaufen des ERP steigern, „wenn es Kanonen und Butter haben wolle“; Foster formte später daraus das neue, doppelte Ziel der ECA, Europa Brot und Kanonen bereitzustellen. Siehe: Ebenda. 127f.

⁸⁷⁷ Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 247. Gleichzeitig wurde es für die europäischen Länder richtiggehend unwahrscheinlich, anstelle von „Brot und Kanonen“ nun „Brot und Butter“ zu erhalten, wie dies Katz vor einem Senatskomitee auch klarstellte – damit wurde ein endgültiger Wandel in der diesbezüglichen Politik zum Ausdruck gebracht. Siehe: Daniel, Dollardiplomatie in Europa. 128f.

⁸⁷⁸ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 132. Während die Abschaffung der ECA bei gleichzeitiger Neuschaffung der MSA im Oktober 1951 beschlossen wurde – gleichsam im Zuge der Beschlussfassung der Ausgaben für das vierte Marshall-Plan-Jahr – erfolgte deren Einsetzung als neue Behörde erst per 1. Januar 1952. Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 247f.

⁸⁷⁹ Siehe: Ebenda. 248.

⁸⁸⁰ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 132f.

⁸⁸¹ Siehe: Brähler, Der Marshallplan. 248.

Mit diesem Verlust an politischem und wirtschaftlichem Einfluss der zuständigen Behörde, verlor auch das Wiederaufbauprogramm selbst drastisch an Signifikanz. Kam es in der darauffolgenden Zeit auch zu neuen Initiativen, war die US-Regierung angesichts der neuen Herausforderungen und knappen Ressourcen nicht mehr dazu bereit, diese anzuerkennen oder umzusetzen. Nach Abschluss des Marshall-Plans blieb es bei einer Behörde mit ziemlich unklar definiertem Aufgabenspektrum, wobei die Zuständigkeiten auf die einzelnen Ministerien verstreut waren. Präsident Eisenhower sah sich letztlich mit Verschwendung, Konfusion der Ziele und ineffektivem Handeln konfrontiert und wandelte die MSA im Juli 1953 zur „Foreign Operations Administration“ um.⁸⁸²

Somit war auch der letzte offensichtliche, bürokratische Anknüpfungspunkt an ein großes Wiederaufbauprogramm für Europa beseitigt worden.

⁸⁸² Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 133f.

Schlussbetrachtung

Der Marshall-Plan lässt sich vereinfacht als ein Instrument der Rekonstruktion der Weltwirtschaft beziehungsweise westlichen Wirtschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges darstellen, wobei die westeuropäischen Volkswirtschaften in ein neues Wirtschaftssystem miteinbezogen werden sollten.⁸⁸³ Der Marshall-Plan war daher weder ein Kolonisierungsprojekt noch ein reines Geschenk seitens der USA, sondern vielmehr ein „deal“, der zwischen zwei Partnern – nämlich auf der einen Seite der USA und auf der anderen Seite Westeuropa respektive den einzelnen, am Marshall-Plan teilnehmenden, westeuropäischen Staaten – eingegangen wurde, um beiden Teilnehmern Vorteile zu sichern und deren Interessen zu bedienen.⁸⁸⁴ Dies wurde auch im „Economic Cooperation Act“ deutlich, der in der Zielsetzung einerseits die Förderung des Weltfriedens und der Wohlfahrt nannte, andererseits jedoch die Erhaltung der Macht und Stabilität der USA hervorhob.⁸⁸⁵ Mittels dieser Dualität wurde aber verdeutlicht, dass die USA den bedeutenden Part einnahmen und den angesprochenen „deal“ klar nach ihren Vorstellungen vorzeichneten; die europäischen Staaten erhielten ob ihrer Bedürftigkeit die Bedingungen des Programms für den europäischen Wiederaufbau auferlegt.

Dabei wird allerdings bereits der politische Aspekt deutlich, weshalb der Marshall-Plan auch nicht ohne eine politische Einordnung dargestellt und daher letztendlich auch nicht vom Kalten Krieg isoliert betrachtet werden kann. Tatsächlich wäre es in letzter Instanz zu einem solchen groß angelegten Hilfsprogramm ohne den politischen Aspekt – und dabei vor allem ohne den einsetzenden Ost-West-Konflikt – auch nicht gekommen⁸⁸⁶. Dass die Einladung zur Teilnahme am ERP anfänglich auch an die Sowjetunion gerichtet wurde, lässt sich als taktisches Kalkül der USA auffassen, um derart letztlich nicht für einen einsetzenden Konflikt die Verantwortung übernehmen zu müssen.⁸⁸⁷ Die politischen Überlegungen, die vonseiten der USA angestrengt wurden, schufen gewissermaßen erst

⁸⁸³ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 323.

⁸⁸⁴ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 221. Siehe auch: Gehler, Vom Marshall-Plan bis zur EU. 36.

⁸⁸⁵ Siehe: Herbst, Option für den Westen. 42. Siehe auch: Hofbauer, Westwärts. 102. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass für die USA Weltfrieden und US-Macht einhergingen, womit die Festigung dieser als eindeutiges Ziel angesehen und daneben auch legitimiert werden konnte.

⁸⁸⁶ Siehe: Cronin, The Marshall Plan and Cold War. 283.

⁸⁸⁷ Auch wenn die Sowjetunion somit nicht vom Marshall-Plan ausgeschlossen worden war, brachte es der tschechoslowakische Außenminister, Jan Masaryk, auf den Punkt: „Do you see Truman and Congress forking out billions of dollars to Enemy Number One, communist Russia, from whom we all have to be saved?“. Siehe: Mee, The Marshall Plan. 150.

den weiteren Nährboden für die Idee einer Hilfe für Europa. Gleichzeitig muss aber auch festgehalten werden, dass der Marshall-Plan ebenso den Kalten Krieg beeinflusste⁸⁸⁸, da er den Ausbau des Kapitalismus vorantrieb und sich klar und eindeutig gegen den Kommunismus positionierte.⁸⁸⁹

Für die USA ergaben sich dabei aus der Initiierung des Marshall-Plans ebenso Lösungen für unterschiedliche Probleme, wie für die teilnehmenden Staaten selbst. Dabei galt es jedoch, die vorherrschende Dollarlücke, die durch den massiven Exportüberschuss der USA entstanden war, zu schließen. Dazu musste allerdings sowohl die Wirtschaftspolitik, als auch die wirtschaftspolitische Entwicklung der europäischen Länder gesteuert werden, was sich letztlich durch die Gewährung von Hilfen erreichen ließ – die europäischen Länder übernahmen in dieser Konzeption die US-amerikanischen, ökonomischen Bedingungen und gingen zu einer neuen Weltwirtschaft über.⁸⁹⁰

Die hohen Exportquoten der USA, verbunden mit der derart entstandenen Dollarlücke, können allerdings nur bedingt als Erklärungsmuster herangezogen werden, selbst wenn man bedenkt, dass etwa die Hälfte der Exporte des Jahres 1948 bereits auf die ERP-Hilfe entfielen.⁸⁹¹ Dementsprechend lässt sich der Marshall-Plan auch als Instrument der US-Politik ansehen, die Auslandsnachfrage nach US-Gütern zu stimulieren, um derart den Export kontinuierlich steigern zu können.⁸⁹² Dass die USA dabei diese Rolle übernehmen konnten, lag an deren unbestrittener Hegemonialstellung nach Kriegsende; dennoch war der Plan auf US-Seite lange Zeit noch höchst umstritten. Es standen sich dabei jedoch nicht nur die beiden Parteien gegenüber, sondern zusätzlich nahmen noch Vertreter in den jeweiligen Fraktionen unterschiedliche Positionen ein. Rühmte beispielsweise eine Gruppe den Interventionismus, lehnten diesen einige Vertreter der eigenen Fraktion ab, ebenso wie jene der anderen Partei – dementsprechend verhielt es sich mit den anderen Argumenten, die vorgebracht wurden. Erst eine immense Informationskampagne, die vor allem durch

⁸⁸⁸ Präsident Truman äußerte 1956 über das ERP urteilend: „Der Marshall-Plan wird in die Annalen der Geschichte als einer der größten Beiträge Amerikas für den Weltfrieden einen Ehrenplatz einnehmen. Der Welt aber dürfte es seither klar gewesen sein, daß [sic!] sich Westeuropa ohne ihn der kommunistischen Tyranis nur sehr schwer hätte entziehen können.“ Siehe: Achterberg, General Marshall macht Epoche. 155.

⁸⁸⁹ Siehe: Cronin, The Marshall Plan and Cold War. 283.

⁸⁹⁰ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 323.

⁸⁹¹ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 130.

⁸⁹² Siehe: Ebenda. 130f. Dabei drängte sich dem Ökonomen Ernest Mandel der Vergleich mit dem keynesianischen nationalen Modell auf, da zusätzliche Kaufkraft eingebracht wurde, welche letztlich zu einer Expansion des Welthandels führen sollte. Siehe: Ebenda. 131.

Präsident Harry S. Truman und dessen Außenminister George C. Marshall geführt wurde, sowie massives Lobbying – auch seitens der Gewerkschaften und Interessensverbände – konnten in den USA eine Mehrheit für dieses Projekt sicherstellen⁸⁹³, wodurch letztlich der Marshall-Plan einen der wichtigsten Meilensteine in der US-amerikanischen Außen- und Europapolitik nach dem Zweiten Weltkrieg bilden konnte.⁸⁹⁴

Auch die europäischen Vertreter mussten jedoch überzeugt werden – wenn auch weniger davon, dass sie Hilfe erhalten sollten, denn diese nahmen die westeuropäischen Staaten selbstverständlich nur allzu gerne an – doch umso mehr davon, den daran geknüpften Auflagen und der anti-sowjetischen Haltung, die eingenommen werden musste, um am ERP teilnehmen zu können, zuzustimmen. Dabei muss allerdings festgehalten werden, dass die sowjetische Gefahr nicht nur übertrieben dargestellt wurde, sondern auch als solche in dieser Form und in diesem Ausmaß gar nicht bestand, was den bedeutenden Gremien in den USA durchaus bewusst war.⁸⁹⁵ So versuchte zwar die Sowjetunion tatsächlich, ihre Einflussphäre auszudehnen, doch fehlten ihr im Gegensatz zur USA letztlich die Mittel, um eine dermaßen bedeutende Gefährdung darzustellen, wie sie von der Propagandamaschinerie um den Marshall-Plan gezeichnet wurde.⁸⁹⁶

Darüber hinaus musste Westeuropa eine Integration anstreben und in ein langfristiges Konzept des transatlantischen Handels einwilligen. Des Weiteren wurde von der ECA (der so genannten Marshall-Plan-Behörde) angestrebt, Einfluss auf die nationale Wirtschaftspolitik zu nehmen – ein Versuch, der von den europäischen Staaten allerdings in den meisten Fällen abgeschwächt und adaptiert werden konnte⁸⁹⁷, wenn auch letztlich die ECA signifikantere Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen gehabt hätte; dies zeichnete sich beispielsweise nicht zuletzt an den nur in geringem Maße erfolgten integrativen Schritten deutlich ab.

Das Volumen allerdings, welches der Marshall-Plan bereitstellte, war dafür umso bemerkenswerter und half den europäischen Staaten, ihren Weg in das von den USA

⁸⁹³ Letzten Endes brachten die USA für das ERP jährlich in etwa ein bis zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts auf. Siehe: Matis, Stiefel, Die Weltwirtschaft. 40. Siehe auch: Maier, Introduction: ‚Issue then is Germany and with it Future of Europe‘. 1.

⁸⁹⁴ Siehe: Schröder, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland. 315.

⁸⁹⁵ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 135.

⁸⁹⁶ Siehe dazu: Ebenda. 135.

⁸⁹⁷ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 331.

vorgegebene weltwirtschaftliche System – wenn diese Schritte somit auch vorgezeichnet und einseitig orientiert waren – zu finden.

	Wirtschaftshilfe	Militärhilfe	Summe
1948/49	4,5	-	4,5
1949/50	3,4	0,1	3,5
1950/51	2,8	0,9	3,7
1951/52	2,1	2,4	4,5
1952/53	1,8	3,9	5,7
Summe	14,6	7,3	21,9

Tabelle 27: Wirtschaftshilfe und Militärhilfe der USA [Milliarden Dollar]⁸⁹⁸

Stellten die USA auch zweifellos den bedeutendsten Part an Hilfe für den Wiederaufbau zur Verfügung, bildete sich aufgrund der Struktur des Marshall-Plans jedoch ebenso ein Zusammenspiel der europäischen Staaten aus; eine Integration – wenn auch nicht eine solch signifikante, wie sie die US-Administration von Beginn des Programms an angestrebt hatte – welche Wirtschaftshilfe durch die einzelnen Staaten untereinander garantierte.⁸⁹⁹

Zu einem Bruch in der Kontinuität der Planung kam es letztlich durch den einsetzenden Korea-Konflikt, welcher – wie bereits oben aufgezeigt – eine Verschiebung von Hilfe für den Wiederaufbau hin zur Rüstungshilfe bedingte; es kam daher in den letzten beiden Jahren zum Aufkommen der Devise: „Handel und Hilfe“.⁹⁰⁰ Nach Ende des Marshall-Plans hingegen stellte sich die Haltung ein, dass die transatlantischen Beziehungen hinkünftig auf Handel allein und nicht mehr auf Hilfe gegründet sein sollten; dies wurde mit der Wendung „trade, not aid“⁹⁰¹ umschrieben.

Tatsächlich aber sollte auch durch diese Arbeit klar dargelegt worden sein, dass der Marshall-Plan zu keinem Zeitpunkt als reine Hilfe konzipiert worden war und letztlich von Beginn an ein Konstrukt der Hilfestellung bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Intervention darstellte.⁹⁰²

⁸⁹⁸ Entnommen aus: Hardach, Der Marshall-Plan. 336.

⁸⁹⁹ Siehe: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 89.

⁹⁰⁰ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 336.

⁹⁰¹ Geprägt wurde dies durch den britischen Schatzkanzler R.A. Butler im Jahr 1952. Siehe: Ebenda. 334.

⁹⁰² So meinte auch Hoffmann in einer Rede vor der New Yorker Handelskammer am 6. Januar 1949: „Das Geld, das wir für das Europahilfsprogramm auslegen, ist die beste Anlage, die Amerika je gemacht hat.“ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 133.

Ein Abschluss der Marshall-Plan-Entwicklungen konnte letztlich im Dezember 1958 erreicht werden, als sich die europäischen Währungen soweit gefestigt hatten, dass zur Konvertierbarkeit übergegangen werden konnte.⁹⁰³ Allerdings wurde auch dieses Ziel alsbald nachhaltig erschüttert, als es nach wenigen Jahren von einer früheren Dollarlücke zu einer „Dollarschwemme“ kam und so eine neue Ausrichtung zu erfolgen hatte.⁹⁰⁴

Der Marshall-Plan lässt sich daher – abgeschwächt im Einklang mit der These als Mittel der expansiven US-Politik – letztlich als Instrument zur Sicherung der Weltmarktdominanz und Hegemonialstellung der USA betrachten, wobei dessen anti-kommunistische Ausrichtung vorrangig ideologischer Rechtfertigung diene.⁹⁰⁵

Wirft man nun die Frage auf, ob Europa auch ohne den Marshall-Plan wiedererstarkt wäre, so lässt sich diese wohl bejahen – allerdings wäre der Verlauf mit Sicherheit ein anderer gewesen und es hätte sich letzten Endes auch ein durchaus anderes politisches System festigen können.⁹⁰⁶ Konnten sich die westeuropäischen Staaten in den 1960er Jahren neben den USA als zweitbedeutendstes Industrie- und Handelszentrum etablieren, so wäre ohne den Marshall-Plan diese Entwicklung zweifellos – falls überhaupt – nur verzögert verlaufen⁹⁰⁷; es lässt sich vielmehr davon ausgehen, dass eine stärkere soziale Polarisierung bei gleichzeitiger deutlicher Linksorientierung der Arbeiterschaft die Folge gewesen wäre.⁹⁰⁸ Darüber hinaus wäre ein eventueller wirtschaftlicher Aufstieg der westeuropäischen Staaten – ohne die US-amerikanische Hilfe – vielerorts nur unter großen Entbehrungen und in Verbindung mit politischer Instabilität erfolgt⁹⁰⁹; ein Wiederaufbau hätte allerdings in jedem Fall eingesetzt.

Für Westeuropa lässt sich der Marshall-Plan dennoch tatsächlich als Hilfsprogramm ansehen, welches den – letzten Endes einseitigen – Wiederaufbau initiierte und wie angedacht der Funke war, welcher den erstarrten Wirtschaftsmotor der einzelnen Länder wieder starten konnte. Stellte das Programm allerdings letztlich nur eine Bündelung und

⁹⁰³ Siehe: Reichlin, The Marshall Plan reconsidered. 51.

⁹⁰⁴ Siehe: Hardach, Der Marshall-Plan. 337.

⁹⁰⁵ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 136-138. Siehe auch: Herbst, Option für den Westen. 47.

⁹⁰⁶ Siehe: Matis, Stiefel, Die Weltwirtschaft. 40.

⁹⁰⁷ Siehe: Wexler, The Marshall Plan in Economic Perspective. 151.

⁹⁰⁸ Siehe: Matis, Stiefel, Die Weltwirtschaft. 40.

⁹⁰⁹ Siehe: Wexler, The Marshall Plan in Economic Perspective. 151.

Fortführung der bis dahin ohnedies erfolgten Hilfen dar, so war dieses nun jedoch mit maßgeblicherem Einfluss seitens der USA versehen.⁹¹⁰

Für Österreich hingegen ergibt sich ein durchaus differentes Bild. Die Hilfe, die der Marshall-Plan anbieten konnte und welche auch angenommen wurde, stellte nicht nur eine Hilfsmaßnahme dar, sondern sicherte anfänglich vielmehr humanitäre Hilfe⁹¹¹, wobei diese Positionierung einen wesentlich höheren Stellenwert einnahm, als dies in anderen europäischen Ländern der Fall war.⁹¹²

In weiterer Folge jedoch verstand es die US-Administration, im Einklang mit dem Marshall-Plan, in Österreich spezifische Ziele zu verfolgen, um so nicht nur die Annäherung an die Sowjetunion nachhaltig zu verhindern, sondern letztlich auch eine fortwährende Teilung des Landes abzuwehren. Dennoch kam es innerhalb Österreichs durch ökonomische Unterstützung der westlichen Bundesländer – jenen, die unter westlich-alliiertem Einfluss standen – zu einer Ungleichbehandlung, welche sich mittels einer – auf viele Jahre anhaltenden – Benachteiligung Ostösterreichs verdeutlichte. Wenn es somit auch zu keiner kontinental- beziehungsweise vielmehr gar weltpolitischen effektiven Teilung Österreichs kam, so allerdings zu einer Ost-West-Ungleichheit innerhalb des Staates selbst.

Neben dieser innerösterreichischen Zersplitterung führte das Wirken des Marshall-Plans allerdings auch noch zu anderen, sich deutlich abzeichnenden Verschiebungen. So wurde der Kurs einer signifikant einseitigen Wirtschaftsorientierung eingeschlagen. Dies einerseits, um eine rasche Wiederherstellung der österreichischen Wirtschaft zu bedingen – ein Vorgehen, welches durchaus gutgeheißen wurde – allerdings andererseits auch, um ein westeuropäisches Wirtschaftskonzept zu verwirklichen – welches beispielsweise die Unterdrückung einzelner Industriesparten in einem Staat vorschrieb, da diese in einem anderen bereits Unterstützung erfuhren. Für Österreich bedeutete dies zunächst nicht nur eine Fokussierung auf den Bereich der Grundstoffindustrien und – passend zu den Überlegungen des Marshall-Plans auch im Hinblick auf die europäische Integration und

⁹¹⁰ Die tatsächliche Neuerung bestand bezüglich des Marshall-Plans auch weder im Hinblick auf die Verteilung der Hilfe noch deren eigentlicher Höhe, denn vielmehr in der Tatsache, dass die Hilfsleistungen nun mit einer „politischen Einkleidung“ versehen waren. Siehe: Daniel, Dollardiplomatie in Europa. 37.

⁹¹¹ Siehe: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 224.

⁹¹² Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 65. Siehe auch: Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. 90.

die US-Märkte selbst – eine Forcierung der exportorientierten Branchen, sondern gleichzeitig auch eine wirtschaftliche Desintegration. Diese wurde durch das erzwungene Aufgeben einzelner ökonomischer Bereiche ebenso verwirklicht, wie durch die vorgeschriebene Abkehr von traditionellen Handelspartnern.

So hatten sich nach dem Zerfall der habsburgischen Monarchie zwar autonome Staaten entwickelt und Österreich waren dadurch bedeutende wirtschaftliche Zentren entzogen worden, doch hatte der Warenverkehr durch diese Entwicklung nicht substantiell eingeschränkt werden können. Es kam daher während der Zwischenkriegszeit zu einem Ausbau der Handelsbeziehungen mit osteuropäischen Nachbarländern und somit Nachfolgestaaten der ehemaligen Monarchie – allen voran mit der Tschechoslowakei. Wurde diese Entwicklung auch durch den Anschluss an das nationalsozialistische Deutschland stark begrenzt und wurden ökonomische Beziehungen abgeschnitten, so konnten sich diese nach dem Endes des Zweiten Weltkrieges wieder entwickeln und beinahe vollends erholen.⁹¹³ Muss hier zwar auch angeführt werden, dass es ebenso der sowjetische Einfluss war, der diese letztlich stark eindämmte – wenn dieser ausgeübte Druck selbst auch in gewisser Weise nicht nur Ursache, sondern wiederum auch Wirkung der Entwicklung war – so erfolgte die endgültige ökonomische Desintegration der Habsburgermonarchie erst aufgrund der Bedingungen des Kalten Krieges und des mit ihm analog zu den eingeleiteten Schritten der US-Administration durchgeführten Marshall-Plans.⁹¹⁴

Für Österreich bedeutete diese erfolgende einseitige Orientierung – sowohl was die Westorientierung bezüglich der abgebrochenen Handelsbeziehung mit osteuropäischen Staaten betraf, als auch jene einer kennzeichnend einseitigen ökonomischen Entwicklung in den einzelnen Sparten selbst – eine nachteilige Entwicklung, welche erst in den nachfolgenden Jahrzehnten ausgeglichen werden konnte.

Ebenso kam es allerdings aufgrund dieses Vorgehens und der Hilfen aus dem Marshall-Plan zum einen zu einem bedeutenden Ausbau und Aufschwung des verstaatlichten Sektors – eine Entwicklung, welche mit der Besetzung des Ostens Österreichs durch die Sowjetunion, den durch diese in hohem Maße erfolgten Beschlagnahmungen und letztlich

⁹¹³ Siehe dazu: Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. 127

⁹¹⁴ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 162. Siehe auch: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 98.

den Schritten der österreichischen Regierung diesen möglichst effektiv entgegenzutreten, zusammenhing. Zum anderen kam es zu einer Ausdehnung einzelner Wirtschaftssparten, welche ohne ERP nicht möglich gewesen wäre, wobei hier beispielhaft auf den Ausbau der Stromgewinnung durch Wasserkraft verwiesen sei. Es lässt sich in diesem Zusammenhang daher klar feststellen, dass die hohen Investitionsquoten Österreichs – vor allem während der zweiten Phase des Marshall-Plans, nach weitestgehend erfolgter humanitärer Hilfe in der ersten Phase – hauptsächlich durch die massive Auslandshilfe erreicht werden konnten.⁹¹⁵

Dabei verdienen – neben der nicht rückzuzahlenden und zinsenlosen Vergabe der Mittel an Österreich, wenn man von einer 5%igen Abgabe der Counterpart-Mittel für den Verwaltungsaufwand absieht – weitere zwei Umstände besondere Erwähnung.

Zum einen, dass Österreich pro Kopf oder auch gemessen am Bruttoinlandsprodukt aus den ERP-Mitteln mehr Hilfe als andere europäische Staaten (mit Ausnahme von Norwegen und den Niederlanden) erhielt⁹¹⁶ und somit dem „Sonderfall“ Österreich – ob dieser auch nur konstruiert wurde oder nicht – Rechnung getragen wurde. Ebenso wie die Situation in Österreich, welche sicherlich aufgrund von Nahrungsmittel- und Rohstoffknappheit, unterbrochenen Wirtschaftsbeziehungen mit traditionellen Handelspartnern und der Problematik der Besetzung – vor allem des Ostens durch die Sowjetunion – als belastet bezeichnet werden muss, trug allerdings die Absicht der USA, Österreich als zentraleuropäisches Bollwerk zu initiieren, dazu bei, dass Österreich relativ hohe Hilfen aus dem ERP zugesprochen wurden.

Zum anderen verdient Erwähnung, dass – wie es in den teilnehmenden Ländern allgemein erfolgte – ein Counterpart-Fonds eingerichtet wurde, welcher das dynamische Kernstück⁹¹⁷ des gesamten Programms verkörperte, letztlich bis heute fortdauernd, auf etwa drei Milliarden Euro (2006) anwachsen⁹¹⁸ und in dieser Zeit einen Garanten für ökonomische Investitionen, ausgerichtet auf eine offensive Strukturpolitik, darstellen konnte.

Es bildete sich daher zum einen eine gewissen Dankbarkeit heraus, nämlich seitens jener Generation, welche diesen Abschnitt nur allzu real miterleben musste, daran anknüpfend

⁹¹⁵ Siehe: Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. 84.

⁹¹⁶ Siehe: Ebenda. 65.

⁹¹⁷ Siehe: Hofbauer, Westwärts. 117. Siehe auch: Brähler, Der Marshallplan. 223.

⁹¹⁸ Siehe: Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. 97.

die einsetzende Entwicklung des US-gestützten Wiederaufbaus als Erleichterung wahrnahm und die politischen Bedingungen der Teilnahme und einhergehenden Verpflichtungen auch aufgrund der vorherrschenden Situation gar nicht erfassen konnte. Allerdings kam es zum anderen auch zu einer relativen Ablehnung des Programms ob des interventionistischen und einseitigen Charakters, bei gleichzeitiger anti-kommunistischer und anti-sowjetischer Ausrichtung, welche durch andere Vertreter – in gewissen Belangen wohl durchaus zurecht, wie diese Arbeit ebenso gezeigt haben sollte – vorgebracht wird.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Entwicklung bleibt der Marshall-Plan als eine nachhaltige Erinnerung, sowie ein bedeutender Part der Bildung eines westeuropäischen Konstrukts nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestehen und erzeugt somit einen beachtlichen Teilaspekt für die Prägung eines kollektiven Gedächtnisses bezüglich der ersten Jahre der österreichischen Nachkriegszeit und jener des Wiederaufbaus.

Abstracts

a. Deutsche Fassung

Das „European Recovery Program“ bildet einen zentralen Aspekt des europäischen Wiederaufbaus und der Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Für die USA – als initiiierende Partei dieses Programms – stand dabei allerdings keinesfalls der humanitäre Aspekt im Vordergrund. So verfolgten diese zum einen interne Ziele, die sich mit den Schlagworten Forcierung der Friedensproduktion und Erschließung neuer Exportmärkte umschreiben lassen und zum anderen solche der globalen Politik, welche durch den einsetzenden Kalten Krieg bedingt wurden. Dass in dieser Situation den USA die Rolle als treibende Kraft zukam, lässt sich auf deren Hegemonialstellung nach dem Zweiten Weltkrieg zurückführen. Die USA waren dabei als die eigentliche Siegerpartei hervorgegangen – sowohl politisch, als auch ökonomisch – wodurch sich auch die Möglichkeit eröffnete, eigene, politische Vorstellungen mittels einer wirtschaftlichen Maßnahme durchzusetzen.

Der Marshall-Plan, der somit im Wechselspiel des Kalten Krieges betrachtet werden muss, stellte ein Instrumentarium der US-Außenpolitik dar und brachte den europäischen Staaten neben wirtschaftlicher Hilfe ein politisches Konzept, welches diese übernehmen mussten; die einhergehenden Verpflichtungen wurden in bilateralen Abkommen festgeschrieben. Dabei standen der Aufbau einer neuen Weltwirtschaft, eine signifikante Integration Europas und eine gleichzeitige anti-kommunistische Ausrichtung von Politik wie Wirtschaft im Vordergrund.

Wurden die Zielsetzungen dabei auch in Österreich verfolgt, so nahm das Programm allerdings aufgrund der vorherrschenden Situation nach dem Krieg einen konträren Stellenwert ein. Dementsprechend sicherte dieses – bedingt durch Lebensmittel- und Rohstofflieferungen – zunächst humanitäre Hilfe und nahm in Folge auf den österreichischen Sonderfall Rücksicht. Dieser wurde vor allem durch die Besetzung Ostösterreichs durch die Sowjetunion und die veränderten Wirtschaftsbeziehungen beeinflusst, wobei die USA eine Teilung Österreichs ebenso wie eine Annäherung an die Sowjetunion zu unterbinden versuchten. Dieser Situation wurde dabei insofern Rechnung getragen, als die sowjetisch besetzten Teile Österreichs nur in sehr geringem Maße Hilfe erhielten und sich in Österreich ein Ungleichgewicht zwischen Ost und West einstellen

konnte. Wurde das Land daher auch nicht in Einflussphären geteilt und zerrissen, so war innerhalb Österreichs eine signifikant differente ökonomische Entwicklung die Folge.

Neben dieser Ungleichbehandlung folgte als zweiter Aspekt eine strikte Westorientierung, welche eine endgültige Desintegration der osteuropäischen Handelsbeziehungen bedingte. Die in der Zwischenkriegszeit entstandenen oder verstärkten Wirtschaftsbeziehungen wurden nun in einem höheren Maße als während der Zeit des Anschlusses an das nationalsozialistische Deutschland eingedämmt oder abgeschnitten.

Als dritter Aspekt zeigt sich eine Ausrichtung der österreichischen Wirtschaft, welche im Einklang mit den kontinentalen Zielen des Marshall-Plans stand, gleichzeitig aber der traditionellen Orientierung widersprach. Es kam zu einem Ausbau der exportorientierten Industriezweige, um dem westeuropäischen Konzept, welches integrative Zielsetzungen umfasste, zu genügen und zu einem Ausbau der Grundstoffindustrien. Diese waren bereits während der Zeit des Deutschen Reiches ausgebaut worden und hatten Österreichs Wirtschaft verändert; nun wurde dieser Trend fortgesetzt und bedingte eine nachhaltige einseitige Entwicklung.

Wenn der Marshall-Plan auch nur auf vier Jahre von 1948 bis 1952 ausgelegt war, so brachte die Einrichtung der Gegenwertkonten – der so genannten Counterpart-Fonds – die Initiierung von Investitionsbanken mit sich, welche auch noch in Folge zinsgünstige Kredite, nach ökonomischen Kriterien, an die Wirtschaft vergeben konnten. Dieserart sind die Folgen des Marshall-Plans bis heute präsent und rufen weiterhin Sympathie wie Kritik hervor.

b. Englische Fassung

The „European Recovery Program“ is still one of the central aspects of the European reconstruction and the time after the end of the Second World War. For the U.S.A. – as the initiating party of this program – there were no humanitarian aspects in the focus of it. On one side, the U.S. pursued intern objectives, like forcing peace-economy and opening new export markets, and on the other side such goals like global policy, which was influenced by the upcoming of the Cold War.

That the U.S. became able to be the most important driving force, was a consequence of their hegemony position after the Second World War. The U.S. had emerged as the true winner – politically and economically – which made it possible to implement their own political concepts by economical measures.

The Marshall-Plan – seen as a part of the interplay of the Cold War – described an instrument of the U.S. foreign policy and brought the European countries beside economical aid, also a political concept, which they had to accept; determining the associated conditions in bilateral agreements. To establish a new global economy, a significant integration of Europe and an equally anti-communist adjustment of policy and economy became very important in a central and immediate way.

These objectives were pursued also in Austria, but the Marshall-Plan took an opposing position, according to the prevailing situation after the war. The program saved – conditional on food consignments and raw material shipments – in the first place humanitarian assistance and as a result, showed consideration for the Austrian “special case”.

This was caused by the Soviet Union, occupying eastern Austria and by the changed economic relations; at the same time the U.S. wanted to prevent the division of Austria just as a rapprochement with the Soviet Union. This situation had the result that the occupied areas of Austria by the Soviet Union got less extent of aid assigned and so in Austria an imbalance was created between east and west. This way, the county was not divided into spheres of influence, but a significant different economical development was the result.

Beside this imbalance there was a second aspect that followed; a strict western orientation, which caused a final disintegration of trade relations with eastern Europe. During the interwar period incurred or even increased economical relations were now – stronger as during the union with the national socialistic Germany – contained or cut off.

As a third aspect, there was created an alignment of the Austrian economy, which was compatible with the continental objectives of the Marshall-Plan and also at the same time contradicted the traditional orientation of Austria. So the export orientated industrial sectors were expanded, to follow up with the whole-European concept, which combined integrative goals, and also the basic industrial sector. This industries had been increased during the time of the Third Reich and had changed the Austrian economy; now this trend was continued and caused a long-lasting, one-sided development.

Although the Marshall-Plan was only valid for four years from 1948 to 1952, it was the initiation of counterpart-accounts – the so-called counterpart-funds – and also of investment banks, which, according to economical criteria's, subsequently granted low-interested loans for trade and industry. Therefore, the consequences of the Marshall-Plan are present until today and are creating furthermore sympathy as well as criticism.

Anhang

a. Gegenüberstellung der Hilfsprogramme

Programm	Zeitraumen	Österreich	Gesamt
GARIO-Lieferungen (War Department Hilfe)	Kriegsende bis April 1946 Jänner 1947 bis Juni 1947 (insgesamt ca. 17 Monate)	131,0	5.321,0
UNRRA-Lieferungen (gesamt)	April 1946 bis Juni 1947	135,5	3.660,0
(US-Anteil)		99,3	2.688,0 (73%)
Kongresshilfe (Foreign Relief Program, FRP)	Juli 1947 bis Dezember 1947 (6 Monate)	90,0	350,0
Interimshilfe (Interim Aid)	Jänner bis März 1948 (3 Monate)	57,0	522,0
Extended Interim Aid	März bis April 1947 (1 Monat)	8,0	55,0
European Recovery Program (ERP)	Juli 1948 bis Dezember 1953	962,0	12.900,0

Tabelle 28: Zusammenstellung aller Hilfsprogramme [Millionen Dollar]⁹¹⁹

b. An Österreich ergangene Auslandshilfe

	Summe	Davon									
	1945- 1955	1945- 1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
	Millionen Dollar										
ERP direkte Hilfe	686,8	-	-	94,3	194,2	119,5	127,6	91,4	38,5	19,8	1,5
ERP indirekte Hilfe	269,6	-	-	3,3	95,6	83,1	76,0	11,6	-	-	-
UNRRA	135,6	91,6	44,0	-	-	-	-	-	-	-	-
USA, War- Department	38,0	-	38,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Kongress- und Interimshilfe	156,1	-	54,6	101,5	-	-	-	-	-	-	-
Kanadahilfe	3,4	-	-	3,4	-	-	-	-	-	-	-
Beute- und Überschussgüter	86,9	-	30,7	56,2	-	-	-	-	-	-	-
Liebesgaben	69,5	-	29,9	19,6	9,3	4,1	2,4	2,4	1,8	-	-
Sonstige Hilfslieferungen	55,6	24,8	28,2	1,5	1,0	0,1	-	-	-	-	-
Insgesamt	1.585,1	200,0	225,4	279,8	300,1	206,8	206,0	105,4	40,3	19,8	1,5

Tabelle 29: Auslandshilfe an Österreich⁹²⁰

⁹¹⁹ Entnommen aus: Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich. 248f.

⁹²⁰ Entnommen aus: Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. 23. Anmerkungen: Die Summe der Hilfe der War-Department sowie Kongress- und Interimshilfe entstand ohne Einbeziehung eventueller Lieferungen für 1945 und 1946. Die „sonstigen Hilfsleistungen“ für 1945-1946 stellen

Tabellenverzeichnis:

Tabelle 1: Deutsches Kapital in Aktiengesellschaften	Seite 22
Tabelle 2: Demontagen von Anlagen und Beschlagnahme von Vorräten	Seite 27
Tabelle 3: Militärische Besatzungskosten 1945-1947	Seite 33
Tabelle 4: Basisrationen	Seite 42
Tabelle 5: Schwarzmarktpreise Ende 1945	Seite 45
Tabelle 6: Zahlungsbilanz der USA (1946-1948)	Seite 56
Tabelle 7: Auslandhilfe des Marshall-Plans 1948-1952	Seite 88
Tabelle 8: Verteilung der ERP-Hilfe auf die teilnehmenden Staaten	Seite 96
Tabelle 9: Verteilung der Industriebeschäftigten	Seite 106
Tabelle 10: Industriebeschäftigtenindex	Seite 107
Tabelle 11: Verteilung von Counterpart-Freigaben nach Zonen 1948-1952	Seite 108
Tabelle 12: Verteilung der Hilfe der ECA bis Ende 1951	Seite 109
Tabelle 13: angemeldete Forderungen Österreichs im Marshall-Plan Dezember 1947	Seite 111
Tabelle 14: Angemeldete und zugeteilte Auslandshilfe	Seite 113
Tabelle 15: Verteilung der direkten und indirekten Hilfe	Seite 113
Tabelle 16: Höhe der ERP-Kredite von 1962/63 bis 1997/98	Seite 118
Tabelle 17: Produktionsindex	Seite 128
Tabelle 18: österreichischer Außenhandel	Seite 129
Tabelle 19: Schwerpunkte der Counterpart-Finanzierung	Seite 131
Tabelle 20: Investitionsfinanzierung aus Counterpart-Mitteln	Seite 134
Tabelle 21: Erzeugung, Einfuhr, Ausfuhr und Verbrauch elektrischer Energie	Seite 137
Tabelle 22: Gesamthilfe bis Ende Juli 1952 in den drei Kategorien und einige der Hauptzwecke	Seite 139
Tabelle 23: Anteil am gesamten österreichischen Außenhandel	Seite 147
Tabelle 24: Produktion, Beschäftigung und Produktivität in der Industrie	Seite 149
Tabelle 25: Die Entwicklung des österreichischen Brutto-Nationalproduktes	Seite 150
Tabelle 26: Geographische Struktur des Außenhandels	Seite 153
Tabelle 27: Wirtschaftshilfe und Militärhilfe der USA	Seite 164
Tabelle 28: Zusammenstellung aller Hilfsprogramme	Seite 174
Tabelle 29: Auslandshilfe an Österreich	Seite 174

Alliiertenhilfe dar. Die „insgesamt“ Hilfe für 1945-1946 beruht auf Schätzungen. Die Hilfe für 1955 errechnet sich für einen Zeitraum von Jänner bis April.

Verwendete Literatur:

a. Monographien

Erich Achterberg, General Marshall macht Epoche. Konferenzen. Gestalten. Hintergründe (Berlin/Frankfurt/Main/Wien 1964).

Karl Bachinger, Herbert Matis, Der österreichische Schilling. Geschichte einer Währung (Graz/Wien/Köln 1974).

Rainer Brähler, Der Marshallplan. Zur Strategie weltmarktorientierter Krisenvermeidung in der amerikanischen Westeuropapolitik 1933 bis 1952 (Köln 1983).

Felix Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert (²Wien 1985).

Ute Daniel, Dollardiplomatie in Europa. Marshallplan, Kalter Krieg und US-Außenwirtschaftspolitik 1945-52 (Düsseldorf 1982).

Allan Walsh Dulles, The Marshall Plan (Providence/Oxford 1993).

Patricia Blythe Eggleston, The Marshall Plan in Austria: A study in american containment of the Soviet Union in the cold war (Diss. Alabama 1980).

Arno Einwitschläger, Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945-1949 (Wien/Köln/Graz/Böhlau 1986).

Michael Gehler, Vom Marshall-Plan bis zur EU. Österreich und die europäische Integration von 1945 bis zur Gegenwart (Innsbruck/Wien/Bozen 2006).

Gerd Hardach, Der Marshall-Plan. Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948-1952 (München 1994).

Franz Heissenberger, Der Wiederaufbau in Österreich. Die finanzielle Kulisse (Frankfurt/Main 1961).

Ludolf Herbst, Option für den Westen. Vom Marshall-Plan bis zum deutsch-französischen Vertrag (München 1989).

Richard Hiscocks, Österreichs Wiedergeburt (Wien 1954).

Hannes Hofbauer, Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau (Wien 1992).

Michael J. Hogan, The Marshall Plan. America, Britain, and the reconstruction of Western Europe, 1947-1952 (Cambridge/New York/New Rochelle/Sydney/Melbourne 1987).

Manfred Jochum, Die Zweite Republik in Dokumenten und Bildern (Wien 1982).

Anton Kausel, Österreichs Wirtschaft 1918-1968 (Die Wirtschaft geht jeden an. 79. Wien 1968).

George F. Kennan, Memoiren eines Diplomaten (2 Bände München 1971).

- Charles P. Kindleberger, Marshall Plan Days (London/Sydney/Wellington 1987).
- Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955 (München 2000).
- Herbert Matis, Dieter Stiefel, Die Weltwirtschaft. Struktur und Entwicklung im 20. Jahrhundert (Wien 1991).
- Wilfried Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich (Graz/Wien/Köln 1989).
- Wilfried Mähr, Von der UNRRA zum Marshallplan. Die amerikanische Finanz- und Wirtschaftshilfe an Österreich in den Jahren 1945-1950 (phil. Diss. Wien 1985).
- Charles L. Mee, jr., The Marshall Plan (New York 1984).
- Alan S. Milward, The reconstruction of Western Europe 1945-51 (London 1984).
- Franz Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955 (Wien 1955).
- Beate Neuss, Geburtshelfer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozeß 1945-1958 (Baden-Baden 2000).
- Österreichisches ERP-Handbuch (Wien 1950).
- Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005 (Wien 2005).
- Oliver Rathkolb, Internationalisierung Österreichs seit 1945 (Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive. 15. Wien/Innsbruck/Bozen 2006).
- Hans Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg (Wien 2005).
- Franz Tinhof (Red.), Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/1958 (Wien 1958).

b. Aufsätze

- Matthew Paul Berg, „Caught Between Iwan and the Weihnachtsmann“: Occupation, the Marshall Plan and Austrian Identity. In: Günter Bischof, Anton Pelinka, Dieter Stiefel (ed.), The Marshall Plan in Austria (New Brunswick/New Jersey 2000) 156-184.
- Ernst Bezemek, Landesregierungen und Landtag in den Jahren 1945 bis 1995. In: Michael Dippelreiter (Hg.), Niederösterreich. Land im Herzen – Land an der Grenze (Wien/Köln/Weimar 2000) 7-40.
- Stephan Bierling, Geburt eines Mythos. In: Hans-Herbert Holzamer, Marc Hoch (Hg.), Der Marshall-Plan (Landsberg/Lech 1997) 14-23.
- Günter Bischof, Der Marshall-Plan und Österreich. In: Helmut Lackner, Österreich baut auf. Wieder-Aufbau und Marshallplan (Wien 2005). 12-67.
- Günter Bischof, Der Marshall-Plan und die Wiederbelebung des österreichischen Fremdenverkehrs nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.),

80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 133-182.

Ernst Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. In: Ernst Bruckmüller (Hg.), Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? (Wien 2006) 10-26.

Alois Brusatti, Wirtschaft. Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. In: Erika Weinzierl, Kurt Skalnik (Hg.), Österreich. Die zweite Republik. Band I (Graz/Wien/Köln 1972) 417-494.

Michelle Cini, From the Marshall Plan to EEC: Direct and Indirect Influences. In: Martin Schain (ed.), The Marshall Plan: Fifty Years After (New York 2001) 13-37.

James E. Cronin, The Marshall Plan and Cold War. Political Discourse. In: Martin Schain (ed.), The Marshall Plan: Fifty Years After (New York 2001) 281-293.

Günter Dinhobl, Bernd Kreuzer, Unterwegs in Niederösterreich. Verkehr im Land um Wien. In: Peter Melichar, Ernst Langthaler, Stefan Eminger (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 2: Wirtschaft (Wien/Köln/Weimar 2008) 51-100.

Barry Eichengreen, The European Payments Union: an efficient mechanism for rebuilding Europe's trade? In: Barry Eichengreen (ed.), Europe's post-war recovery (Cambridge 1995) 169-195.

Gertrude Enderle-Burcel, Josef Dobretsberger – ein politischer Grenzgänger im Ost-West-Handel. In: Gertrude Enderle-Burcel, Dieter Stiefel, Alice Teichova (Hg.), „Zarte Bande“ Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder (Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs. 9. Wien 2006) 131-151.

Ingrid Fraberger, Dieter Stiefel, „Enemy Images“: The Meaning of „Anti-Communism“ and its Importance for the Political and Economic Reconstruction in Austria after 1945. In: Günter Bischof, Anton Pelinka, Dieter Stiefel (ed.), The Marshall Plan in Austria (New Brunswick/New Jersey 2000) 56-97.

George M. Fujii, Selling the Marshall Plan in the United States. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (ed.), Images of the Marshall Plan in Europe. Films, Photographs, Exhibits, Posters (Innsbruck/Wien/Bozen 2009) 39-57.

Roy Gardner, The Marshall Plan Fifty Years Later: Three What-Ifs and a When. In: Martin Schain (ed.), The Marshall Plan: Fifty Years After (New York 2001) 119-129.

Othmar Nikola Haberl, Die sowjetische Außenpolitik im Umbruchsjahr 1947. In: Othmar N. Haberl, Lutz Niethammer (Hg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke (Frankfurt/Main 1986) 75-96.

Franz Heissenberger, Grundlagen der weltpolitischen und europäischen Neuordnung. In: Norbert Grell (Red.), Österreich und der Marshall-Plan. Eine Zusammenstellung der wichtigsten Dokumente des europäischen Wiederaufbauprogrammes. Mit einer Gesamtdarstellung der Marshall-Plan-Hilfe in Österreich (Wien 1950) 67-94.

Andrea Komlosy, Der Marshall-Plan und der „Eiserne Vorhang“ in Österreich. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 261-296.

Andrea Komlosy, Die niederösterreichische Wirtschaft in der Zweiten Republik. In: Michael Dippelreiter (Hg.), Niederösterreich. Land im Herzen – Land an der Grenze (Wien/Köln/Weimar 2000) 271-428.

Andrea Komlosy, Österreichs Brückenfunktion und die Durchlässigkeit des „Eisernen Vorhangs“. In: Gertrude Enderle-Burcel, Dieter Stiefel, Alice Teichova (Hg.), „Zarte Bande“ Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder (Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs. 9. Wien 2006) 73-105.

Andrea Komlosy, Zeiten und Reichweiten. Wirtschaft in Niederösterreich im 20. Jahrhundert. In: Peter Melichar, Ernst Langthaler, Stefan Eminger (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 2: Wirtschaft (Wien/Köln/Weimar 2008) 733-771.

Ferdinand Lacina, Der Marshall-Plan – Ein Beitrag zur Übergangswirtschaft Österreichs. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 17-20.

Volkmar Lauber, Dieter Pesendorfer, Wirtschafts- und Finanzpolitik. In: Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis, Helmut Kramer, Volkmar Lauber, Wolfgang C. Müller, Emmerich Tálos (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch (Wien 2006) 607-623 .

Jill Lewis, Auf einem Seile tanzen: Die Anfänge des Marshall-Planes und des Kalten Krieges in Österreich. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 297-314.

Walter Lipgens, Der Marshall-Plan und die Anfangsphase der westeuropäischen Integration. Sieben Thesen. In: Othmar N. Haberl, Lutz Niethammer (Hg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke (Frankfurt/Main 1986) 443-463.

Wilfried Loth, Beiträge der Geschichtswissenschaft zur Deutung der Europäischen Integration. In: Wilfried Loth, Wolfgang Wessels (Hg.), Theorien europäischer Integration (Grundlagen für Europa. 7. Opladen 2001) 87-106.

Kurt Löffler, Hans Fußenegger, Die Tätigkeit des österreichischen ERP-Fonds von 1962 bis 1998. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 21-61.

Geir Lundestad, Der Marshall-Plan und Osteuropa. In: Othmar N. Haberl, Lutz Niethammer (Hg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke (Frankfurt/Main 1986) 59-74.

Charles S. Maier, Die konzeptuellen Grundlagen des Marshall-Plans. In: Othmar N. Haberl, Lutz Niethammer (Hg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke (Frankfurt/Main 1986) 47-58.

Charles S. Maier, Introduction: ‚Issue then is Germany and with it Future of Europe‘. In: Charles S. Maier (ed.), Günter Bischof (ass.), The Marshall Plan and Germany. West German Development within the Framework of the European Recovery Program (New York/Oxford 1991) 1-39.

Jacqueline McGlade, A Single Path for European Recovery? American Business Debates and Conflicts over the Marshall Plan. In: Martin Schain (ed.), The Marshall Plan: Fifty Years After (New York 2001) 185-204.

Gerhard Melinz, Jenseits des Reichtums. Existenzbedingungen zwischen Lohnarbeit, Arbeitslosigkeit und Armut in Niederösterreich (1918-1995). In: Peter Melichar, Ernst Langthaler, Stefan Eminger (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 2: Wirtschaft (Wien/Köln/Weimar 2008) 469-506.

Wolfgang Mueller, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1945-2005. In: Stefan Eminger, Ernst Langthaler (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1: Politik (Wien/Köln/Weimar 2008) 103-131.

Wolfgang Mueller, Sowjetische Österreich-Planungen 1938-1945. In: Ernst Bruckmüller (Hg.), Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? (Wien 2006) 27-54.

Rudolf Neck, Von der Befreiung zur Freiheit (1945-1955). Innenpolitische Entwicklung. In: Erika Weinzierl, Kurt Skalnik (Hg.), Österreich. Die zweite Republik. Band I (Graz/Wien/Köln 1972) 149-168.

Lutz Niethammer, Arbeiterbewegung im Kalten Krieg. In: Othmar N. Haberl, Lutz Niethammer (Hg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke (Frankfurt/Main 1986) 575-600.

Anton Pelinka, Der Marshall-Plan und die österreichische politische Kultur. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 249-260.

Anton Pelinka, Von der Befreiung zur Freiheit (1945-1955). Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. In: Erika Weinzierl, Kurt Skalnik (Hg.), Österreich. Die zweite Republik. Band I (Graz/Wien/Köln 1972) 169-202.

Forrest Pogue, George C. Marshall and the Marshall Plan. In: Charles S. Maier (ed.), Günter Bischof (ass.), The Marshall Plan and Germany. West German Development within the Framework of the European Recovery Program (New York/Oxford 1991) 46-70.

Uwe Prell, Carepakete für den „Vorposten der Freiheit“. In: Hans-Herbert Holzamer, Marc Hoch (Hg.), Der Marshall-Plan (Landsberg/Lech 1997) 68-71.

Lucrezia Reichlin, The Marshall Plan reconsidered. In: Barry Eichengreen (ed.), Europe’s post-war recovery (Cambridge 1995) 39-67.

Georg Rigele, Der Marshall-Plan und Österreichs Alpenwasser-Kräfte: Kaprun. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 183-216.

Georg Rigele, Strom – Erdgas – Atom. Drei Schwerpunkte zur Energiegeschichte Niederösterreichs im 20. Jahrhundert. In: Peter Melichar, Ernst Langthaler, Stefan Eminger (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 2: Wirtschaft (Wien/Köln/Weimar 2008) 405-447.

Hans-Jürgen Schröder, Marshall-Plan-Werbung in Österreich und West-Deutschland. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 315-342.

Gebhard Schweigler, Ein grundsolider Vertreter der einfachen Mittelklasse. In: Hans-Herbert Holzamer, Marc Hoch (Hg.), Der Marshall-Plan (Landsberg/Lech 1997) 28-32.

Hans Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshall-Plan. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 63-102.

Christian Stadelmann, Überall Strom. Elektrifizierung und Technisierung in Niederösterreichs Landgemeinden. In: Peter Melichar, Ernst Langthaler, Stefan Eminger (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 2: Wirtschaft (Wien/Köln/Weimar 2008) 375-403.

Barbara Stelzl-Marx, Marshall Plan Dead Ends and Anti-USIA Campaigns: The Soviet Economic Propaganda Campaign in Austria. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (ed.), Images of the Marshall Plan in Europe. Films, Photographs, Exhibits, Posters (Innsbruck/Wien/Bozen 2009) 117-128.

Dieter Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns: Die ökonomische Benachteiligung der sowjetischen Besatzungszone. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 111-132.

Dieter Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. Der Marshallplan in Österreich 1948-1952. In: Ernst Bruckmüller (Hg.), Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? (Wien 2006) 90-101.

Kurt Tweraser, Der Marshall-Plan und die österreichische Eisen- und Stahlindustrie: Fallbeispiel VÖEST. Deutsches Eigentum, Verstaatlichung, Wirtschaftsplanung und – lenkung 1945-1950. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948-1998 (Wien 1999) 217-248.

Fritz Weber, Die österreichische Sozialdemokratie zu Beginn des Kalten Krieges. In: Othmar N. Haberl, Lutz Niethammer (Hg.), Der Marshall-Plan und die europäische Linke (Frankfurt/Main 1986) 169-193.

Andreas Weigl, Von der Stagnation zu neuer Dynamik. Die demographische Entwicklung. In: Peter Melichar, Ernst Langthaler, Stefan Eminger (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 2: Wirtschaft (Wien/Köln/Weimar 2008) 1-49.

Immanuel Wexler, The Marshall Plan in Economic Perspective: Goals and Accomplishments. In: Martin Schain (ed.), The Marshall Plan: Fifty Years After (New York 2001) 147-152.

Lebenslauf:

Angaben zur Person:

Name: Roman Fried
Geburtsdatum: 05. März 1985
Geburtsort: Wien

Schulische Ausbildung:

1991-1995 Volksschule Kaltenleutgeben
(2391 Kaltenleutgeben, Hauptstraße 76)

1995-1999 Unterstufe des Bundesrealgymnasiums Perchtoldsdorf
(2380 Perchtoldsdorf, Roseggergasse 2-4)

1999-2005 Höhere Bundes- Lehr- und Versuchsanstalt für chemische Industrie
(1170 Wien, Rosensteingasse 79)
14. Juni 2005 Ablegung der Reife- und Diplomprüfung

Universitärer Werdegang:

2005-2010 Diplomstudium Geschichte (A 312)

seit 2007 Diplomstudium Rechtswissenschaften (A 101)